

---

# WISTA

Wirtschaft und Statistik

---

Dr. Markus Zwick	<b>EMOS – der European Master in Official Statistics</b>
Dr. Nicole Buschle	<b>Monetäre hochschulstatistische Kennzahlen</b>
Dr. Bernd Waldmüller   Joachim Weisbrod	<b>Neuere Entwicklungen in den Unternehmensstatistiken</b>
Moritz Mannschreck	<b>Die revidierte Gesundheitsausgabenrechnung</b>
Helmut Mayer	<b>Energiegesamtrechnungen – Konzepte und Analysen</b>
Dr. Norbert Räth   Albert Braakmann	<b>Bruttoinlandsprodukt in der ersten Jahreshälfte 2015</b>
Petra Scheerbaum	<b>Das elektronische Haushaltsbuch in den Laufenden Wirtschaftsrechnungen 2015</b>

---

**5 | 2015**

---

#### ABKÜRZUNGEN

D	Durchschnitt (bei nicht addierfähigen Größen)
Vj	Vierteljahr
Hj	Halbjahr
a. n. g.	anderweitig nicht genannt
o. a. S.	ohne ausgeprägten Schwerpunkt
Mill.	Million
Mrd.	Milliarde

#### ZEICHENERKLÄRUNG

–	nichts vorhanden
0	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
.	Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
...	Angabe fällt später an
X	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
oder —	grundsätzliche Änderung innerhalb einer Reihe, die den zeitlichen Vergleich beeinträchtigt
/	keine Angaben, da Zahlenwert nicht sicher genug
()	Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist
	Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

# INHALT

3	Editorial
4	Kennzahlen
6	Kurznachrichten
11	Professor Dr. Markus Zwick <b>EMOS – der European Master in Official Statistics</b> <i>EMOS – European Master in Official Statistics</i>
20	Dr. Nicole Buschle <b>Monetäre hochschulstatistische Kennzahlen</b> <i>Key monetary figures of higher education institutions</i>
33	Dr. Bernd Waldmüller, Joachim Weisbrod <b>Neuere Entwicklungen in den Unternehmensstatistiken</b> <i>Recent developments of business statistics</i>
49	Moritz Mannschreck <b>Die revidierte Gesundheitsausgabenrechnung</b> <i>Revised health accounts</i>
59	Helmut Mayer <b>Energiegesamtrechnungen – Konzepte und Analysen</b> <i>Energy accounts – Concepts and analyses</i>

---

## INHALT

---

- |     |                                                                                                                                                                                               |
|-----|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 74  | Dr. Norbert R ath, Albert Braakmann<br><b>Bruttoinlandsprodukt in der ersten Jahreshälfte 2015</b><br><i>Gross domestic product in the first half of 2015</i>                                 |
| 104 | Petra Scheerbaum<br><b>Das elektronische Haushaltsbuch in den Laufenden Wirtschaftsrechnungen 2015</b><br><i>The electronic household book in the continuous household budget survey 2015</i> |

---

# EDITORIAL

---

Dieter Sarreither

---



## LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

am 20. Oktober 2015 findet zum zweiten Mal der Welt-Statistik-Tag statt. In einer von der United Nations Statistical Commission verfassten Resolution sind an diesem Tag alle Mitgliedsländer aufgerufen, für die amtliche Statistik zu werben. Das diesjährige Motto „Better data. Better lives.“ soll verdeutlichen, dass mithilfe amtlicher Daten politische und gesellschaftliche Probleme besser erfasst und dadurch auch gelöst werden können.

Destatis feiert diesen Tag mit einem besonderen Angebot für Studierende, denn der wissenschaftliche Nachwuchs wächst zur nächsten Generation der gesellschaftlichen Entscheidungsträger heran, dem potenziellen Nutzerkreis der amtlichen Statistik. So darf ich jetzt schon ankündigen, dass am 20. Oktober der „StatistikCampus“ online gehen wird, der als neues Zugangsportale zum Datenangebot von Destatis konzipiert ist.

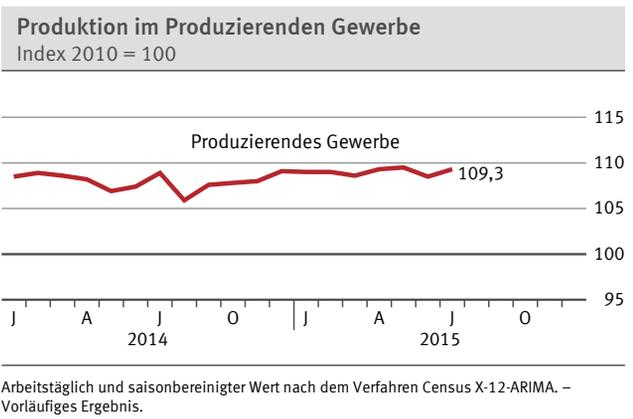
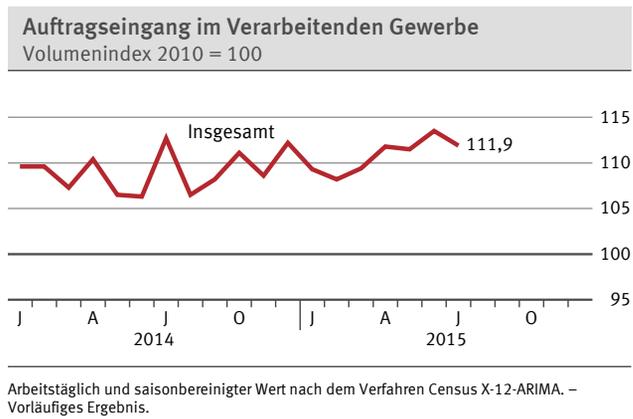
In diesem Heft geben wir anlässlich des Welt-Statistik-Tags einige Beispiele, wie die amtliche Statistik weltweit zusammenwächst. Denn die europäische und internationale Vergleichbarkeit statistischer Daten verlangt einheitliche Konzepte und Definitionen. Wir richten beispielsweise den Blick auf Entwicklungen im Europäischen Statistischen System, wo sowohl die Bildungs- als auch die Unternehmensstatistiken vor neuen Herausforderungen stehen. Außerdem erfahren Sie, wie die Rechensysteme in den Bereichen Gesundheit und Energie derzeit an die Standards der Vereinten Nationen angepasst werden.

Ich wünsche Ihnen eine spannende Lektüre.



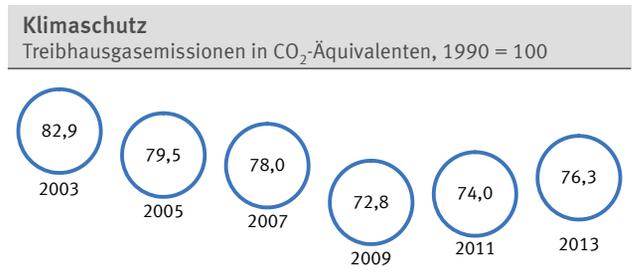
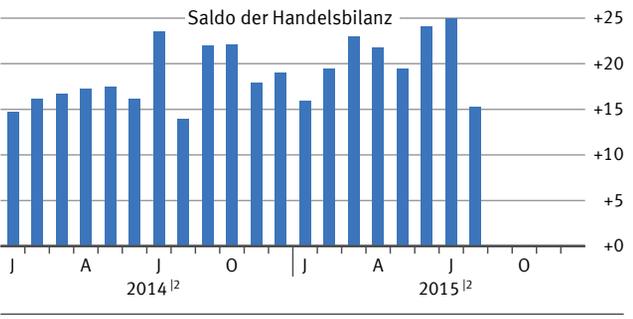
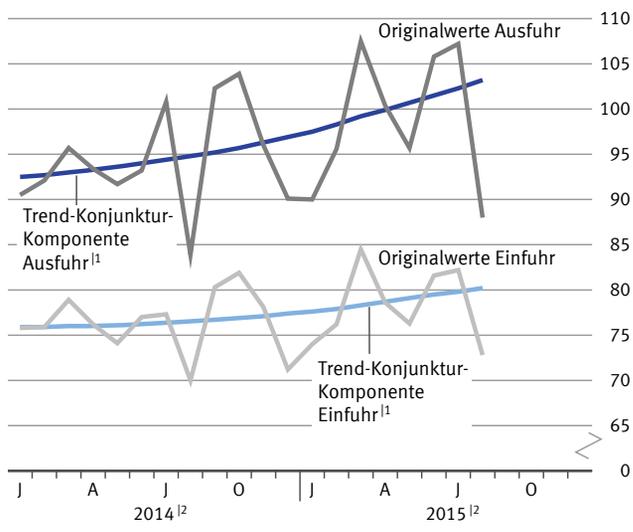
Präsident des Statistischen Bundesamtes

# Kennzahlen

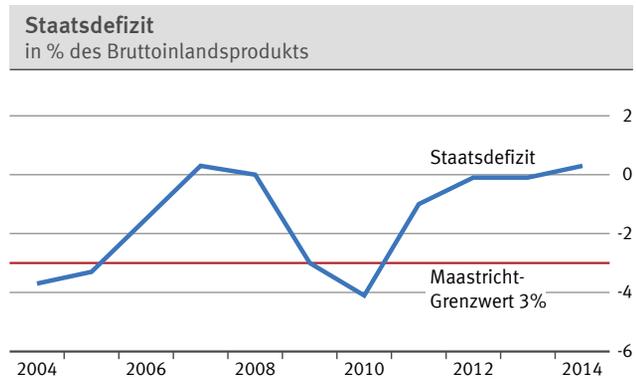
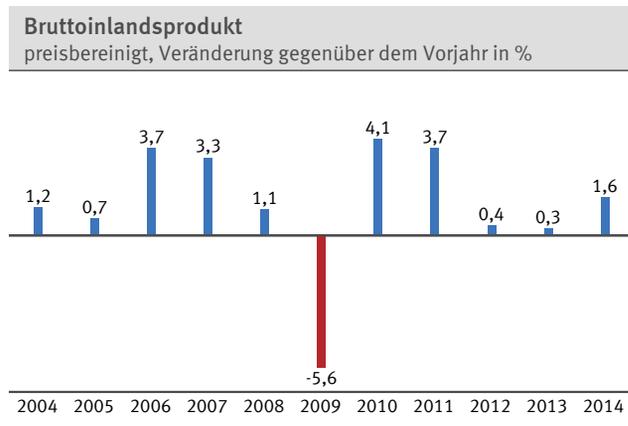
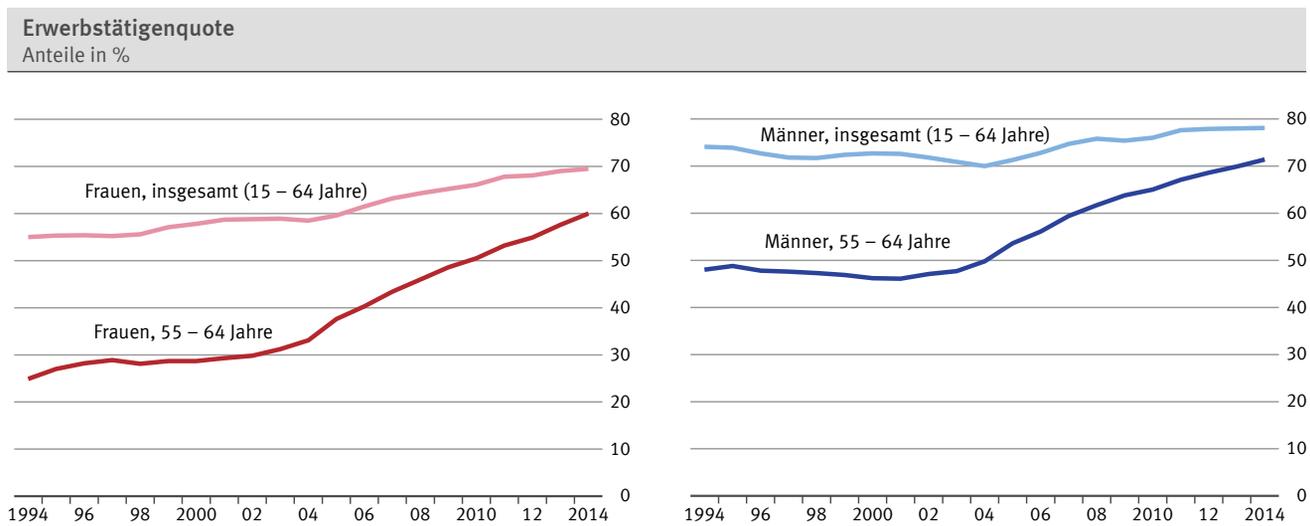
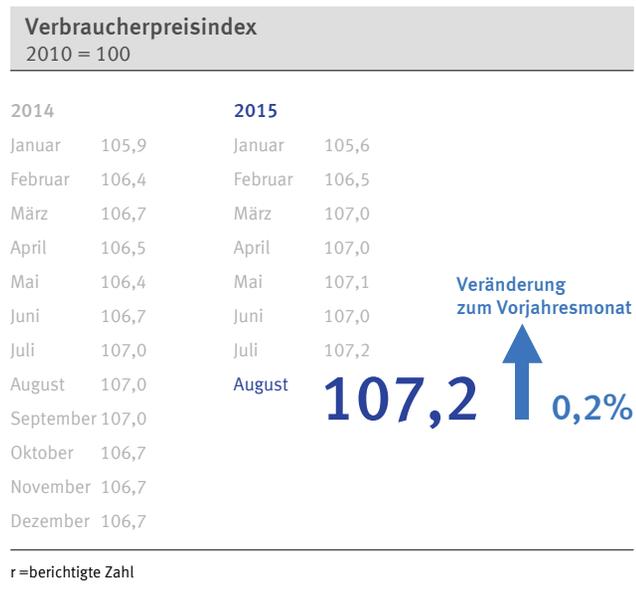
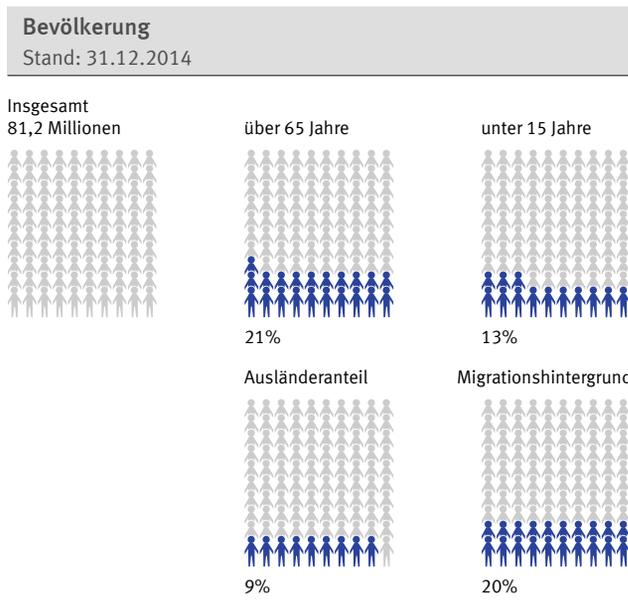


## Außenhandel

in Mrd. EUR



# Kennzahlen



---

# KURZNACHRICHTEN

---

## IN EIGENER SACHE

---

### Dieter Sarreither neuer Präsident des Statistischen Bundesamtes

Der Bundesminister des Innern, Dr. Thomas de Maizière, hat den bisherigen Vizepräsidenten des Statistischen Bundesamtes, Dieter Sarreither, zum neuen Präsidenten und zugleich zum Bundeswahlleiter ernannt. Sein Vorgänger Roderich Egeler wurde aus beiden Ämtern in den Ruhestand verabschiedet.

In einem Festakt im Herzog-Friedrich-August-Saal der Wiesbadener Casino-Gesellschaft betonte Minister de Maizière, dass die Amtszeit des neuen Präsidenten des Statistischen Bundesamtes unter anderem bestimmt sein werde durch die grundlegende Überarbeitung der Energiestatistik, die Neugestaltung der Haushaltsstatistiken und die Vorbereitung der nächsten EU-weiten Volkszählungsrunde 2020/2021. In seinem neuen Amt als Bundeswahlleiter stehe die Wahlkreisneueinteilung für die Bundestagswahl 2017 vor der Tür.

Diplom-Mathematiker Dieter Sarreither trat 1982 als Referent für Softwareentwicklung in das Statistische Bundesamt ein. Seit dem Jahr 2000 leitete er die Abteilung für Informationstechnik und mathematisch-statistische Methoden. Dort setzte er sich für die Modernisierung der statistischen Prozesse unter dem Stichwort „eStatistik“ ein. Seit 2011 war er Vizepräsident des Statistischen Bundesamtes und seit Januar 2013 bestimmt er als Schriftleiter die Ausrichtung dieser Zeitschrift.

Zu seinem Amtsantritt nannte Sarreither Globalisierung und Digitalisierung als zukünftige Herausforderungen an die amtliche Statistik. Wichtige Aufgabenfelder seien beispielsweise die Entwicklung von Indikatoren zu den

global gültigen Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen (Sustainable Development Goals, SDGs) sowie die Analyse großer Datenmengen (Big Data).

Unter Roderich Egeler wurde der registergestützte Zensus 2011 durchgeführt. Als Bundeswahlleiter organisierte er jeweils zwei Europa- und Bundestagswahlen. Weitere Schwerpunkte in Egelers siebenjähriger Amtszeit waren die Bürokratiekostenmessung und die Initiative zur Novellierung des Bundesstatistikgesetzes.

## AUS ALLER WELT

---

### Welt-Statistik-Tag am 20. Oktober 2015

Im Juni 2015 verabschiedete die Generalversammlung der Vereinten Nationen eine von der Statistischen Kommission der Vereinten Nationen verfasste Resolution, die offiziell den 20. Oktober 2015 zum zweiten Welt-Statistik-Tag erklärt und unter das Motto „Better data. Better lives“ stellt.

Der Welt-Statistik-Tag findet in mehr als 130 Ländern statt, um die Bedeutung offizieller Statistiken hervorzuheben. Offizielle Statistiken helfen Entscheidungsträgern, eine fundierte Politik zu entwickeln, die sich auf Millionen von Menschen auswirkt. Verbesserte Datenquellen, zuverlässige statistische Methoden, neue Technologien und gestärkte statistische Systeme ermöglichen bessere Entscheidungen, die schließlich in ein besseres Leben für alle münden. Immer am 20. Oktober wird die globale statistische Gemeinschaft künftig alle fünf Jahre ihre Leistungen und ihre laufenden Arbeiten präsentieren, um diese Vision zu verwirklichen.

Das Statistische Bundesamt wird am 20. Oktober 2015 ein neues Einstiegsportal zu seinem Datenangebot speziell für Studierende, den StatistikCampus, vorstellen und online schalten:

↳ [www.destatis.de/statistikcampus](http://www.destatis.de/statistikcampus).

### Sitzung bei der Internationalen Energieagentur

Die Internationale Energieagentur (IEA) ist eine selbstständige Organisation innerhalb der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), der 29 Staaten sowie die Europäische Union angehören und deren wichtigstes Ziel die Sicherung der Energieversorgung ist. Daneben entwickelt die IEA unter anderem Maßnahmen für eine effiziente Energieverwendung, führt ökonomische Analysen durch und erstellt eine internationale Energiebilanz. Zur Durchführung dieser Aufgaben sind international vergleichbare Energiestatistiken unerlässlich. Auf der alle fünf Jahre stattfindenden Sitzung der Energy Statistics Working Group stellt die IEA die hinsichtlich einer harmonisierten Berichterstattung erzielten Fortschritte vor und informiert die Mitgliedstaaten über anstehende Änderungen.

An der diesjährigen Sitzung nahmen für Deutschland Vertreter des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie sowie des Statistischen Bundesamtes teil. Die IEA hob die gestiegene Qualität der von den Mitgliedstaaten gelieferten Daten vor, dank derer vertiefende Analysen möglich sind. Um die Parallelität der Veröffentlichungen sicherzustellen, sind jedoch weitere Maßnahmen zu ergreifen. Auf der nächsten bilateralen Sitzung von Eurostat und IEA (InterEnerStat-Meeting) soll das neue gemeinsame Methodenhandbuch zur Energiestatistik verabschiedet werden.

Die IEA stellte ferner ihren künftigen Datenbedarf dar, der in den Bereichen Gas und Kohle liegt. Die vorgeschlagenen Ausweitungen entsprechen nahezu vollständig den Vorschlägen Eurostats und sind in Deutschland bereits Bestandteil der Novelle des nationalen Energiestatistikgesetzes, welches im Frühjahr 2016 in Kraft treten soll.

## AUS DEM INLAND

---

### Tag der offenen Tür der Bundesregierung 2015

Am 29. und 30. August 2015 lud die Bundesregierung zum 17. Mal zum „Tag der offenen Tür“ ein. Bundeskanzleramt sowie alle Bundesministerien hatten ihre Türen geöffnet, etwa 156000 Besucherinnen und Besucher nutzten die Gelegenheit, Einblicke in die Arbeit der politischen Entscheidungsträger in Berlin zu nehmen.

Der i-Punkt Berlin des Statistischen Bundesamtes war im Bundesministerium des Innern vertreten – erstmals in der neuen Liegenschaft am Moabiter Werder – und konnte viele der rund 6700 Gäste am eigenen Präsentationsstand begrüßen. Auf großes Publikumsinteresse stießen der anlässlich des Jubiläums „25 Jahre Deutsche Einheit“ entwickelte Klapp-Flyer „West und Ost im Zahlencheck“ sowie das interaktive Quiz „Deutschland in Zahlen“. Stark im Besucherfokus standen aufgrund der aktuellen politischen Ereignisse vor allem Fragen zur Zuwanderung und langfristigen Bevölkerungsentwicklung und die dazu verfügbaren Datenangebote.

## TAGUNGEN

---

### ISI-Weltkongress in Rio de Janeiro

Vom 26. bis 31. Juli 2015 fand in Rio de Janeiro die 60. Weltkonferenz des Internationalen Statistischen Instituts (ISI) statt.

In mehr als 200 Sitzungen wurden Vorträge aus dem gesamten Spektrum der Statistik präsentiert. Ergänzt wurden diese durch Poster-Präsentationen und administrative Sitzungen des ISI und seiner Fachsektionen. Ein für die amtliche Statistik wichtiger Schwerpunkt des Kongresses war das Thema „Messung nachhaltiger Entwicklung durch die Statistik“ im Zusammenhang mit der neuen Entwicklungsstrategie der Vereinten Nationen. Ein weiterer thematischer Schwerpunkt war die Möglichkeit der Nutzung neuer Datenquellen (Big Data) durch die amtliche Statistik.

↳ [www.isi2015.org/](http://www.isi2015.org/)

## Statistik verstehen – Orientierung in der Informationsgesellschaft

Am 19. und 20. November 2015 findet im Museum Wiesbaden das 24. wissenschaftliche Kolloquium zum Thema „Statistik verstehen – Orientierung in der Informationsgesellschaft“ statt.

Das vom Statistischen Bundesamt gemeinsam mit der Deutschen Statistischen Gesellschaft veranstaltete Kolloquium ist ein Forum für den Dialog zwischen amtlicher Statistik und ihren Nutzergruppen aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik, Verwaltung und Verbänden. Zum Abschluss des ersten Veranstaltungstages wird der Gerhard-Fürst-Preis für herausragende wissenschaftliche Arbeiten mit engem Bezug zum Arbeitsgebiet der amtlichen Statistik verliehen.

➤ [www.destatis.de/DE/Methoden/Kolloquien/Kolloquien.html](http://www.destatis.de/DE/Methoden/Kolloquien/Kolloquien.html)

## UNECE-Seminar “The Role of National Statistical Offices in the Production of Leading, Composite and Sentiment Indicators”

Die United Nations Economic Commission for Europe (UNECE) veranstaltet vom 8. bis 10. Dezember 2015 im Palais des Nations in Genf eine Konferenz zum Thema „The Role of National Statistical Offices in the Production of Leading, Composite and Sentiment Indicators“.

Die Konferenz gliedert sich in vier Sessions:

- › The Role of NSOs in the Compilation of Leading, Composite and Sentiment Indicators
- › The Role of NSOs in the Dissemination of Leading, Composite and Sentiment Indicators
- › Issues Specific to Economic Indicators
- › Issues Specific to Social Indicators

Anmeldungen sind bis zum 9. November 2015 möglich.

➤ [www.unece.org/index.php?id=40282#/](http://www.unece.org/index.php?id=40282#/)

## NEUERSCHEINUNGEN

---

### 25 Jahre Deutsche Einheit

Die Veröffentlichung „25 Jahre Deutsche Einheit“ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder verdeutlicht, inwieweit sich beide Landesteile angenähert haben und wo noch Unterschiede bestehen. Dabei werden auch unterschiedliche Blickwinkel auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen nicht nur in Ost und West insgesamt, sondern auch in den einzelnen Bundesländern vorgestellt.

Die Publikation ist leicht verständlich und detailliert, umfangreich und zugleich kompakt und enthält Informationen zu Bevölkerung, Wirtschaft, Arbeitsmarkt, materiellen Lebensbedingungen und Lebensqualität.

➤ [www.destatis.de](http://www.destatis.de) (Publikationen › Thematische Veröffentlichungen › Regionales)

### Qualität der Arbeit

Die Arbeit spielt im Leben der meisten Menschen nicht nur zur Sicherung des Lebensunterhalts eine zentrale Rolle. Am Arbeitsplatz werden viele Stunden des Tages verbracht – oft mehr Zeit, als für Familie, Freunde und Freizeit zur Verfügung steht. Ein „guter Job“ ist deshalb für viele Menschen eine wichtige Voraussetzung für Zufriedenheit und Lebensqualität.

In der Ausgabe 2015 der Broschüre „Qualität der Arbeit – Geld verdienen und was sonst noch zählt“ werden sieben Dimensionen unterschieden, um die qualitativen Aspekte der Arbeit abzubilden: Arbeitssicherheit und Gleichstellung – Einkommen und indirekte Arbeitgeberleistungen – Arbeitszeit, Ausgleich von Beruf und Privatleben – Beschäftigungssicherheit und Sozialleistungen – Arbeitsbeziehungen – Qualifikation und Weiterbildung – Zusammenarbeit und Motivation.

Innerhalb dieser Dimensionen werden die qualitativen Aspekte der Arbeit mit rund 30 ausgewählten Kennzahlen dargestellt.

➤ [www.destatis.de](http://www.destatis.de) (Publikationen › Thematische Veröffentlichungen › Arbeitsmarkt)

### Kulturfinanzbericht 2014

Der Kulturfinanzbericht erscheint alle zwei Jahre als Gemeinschaftsveröffentlichung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder. Datenbasis des Berichtes sind die Finanzstatistiken von Bund, Ländern und Gemeinden. Der Bericht enthält zusätzlich kulturrelevante Ergebnisse aus der amtlichen und nichtamtlichen Statistik.

Der Kulturfinanzbericht 2014 steht auf der Webseite des Statistischen Bundesamtes zum Download zur Verfügung und kann auch als Printausgabe bezogen werden.

↳ [www.destatis.de](http://www.destatis.de)

### Zensus 2011 – Haushalte und Familien

Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder haben auf Basis der endgültigen Ergebnisse des Zensus 2011 eine Gemeinschaftspublikation zum Thema Haushalte und Familien veröffentlicht: „Zensus 2011 – Haushalte und Familien“. Neben Auswertungen zur Haushaltsgröße, zu Einpersonenhaushalten und Haushalten mit Senioren stehen auch umfangreiche Informationen zu Familien, Ehepaaren mit und ohne Kinder, nichtehelichen Lebensgemeinschaften und Alleinerziehenden zur Verfügung.

↳ [www.statistikportal.de](http://www.statistikportal.de) (Veröffentlichungen > Zensus 2011)

### 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung auf Ebene der Bundesländer

Angaben zur Bevölkerungsentwicklung bis zum Jahr 2060 liefert die 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. Die Ausgangsbasis bildet der Bevölkerungsbestand am 31. Dezember 2013, welcher auf der justierten Bestandsfortschreibung nach dem Zensus 2011 beruht. Das Statistische Bundesamt bietet für die Ebene der Bundesländer zwei neue Veröffentlichungen unterschiedlicher Art an:

› Die neu erschienene Publikation „Bevölkerungsentwicklung in den Bundesländern bis 2060“ steht auf der Webseite des Statistischen Bundesamtes zur Verfügung.

↳ [www.destatis.de](http://www.destatis.de)

› Die animierten Bevölkerungspyramiden nach Ländern ermöglichen einen Überblick über den Aufbau der Bevölkerung in den verschiedenen Bundesländern nach Alter und Geschlecht. Mithilfe der interaktiven Anwendung kann die Veränderung der Altersstruktur von heute bis 2060 verfolgt werden, wobei gleichzeitig die Entwicklung in drei verschiedenen Bundesländern miteinander vergleichbar ist. Die Anwendung enthält zwei Varianten mit unterschiedlichen Annahmen zum künftigen Wanderungssaldo.

↳ [www.destatis.de/laenderpyramiden/](http://www.destatis.de/laenderpyramiden/)

### Elterngeld regional

Die Publikation „Elterngeld für Geburten 2013 nach Kreisen“ gibt einen Überblick darüber, wie viele Mütter und Väter für ihr im Jahr 2013 geborenes Kind Elterngeld in Anspruch genommen haben und bei welchem Wert die durchschnittliche Bezugsdauer bei den Vätern lag. Zudem werden die Erwerbsbeteiligung der Eltern vor der Geburt des Kindes sowie die Höhe des durchschnittlichen monatlichen Anspruchs bis auf Kreisebene dargestellt.

↳ [www.destatis.de](http://www.destatis.de) (Publikationen > Thematische Veröffentlichungen > Soziales)

### Lebensqualität in Europa

Eurostat präsentiert mit der englischsprachigen Broschüre „Quality of life – Facts and views“ verschiedene Aspekte des Wohlbefindens der Bevölkerung in Europa. In der Darstellung werden erstmals objektive Indikatoren mit subjektiven Bewertungen kombiniert und verschiedene Aspekte der Lebensqualität abgedeckt. Die Indikatoren werden in den Kontext mit verschiedenen Elementen, die die Lebensqualität beeinflussen, gestellt – beispielsweise Bildungsstand, Erwerbsstatus, Gesundheitszustand, familiäre und finanzielle Situation.

Die Grundlage bildet die Statistik über Einkommen und Lebensbedingungen in Europa (EU-SILC). Im Jahr 2013 gehörte zu dieser auch ein sogenanntes Ad-hoc-Modul über das subjektive Wohlbefinden, dessen Daten nun den Schwerpunkt der Veröffentlichung bilden. Außer für die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten werden die Daten auch für die EFTA-Länder dargestellt.

↳ [bookshop.europa.eu](http://bookshop.europa.eu), Katalog-Nr. KS-05-14-073-EN-N

---

# EMOS – DER EUROPEAN MASTER IN OFFICIAL STATISTICS

---

Professor Dr. Markus Zwick

---

↘ **Schlüsselwörter:** Amtliche Statistik – statistische Ausbildung – Statistical Literacy – Weiterbildung

## ZUSAMMENFASSUNG

Der European Master in Official Statistics (EMOS) ist vorrangig ein Label für Masterstudiengänge, die gemäß den EMOS-Kriterien aufgebaut sind, aber auch ein stetig wachsendes Netzwerk aus Universitäten, Statistischen Ämtern, Zentralbanken und weiteren Datenproduzenten, welches in Fragen der amtlichen Statistik zusammenarbeitet.

Mit dem Wintersemester 2015/2016 werden europaweit Masterstudiengänge starten, die im Kern Themen der amtlichen Statistik lehren. Damit werden künftig besser empirisch ausgebildete Akademiker für den Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Dies ist nicht nur für die Datenproduzenten von Relevanz, auch auf Seiten der Datennutzer ist ein besseres Verständnis von Daten, gerade auch in Zeiten von Big Data, unerlässlich. Ein nächster Schritt ist, die im Rahmen des EMOS angebotenen universitären Kurse verstärkt auch für die Mitarbeiterweiterbildung in den statistischen Ämtern zu nutzen. Mit den Webinars im Rahmen der EMOS Summer School ist hierzu ein Anfang gemacht.

↘ **Keywords:** official statistics – statistical education – statistical literacy – education

## ABSTRACT

*The European Master in Official Statistics (EMOS) is primarily a label for university master programmes that are in line with the EMOS criteria. Furthermore, EMOS is an ever-increasing network of universities, national statistical institutes, central banks and other data producers, all working together in the area of official statistics.*

*In the winter term of 2015/2016, master programmes will start all across Europe which essentially teach subjects in the area of official statistics. It is expected that, in the future, university graduates with a better empirical understanding will be available to the labour market. This is an important issue for data producers, and a better comprehension of the data will also be indispensable on the part of data users, especially in times of big data. One next step will be to integrate the EMOS university courses into the internal training programmes at the statistical institutes. EMOS summer schools organised as webinars are a first step in this direction.*



**Professor Dr. Markus Zwick**

ist Diplom-Volkswirt und hat an der Leuphana Universität in Lüneburg promoviert. Im Statistischen Bundesamt hat er zunächst im Bereich der Steuerstatistiken gearbeitet und von 2002 bis 2012 das Forschungszentrum geleitet. Seit 2010 lehrt er als Honorarprofessor an der Goethe-Universität Frankfurt. Derzeit ist er als Nationaler Experte an das Statistische Amt der Europäischen Union abgeordnet und dort Leiter des Projektes European Master in Official Statistics.

## 1

---

### Einleitung

---

Der European Master in Official Statistics (EMOS) ist nicht länger nur eine gute Idee, EMOS ist seit dem 21. Mai 2015 Realität. Auf seiner 25. Sitzung zeichnete der Ausschuss für das Europäische Statistische System (AESS) die ersten zwölf universitären Masterprogramme mit dem EMOS-Label aus. Damit werden ab dem Wintersemester 2015/2016 europaweit Masterprogramme starten, die im Kern der Ausbildung weite Themenbereiche der amtlichen Statistik umfassen.

Aber auch in einer anderen Hinsicht ist EMOS real: Neben der inhaltlichen Ausrichtung ist EMOS mittlerweile ein gut ausgebautes europäisches Netzwerk von Universitäten, nationalen statistischen Ämtern, Zentralbanken und weiteren Datenproduzenten, die sich eng in Fragen der amtlichen Statistik austauschen.

Es war ein langer Weg von den ersten Ideen zu EMOS bis zur nunmehr konkreten ersten Umsetzung. Die folgenden Ausführungen werden zu Beginn darauf eingehen, warum EMOS für statistische Institutionen, Universitäten sowie für die Studierenden ein attraktives Angebot darstellt. Kapitel 3 wird kurz die im Wesentlichen im Jahr 2013 durchgeführte EMOS-Machbarkeitsstudie beschreiben. Aufbauend auf dieser Studie entwickelte Eurostat, das Statistische Amt der Europäischen Union, mit einer Gruppe von Experten (Group of Experts) eine konkrete Struktur für EMOS. Dieses Konzept wurde vom AESS im Mai 2014 angenommen und in der Folge der erste EMOS Call for Interest veröffentlicht. Dies wird Gegenstand der Kapitel 4 und 5 sein. Ein Ausblick, wesentlich bis zur vorgesehenen Evaluierung von EMOS im Jahr 2017, schließt diesen Übersichtsartikel ab.

## 2

---

### Warum ein Europäischer Master in Official Statistics?

---

Von statistischer Ausbildung oder gar von der Ausbildung in amtlicher Statistik kann man ja aufgrund von Marketingüberlegungen heute kaum noch reden. Der

moderne Statistiker ist ein Data Scientist (Davenport/Patil, 2012), Big Data Analyst oder zumindest iStatistician. Dabei ist die Rückbesinnung auf die Kerne der amtlichen Statistik, gerade in Zeiten von Big Data, wichtiger denn je.<sup>1</sup> Entscheidungen in unserer evidenzbasierten Gesellschaft beruhen mittlerweile nahezu in allen Bereichen auf Daten.

Es ist die statistische Kunst, aus der Beschreibung von Massenphänomenen mittels Zahlen entscheidungsrelevantes Wissen zu generieren. Dieser Weg ist komplex und beginnt nicht mit der mathematisch-statistischen Methodik, die auf Daten aufsetzt. Insbesondere die statistische Erfassung und Aufbereitung vor der statistischen Auswertung ist ein Kernbestandteil der amtlichen Statistik. Dieser Bereich ist derzeit einem erheblichen Wandel unterworfen, der mit den administrativen Daten begann. Vielfach liegen mittlerweile Massendaten schon vor, müssen für ein Untersuchungsziel nicht mehr gesondert erhoben werden. Gerade hier ist es aber weiterhin von höchster Bedeutung, den Generierungsprozess der Daten, Grenzen und Lücken, mit einem Wort: die Qualität der Daten, verstehen zu können.

### 2.1 Das Interesse der Datenproduzenten an EMOS

---

Seit einigen Jahren wird beklagt, dass Inhalte der amtlichen Statistik nur noch eingeschränkt an den Hochschulen gelehrt werden (von der Lippe/Schmerbach, 2003). Daher sollten Datenproduzenten, innerhalb wie außerhalb der amtlichen Statistik, aus vielfachen Gründen ein Interesse haben, aktiv innerhalb der universitären statistischen Ausbildung eingebunden zu sein (Townsend, 2011).

Diese Gründe sind:

- › besser ausgebildete Newcomer,
- › Einfluss auf die Lehrinhalte,
- › Zugang zum akademischen Nachwuchs,
- › Statistical Literacy,
- › Zugang zu Hochschulkursen im Rahmen der permanenten Weiterbildung.

---

<sup>1</sup> Zu Big Data in der amtlichen Statistik siehe Zwick (2015).

Die beiden erstgenannten Punkte sind oben zum Teil schon benannt. Aber es ist nicht nur der Fall, dass neu eingestellte Mitarbeiter – durch eine aktive Teilnahme der Datenproduzenten in der Lehre – besser in Fragen der amtlichen Statistik ausgebildet sind, es ist insbesondere auch der Zugang zum empirisch ausgebildeten akademischen Nachwuchs, der durch eine aktive Beteiligung an der universitären Ausbildung ermöglicht wird.

Vor allem in Ländern mit niedrigen Fertilitätsraten – und Deutschland gehört dazu – ist und wird der sogenannte War for Talents besonders intensiv sein (Michaels und andere, 2001). Die reine Quantität von Hochschulabsolventen wird aufgrund geringer Geburtenraten abnehmen. Darüber hinaus werden empirisch ausgebildete Akademiker in Zeiten von Big Data ausgesprochen gut am Markt entlohnt.<sup>12</sup>

Ein Engagement in der Hochschulausbildung ist daher eine sehr gute Möglichkeit, junge Akademikerinnen und Akademiker schon frühzeitig in der Ausbildung an die amtliche Statistik thematisch sowie auch als einen möglichen Arbeitgeber heranzuführen.

Weiter ist es für Datenproduzenten von großem Interesse, dass auch die Nutzer der Daten ein ausreichendes Verständnis hinsichtlich der Datenproduktion und -interpretation haben. Die Fertigkeit, statistische Angaben sachgerecht zur Entscheidungsfindung zu nutzen, wird mit dem Begriff „Statistical Literacy“ bezeichnet.<sup>13</sup> EMOS ist hierbei die Möglichkeit, auch Absolventen, die in ihrem späteren Berufsleben nicht bei einem Datenproduzenten, sondern auf der Seite der Datennutzer beschäftigt sein werden, in Fragen der amtlichen Statistik auszubilden.

Darüber hinaus bietet EMOS den Statistischen Ämtern die Möglichkeit, Universitätskurse in die interne Weiterbildung einzubinden. Ein Beispiel hierfür sind die EMOS Webinars. Die erste EMOS Springschool gab den nationalen statistischen Ämtern europaweit die Möglichkeit, über Webstream und Twitter an universitären Kursen teilzunehmen.<sup>14</sup> Unter anderen haben die nationalen Statistikämter in Mazedonien und Spanien die EMOS Springschool als Weiterbildungskurs in ihren jeweiligen Ämtern genutzt.

---

2 Zur aktuellen Entlohnung von Data Scientists siehe Lohr, 2015.

3 Zum Thema Statistical Literacy und amtliche Statistik siehe beispielsweise Forbes, 2011.

4 Siehe hierzu [www.cros-portal.eu/content/emos-spring-school-2015](http://www.cros-portal.eu/content/emos-spring-school-2015).

## 2.2 Das Interesse von Hochschulen und Studierenden an EMOS

---

Spätestens seit der Bologna-Reform sehen sich die Universitäten einem immer stärker werdenden Wettbewerb um die besten Studentinnen und Studenten ausgesetzt. Insbesondere gut ausgebildete Bachelorabsolventen stehen für die immer zahlreicheren verschiedenen Masterstudiengänge im Fokus dieses Wettbewerbs. Aus diesem Grund sind Universitäten bestrebt, bei der derzeit zu beobachtenden starken thematischen Diversifizierung der Masterstudiengänge Alleinstellungsmerkmale ihrer Programme zu schaffen, die für die Studierenden attraktiv sind.

Datenbasiertes Denken hat in der heutigen Gesellschaft einen hohen Stellenwert und eine Vielzahl an Verwendungsmöglichkeiten am Arbeitsmarkt. EMOS bietet in genau diesem Bereich eine Ausbildung, dies darüber hinaus mit der Möglichkeit, empirisches Wissen auch direkt in die Praxis umzusetzen. Ein wichtiger Bestandteil der EMOS-Ausbildung sind Praktika und Masterabschlussarbeiten bei und mit einem Datenproduzenten. Alle Masterprogramme, die mit dem EMOS-Label ausgezeichnet worden sind, bieten eine intensive Zusammenarbeit mit einem Statistischen Amt oder einer Zentralbank an.

Die auf der weiter unten dargestellten EMOS-Machbarkeitsstudie basierenden Prognosen sind hinsichtlich des Studenteninteresses positiv. Auch die eigenen Erfahrungen mit der Vorlesung „Wirtschafts- und Sozialstatistik“ an einer Reihe deutscher Universitäten zeigen ein großes Interesse der Studierenden an Themen der amtlichen Statistik. Wenn die Studierenden die Fächer wählen, sind die Universitäten bestrebt, diese auch anzubieten. Dies zeigt auch die Beteiligung am ersten „EMOS Call for Interest“, an dem sich 23 europäische Masterprogramme beteiligten.

## 3

---

### Die EMOS-Machbarkeitsstudie

---

Die Idee, universitäre Masterprogramme mit Inhalten der amtlichen Statistik zu verbinden, wird seit 2008 unter der Begrifflichkeit „European Master in Official Statis-

tics – EMOS” innerhalb des Europäischen Statistischen Systems (ESS) diskutiert. Ein erster EMOS-Workshop in Southampton 2010 zeigte aber noch deutlich, dass hinter dem Akronym EMOS bei Statistischen Ämtern wie Universitäten sehr unterschiedliche Vorstellungen vorhanden waren.<sup>15</sup>

In der Folge war EMOS innerhalb der Europäischen Kommission kein drängendes Thema. Es waren insbesondere die nationalen Statistikämter – und hier vor allem das italienische Amt ISTAT – sowie einige europäische Universitäten, die weiter intensiv an der Idee EMOS arbeiteten. Ausgehend von diesen Initiativen griff Eurostat das Thema EMOS als ein “Vision Infrastructure Project” im Jahr 2012 wieder auf und finanzierte eine im Jahr 2013 durchgeführte Machbarkeitsstudie zu EMOS.<sup>16</sup>

Das Konsortium GENES/ICON<sup>17</sup> führte die Machbarkeitsstudie “Towards a European Master in Official Statistics” in Verbindung mit Eurostat im Jahr 2013 durch. Kern der Studie waren zwei Befragungsreihen, die als quantitative und qualitative Untersuchung bezeichnet wurden.<sup>18</sup>

Die quantitative Untersuchung befragte mittels eines Online-Fragebogens Verantwortliche von 700 Masterprogrammen aus 39 europäischen Ländern hinsichtlich Aufbau und Inhalt ihrer Angebote. Die jeweiligen Studiengänge hatten fachlich unterschiedliche Schwerpunkte (Statistik, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, Geografie und so weiter), aber alle einen engeren Bezug zur Statistik. 155 vollständig ausgefüllte Fragebogen gingen in die Analyse ein.

Die qualitative Untersuchung basierte auf persönlichen Interviews, die an Hochschulen wie in nationalen Statistikämtern durch das Konsortium durchgeführt wurden. Insgesamt wurden in 14 europäischen Ländern Gespräche mit Vertretern aus 41 Universitäten und 14 nationalen statistischen Ämtern geführt.

---

5 Zum ersten EMOS-Workshop siehe [www.s3ri.soton.ac.uk/courses/european-masters/](http://www.s3ri.soton.ac.uk/courses/european-masters/).

6 Zu Details hinsichtlich der EMOS-Historie siehe Kofoed und andere, 2012.

7 GENES – Group of National Economics and Statistics Schools des französischen Statistikamtes INSEE sowie das Consultingunternehmen ICON – Institute erhielten innerhalb eines Tenderverfahrens den Zuschlag zur Durchführung der Studie.

8 Zu den detaillierten Ergebnissen der Studie “Towards a European Master in Official Statistics” siehe [www.cros-portal.eu/content/results-feasibility-study](http://www.cros-portal.eu/content/results-feasibility-study).

Ein zentrales Ergebnis der Machbarkeitsstudie war, dass die Universitäten insgesamt ein großes Interesse an EMOS haben, aber dafür nur bedingt ihre etablierten Lehrpläne umstellen können. In vielen europäischen Ländern bedeutet die Einführung neuer Masterstudiengänge ein aufwendiges Akkreditierungsverfahren, welches nur über einen längeren Zeitraum möglich ist. Daher war die Empfehlung innerhalb der Studie, EMOS als Label für laufende Masterprogramme auszugestalten und erst mittelfristig vollständig neu konzipierte Masterstudiengänge anzustreben.

Ein weiteres Ergebnis war, dass EMOS nicht wie zunächst angedacht vollständig als englischsprachiges Programm angeboten werden sollte. Die Empfehlung war, nur Kernbereiche in englischer Sprache vorzusehen und die weiteren Kurse hinsichtlich der Sprache offen zu gestalten.

---

## 4

---

### Das EMOS-Konzept

---

Die aus den quantitativen und qualitativen Untersuchungen abgeleiteten Empfehlungen der Machbarkeitsstudie bildeten in der Folge die Basis zur Entwicklung des EMOS-Konzepts durch die Group of Experts<sup>19</sup> und Eurostat zu Beginn des Jahres 2014. Das EMOS-Konzept umfasst zwei wesentliche Komponenten: zum einen den EMOS-Lehrplan und zum anderen das EMOS-Prozessmodell. Das entwickelte Konzept wurde im Mai 2014 dem AESS zur Entscheidung vorgelegt und einstimmig angenommen.<sup>110</sup>

---

#### 4.1 Das EMOS-Curriculum

---

Der Lehrplan geht in seiner Grundstruktur von einem zweijährigen Masterprogramm mit 120 ECTS [Europäisches System zur Anrechnung (und Akkumulierung) von Studienleistungen] aus.<sup>111</sup> Aber auch kürzere Masterprogramme können an EMOS teilnehmen, wenn sie gemäß dem Bologna-Prozess organisiert sind. Der EMOS-Lehr-

---

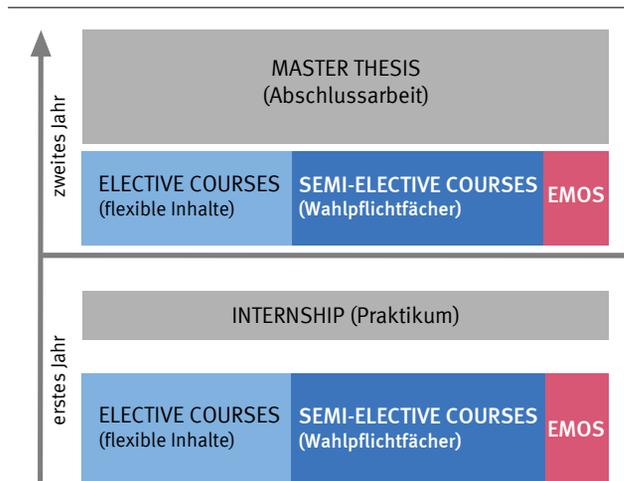
9 Zur Group of Experts siehe [www.cros-portal.eu/content/group-experts](http://www.cros-portal.eu/content/group-experts).

10 [www.cros-portal.eu/sites/default/files/EMOS%20at%20the%20ESSC.pdf](http://www.cros-portal.eu/sites/default/files/EMOS%20at%20the%20ESSC.pdf).

11 Zum European Credit Transfer and Accumulation System siehe [http://ec.europa.eu/education/ects/ects\\_en.htm](http://ec.europa.eu/education/ects/ects_en.htm).

plan umfasst drei Blöcke an Kursen sowie ein Praktikum und eine Abschlussarbeit. [↗ Grafik 1](#)

**Grafik 1**  
EMOS-Curriculum



2015 - 01 - 0590

Wesentlich innerhalb des Kurssystems ist das sogenannte EMOS-Core-Modul. Es umfasst 10 % der ECTS und enthält insbesondere Themen der amtlichen Statistik. Kennzeichnend für die Themen des EMOS-Core-Moduls ist es, dass die Erfahrung und das Wissen über die Inhalte in der Regel auf der Seite der Datenproduzenten liegen. Folgende Themen sind innerhalb des EMOS-Core-Moduls verpflichtend:

European Statistical System (ESS), Code of Practice, Quality, Production Model (GSBPM)<sup>12</sup>, Data Management, Metadata, Sampling Theory, Statistical Disclosure Control, Data Law, Administrative Data, Big Data in Official Statistics, Classification, Evaluation and Monitoring, Statistical Data Editing.

Für den ersten EMOS Call for Application entwickelte der EMOS-Beirat eine detaillierte Beschreibung von insgesamt 14 Lernergebnissen mit einer umfangreichen Literaturliste zur inhaltlichen Konkretisierung des EMOS-Core-Moduls.<sup>13</sup>

12 Zum GSBPM siehe [www1.unece.org/stat/platform/display/metis/The+Generic+Statistical+Business+Process+Model](http://www1.unece.org/stat/platform/display/metis/The+Generic+Statistical+Business+Process+Model).

13 Siehe Annex 3 des Guide for Applicants ([www.cros-portal.eu/sites/default/files//EMOS\\_Guide%20for%20applicants.docx.pdf](http://www.cros-portal.eu/sites/default/files//EMOS_Guide%20for%20applicants.docx.pdf)).

Der zweite Kursblock, der die Wahlpflichtfächer (semi-elective courses) umfasst, hat einen Anteil von 30 % der ECTS eines Masterprogrammes. Hierbei handelt es sich um statistische und ökonomische Themengebiete, die einen engen Bezug zur amtlichen Statistik ausweisen. Üblicherweise sind diese Themen auch gegenwärtig schon Bestandteil vieler Masterprogramme. Die Positivliste der Wahlpflichtfächer umfasst mehr Themengebiete, als sich mit 30 % der ECTS abdecken lassen; somit besteht hier in Maßen eine Wahlfreiheit. Für den ersten EMOS Call for Application wurden folgende Themen benannt:

Survey Methodology, Government and Public Finances, Demography, Price Statistics, Econometrics, Econometrics of Time Series and Panel Data, Multivariate Statistics, Small Area Estimation and Spatial Statistics, Statistical Computing, Record Linkage and Statistical Matching.

Der letzte Kursblock (elective courses) ist inhaltlich von den Hochschulen vollständig frei gestaltbar. Dieser Block an flexiblen Kursinhalten soll es ermöglichen, dass sich verschiedenste Masterprogramme erfolgreich an EMOS beteiligen können.

Als wichtiger praktischer Teil gelten das Praktikum (Internship) mit 10 % der ECTS sowie die Master-Abschlussarbeit mit 25 % der gesamten ECTS eines Masterprogramms. Das Praktikum soll innerhalb der Räumlichkeiten eines Datenproduzenten erfolgen. Dies kann ein nationales statistisches Amt, eine Zentralbank oder ein weiterer nationaler Datenproduzent im Sinne der Kommissionsverordnung (EG) Nr. 223/2009<sup>14</sup> sein. Auch weitere, durchaus auch privat organisierte Datenproduzenten können zugelassen werden, wenn das jeweilige nationale statistische Amt die Qualität des Praktikums bei diesem Datenproduzenten bestätigt. Die Dauer des Pflichtpraktikums kann aufgrund der vorgesehenen Anzahl an ECTS nicht deutlich über acht Wochen liegen.

Im Idealfall finden die Studierenden während des Praktikums ein Thema für die Master Thesis, die dann seitens der Datenproduzenten inhaltlich mitbetreut wird.

14 Verordnung (EG) Nr. 223/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2009 über europäische Statistiken und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1101/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Übermittlung von unter die Geheimhaltungspflicht fallenden Informationen an das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften, der Verordnung (EG) Nr. 322/97 des Rates über die Gemeinschaftsstatistiken und des Beschlusses 89/382/EWG, Euratom des Rates zur Einsetzung eines Ausschusses für das Statistische Programm der Europäischen Gemeinschaften (Amtsblatt der EG Nr. L 087, Seite 164).

Die alleinige Verantwortung der Universitäten bei der Beurteilung der Abschlussarbeiten bleibt hierbei unberührt.

## 4.2 Das EMOS-Prozessmodell

Basierend auf den Ergebnissen der Machbarkeitsstudie ist EMOS als Label für laufende Masterprogramme konzipiert. Das EMOS-Prozessmodell beschreibt die Verfahrensweise, wie Universitäten das EMOS-Label beantragen und erhalten können. Das EMOS-Label wird für vier Jahre vergeben, Verlängerungen sind möglich und vorgesehen.

Um einen hohen und dauerhaften Qualitätsstandard des EMOS-Labels zu sichern, wurde dem Ausschuss für das Europäische Statistische System (AESS) vorgeschlagen, dass dieser die Verantwortung für das EMOS-Label übernehmen soll, der AESS quasi als Eigner des EMOS-Labels agiert. Der AESS, als Gremium der Leiterinnen und Leiter der Statistischen Ämter des Europäischen Statistischen Systems, ist somit qualitätsverantwortlich und vergibt das EMOS-Label.

Der AESS wird in dieser Aufgabe durch den EMOS-Beirat beraten und unterstützt. Der EMOS-Beirat evaluiert Anträge von Universitäten zur Erlangung des EMOS-Labels und schlägt bei positiver Begutachtung das entsprechende Masterprogramm dem AESS zur Verleihung mit dem EMOS-Label vor. Der EMOS-Beirat ist weiterhin für das Monitoring der laufenden Masterprogramme

sowie für die Weiterentwicklung von EMOS verantwortlich.<sup>15</sup>

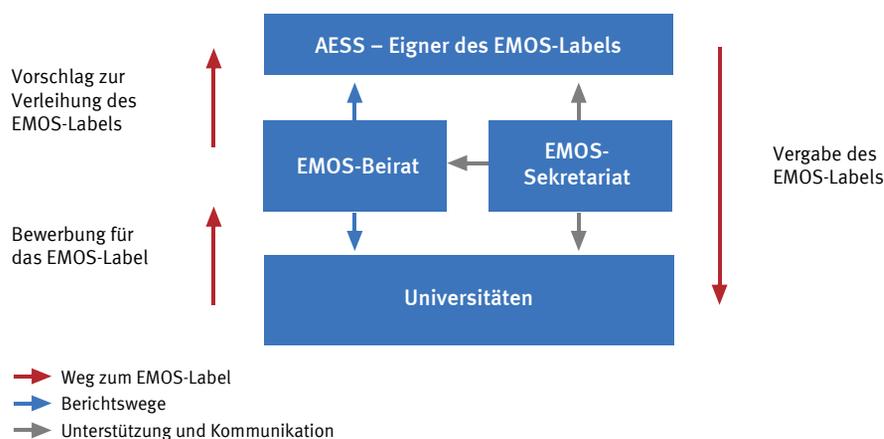
Der EMOS-Beirat hat 14 Mitglieder, hiervon werden fünf Sitze aus den Reihen der nationalen Statistikämter besetzt, weiter wird jeweils ein Mitglied von einer Zentralbank sowie von dem Nutzergremium ESAC<sup>16</sup> dem AESS zur Benennung vorgeschlagen. Darüber hinaus verfügt Eurostat über einen Sitz im EMOS-Beirat und stellt den Leiter des Gremiums. Eurostat betreibt ebenfalls des EMOS-Sekretariat. [↗ Grafik 2](#)

Insgesamt sechs Sitze des EMOS-Beirats sind den europäischen Universitäten vorbehalten. Hierzu veröffentlichte der AESS im Sommer 2014 einen Call for Application. Europäische Universitätsprofessorinnen und -professoren waren darin eingeladen, sich auf einen der universitären Plätze zu bewerben. In der Novembersitzung 2014 berief der AESS erstmals Mitglieder in den EMOS-Beirat. Die Mitglieder sind für drei Jahre berufen und können einmal wiedergewählt werden.

15 Zum Mandat und zu den Mitgliedern des EMOS-Beirats siehe [www.cros-portal.eu/content/emos-board](http://www.cros-portal.eu/content/emos-board).

16 Zum European Statistical Advisory Committee (ESAC) siehe <http://ec.europa.eu/eurostat/web/european-statistical-advisory-committee-esac>.

**Grafik 2**  
EMOS-Prozessmodell



### 5

## EMOS Call for Application

Nachdem der AESS das EMOS-Konzept im Mai 2014 angenommen hatte und dieses Konzept in der Folge auf dem zweiten EMOS-Workshop<sup>17</sup> in Helsinki auch der interessierten Fachöffentlichkeit vorgestellt wurde, veröffentlichte Eurostat im Juli 2014 den ersten EMOS Call for Application.

Der erste EMOS Call for Application war zweistufig aufgebaut. In der ersten Evaluierungsrunde wurden Programme ausgewählt, die vom Grunde her geeignet waren, die geforderten Rahmenbedingungen zur Erlangung des EMOS-Labels zu erfüllen. Mit diesen Universitäten und den kooperierenden nationalen Statistikämtern wurde dann in der Folge die finale Evaluierungsrunde vorbereitet.

Im Juli 2014 erfolgte daher zuerst der sogenannte EMOS Call for Interest mit der Deadline 15. September 2014.<sup>18</sup> Insgesamt beteiligten sich 22 Masterprogramme aus 13 europäischen Staaten an diesem Call. Die Group of Experts war verantwortlich für die erste Evaluierungsrunde. Jeder Antrag wurde dabei von mindestens zwei Gutachtern aus den Reihen der Mitglieder der Expertengruppe bewertet.

Letztendlich erfolgreiche Programme mussten die folgenden Anforderungen erfüllen:

### EMOS-Basiskriterien

- › Das Programm ist ein akkreditierter Masterstudien-gang in einem EU-Mitgliedstaat, einem EU-Kandi-datenland oder in einem EFTA-Land.
- › Das Masterprogramm basiert auf dem Bologna-Prozess und dem European Credit Transfer and Accumulation System (ECTS) oder äquivalent.

### EMOS-Auswahlkriterien

- › Das Masterprogramm ist gemäß dem EMOS-Curriculum organisiert.

- › Die Universität arbeitet in einer engen Kooperation mit einem nationalen statistischen Amt oder einer anderen “statistical authority” im Rahmen von EMOS zusammen.
- › Die Universität verfügt über adäquates Lehrpersonal mit entsprechenden Qualifikationen für die jewei-ligen Fächer des Masterprogramms.
- › Die Infrastruktur der Universität, zum Beispiel die Räumlichkeiten oder die IT-Ausstattung, ist sach-gerecht.

Die Erfüllung der EMOS-Basiskriterien war eine Grundvoraussetzung, um am weiteren Evaluierungsverfahren teilzunehmen. Die Inhalte zu den Auswahlkriterien wurden mit einem Fragebogen, der jedes Auswahlkriterium weiter spezifizierte, abgefragt. In der ersten Runde war es ausreichend, die Inhalte und Rahmenbedingungen der Masterprogramme zu beschreiben, Dokumente waren noch nicht vorzulegen.

Insgesamt wurden 16 Masterprogramme aus 15 euro-päischen Universitäten in dieser ersten Runde positiv evaluiert.

Der dritte EMOS-Workshop im Dezember 2014 in Luxem-burg brachte dann die Vertreter der in der ersten Runde positiv evaluierten Programme zusammen. An dem Workshop nahmen weiter die kooperierenden nationa-len Statistikämter sowie die Mitglieder der Experten-gruppe und des EMOS-Beirates teil.<sup>19</sup> Inhalte des Work-shops waren zum einen die gemeinsame Vorbereitung für die finale Bewertungsrunde, zum anderen der aktive Austausch aller Beteiligten über die Inhalte und Verfah-renswesen der verschiedenen Masterprogramme.

Die Universitäten der in der ersten Runde positiv evalu-ierten Masterprogramme wurden dann in der Folge mit einem EMOS Call for Application eingeladen, ihre Pro-gramme im Detail darzulegen. Die Verfahrensweisen hierzu waren vorab Inhalt des dritten EMOS-Workshops sowie in einem EMOS Guide for Applicants beschrie-ben.<sup>20</sup> Insbesondere waren in dieser Runde auch doku-mentierende Nachweise mit einzureichen. Deadline des EMOS Call for Application war der 27. Februar 2015.

17 Zum zweiten EMOS-Workshop siehe <https://wiki.helsinki.fi/display/EMOS2014/Home+EMOS>.

18 Siehe [www.cros-portal.eu/content/call-interest](http://www.cros-portal.eu/content/call-interest).

19 Die Group of Experts war bis zum 31. Dezember 2014 zur Beratung in Fragen von EMOS eingesetzt, ab dem 1. Januar 2015 übernahm der EMOS-Beirat diese Aufgabe.

20 Zum EMOS Guide for Applicants siehe [www.cros-portal.eu/sites/default/files//EMOS\\_Guide%20for%20applicants.docx.pdf](http://www.cros-portal.eu/sites/default/files//EMOS_Guide%20for%20applicants.docx.pdf).

Im März 2015 wurden die Anträge durch die Mitglieder des EMOS-Beirats während einer zweitägigen Sitzung evaluiert. Als Ergebnis wurden zwölf Masterprogramme aus elf europäischen Universitäten dem AESS zur Auszeichnung mit dem EMOS-Label vorgeschlagen.

In seiner 25. Sitzung am 21. Mai 2015 folgte der AESS den Empfehlungen des EMOS-Beirats und vergab die ersten zwölf EMOS-Label. [↘ Übersicht 1](#)

### Übersicht 1

#### Europäische Masterprogramme mit EMOS-Label

Masterprogramm	Universität
Master Studies in Statistics	Universität Helsinki
Master in Statistics and Econometrics	ENSAI und Universität Rennes
MSc in Survey Statistics	Universität Trier
MSc Economics	Universität Trier
Statistics, Actuarial and Financial Sciences	Universität Florenz
Master Program in Economics	Universität Pisa
Statistics and Decision Sciences	Universität La Sapienza Rom
Methods and Statistics for the Behavioural, Biomedical and Social Sciences	Universität Utrecht
Master in Statistics and Information Management	Neue Universität Lissabon
Master in Applied Statistics	Universität Örebro, School of Business
Master Programme Applied Statistics	Universität Ljubljana
MSc Official Statistics (MOffStat)	Universität Southampton

## 6

### Ausblick

Der European Master in Official Statistics – EMOS ist weiterhin ein Projekt. Für 2017 ist eine erste Evaluierung von EMOS vorgesehen, abhängig von dieser Beurteilung wird dann der AESS über eine mögliche dauerhafte Etablierung von EMOS entscheiden. Bis dahin ist mindestens ein weiterer EMOS Call for Application vorgesehen.

Der zweite EMOS Call wird im Herbst 2015, gegebenenfalls ein dritter EMOS Call dann im Herbst 2016 erfolgen. Auf der Grundlage der Erfahrungen der ersten Runde von Evaluierung und Vergabe des Labels werden sich einige Bereiche des Verfahrens ändern. Der zweite EMOS Call for Application ist nur noch einstufig vorgesehen und wird im Herbst 2015, mit der Deadline 30. Januar 2016, veröffentlicht.

Das EMOS-Sekretariat bei Eurostat wird die EMOS-Basis-kriterien jedes Antrages prüfen. Alle Masterprogramme,

die diese Prüfung erfolgreich absolvieren, gehen dann in die Evaluierung der EMOS-Auswahlkriterien ein. Diese Evaluierung wird der EMOS-Beirat im Frühjahr 2016 durchführen und seine Empfehlungen für die AESS-Sitzung im Mai 2016 formulieren.

Wie schon zum ersten Call wird auch in der zweiten Runde ein EMOS-Workshop durchgeführt, der insbesondere Vertreter der erfolgreichen Programme mit interessierten Vertretern von Universitäten und nationalen statistischen Ämtern, die an der zweiten Runde teilnehmen wollen, zusammenbringen soll.

Neben den konkreten Verfahren rund um das EMOS-Label wird auch weiterhin die Etablierung eines europäischen Netzwerkes von Universitäten und Datenproduzenten einen hohen Stellenwert haben. Nicht jeder Studiengang oder Datenproduzent muss dabei an einem EMOS-Label Interesse zeigen; die mehr und mehr entstehenden Materialien aus Literatur, Vorlesungsfolien und -videos und so weiter stehen allen Interessierten offen und können frei verwendet werden. Seit 2013 werden auf dem CROS-Portal (Collaboration in Research and Methodology for Official Statistics) unter [www.cros-portal.eu/content/emos](http://www.cros-portal.eu/content/emos) alle relevanten Entwicklungen detailliert dokumentiert. Hier stehen zum Beispiel auch alle Lehrmaterialien der beiden bisher durchgeführten Sommerschools zur Verfügung. Darüber hinaus werden aktuelle Informationen über den Kurzmitteilungsdienst Twitter auf <https://twitter.com/EstatEmos> veröffentlicht. 

## LITERATURVERZEICHNIS

---

Davenport, Thomas H./Patil, DJ. *Data Scientist: The Sexiest Job of the 21st Century*. In: Harvard Business Review. Oktober 2012, Seite 70 ff.  
<https://hbr.org/2012/10/data-scientist-the-sexiest-job-of-the-21st-century/>.

Forbes, Sharleen/Camden, Mike/Pihama, Nathaniel/Bucknall, Paul/Pfannkuch, Maxine. *Official Statistics and statistical literacy: They need each other*. In: Statistical Journal of the IAOS. Jahrgang 27. 2011, Seite 113 ff.

Kofoed, Anne/Suciu, Marius/Zwick, Markus. *Towards a European Master in Official Statistics*. In: Human Resources Management and Training. United Nations Economic Commission for Europe. 2013.

Von der Lippe, Peter/Schmerbach, Sibylle. *Mehr Wirtschaftsstatistik in der Statistikausbildung für Volks- und Betriebswirte*. In: Allgemeines Statistisches Archiv 87. 2003, Seite 335 ff.

Lohr, Steve. *Less Noise but More Money in Data Science*. In: The New York Times. 28. April 2015. [Zugriff am: 24. August 2015]. Verfügbar unter:  
<http://bits.blogs.nytimes.com>

Michaels, Ed/Handfield-Jones, Helen/Axelrod, Beth. *The War for Talents*. Boston 2001.

Townsend, Mary. *The national statistical agency as educator*. In: Statistical Journal of the IAOS. Jahrgang 27. 2011, Seite 129 ff.

Zwick, Markus. *Big Data in der amtlichen Statistik*. Bundesgesundheitsblatt – Gesundheitsforschung – Gesundheitsschutz. Band 58. Heft 8, 2015, Seite 838 ff., DOI 10.1007/s00103-015-2188-4.



**Dr. Nicole Buschle**

ist studierte Volkswirtin und hat in verschiedenen Bereichen des Statistischen Bundesamtes gearbeitet. Derzeit leitet sie das Referat „Bildungsfinanzen“ und ist dort für die konzeptionelle und methodische Weiterentwicklung der Statistik verantwortlich.

# MONETÄRE HOCHSCHUL- STATISTISCHE KENNZAHLEN

## Weiterentwicklung des Kennzahlensystems

Dr. Nicole Buschle

↘ **Schlüsselwörter:** Hochschulen – hochschulstatistische Kennzahlen – Hochschulfinanzen – Bildungsfinanzen – Hochschulausgaben

### ZUSAMMENFASSUNG

Die Bologna-Reform und steigende Studienanfängerquoten sind Beispiele für Herausforderungen, mit denen Hochschulen in den letzten Jahren konfrontiert wurden. Um die gestiegenen Anforderungen zu meistern, müssen die Hochschulen mit entsprechenden finanziellen Mitteln ausgestattet werden. Doch verraten die absolut gesehen höheren Ressourcen wenig darüber, ob sie die Situation der Hochschulen tatsächlich verbessern oder ob die Grundfinanzierung in Relation zu den gestiegenen Anforderungen eher gesunken ist. Deshalb wird in diesem Beitrag ein weiterentwickeltes Kennzahlensystem auf Basis der Hochschulfinanzstatistik vorgestellt, das es ermöglicht, die Grundausrüstung von Hochschulen (in Trägerschaft der Länder) zwischen den Ländern, Hochschularten, Fächergruppen und auch zwischen einzelnen Hochschulen zu vergleichen.

↘ **Keywords:** tertiary education – higher education institutions – colleges – key figures of higher education institutions – funding of higher education institutions – expenditures on education – expenditure on tertiary education

### ABSTRACT

*The Bologna Reform and rising entry rates to higher education are examples of the challenges facing higher education institutions in recent years. In order to meet the higher requirements, institutions have to be provided with adequate financial means. However, the fact that financial resources have increased in absolute terms says little about whether this has actually improved the situation of higher education institutions or basic funding has rather decreased in relation to the higher requirements. This paper presents an elaborated system of key figures based on the finance statistics of higher education institutions, enabling a comparison of the basic funding of higher education institutions (for which the Länder are responsible) among Länder, types of higher education institutions, subject groups and also among individual higher education institutions.*

### 1

---

## Einleitung

---

An den öffentlichen Hochschulen wurden im Jahr 2013 rund 2,4 Millionen Studierende von rund 40 000 Professorinnen und Professoren unterrichtet. Die Ausgaben dieser Hochschulen summierten sich 2013 auf 45,6 Milliarden Euro (einschließlich unterstellter Sozialbeiträge für Beamte). Die Finanzierung erfolgt fast zur Hälfte aus den Mitteln der Hochschulträger, das heißt der Länder. Die Angaben in diesem Beitrag beziehen sich auf die 295 Hochschulen in Trägerschaft der Länder<sup>1</sup> im Berichtsjahr 2013.

Bildung ist in Deutschland zum größten Teil öffentlich finanziert. Auf dem Bildungsgipfel von Bund und Ländern wurde 2008 in Dresden beschlossen, dass bis zum Jahr 2015 für Bildung und Forschung 10% des Bruttoinlandsprodukts ausgegeben werden sollen. Davon profitieren auch die Hochschulen. Andererseits sind die Hochschulen konfrontiert mit permanent steigenden Studierendenzahlen und den Folgen der Bologna-Reform. So stellt sich die Frage, ob die absolut gesehen höheren Ressourcen tatsächlich die Situation der Hochschulen verbessern oder ob die Grundfinanzierung in Relation zu den gestiegenen Anforderungen eher gesunken ist.

Zur Beurteilung der allgemeinen Situation in verschiedenen Bildungsbereichen veröffentlichen die statistischen Ämter auf nationaler wie internationaler Ebene regelmäßig eine Reihe von Kennzahlen und Indikatoren [Statistisches Bundesamt, 2014a, hier: Kapitel 4; OECD, 2014, hier: Chapter B]. Hierbei stehen die Finanzierung und der Vergleich der Bildungsbereiche im Fokus (Ausgaben für Hochschulen). Im Gegensatz dazu haben die monetären hochschulstatistischen Kennzahlen das Ziel, die Ausstattung und Entwicklung der einzelnen Hochschulen sichtbar zu machen und Vergleiche innerhalb des Hochschulbereichs zu ermöglichen (Ausgaben der Hochschulen).

Das System der monetären hochschulstatistischen Kennzahlen wird regelmäßig überprüft und gegebenenfalls an aktuelle Entwicklungen angepasst. Aufgrund

---

<sup>1</sup> Die zwölf Hochschulen in Trägerschaft des Bundes mit ihrem Ausgabevolumen von 238 Millionen Euro gehen nicht in die Kennzahlenberechnung ein.

verschiedener Änderungen sowohl im Hochschulbereich als auch am Erhebungsprogramm der jährlichen Hochschulfinanzstatistik wurde das bisherige Kennzahlensystem überarbeitet. Der Artikel thematisiert die ausschlaggebenden Veränderungen, beschreibt das modifizierte Kennzahlensystem und vergleicht es mit dem bisherigen.

In Kapitel 2 werden zunächst die Gründe dargelegt, die zur Anpassung der monetären hochschulstatistischen Kennzahlen geführt haben. Die Änderungen bei der Berechnung der Kennzahlen werden in Kapitel 3 beschrieben. Besondere Aufmerksamkeit gilt den Aspekten des Gebäudemanagements (Unterbringungskosten) und der Beamtenversorgung. Kapitel 4 beleuchtet die Hintergründe der ausführlicheren Darstellung des medizinischen Bereichs in den Publikationen sowie die Integration der Ausgaben von Zentralbereichen in die Fachbereiche. In Kapitel 5 werden Kennzahlen präsentiert, die das ursprüngliche System ergänzen. Das modifizierte Berechnungsschema sowie die Konsequenzen, die die Neuberechnung der Kennzahlen auf die Ergebnisse hat, werden in Kapitel 6 dargestellt. Der Beitrag schließt mit einem Fazit.

### 2

---

## Gründe für die Anpassung des Kennzahlensystems

---

Das Statistische Bundesamt stellt seit Langem aus verschiedenen Quellen regelmäßig ein breites und detailliertes Datenangebot über den Hochschulbereich zur Verfügung, das eine Beobachtung der Gesamtentwicklung und der Strukturveränderungen ermöglicht (Hetmeier, 1992). Das System der monetären hochschulstatistischen Kennzahlen ist für Hochschulen wie auch für politische Entscheidungsträger eine unabdingbare Informationsquelle zur Positionsbestimmung der Hochschulen und zur Steuerung der knappen Ressourcen. So werden die monetären hochschulstatistischen Kennzahlen von Länderministerien unter anderem genutzt, um Ausstattungsvergleiche mit den anderen Bundesländern vorzunehmen. Die Kennzahlen finden aber auch direkte Verwendung in Berechnungsmodellen, anhand derer große Teile der Landesmittel auf die Hochschulen verteilt werden.

In den letzten Jahren hat sich im Hochschulbereich viel bewegt, beispielsweise durch die Bologna-Reform mit dem Umstieg auf Bachelor- und Master-Abschlüsse. Hinzu kommen der stetige Anstieg der Studierendenzahlen, die zunehmende Bedeutung von Drittmitteln sowie eine stärkere finanzielle Beteiligung durch den Bund (zum Beispiel Exzellenzinitiative, Qualitätspakt Lehre, Hochschulpakt 2020 mit dem Programm zur Aufnahme zusätzlicher Studienanfänger/-innen und den DFG-Programmpauschalen) (Statistisches Bundesamt, 2014a).

Diese Dynamik führt dazu, dass ein Kennzahlensystem regelmäßig überprüft und bei Bedarf den aktuellen Gegebenheiten angepasst werden muss. Ab dem Berichtsjahr 2011 liegt die Fachserie zu den monetären hochschulstatistischen Kennzahlen deshalb in überarbeiteter Form vor (Statistisches Bundesamt, 2014b). Die Weichen für eine Neukonzeption wurden unter anderem durch die Revision des Erhebungsprogramms der Hochschulfinanzstatistik ab dem Berichtsjahr 2006 gestellt. Somit können die neu berechneten Kennzahlen rückwirkend für die Berichtsjahre ab 2006 veröffentlicht werden.<sup>12</sup> Dies ist hilfreich, da es sich hierbei um weitreichende Änderungen handelt, von denen nicht nur einzelne Kennzahlen, sondern das ganze Kennzahlensystem betroffen ist.

Die Grunddaten zur Berechnung der monetären Kennzahlen entstammen der jährlich erhobenen Hochschulfinanzstatistik<sup>13</sup>, die die Ausgaben und Einnahmen<sup>14</sup> der Hochschulen erfasst. Die Ausgaben sind unterteilt in die Kategorien Personalausgaben, laufende Sachausgaben und Investitionen. Die Einnahmen gliedern sich in Verwaltungseinnahmen (darunter Beiträge der Studierenden, Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit und Vermögen), Drittmiteleinnahmen und Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen, die nicht vom Träger

stammen. Die Angaben liegen für die einzelnen Lehr- und Forschungsbereiche jeder Hochschule vor (Statistisches Bundesamt, 2015; Schmidt, 2001).

Im Zentrum des Interesses steht vor allem bei politischen Entscheidungsträgern der vom Träger (das heißt vom Land) finanzierte Anteil.<sup>15</sup> Hierbei stellt sich die Frage, welche Ausgabengröße die geeignete ist, um den Länderanteil (auch länderübergreifend) vergleichbar darzustellen. Grundsätzlich könnten die gesamten Ausgaben einer Hochschule herangezogen werden. Dies würde aber dem Ziel nicht gerecht, steuerungsrelevante Informationen für die Politik beziehungsweise den öffentlichen Bereich zur Verfügung zu stellen, da die Ausgaben der Hochschulen von Jahr zu Jahr durch Investitionen beträchtlich schwanken können. Zu berücksichtigen ist auch, dass sich die Ausgabenstruktur durch die Hochschulart oder länderspezifische Besonderheiten strukturell unterscheidet. Das wird insbesondere bei Hochschulen mit Kliniken sichtbar, die durch die Krankenbehandlung überdurchschnittliche Einnahmen, aber auch überdurchschnittliche Ausgaben verbuchen.

Die bisherige Lösung (Hetmeier, 1992) bestand darin, die Größe „laufende Grundmittel“ zu berechnen. „Laufende Grundmittel“ können interpretiert werden als die Mittel, die den Hochschulen von ihrem Träger für Lehre und Forschung im Kalenderjahr für laufende Zwecke zur Verfügung gestellt werden. In der Neukonzeption wird die Grundidee dieser Berechnung beibehalten und in einzelnen Komponenten modifiziert. Um den konzeptionellen Unterschieden Rechnung zu tragen, wurde hierfür der Terminus der „laufenden Ausgaben (Grundmittel) für Lehre und Forschung“ eingeführt.

Um die Vergleichbarkeit zwischen Hochschulen herzustellen, müssen die absoluten Größen in geeigneter Form standardisiert werden. Hierzu werden Bezugsgrößen, wie die Anzahl der Studierenden oder des wissenschaftlichen Personals, zur Berechnung von Kennzahlen herangezogen. Für die Drittmittel eignen sich als Bezugsgrößen nicht nur die Anzahl der Professoren oder des wissenschaftlichen Personals. Auch die Relation zur Grundfinanzierung ist eine aufschlussreiche Kennzahl, da die Höhe der Drittmittel stark vom Lehr- und Forschungsbereich abhängt.

---

5 Aber auch die Drittmittel sind bedeutend, da sie zum Teil als Kriterium für die Verteilung leistungsorientierter Programme herangezogen werden.

---

2 Die Änderungsvorschläge wurden in der vom Statistischen Bundesamt geleiteten Arbeitsgruppe „Neukonzeption der monetären hochschulstatistischen Kennzahlen“, in der auch Politik und Wissenschaft vertreten waren, erarbeitet. Die Änderungen wurden in der 69. Sitzung des Ausschusses für die Hochschulstatistik im November 2011 beschlossen.

3 Die Erhebung erfolgt auf Basis des Hochschulstatistikgesetzes in Verbindung mit dem Finanz- und Personalstatistikgesetz. Auskunfts-pflichtig sind – unabhängig von ihrem Träger – alle nach Landesrecht anerkannten Hochschulen.

4 Für kameralistisch buchende Hochschulen sind es die Ausgaben und Einnahmen, für doppisch buchende Hochschulen die Aufwendungen und Erträge. Zur besseren Lesbarkeit werden nur die Begriffe Ausgaben und Einnahmen verwendet, wenngleich beide Varianten gemeint sind.

Die monetären hochschulstatistischen Kennzahlen haben sich über lange Zeit bewährt (Hetmeier, 1992). Anpassungsbedarf ist nun vor allem entstanden, da sich das Liegenschaftsmanagement in den Ländern unterschiedlich entwickelt hat und dies erhebliche Auswirkungen auf die Vergleichbarkeit der Kennzahlen zwischen den Ländern, aber auch zwischen einzelnen Hochschulen hat. Dies wurde zum Anlass genommen, das ganze Konzept auf den Prüfstand zu stellen und weitere Überlegungen einzubeziehen.

### 3

## Änderung der Berechnungsbasis

Die Änderungen an der Berechnungsbasis der monetären Kennzahlen betreffen die Unterbringungskosten, die unterstellten Sozialbeiträge für Beamte und die Berücksichtigung von Zuweisungen und Zuschüssen, die nicht vom Hochschulträger stammen.

### 3.1 Unterbringungskosten

Das Gebäude- und Liegenschaftsmanagement hat sich in den letzten Jahren zunehmend verändert und weist auffallende Unterschiede zwischen den Ländern, aber auch zwischen Hochschulen innerhalb von Ländern auf. Dies liegt unter anderem daran, dass ein Teil der Gebietskörperschaften ihr Grundstückswesen aus dem Haushalt ausgegliedert und die Grundstücke und Gebäude einem Eigenbetrieb übertragen hat. Dieser Eigenbetrieb vermietet die Grundstücke und Gebäude an Bildungseinrichtungen in der Trägerschaft der Gebietskörperschaft gegen Entgelt. Andere Hochschulen wurden in Stiftungshochschulen umgewandelt, die selbst Eigentümer der Gebäude sind. Dies hat zur Folge, dass ein Teil der Hochschulen nach wie vor in eigenen Gebäuden untergebracht ist, während andere Hochschulen ihre Gebäude von landeseigenen Liegenschaftsbetrieben gemietet haben.

Damit gibt es Hochschulen, die nahezu keine Ausgaben für Mieten und Pachten haben, während an anderen Hochschulen der Anteil der Mieten und Pachten an den Ausgaben insgesamt mehr als 20% beträgt. Das führt aus folgendem Grund zu verzerrten Kennzahlen: Ist eine Hochschule in eigenen Gebäuden untergebracht,

dann fallen anstelle der Mieten Ausgaben für den Bau, den Erwerb und die Instandhaltung von Gebäuden an. Da Investitionen aufgrund ihrer starken Schwankungen nicht in die Berechnung der laufenden Grundmittel einbezogen wurden, hatte eine Hochschule mit gemieteten Gebäuden unter sonst gleichen Bedingungen höhere Ausgaben, ohne dass sie sich ansonsten von einer vergleichbaren Hochschule in eigenen Gebäuden unterscheidet. Hinzu kommt, dass bei der Festlegung der Mieten vielfach Kapitalkosten und Abschreibungen berücksichtigt werden, die im Haushalt in Zentralkapiteln oder nicht veranschlagt werden. Tabelle 1 auf Seite 24 zeigt, welche unterschiedlichen Anteile die Ausgaben für Mieten und Pachten einerseits und die Bauinvestitionen andererseits auf Länderebene haben.

#### ↳ Investitionen an Hochschulen

Was für die Bauinvestitionen beobachtet wird, gilt ebenfalls für sonstige Investitionen (zum Beispiel Investitionen für Fahrzeuge, Büromaschinen, Laborgeräte). Sie unterliegen großen Schwankungen. Einerseits sind die Sachinvestitionen für den Betrieb der Hochschule erforderlich und könnten deshalb als Bestandteil der laufenden Ausgaben (Grundmittel) betrachtet werden, andererseits führen die dadurch bedingten Schwankungen in den Kennzahlen zu erheblichen Problemen hinsichtlich der Vergleichbarkeit sowohl zwischen Hochschulen, Fächergruppen, als auch im zeitlichen Verlauf. Sinnvoll einbezogen werden können sämtliche Investitionen erst dann, wenn sie nach den Prinzipien der doppelten Buchführung auf deren Nutzungsdauer umgelegt werden und nicht wie nach kameralistischer Buchführung voll im Jahr der Ausgabe wirksam werden. Dies wäre umso wichtiger, da Investitionen auch über Drittmittel finanziert werden können.

Durch Unterschiede im Gebäudemanagement von Hochschulliegenschaften weist die Ausgabenposition Mieten und Pachten starke Unterschiede zwischen den Ländern auf. So machen in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen die Mieten und Pachten 7,8% und 6,9% der Ausgaben aus, dafür schlagen die Bauinvestitionen aber nur mit 0,5% und 1,9% zu Buche. Umgekehrt ist die Situation zum Beispiel in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern, deren Mietanteil bei 1,2% beziehungsweise 0,4% liegt, die dafür aber Bauinvestitionen im Umfang von 10,2% und 9,1% aufweisen. ↳ Tabelle 1

**Tabelle 1**

Anteil der Mieten und Pachten sowie Bauinvestitionen an den Ausgaben nach Ländern 2013

	Mieten und Pachten	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	Sonstige Investitionen
	%		
<b>Deutschland</b>	2,6	4,2	4,3
Baden-Württemberg	0,9	4,0	4,4
Bayern	0,7	7,3	4,2
Berlin	1,1	3,0	2,5
Brandenburg	1,2	10,2	4,3
Bremen	3,4	2,1	4,0
Hamburg	1,0	1,4	3,9
Hessen	0,8	5,8	5,1
Mecklenburg-Vorpommern	0,4	9,1	5,0
Niedersachsen	3,7	2,7	4,8
Nordrhein-Westfalen	6,9	1,9	4,7
Rheinland-Pfalz	7,8	0,5	3,6
Saarland	0,1	3,9	3,4
Sachsen	0,5	9,1	4,9
Sachsen-Anhalt	0,6	2,9	4,8
Schleswig-Holstein	0,3	3,5	3,1
Thüringen	0,7	3,5	5,0

Da die Mieten und Pachten in Zukunft bei der Berechnung der laufenden Ausgaben (Grundmittel) nicht mehr berücksichtigt werden, spielt es bei der Interpretation der Kennzahlen keine Rolle mehr, ob sich die von den Hochschulen genutzten Immobilien in deren Eigentum, in Landeseigentum oder im Eigentum eines eigenständigen Betriebes befinden. Ebenso ist künftig nicht mehr relevant, ob marktübliche oder fiktive Mieten bezahlt werden oder die Gebäude der Hochschule unentgeltlich zur Nutzung überlassen wurden.

Für die Höhe der laufenden Ausgaben (Grundmittel) und damit der entsprechenden Kennzahlen bedeutet dies, dass sie zurückgehen, ohne dass sich die zugrunde liegenden Zahlungsströme und Gegebenheiten verändert haben. Besonders bedeutsam ist der Rückgang bei den Hochschulen, die alle ihre Liegenschaften gemietet haben. Das Volumen der Mieten und Pachten belief sich im Jahr 2013 auf 1,2 Milliarden Euro.

Bei der Frage nach den gesamten Ausgaben der Länder für ihre Hochschulen sowie für internationale Vergleiche sollten die Unterbringungskosten berücksichtigt werden. In Tabelle 2 sind die auf einen Studierenden entfallenden Mieten, Pachten und Investitionen für Grund-

stücke und Gebäude aufgeführt. Insgesamt wurden im Jahr 2013 rund 3,1 Milliarden Euro für die Unterbringung von Hochschulen ausgegeben. [↘ Tabelle 2](#)

**Tabelle 2**

Unterbringungskosten je Studierenden nach Ländern 2013

	Mieten und Pachten	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	Unterbringungskosten je Studierenden
	1 000 EUR		EUR
<b>Deutschland</b>	1 167 388	1 903 876	1 270
Baden-Württemberg	63 161	283 361	1 052
Bayern	47 870	518 349	1 664
Berlin	32 309	87 645	830
Brandenburg	6 699	54 887	1 231
Bremen	13 774	8 552	699
Hamburg	15 179	20 876	526
Hessen	22 816	166 131	909
Mecklenburg-Vorpommern	4 533	98 355	2 625
Niedersachsen	143 360	102 244	1 461
Nordrhein-Westfalen	658 221	182 715	1 340
Rheinland-Pfalz	128 370	7 916	1 140
Saarland	1 023	28 543	1 195
Sachsen	11 682	219 797	2 154
Sachsen-Anhalt	7 258	36 903	792
Schleswig-Holstein	3 755	50 395	1 059
Thüringen	7 379	37 207	869

### 3.2 Unterstellte Sozialbeiträge

Hochschulen in öffentlicher Trägerschaft können grundsätzlich Personal verbeamten. Von dieser Option wird in den Ländern in unterschiedlichem Ausmaß Gebrauch gemacht. So ist der Anteil der Beamten an allen Beschäftigten im öffentlichen Dienst in den neuen Ländern niedriger als in den alten Ländern. Verzerrungen in den Kennzahlen resultieren daraus, dass für die gleiche Tätigkeit für Angestellte höhere Ausgaben als für Beamte anfallen: Zu den Personalausgaben für Tarifbeschäftigte gehören auch die Arbeitgeberanteile für die Rentenversicherung, für die Altersversorgung der Beamten kommt der Staat auf und es werden meist keine Beiträge an einen Alterssicherungsfonds abgeführt. Allerdings werden mit der Pensionierung eines Beamten Pensionszahlungen fällig, die aus dem jeweiligen Haushalt bedient werden müssen. Dadurch sind die Ausgaben für einen Angestellten höher als die Ausgaben für einen Beamten im gleichen Tätigkeitsprofil.

Um diese rechnerische Ungleichbehandlung von Angestellten und Beamten zu beseitigen, werden unterstellte Sozialbeiträge angesetzt. Für die Zusetzung der Ausgaben für die Alters- und Krankenversorgung konnte zunächst das kausalitätsbezogene Verfahren der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) verwendet werden. Dieses Verfahren wurde 2014 von den VGR durch ein modifiziertes Zuschlagsverfahren ersetzt. Den aktuellen Rückrechnungen der Kennzahlen bis zum Berichtsjahr 2006 liegen nun diese Werte zugrunde. Der Zuschlag beläuft sich 2013 auf 33,2%. Da die Beamtenbezüge mit der revidierten Hochschulfinanzstatistik auch in fachlicher Gliederung detailliert vorliegen, beeinflusst diese Maßnahme die Gliederungstiefe der Veröffentlichungen nicht.

Durch dieses Vorgehen erhöhen sich aber die analytische Aussagekraft sowie die Vergleichbarkeit der Kennzahlen. Neben dem Ausgleich der unterschiedlichen Beamtenanteile und der damit besseren Vergleichbarkeit zwischen Ländern, Hochschularten, Hochschulen und Fächergruppen findet auch eine Harmonisierung mit der Berechnung der internationalen Kennzahlen statt, da hier bereits unterstellte Sozialbeiträge für aktive Beamte zugesetzt werden. Auch bei der Berechnung der Ausga-

ben für Forschung und Entwicklung werden unterstellte Sozialbeiträge zugesetzt (Statistisches Bundesamt, 2014a, hier: Seite 108 f.).

Durch die Einbeziehung der unterstellten Sozialbeiträge erhöhen sich die laufenden Ausgaben (Grundmittel), ohne dass sich die eigentliche Ressourcenausstattung der Hochschulen verändert. Tabelle 3 zeigt die Auswirkung der Maßnahme: Die geringste Steigerung der Personalausgaben durch unterstellte Sozialbeiträge weist Sachsen auf (3,3% der Personalausgaben ohne unterstellte Sozialbeiträge), die höchste Bremen (9,2%). Insgesamt haben die Zusetzungen zu den Personalausgaben ein Volumen von etwa 1,3 Milliarden Euro.

↘ Tabelle 3

**Tabelle 3**

**Personalausgaben und unterstellte Sozialbeiträge für Beamte nach Ländern 2013**

	Personalausgaben ohne unterstellte Sozialbeiträge	Unterstellte Sozialbeiträge	
	1 000 EUR		%
<b>Deutschland</b>	25 357 377	1 327 460	5,2
Baden-Württemberg	3 941 664	214 402	5,4
Bayern	3 817 125	266 858	7,0
Berlin	1 659 988	65 532	3,9
Brandenburg	334 137	22 297	6,7
Bremen	259 272	23 944	9,2
Hamburg	843 563	37 916	4,5
Hessen	1 650 057	108 730	6,6
Mecklenburg-Vorpommern	587 721	24 082	4,1
Niedersachsen	2 174 244	102 125	4,7
Nordrhein-Westfalen	5 142 398	250 937	4,9
Rheinland-Pfalz	969 012	62 683	6,5
Saarland	428 075	15 722	3,7
Sachsen	1 384 264	45 813	3,3
Sachsen-Anhalt	729 544	27 775	3,8
Schleswig-Holstein	770 158	28 459	3,7
Thüringen	666 153	30 185	4,5

### 3.3 Andere Zuweisungen und Zuschüsse

Neben den Mitteln vom Träger, den Drittmittel- und Verwaltungseinnahmen finanzieren sich Hochschulen durch weitere Einnahmen, die über die Kategorie „Andere Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen (ohne Träger)“ in der Hochschulfinanzstatistik erfasst werden. Hierunter fallen Beträge, die definitionsgemäß weder vom Träger stammen noch als Drittmittel für Lehre und Forschung zu klassifizieren sind. Dazu zählen unter anderem Sonderprogramme wie Teile aus dem Konjunkturpaket II (Mittel für die energetische Sanierung) oder Gelder aus dem Deutschlandstipendium. Die Zuschüsse und Zuweisungen werden nun bei der Berechnung der laufenden Ausgaben (Grundmittel) berücksichtigt und hatten 2013 ein Volumen von rund 250 Millionen Euro.

## 4

### Darstellungsweise

Die monetären hochschulstatistischen Kennzahlen werden üblicherweise in Gliederungen nach Ländern, Fächergruppen und Hochschularten publiziert. Für eine modifizierte Darstellung waren verschiedene Gründe ausschlaggebend, beispielsweise die Entwicklung im Bereich der medizinisch-gesundheitlichen Ausbildung. Die Anzahl der Studierenden in der Fächergruppe Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften der Universitäten nahm im Zeitraum 2006 bis 2013 um 10% zu. Im Bereich Humanmedizin betrug der Anstieg 7%, wäh-

rend sich die Anzahl der Studierenden in den Gesundheitswissenschaften um mehr als 70 % erhöht hat. Von den rund 110 000 Studierenden der Humanmedizin/ Gesundheitswissenschaften im Jahr 2013 waren 7,3 % in den Gesundheitswissenschaften eingeschrieben; 2006 waren es 4,7 %. Zu den Gesundheitswissenschaften zählen Fachgebiete wie Gesundheitsökonomie, -pädagogik oder Pflegewissenschaft/-management. Diese Ausbildung ist mit wesentlich geringeren Ausgaben verbunden als die Ausbildung von Humanmedizinern. Die zweite Änderung in der Darstellungsweise resultiert aus der verbesserten Datenlage zur internen Leistungsverrechnung in den Hochschulen. Dadurch können Ausgaben für zentrale Dienstleistungen, wie die Verwaltung, Zentralbibliotheken, zentrale Rechenzentren, den Fachbereichen zugeordnet werden. Als dritte Änderung wurden die Verwaltungsfachhochschulen nur noch in den Gesamt-Positionen berücksichtigt. Diese Punkte werden im Folgenden erläutert.

#### 4.1 Medizin

Die Differenzierung nach Hochschularten (zum Beispiel Universitäten, Fachhochschulen) ist von großer Bedeutung, da sich die verschiedenen Hochschulstrukturen auch in der Struktur der Finanzen niederschlagen. Deutlich sichtbar ist dies beispielsweise bei Universitäten, die eine medizinische Ausbildung, insbesondere Humanmedizin, anbieten. Dieser Bereich ist nicht nur durch wesentlich höhere Ausgaben, sondern auch durch hohe Einnahmen aus der Krankenbehandlung gekennzeichnet. Da dies zu systematischen Verzerrungen bei den Kennzahlen führen würde, wurde bei der Veröffentlichung der Kennzahlen nach Hochschularten die Fächergruppe Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften aller Hochschulen seit langem mit den Hochschulkliniken zusammen als eigene Hochschulart „Medizinische Einrichtungen/Gesundheitswissenschaften der Hochschulen“ ausgewiesen.

Die Analyse der Daten zeigt, dass mittlerweile die strukturellen finanziellen Unterschiede zwischen den überwiegend an Fachhochschulen angebotenen Gesundheitswissenschaften und den Medizinischen Einrichtungen (der Universitäten) beträchtlich sind und damit die zusammengefasste Darstellung im Bereich „Medizinische Einrichtungen/Gesundheitswissenschaften der Hochschulen“ in der bisherigen Form nicht mehr

aussagekräftig ist. Tabelle 4 ist zu entnehmen, dass im Jahr 2013 die laufenden Ausgaben (Grundmittel) je Studierenden der Humanmedizin 30 540 Euro betragen haben, während die laufenden Ausgaben (Grundmittel) je Studierenden in den Gesundheitswissenschaften an Universitäten mit 1 290 Euro deutlich unter dem Durchschnitt der Universitäten ohne Medizinische Einrichtungen (6 660 Euro) und der Fachhochschulen (5 010 Euro) lagen. Diese niedrigen Ausgaben je Studierenden in den Gesundheitswissenschaften sind jedoch nicht primär mit einer geringen Ausstattung zu begründen. Vielmehr werden in diesem relativ jungen Lehr- und Forschungsbereich (noch) vielfach Dienstleistungen anderer Bereiche in Anspruch genommen. Da die Leistungsverflechtungen zwischen den Lehr- und Forschungsbereichen jedoch nicht in der Hochschulfinanzstatistik abgebildet sind, kann es auf dieser sehr tief gegliederten Ebene zu größeren Verzerrungen kommen. [↪ Tabelle 4](#)

**Tabelle 4**

Darstellungen der Medizinischen Einrichtungen der Universitäten im Zusammenhang der Hochschularten 2013

	Laufende Ausgaben (Grundmittel) je Studierenden
	EUR
Universitäten	8 070
Universitäten (ohne Medizinische Einrichtungen/ Gesundheitswissenschaften)	6 660
Medizinische Einrichtungen/Gesundheitswissenschaften der Universitäten	28 410
Humanmedizin (einschließlich Zentrale Einrichtungen der Hochschulkliniken)	30 540
Gesundheitswissenschaften	1 290
Fachhochschulen (ohne Verwaltungsfachhochschulen)	5 010
Hochschulen insgesamt (einschließlich Verwaltungsfachhochschulen)	7 310

Auch an den Universitäten gewinnen die Gesundheitswissenschaften immer weiter an Bedeutung und die Studierendenzahlen nehmen zu. Da hier ähnliche Ausgabenstrukturen wie an den Fachhochschulen vorliegen und damit die gleiche Argumentation wie für die Ausbildung an den Fachhochschulen zutrifft, wurde folgende Differenzierung eingeführt: Unter der neuen Fächergruppe „Medizinische Einrichtungen/Gesundheitswissenschaften der Universitäten“ werden die Universitätskliniken nur noch zusammengefasst mit der Fächergruppe Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften an Universitäten. Als ergänzende Information

werden für die Fächergruppe „Medizinische Einrichtungen/Gesundheitswissenschaften der Universitäten“ die Medizinischen Einrichtungen getrennt ausgewiesen. Für die Fachhochschulen erfolgt keine gesonderte Darstellung einzelner Fächergruppen oder Lehr- und Forschungsbereiche mehr.

### 4.2 Zentrale Einrichtungen

---

Fächerübergreifende Aufgaben, wie Hochschulverwaltungen, Zentralbibliotheken oder Rechenzentren, wurden in der Hochschulfinanzstatistik als eigenständige Fächergruppe geführt und entsprechend bei der Darstellung der Kennzahlen nach Fächergruppen ausgewiesen. Dies hatte den Nachteil, dass die Ausgaben für die Fächergruppen bei Hochschulen, die stark zentral organisiert sind, systematisch nach unten verzerrt waren.

Aus diesem Grund wurden die Hochschulen aufgefordert, die Ausgaben für Zentrale Einrichtungen, die der Forschung und Lehre dienen, bei der Meldung zur Hochschulfinanzstatistik ab dem Berichtsjahr 2006 auf die Fächergruppen zu verteilen.<sup>16</sup> Zentrale Einrichtungen wie Wohnheime oder Sportstätten, die nicht der Lehre oder Forschung dienen, bleiben bei der Berechnung der Kennzahlen unberücksichtigt.<sup>17</sup> Die Volumina dieser Einrichtungen beliefen sich im Jahr 2013 auf 0,2 Milliarden Euro.

In den Publikationen „Bildungsfinanzbericht“ oder „Hochschulen auf einen Blick“ wurden die Ausgaben der Zentralen Einrichtungen bei den Ausgaben je Studierenden oder den Ausgaben für ein Studium mit einbezogen und auf die Fächergruppen verteilt (Statistisches Bundesamt, 2014a; Statistisches Bundesamt, 2013). Dies ist auch deshalb erforderlich, da der Anteil der Ausgaben, der unter den zentralen Einrichtungen nachgewiesen wird, von Hochschule zu Hochschule differiert. Ohne die Umlage der anteiligen Ausgaben der zentralen Einrichtungen auf die Fächergruppen sind fachlich gegliederte monetäre Kennzahlen zwischen Fächergruppen, Hochschularten und Ländern kaum vergleichbar.

---

6 Liegen an den Hochschulen keine Angaben aus dem Rechnungswesen hierzu vor, werden die Angaben anhand des sogenannten Si-Schlüssels der Zentralen Einrichtungen zu 50 % nach Personalstellen und zu 50 % nach Studierenden auf die Lehr- und Forschungsbereiche umverteilt.

7 Das betrifft die Lehr- und Forschungsbereiche 940 bis 960.

Durch diese Maßnahme werden bei den laufenden Ausgaben (Grundmittel) damit nicht mehr nur die direkt in der Fächergruppe gebuchten Beträge betrachtet, sondern auch die den Fächergruppen zugehörigen, aber in den Zentralen Einrichtungen für Forschung und Lehre verbuchten Beträge berücksichtigt. Diese sind ein wichtiger Bestandteil der Ausgaben und Einnahmen in den Fächergruppen für Forschung und Lehre. Außerdem ist dadurch eine einheitliche Vorgehensweise für alle Hochschulen festgelegt. Das gesamte Volumen, das 2013 in den Zentralen Einheiten für Lehr- und Forschungszwecke<sup>18</sup> ausgegeben wurde, summiert sich auf 9,2 Milliarden Euro.

### 4.3 Verwaltungsfachhochschulen

---

Verwaltungsfachhochschulen finanzieren sich fast ausschließlich über den Träger, ihr Finanzvolumen ist im Vergleich mit den anderen Hochschulen gering.<sup>19</sup> Da die gesamten laufenden Ausgaben nahezu identisch sind mit den laufenden Ausgaben (Grundmittel) (Zuschuss vom Träger), haben die berechneten Kennzahlen keine zusätzliche Aussagekraft. Aus diesen Gründen sind die Verwaltungsfachhochschulen nur in der Summe bei der Hochschulart „Hochschulen insgesamt (mit Verwaltungsfachhochschulen)“ enthalten (Statistisches Bundesamt, 2014b).

## 5

---

### Ergänzende Informationen

---

Einige der Entwicklungen im Hochschulbereich, die sich auf die Finanzen auswirken, wurden in den vorangehenden Kapiteln thematisiert. Eine weitere Entwicklung, die sich in den letzten Jahren vollzogen hat, ist, dass Drittmittel zur Finanzierung von Forschung und Lehre beständig an Bedeutung zunehmen. Da diese Entwicklung anhand der bestehenden Kennzahlen nicht sichtbar ist, bedarf es weiterer Kennzahlen. Die im Folgenden aufgeführten Kennzahlen sollen einen tieferen Einblick in die finanzielle Lage der Hochschulen ermöglichen:

---

8 Das betrifft die Lehr- und Forschungsbereiche 870 bis 930.

9 Im Jahr 2013 entfielen auf die Verwaltungsfachhochschulen 1,4 % der laufenden Ausgaben (Grundmittel) insgesamt.

- › Ausgabenstrukturen nach Hochschularten und Ländern sowie nach Hochschularten und Fächergruppen
- › Einnahmestrukturen (Mittelherkunft) nach Hochschularten und Ländern sowie nach Hochschularten und Fächergruppen
- › Ergänzung der Drittmittelkennzahlen um die Kennzahl Drittmittel je 1 000 Euro laufende Ausgaben (Grundmittel)

Die Ausgaben- und Einnahmestrukturen (Mittelherkunft) geben nicht nur einen Einblick in die finanzielle Situation der Hochschulen, sondern auch über die Bedeutung einzelner Einnahme- und Ausgabearten im Zeitablauf. So können zum Beispiel die Anteile der Ausgaben für Mieten und Pachten oder die jährlichen Schwankungen der Investitionsanteile abgelesen werden. Auch bei der Mittelherkunft ist zu sehen, wie sich die Drittmittelanteile oder die Studierendenbeiträge verändern.

Drittmittel sind ein wichtiger Indikator im Wettbewerb der Hochschulen. Sie geben Auskunft über die marktrelevante Leistungsfähigkeit einer Hochschule. In den Veröffentlichungen wurden sie bisher auf die Anzahl der

Professoren/Professorinnen<sup>10</sup> und das wissenschaftliche Personal<sup>11</sup> bezogen. Da Drittmittel aber auch für die Finanzierung von Sachgütern verwendet werden und die Höhe der Ausgaben hierfür in den Fächergruppen sehr unterschiedlich ist, werden mit der zusätzlichen Kennzahl Drittmittel je 1 000 Euro laufende Ausgaben (Grundmittel) Unterschiede in der Hochschulstruktur berücksichtigt. Aus Tabelle 5 geht hervor, wie die jeweilige Bezugsgröße das Ranking der Hochschulen verändert. Betrachtet man das Drittmittelvolumen, so belegen erwartungsgemäß große Universitäten die vorderen Plätze. Bezieht man die Drittmittel auf die Anzahl der Professoren, so rücken auch kleinere Hochschulen wie die TU Bergakademie Freiberg auf vordere Plätze. Gemessen an der öffentlichen Grundfinanzierung belegte die TU Bergakademie Freiberg 2013 sogar den ersten Platz. [↪ Tabelle 5](#)

10 Ohne drittmittelfinanzierte und nebenberufliche Professoren/Professorinnen; in Vollzeitäquivalenten.

11 Ohne drittmittelfinanziertes Personal; in Vollzeitäquivalenten.

**Tabelle 5**

Die jeweils 10 drittmittelstärksten Hochschulen (ohne medizinische Einrichtungen) nach unterschiedlichen Kriterien 2013

Hochschule	Drittmittel insgesamt	Hochschule	Drittmittel je Professor/Professorin <sup>1</sup>	Hochschule	Drittmittel je 1 000 Euro laufende Ausgaben (Grundmittel)
	1 000 EUR		1 000 EUR		EUR
Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen	260 891	Universität Stuttgart	744,04	Technische Universität Bergakademie Freiberg	1 150
Technische Universität München	246 860	Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen	731,81	Technische Universität Dresden	1 140
Technische Universität Dresden	216 084	Technische Universität Bergakademie Freiberg	716,94	Technische Universität Chemnitz	1 100
Universität Stuttgart	178 569	Technische Universität München	687,72	Universität Stuttgart	1 050
Technische Universität Berlin	174 948	Karlsruher Institut für Technologie (KIT) – Bereich Hochschule	574,20	Humboldt-Universität zu Berlin	900
Karlsruher Institut für Technologie (KIT) – Bereich Hochschule	163 359	Technische Universität Berlin	552,76	Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen	860
Ludwig-Maximilians-Universität München	136 862	Technische Universität Chemnitz	525,77	Karlsruher Institut für Technologie (KIT) – Bereich Hochschule	860
Technische Universität Darmstadt	127 917	Technische Universität Dresden	506,05	Technische Universität Clausthal	800
Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg	125 288	Technische Universität Darmstadt	470,28	Technische Universität München	790
Universität Hamburg	117 517	Technische Universität Clausthal	459,10	Technische Universität Berlin	780

1 Ohne drittmittelfinanzierte und nebenberufliche Professoren/Professorinnen; in Vollzeitäquivalenten.

6

## Vergleich der Kennzahlensysteme

Sowohl die in Kapitel 3 als auch die in Kapitel 4 dargestellten Änderungen führen dazu, dass die neu berechneten Kennzahlen nicht mehr mit den bisherigen vergleichbar sind. Die Gegenüberstellung zeigt die Unterschiede, deren Auswirkungen anschließend erläutert werden. Das neue Kennzahlensystem kann für die Berichtsjahre ab 2006 implementiert werden, da die hierfür notwendigen Daten seit der letzten Revision des Erhebungsprogramms zur Verfügung stehen. Mit der neuen Datengrundlage können die laufenden Ausgaben (Grundmittel) beziehungsweise die Kennzahlen in der bisherigen Gliederungstiefe nachgewiesen werden.

### 6.1 Neues Berechnungsschema

Das Berechnungsschema für die laufenden Ausgaben (Grundmittel) hat sich folgendermaßen verändert: Die Ausgaben sind durch die unterstellten Sozialbeiträge für Beamte um 1,3 Milliarden Euro gestiegen. Dem steht ein Rückgang durch den Abzug der Mieten und Pachten (1,2 Milliarden Euro), der Zuweisungen und Zuschüsse (0,2 Milliarden Euro) sowie den mit der Hochschule verbundenen/hochschulfremden Einrichtungen (0,3 Milliarden Euro) gegenüber. Netto bleibt ein Rückgang von rund 19 Millionen Euro. Das entspricht einer Reduktion des Gesamtvolumens um 0,1%. ↘ Tabelle 6

Die Abweichungen zu den ursprünglichen Positionen entsprechen den nicht berücksichtigten Ausgaben und Einnahmen der nicht der Lehre und Forschung dienenden Zentralen Einrichtungen. Bei den Personalausgaben führt die Berücksichtigung der an die Hochschulmitarbeiterinnen und -mitarbeiter gezahlten Beihilfen und Unterstützungen zu weiteren Differenzen.

Aus der Bezeichnung „laufende Grundmittel für Forschung und Lehre“ wurde „laufende Ausgaben (Grundmittel) für Forschung und Lehre“, um die Änderung kenntlich zu machen.

### 6.2 Auswirkungen auf die Ergebnisse

Die Veränderung im Gesamtvolumen ist mit 0,1% (19 Millionen Euro) vergleichsweise gering. Je tiefer jedoch die Kennzahlen gegliedert werden, umso deutlicher treten die Unterschiede zu Tage. In Tabelle 7 sind die Kennzahlen nach alter und neuer Berechnung nach Ländern gegenübergestellt. Anhand der Rückgänge in Nordrhein-Westfalen (-9,6%) und Rheinland-Pfalz (-12,2%) sowie der Zunahmen in Bayern (+8,2%) und Baden-Württemberg (+5,8%) sind die Auswirkungen des jeweiligen Liegenschaftsmanagements der Länder deutlich an den Kennzahlen abzulesen. Die Zuschläge für die Beamtenversorgung haben die Diskrepanzen bei Nordrhein-Westfalen und Bayern verstärkt, während sie für Rheinland-Pfalz durch den überdurchschnittlich hohen Beamtenanteil abgemildert wurden. ↘ Tabelle 7

Tabelle 6

Vergleich der Basiskomponenten des neuen und alten Berechnungsschemas 2013

Neues Berechnungsschema	1 000 EUR	Altes Berechnungsschema	1 000 EUR
Personalausgaben einschließlich Beihilfen und Unterstützungen	25 357 377	Personalausgaben (ohne Beihilfen)	25 259 868
+ unterstellte Sozialbeiträge für Beamte	1 327 460		
+ laufende Sachausgaben	14 873 602	+ laufende Sachausgaben	14 947 710
- Mieten und Pachten	1 167 388		
- Verwaltungseinnahmen	15 501 723	- Verwaltungseinnahmen	15 532 158
- Drittmiteleinnahmen	6 977 420	- Drittmiteleinnahmen	6 994 060
- Zuweisungen und Zuschüsse (nicht vom Träger)	249 321		
= laufende Ausgaben (Grundmittel) für Forschung und Lehre	17 662 586	= laufende Grundmittel für Forschung und Lehre	17 681 360

Hochschulen in der Trägerschaft der Länder.

**Tabelle 7**  
Gegenüberstellung der neuen und alten Kennzahlen nach Ländern 2013

	Laufende Ausgaben (Grundmittel) je Studierenden nach		Veränderung neue gegenüber alte Kennzahlen
	neuem Konzept	altem Konzept	
	EUR		%
<b>Deutschland insgesamt</b>	7 290	7 310	- 0,2
Baden-Württemberg	7 930	7 500	+ 5,8
Bayern	7 930	7 330	+ 8,2
Berlin	6 730	6 760	- 0,4
Brandenburg	6 060	5 820	+ 4,1
Bremen	6 090	6 650	- 8,4
Hamburg	9 070	8 700	+ 4,3
Hessen	7 440	7 140	+ 4,3
Mecklenburg-Vorpommern	8 190	7 760	+ 5,5
Niedersachsen	9 520	10 000	- 4,8
Nordrhein-Westfalen	5 980	6 620	- 9,6
Rheinland-Pfalz	5 930	6 760	- 12,2
Saarland	8 800	8 490	+ 3,6
Sachsen	6 970	6 750	+ 3,3
Sachsen-Anhalt	8 370	8 250	+ 1,5
Schleswig-Holstein	7 970	7 570	+ 5,3
Thüringen	8 700	8 370	+ 3,9

Hochschulen in Trägerschaft der Länder (ohne Verwaltungsfachhochschulen).

Bei der Differenzierung nach Hochschularten erkennt man, dass sich der Rückgang um 0,2% insgesamt mit

**Tabelle 8**  
Gegenüberstellung der neuen und alten Kennzahlen nach Hochschularten 2013

	Laufende Ausgaben (Grundmittel) je Studierenden nach		Veränderung neue gegenüber alte Kennzahlen
	neuem Konzept	altem Konzept	
	EUR		%
Universitäten (ohne Medizinische Einrichtungen/Gesundheitswissenschaften der Universitäten)	6 600	6 820	- 2,3
Kunsthochschulen	15 620	15 190	+ 2,8
Fachhochschulen (ohne Verwaltungsfachhochschulen)	5 010	4 870	+ 2,8
Hochschulen insgesamt (ohne Medizinische Einrichtungen/Gesundheitswissenschaften an Universitäten, ohne Verwaltungsfachhochschulen)	6 290	6 350	- 0,9
Medizinische Einrichtungen/Gesundheitswissenschaften der Universitäten	28 410	27 440	+ 3,5
darunter: Medizinische Einrichtungen	30 540	29 540	+ 3,4
Hochschulen insgesamt (ohne Verwaltungsfachhochschulen)	7 290	7 310	- 0,2

Hochschulen in Trägerschaft der Länder.

Werten zwischen -2,3% bis +3,5% relativ moderat in den Hochschularten verändert. [↘ Tabelle 8](#)

### 6.3 Rückrechnungen

Die Umstellung der Kennzahlenberechnung führt unweigerlich zu Brüchen in den Zeitreihen ab dem Berichtsjahr 2006. Um einen Übergang zu schaffen, werden für die bereits nach dem alten Kennzahlensystem veröffentlichten Berichtsjahre ab 2006 Rückrechnungen durchgeführt und veröffentlicht.

## 7

### Fazit

Mit dem neu gestalteten System der monetären hochschulstatistischen Kennzahlen wurde eine wichtige Informationsgrundlage zur Steuerung im Hochschulbereich an die aktuellen Gegebenheiten angepasst. Damit liegt ein Instrument vor, anhand dessen die finanzielle Situation von öffentlichen Hochschulen beleuchtet wird. Die Kennzahlen stellen auch einen wichtigen Beitrag im Rahmen des nationalen Bildungsmonitorings dar.

Durch die Modifikationen wurde die Vergleichbarkeit zwischen einzelnen Hochschulen, Hochschularten und Ländern verbessert. Allerdings sind im neuen Konzept der laufenden Ausgaben (Grundmittel) keine Ausgaben für die Unterbringung der Hochschulen mehr enthalten. Was für den Ausstattungsvergleich von Vorteil ist, ist bei der Bestimmung des Finanzvolumens unzureichend. Auf der Ebene der Lehr- und Forschungsbereiche stößt die Interpretierbarkeit der Kennzahlen derzeit an ihre Grenzen. Solange die Lehrverflechtungen zwischen den Bereichen nicht im Rechnungswesen abgebildet sind, sind in Bereichen, die viele Dienstleistungen von anderen empfangen oder erhalten, die Ausgaben unterbeziehungsweise überzeichnet.

Für international vergleichbare Kennzahlen wäre es wünschenswert, eine international abgestimmte Lösung für die Darstellung der Unterbringungskosten zu finden. Denn selbst wenn die Mieten und Pachten nicht aus den laufenden Ausgaben herausgerechnet werden, führt beispielsweise die Nichtberücksichtigung von kostenfreier Gebäudenutzung in einigen Bundesländern dazu, dass

die deutschen Ausgaben für Hochschulen nicht vollständig nachgewiesen sind. Ein international tragfähiges Konzept zur Berücksichtigung von Unterbringungskosten könnte dann auf die nationalen Kennzahlen übertragen werden.

Eine Entwicklung, die in den letzten Jahren im gesamten Bildungsbereich zu beobachten war, ist die wachsende Anzahl privater Bildungseinrichtungen – auch bei den Hochschulen. Da sich die Finanzstrukturen der privaten von den öffentlichen Hochschulen stark unterscheiden, wurden für die Analyse der privaten Hochschulen andere monetäre hochschulstatistische Kennzahlen entwickelt. Diese werden in einer der nächsten Ausgaben dieser Zeitschrift vorgestellt. [!!!](#)

## LITERATURVERZEICHNIS

---

Hetmeier, Heinz-Werner. *Finanzstatistische Kennzahlen für den Hochschulbereich*. In: *Wirtschaft und Statistik*. Ausgabe 8/1992, Seite 545 ff.

OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung). *Education at a Glance 2014: OECD Indicators*. Paris 2014.

Schmidt, Pascal. *Zur finanziellen Lage der Hochschulen*. In: *Wirtschaft und Statistik*. Ausgabe 12/2001, Seite 1021 ff.

Statistisches Bundesamt (Herausgeber). *Bildungsfinanzbericht 2014*. Wiesbaden 2014a. Verfügbar unter: [www.destatis.de](http://www.destatis.de)

Statistisches Bundesamt (Herausgeber). *Fachserie 11 Bildung und Kultur, Reihe 4.3.2 Monetäre hochschulstatistische Kennzahlen 1980 - 2013*. Wiesbaden 2014b. Verfügbar unter: [www.destatis.de](http://www.destatis.de)

Statistisches Bundesamt (Herausgeber). *Fachserie 11 Bildung und Kultur, Reihe 4.5 Finanzen der Hochschulen 2013*. Wiesbaden 2015. Verfügbar unter: [www.destatis.de](http://www.destatis.de)

Statistisches Bundesamt (Herausgeber). *Hochschulen auf einen Blick, Ausgabe 2013*. Wiesbaden 2013. Verfügbar unter: [www.destatis.de](http://www.destatis.de)

# NEUERE ENTWICKLUNGEN IN DEN UNTERNEHMENSSTATISTIKEN

Dr. Bernd Waldmüller, Joachim Weisbrod

➤ **Schlüsselwörter:** Europäisches Statistisches System – Unternehmensstatistik – FRIBS – Unternehmensdefinition – MEETS-Programm

## ZUSAMMENFASSUNG

Das Europäische Statistische System verfolgt mit dem Projekt FRIBS seit einiger Zeit ein Gesetzesvorhaben, das alle rechtlichen Vorgaben für die Unternehmensstatistiken zusammenfassen soll. Die veränderte Rechtsarchitektur soll die Auswertungsmöglichkeiten bestehender Statistiken flexibilisieren und die Anpassungszeiten der Unternehmensstatistik auf Bedarfsänderungen der Nutzer deutlich verkürzen.

Der vorliegende Beitrag fasst die neueren Entwicklungen im Bereich der Unternehmensstatistiken auf europäischer Ebene zusammen und gibt einen Ausblick auf die derzeit erwarteten Auswirkungen auf die amtlichen Unternehmensstatistiken in Deutschland. Er beschränkt sich auf den Kern der Unternehmensstatistik, das heißt die strukturelle Unternehmensstatistik und die Konjunkturstatistik, sowie auf die korrekte Umsetzung der EU-Einheitenverordnung.

➤ **Keywords:** European Statistical System – business statistics – FRIBS – definition of the enterprise – MEETS programme

## ABSTRACT

*The European Statistical System has for some time been engaged in the FRIBS project whose aim is to bring together all legal requirements for business statistics in one piece of legislation. The changed legal architecture is to allow more flexible evaluations of already existing data sets and to reduce the time for adapting the system of business statistics to changing user needs.*

*This contribution summarises the recent developments of European business statistics and provides an outlook on the possible impacts on official business statistics in Germany. The contribution is restricted to the core of business statistics, namely structural business statistics and short term statistics, and to the correct implementation of the EU Statistical Units Regulation.*



**Dr. Bernd Waldmüller**

ist Diplom-Volkswirt und seit 1999 im Statistischen Bundesamt beschäftigt. Er war in den Bereichen Umweltökonomische Gesamtrechnungen und Unternehmensregister tätig. Derzeit arbeitet er im Referat „Koordination der Unternehmensstatistiken“.



**Joachim Weisbrod**

ist Diplom-Volkswirt und seit 1983 im Statistischen Bundesamt in verschiedenen Bereichen beschäftigt. Derzeit leitet er das Referat „Koordination der Unternehmensstatistiken“. Einen Schwerpunkt seiner Tätigkeit bildet die Umsetzung der Anforderungen der EU durch die amtliche Statistik in Deutschland.

## 1

---

### Einleitung

---

Die europäische Statistik befindet sich in einer Phase der Neuorientierung, einem „Übergang von einem konsistenten Zusammenschluss nationaler Statistiksyste- me zu einem genuin Europäischen Statistischen Sys- tem“ (Radermacher, 2012, hier: Seite 284). Bei dieser Neuausrichtung kommt den Unternehmensstatistiken eine Vorreiterrolle zu.

Mit der sogenannten Vision (Europäische Kommission, 2009), dem MEETS-Programm<sup>1</sup>, der ESS-Vision 2020 (Eurostat, 2014a) und dem Riga-Memorandum (Euro- stat, 2014b) wurden auf europäischer Ebene die Ziele für die Umgestaltung der Unternehmensstatistiken im Rahmen des Europäischen Statistischen Systems (ESS) festgelegt. Sie bestehen in der Etablierung der Unter- nehmenstatistiken als kohärentem Teilsystem des ESS mit flexibleren Auswertungsmöglichkeiten und kürzeren Anpassungszeiten. Als wesentlicher Schritt dahin wird derzeit unter dem Akronym FRIBS (Framework Regulation Integrating Business Statistics) ein Verordnungsentwurf für die gesamte Unternehmensstatistik auf europäischer Ebene erarbeitet. Als Teile des ESS sind alle nationalen Statistiksyste- me der Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) von dieser Entwicklung betroffen.

Die langjährigen Überlegungen auf EU-Ebene sind nun- mehr fachlich so weit gereift, dass eine Zwischenbilanz möglich ist. In diesem Beitrag werden daher die euro- päischen Entwicklungslinien für den Bereich der Unter- nehmenstatistik dargestellt und ihre Implikationen für die amtliche Unternehmensstatistik in Deutschland auf- gezeigt. Das Hauptaugenmerk liegt hierbei auf dem Kern der Unternehmensstatistiken – bestehend aus struktu- rer Unternehmensstatistik und Konjunkturstatistik.

Nach den Erläuterungen zu den neuen Anforderungen an die Unternehmensstatistiken werden im dritten Kapitel die Reaktionen auf diese Herausforderungen im Rahmen des ESS dargestellt. Dabei werden sowohl die entspre- chenden strategischen Ziele als auch die methodischen und rechtlichen Konzepte auf europäischer Ebene be-

---

1 Beschluss Nr. 1297/2008/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2008 über ein Programm zur Modernisie- rung der europäischen Unternehmens- und Handelsstatistik (MEETS) (Amtsblatt der EU Nr. L 340, Seite 76).

schrieben. Das vierte Kapitel befasst sich – ausgehend vom Status Quo – mit dem Anpassungsbedarf der nation- alen Unternehmensstatistiken in Deutschland. Das Kapitel „Fazit und Ausblick“ fasst die erforderlichen Maßnahmen auf nationaler und internationaler Ebene noch einmal zusammen.

## 2

---

### Neue Herausforderungen an eine moderne Unternehmensstatistik

---

Um ihrer Funktion als wirtschaftspolitische Entschei- dungsgrundlage gerecht zu werden, müssen die Unternehmensstatistiken belastbare Daten über die wirtschaftliche Situation von Unternehmen und ihre Aktivitäten bereitstellen. Das Kriterium „Relevanz“ ist dabei eine zentrale Qualitätskomponente in einem umfassenden Konzept von Qualitätsstandards der amt- lichen Statistik, auf die sich die statistischen Ämter in Europa im sogenannten „Code of Practice“ verpflichtet haben (Statistisches Bundesamt, 2011). Es soll als Indi- kator dienen, inwieweit eine Statistik dem jeweiligen Nutzerbedarf entspricht (Blanc/Radermacher/Körner, 2001 sowie Radermacher/Weisbrod/Asef, 2004). Im Strategiepapier „ESS-Vision 2020“ (Eurostat, 2014a) werden die entsprechenden Herausforderungen an das ESS wie folgt beschrieben:

Durch die Weiterentwicklung der Informations- und Kom- munikationstechnologie und die zunehmende Daten- verfügbarkeit eröffnen sich neue Produktionsmöglich- keiten für die amtliche Statistik. Sie muss daher ihre Rolle in der „Informationsgesellschaft“ neu definieren (Krupp, 2003). Angesichts der technischen Möglich- keiten wächst der Druck zu höherer Flexibilität und kürze- ren Reaktionszeiten. Aufgrund einer größeren Vielfalt an Daten und Auswertungsmöglichkeiten wächst der Druck, die Datenqualität besser zu erläutern (Metadaten<sup>2</sup>).

Im Zuge der Globalisierung bilden sich neue Organisati- onsformen der nationalen und internationalen Arbeits- teilung (Sturgeon, 2013). Die Existenz und zunehmende Bedeutung multinationaler Unternehmensgruppen er- fordert neue Arten von Statistiken, die nicht nur durch

---

2 Metadaten sind alle Informationen, die zum Verständnis statistischer Daten und deren korrekter Interpretation erforderlich sind.

Aggregation nationaler Ergebnisse erzeugt werden können, sondern verschiedene Arten der Konsolidierung verlangen (Zwania, 2008). Diese wiederum erfordern neue Formen der internationalen Kooperation zwischen nationalen Statistiksyste men.

Angesichts knapper Ressourcen der statistischen Ämter und des politischen Willens zur Entbürokratisierung sind möglichst alle Rationalisierungspotenziale auszuschöpfen. Die Herausforderung an die amtliche Statistik besteht darin, trotzdem die an sie gerichteten hohen Qualitätsanforderungen weiterhin zu erfüllen.

Die Wirtschaftspolitik orientiert sich verstärkt an quantitativen Zielgrößen („evidence based monitoring“) aus der amtlichen Statistik. Dies erhöht die Anforderungen an diese Indikatoren.

Die skizzierten Herausforderungen erfordern sowohl eine strategische als auch eine konzeptionelle Neuausrichtung der amtlichen Statistiksyste me.

### 3

## Entwicklung auf europäischer Ebene

Seit mehreren Jahren werden die geschilderten Herausforderungen auf EU-Ebene beraten und entsprechende Vorschläge zur Bewältigung der genannten Herausforderungen diskutiert. Seitens der EU-Kommission wurden erste strategische Vorschläge über die künftige Struktur des ESS in der „Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat über die Methode zur Erstellung von EU-Statistiken: eine Vision für das nächste Jahrzehnt“ (Europäische Kommission, 2009) unterbreitet. Diese wurden im Statistischen Programm 2013 bis 2017 der EU konkretisiert.<sup>3</sup> Parallel wurden im Rahmen des MEETS-Programms der Modernisierungsbedarf der europäischen Unternehmensstatistiken analysiert und unter Beteiligung der Mitgliedstaaten Verbesserungsvorschläge erarbeitet.

Im Rahmen von FRIBS sollen diese Ergebnisse nun in einen Gesetzesentwurf einfließen, der die strategischen Aspekte der Vision und die inhaltlichen Aspekte des MEETS-Programms miteinander vereinen sowie die Ent-

<sup>3</sup> Verordnung (EU) Nr. 99/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Januar 2013 über das Europäische Statistische Programm 2013–2017 (Amtsblatt der EU Nr. L 39, Seite 12).

wicklung der Europäischen Unternehmensstatistik hin zu einem kohärenten, outputorientierten System in die Wege leiten soll.

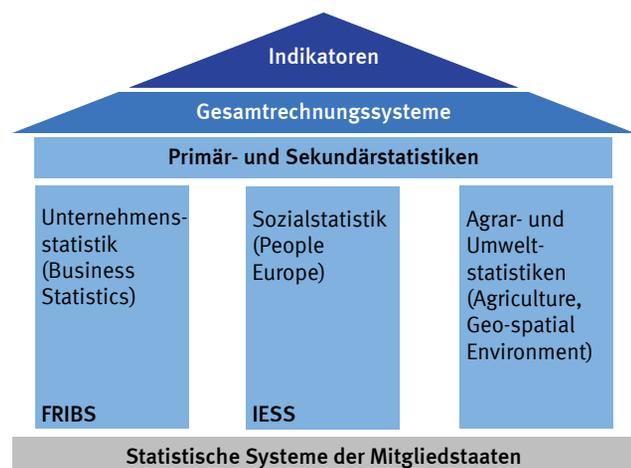
### 3.1 Die Unternehmensstatistik als Bestandteil des ESS

In Grafik 1 wird die geplante Struktur des ESS dargestellt. Auf den drei „Säulen“ statistischer Erhebungssysteme bauen statistische Rechnungssysteme und Berechnungen von Indikatoren auf.

Die drei Säulen des Systems betrachten jeweils ganze Gruppen oder „Cluster“ von Statistiken als verbundenes Produktionssystem (integriertes System) von Statistiken, die methodisch aufeinander abgestimmt sind und deren Ergebnisse miteinander kombiniert werden können (Data-Warehouse-Konzept) (Europäische Kommission, 2009). Innerhalb dieser Cluster sollen durch Standardisierung und Nutzung gemeinsamer Werkzeuge Methoden effizienzsteigernd eingesetzt und Synergieeffekte genutzt werden können. Neben den Agrar- und Umweltstatistiken sowie den Sozialstatistiken bilden die Unternehmensstatistiken eines von drei Clustern des ESS. [↗ Grafik 1](#)

Innerhalb des Clusters der Unternehmensstatistiken soll ein outputorientiertes und möglichst flexibles Statistiksystem etabliert werden. Die Kohärenz und die Konsistenz zwischen den einzelnen Statistiken des Clusters

**Grafik 1**  
Vision des Europäischen Statistischen Systems



2015 - 01 - 0596

bilden wichtige Voraussetzungen für das Funktionieren des Systems.

Die statistischen Unternehmensregister sollen dabei als zentrales Infrastrukturelement aller Unternehmensstatistiken fungieren. Die Kohärenz innerhalb der Cluster soll durch

- › die Verwendung einheitlicher statistischer Einheiten,
- › einheitliche Variablendefinitionen,
- › aufeinander abgestimmte Periodizitäten und
- › ein einheitliches Metadaten-System

erreicht werden. Eine einheitliche Rahmengesetzgebung soll die Koordination zwischen den einzelnen Teilbereichen der Unternehmensstatistik gewährleisten. Dabei sind zwei Richtungen der Integration zu betrachten: eine horizontale (zwischen verschiedenen Unternehmensstatistiken innerhalb eines Mitgliedstaates) und eine vertikale Integration der Unternehmensstatistiken (zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten der EU). Die Umsetzung dieses Konzepts hat Rückwirkungen auf die statistischen Systeme der einzelnen Mitgliedstaaten. Im Strategiepapier „ESS-Vision 2020“ wurde deshalb eine Vereinbarung zwischen den nationalen statistischen Ämtern der EU-Mitgliedstaaten und Eurostat, dem Statistischen Amt der Europäischen Union, über eine Strategie zur künftigen Entwicklung des ESS getroffen.

### 3.2 Das MEETS-Programm

---

Die inhaltliche Neuausrichtung der Unternehmensstatistiken erfolgte im Rahmen des MEETS-Programms. Als das Programm aufgelegt wurde, arbeiteten einige Mitgliedstaaten bereits daran, ihre Unternehmensstatistiken zu modernisieren. Das MEETS-Programm wollte unter anderem auch diese Aktivitäten koordinieren und mögliche Synergieeffekte nutzen. Es lief von 2009 bis 2013 und wurde von der Europäischen Kommission mit einem Finanzvolumen von etwa 42,5 Millionen Euro gefördert. Die Arbeiten wurden durch die Beteiligung vieler Mitgliedstaaten in sogenannten ESSnets<sup>4</sup> und

---

4 ESSnets sind Projektkooperationen nationaler statistischer Ämter auf vertraglicher Basis zur Lösung einer vorgegebenen Aufgabenstellung. Dabei übernimmt eines der nationalen statistischen Ämter die Leitung (Koordination) und tritt als Vertragspartner gegenüber der Kommission (Eurostat) auf. Die Arbeitsergebnisse werden dem gesamten ESS zur Verfügung gestellt.

anderen Fördermaßnahmen organisiert und hatten folgende strategische Ziele:

- › Überprüfung der Prioritäten und Entwickeln von Zielindikatoren für neue Bereiche.
- › Integration der verschiedenen Bereiche der Unternehmensstatistik durch Harmonisierung der Grundgesamtheiten, Klassifikationen und Methoden, Nutzung des Unternehmensregisters als zentrales Infrastrukturelement aller Unternehmensstatistiken sowie der Integration der Betrachtung multinationaler Unternehmensgruppen.
- › Unterstützung effizienterer Produktionsmethoden in den Unternehmens- und Handelsstatistiken. Dazu zählen die verstärkte Nutzung von Verwaltungsdaten, die Gewinnung von Daten aus dem Rechnungswesen der Unternehmen sowie die Nutzung der Möglichkeiten der Mikrodatenverknüpfung bei bestehenden Datenbeständen.
- › Modernisierung der Statistik des Außenhandels zwischen den Mitgliedstaaten der EU.

Grundlage vieler Arbeiten war eine Studie von drei externen Sachverständigen, die ein Inventar aller EU-Statistiken zur Unternehmens- und Handelsstatistik mit Blick auf mögliche gemeinsame Anknüpfungspunkte erstellten (Richter/Engelage/Thomas, 2010). Eine wichtige Rolle im MEETS-Programm spielte die Untersuchung der Konsistenz und Kohärenz innerhalb des Bereiches der Unternehmensstatistiken. Deshalb wurde im Rahmen eines Teilprojektes zu dieser Thematik eine Liste von Verordnungen zur Unternehmensstatistik herausgefiltert, die gemeinsame Variablen aufweisen und für die es zweckmäßig schien, sie im Zusammenhang zu betrachten und methodisch aufeinander abzustimmen (Weisbrod/Witting/Weber, 2014, hier: Seite 88).

Die Ergebnisse und Verbesserungsvorschläge zur Integration dieser Bereiche liegen seit 2013 vor.

### 3.3 FRIBS

---

Mit FRIBS sollen die im Rahmen von MEETS erarbeiteten Vorschläge aufeinander abgestimmt werden, in die strategischen Ziele der ESS-Vision 2020 eingepasst werden und in eine einzige Rechtsgrundlage einfließen. Neben der Anpassung der Datenanforderungen an den

veränderten Bedarf verfolgt dieses Gesetzesvorhaben folgende strategische Ziele:

- › Bestehende Datenbestände sollen effektiver und flexibler genutzt werden können.
- › Möglichst alle verfügbaren Datenquellen sollen für die amtliche Statistik nutzbar gemacht werden, um auf diese Weise die Belastung der Auskunftgebenden so gering wie möglich zu halten.
- › Die Anpassungsgeschwindigkeit des Systems der Unternehmensstatistiken auf Bedarfsänderungen soll erhöht werden.
- › Die Effizienz der Statistikproduktion soll durch Standardisierung und Nutzung von Synergieeffekten verbessert werden.

Aufgrund des Subsidiaritätsprinzips können auf EU-Ebene jedoch nur die methodischen und rechtlichen Voraussetzungen für diese Weiterentwicklung geschaffen werden. Nach den Vorstellungen der Europäischen Kommission (Eurostat) soll die Entwicklung durch folgende Maßnahmen eingeleitet werden:

- › Der bisher vorherrschende Bereichsansatz soll durch einen integrierten Ansatz für die gesamte Unternehmensstatistik ersetzt werden, in dem die einzelnen Bereiche der Unternehmensstatistik durch ein einheitliches kohärentes und konsistentes System von Variablen (und deren Definitionen), Gliederungen, Größenklassen und Periodizitäten aufeinander abgestimmt sind. Ein europäisches System von Unternehmensregistern soll dabei als zentrales Infrastrukturelement der gesamten Unternehmensstatistik dienen.
- › Die Kohärenz und Konsistenz des Gesamtsystems soll durch ein Rahmengesetz gewährleistet werden, das den Kern der gesamten Unternehmensstatistik umfasst.
- › Die Möglichkeiten des europäischen Vertrages von Lissabon für eine Vereinfachung der Gesetzgebung sollen genutzt und dadurch die Entscheidungswege für Systemanpassungen verkürzt werden.

Nach den Vorstellungen von Eurostat spielt die Rechtsarchitektur in diesem Projekt eine entscheidende Rolle. Nach dem derzeitigen Stand der Diskussion stellt FRIBS ein komplexes Gesetzesgebilde dar. Es besteht aus einem Rahmengesetz, welches die wesentlichen Elemente der Unternehmensstatistik in Form einer Verord-

nung von Europäischem Parlament und Rat (Basisrechtsakt) festschreiben soll, und mehreren sogenannten Implementierungsverordnungen (Kommissionsverordnungen), in denen Eurostat die einzelnen Datenanforderungen sowie die technischen Lieferbedingungen regeln möchte.

Die Flexibilität soll unter anderem dadurch gewährleistet werden, dass bestimmte Teile der Datenanforderungen über Implementierungsverordnungen beziehungsweise insbesondere über delegierte Rechtsakte geändert werden können. Anders als bei den Verordnungen von Rat und Parlament ist bei delegierten Rechtsakten die Mitwirkungsmöglichkeit der Statistikexperten in den Mitgliedstaaten begrenzt und Rat und Parlament können innerhalb einer bestimmten Frist einen delegierten Rechtsakt nur im Ganzen und mit Mehrheit ablehnen. Die Verkürzung der Entscheidungsverfahren wird also im Wesentlichen durch die Einschränkung der Gestaltungsmöglichkeiten der Mitgliedstaaten erreicht. Letztendlich sind die Mitgliedstaaten für die Erfüllung der Datenanforderungen verantwortlich. Deshalb betrachten sie diese Einschränkung ihrer Mitwirkungsmöglichkeiten mit großer Sorge, da die Änderungen mit erheblichen Ausweitungen der Belastungen der Auskunftspflichtigen und der statistischen Ämter verbunden sein können.

### ↳ Delegierte Rechtsakte

Das Instrument des delegierten Rechtsaktes wurde im Vertrag von Lissabon (Artikel 290 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union – AEUV) festgelegt, um die Gesetzgebung zu vereinfachen und Rat und Parlament von der Entscheidung über „unwesentliche“ Details von rechtlichen Vorgaben zu entlasten. In einem delegierten Rechtsakt übertragen Rat und Parlament in begrenztem Maße Gesetzgebungskompetenz an die Europäische Kommission. Es besteht jedoch für Rat und Parlament die Möglichkeit, der Kommission diese Befugnisse wieder zu entziehen. Durchführungsrechtsakte (Artikel 291 AEUV) erlässt die Kommission – in wenigen Ausnahmefällen auch der Rat – dagegen dann, wenn für die Umsetzung eines Gesetzgebungsaktes einheitliche Bestimmungen erforderlich sind.

Die Einzelheiten der neuen europäischen Rechtsarchitektur von FRIBS werden derzeit noch beraten. Unstrittig ist, dass man eine gewisse Flexibilität im System der Unternehmensstatistiken braucht, um auf Änderungen des Nutzerbedarfs reagieren zu können. Es besteht jedoch noch kein Konsens darüber, welche Tatbestände

als wesentliche Elemente eines Rahmengesetzes gelten sollen und damit nur von Rat und Parlament durch Änderungen des Basisrechtsaktes angepasst werden können. Eurostat versucht, den Bedenken der Mitgliedstaaten mit dem Vorschlag sogenannter Safeguard Clauses, die die Änderungen zeitlich und inhaltlich begrenzen sollen, zu begegnen.

Dagegen stehen die Datenanforderungen und die einheitlichen Variablendefinitionen auf der Arbeitsebene bis auf wenige Details fest. Die Ausweitungen des Programms der Unternehmensstatistiken lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- › In den jährlichen und mehrjährigen Unternehmensstatistiken wird der Erfassungsbereich der Dienstleistungsstatistik um die Abschnitte P (Erziehung und Unterricht), Q (Gesundheit und Sozialwesen) und R (Kunst, Unterhaltung und Erholung) sowie um den Bereich S96 (Erbringung von sonstigen überwiegend persönlichen Dienstleistungen) der NACE Rev. 2<sup>15</sup> vervollständigt. Die Erfassung dieser Bereiche ist problematisch, weil diese in den einzelnen Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich organisiert sind und in ihnen nicht nur marktorientierte Unternehmen tätig sind. Dadurch ergeben sich Fragen hinsichtlich der Vergleichbarkeit der Ergebnisse verschiedener Mitgliedstaaten. Außerdem soll eine möglichst lückenlose Erfassung des Abschnitts K (Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen) erfolgen.
- › In den unterjährigen Konjunkturstatistiken sollen zusätzlich die NACE Rev. 2-Abteilungen 68 (Grundstücks- und Wohnungswesen), 77 (Vermietung von beweglichen Gegenständen), sowie die Gruppen 81.1 (Hausmeisterdienste) und 81.3 (Garten- und Landschaftsbau) aufgenommen werden. Der Nachweis der Umsatzindizes soll generell auf monatlich umgestellt werden und es soll ein Produktionsindex für den Dienstleistungsbereich entwickelt und monatlich berechnet werden. Als Darstellungseinheit für alle Bereiche der Konjunkturstatistik soll generell die „fachliche Einheit“ (= fachlicher Unternehmensteil) gelten, weil sie eine größere Homogenität aufweist und einen stärkeren Bezug zur wirtschaftlichen Aktivität hat.

---

5 Statistische Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft, Rev. 2 (2008).

- › Im Bereich der Unternehmensdemografie (aktuell Anhang IX der europäischen Strukturverordnung) sind Erweiterungen geplant. So sollen Angaben hierfür vierteljährlich sowie auf regionaler Ebene zur Verfügung stehen. Damit würde aus einer ursprünglichen Strukturstatistik faktisch eine Konjunkturstatistik entstehen.
- › Zur Verringerung bestehender „Datenlücken“ (Sturgeon, 2010) durch die Globalisierung sollen „globale Wertschöpfungsketten“ (Global Value Chains) erfasst werden, um die internationalen Verflechtungen von Volkswirtschaften besser abzubilden. Dies geht über die FATS-Statistik<sup>16</sup> hinaus. Hierzu soll künftig alle drei Jahre eine eigenständige Erhebung mit flexiblem Merkmalskatalog durchgeführt werden. Damit werden Daten, die bisher auf der Basis freiwilliger Studien (Zwania, 2008) an Eurostat geliefert werden, in das obligatorische Lieferprogramm aufgenommen.

### 3.4 Statistische Einheiten

---

Eine Sonderrolle in der Diskussion um FRIBS spielt die adäquate Definition und Abgrenzung der relevanten statistischen Einheiten für die Unternehmensstatistiken.

Statistische Einheiten sind von großer Bedeutung für die Aussagekraft und somit für die Relevanz statistischer Ergebnisse. Bei der Integration der Unternehmensstatistiken zu einem System spielt die einheitliche Abgrenzung der statistischen Einheiten eine zentrale Rolle im Hinblick darauf, dass Ergebnisse zwischen verschiedenen Mitgliedstaaten und zwischen verschiedenen Statistiken vergleichbar und miteinander kombinierbar sind. Auf europäischer Ebene geht es dabei um eine adäquate Abgrenzung von Darstellungseinheiten, das heißt von Einheiten für die Darstellung und die Veröffentlichung statistischer Ergebnisse. Die Ausgangslage für FRIBS ist durch die Einheitenverordnung<sup>17</sup> „... für die Beobachtung und Analyse der Wirtschaft in der Gemeinschaft“ gegeben. Dort werden für die Wirtschaftsstatistik insgesamt acht statistische Einheiten definiert:

---

6 FATS = Foreign Affiliates Statistics – Statistik über die Struktur und Tätigkeit von Auslandsunternehmenseinheiten.

7 Verordnung (EWG) Nr. 696/93 des Rates vom 15. März 1993 betreffend die statistischen Einheiten für die Beobachtung und Analyse der Wirtschaft in der Gemeinschaft (Amtsblatt der EU Nr. L 76, Seite 1), hier: Anhang, Abschnitt I.

- › das Unternehmen,
- › die institutionelle Einheit,
- › die Unternehmensgruppe,
- › die fachliche Einheit,
- › die homogene Produktionseinheit,
- › die örtliche Einheit,
- › die fachliche Einheit auf örtlicher Ebene und
- › die homogene Produktionseinheit auf örtlicher Ebene.

Bei Unternehmensstatistiken sind das „Unternehmen“, die „Fachliche Einheit“ sowie die „Örtliche Einheit“ als Darstellungseinheiten von besonderer Bedeutung.

Strukturstatistiken werden im Allgemeinen für Unternehmen nachgewiesen. Das Unternehmen im Sinne der oben genannten Verordnung „... entspricht der kleinsten Kombination rechtlicher Einheiten, die eine organisatorische Einheit zur Erzeugung von Waren und Dienstleistungen bildet und insbesondere in bezug auf die Verwendung der ihr zufließenden laufenden Mittel über eine gewisse Entscheidungsfreiheit verfügt“ (siehe Fußnote 7, hier: Anhang, Abschnitt III, A. Unternehmen, Satz 1).

Dazu wird in der Verordnung erläutert: „Das so definierte Unternehmen ist eine wirtschaftliche Größe, die daher unter bestimmten Umständen der Vereinigung mehrerer rechtlicher Einheiten entsprechen kann. Bestimmte rechtliche Einheiten sind nämlich ausschließlich zugunsten einer anderen rechtlichen Einheit tätig, und ihre Existenz hat lediglich verwaltungstechnische (z. B. steuerliche) Gründe, ohne daß die Einheiten in wirtschaftlicher Hinsicht bedeutsam wären. Zu dieser Kategorie zählt auch ein Großteil der rechtlichen Einheiten ohne Beschäftigte. Häufig sind die Tätigkeiten dieser rechtlichen Einheiten als Hilfstätigkeiten zu den Tätigkeiten der rechtlichen Muttereinheit anzusehen, der sie angehören und der sie angeschlossen sein müssen, um die für die Wirtschaftsanalyse verwendete Größe „Unternehmen“ zu bilden.“ (siehe Fußnote 7, hier: Anhang, Abschnitt III, A. Unternehmen).

Für die Konjunkturstatistiken und für die Produktionsstatistiken ist aus europäischer Sicht die „Fachliche Einheit“ entscheidend. Die „Fachliche Einheit“ fasst innerhalb eines Unternehmens sämtliche Teile zusammen, die zur Ausübung einer Tätigkeit auf der Vierstel-

ler-Ebene (Klassen) der NACE Rev. 2 beitragen. Dabei muss das Unternehmen über ein Informationssystem verfügen, das es ermöglicht, für jede fachliche Einheit zumindest den Wert der Produktion und der Vorleistungen, die Personalkosten und den Betriebsüberschuss sowie Beschäftigung und Bruttoanlageinvestitionen festzustellen oder zu berechnen (siehe Fußnote 7, hier: Anhang, Abschnitt III, D. Fachliche Einheit).

Derzeit diskutieren Arbeitsgruppen sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene noch methodische Fragen der praktischen Anwendbarkeit der fachlichen Einheit (insbesondere im Bereich der Produktionsstatistik) sowie Fragen der Konsistenz zwischen den Ergebnissen der Konjunkturstatistik und denen der anderen Unternehmensstatistiken.

Ursprünglich sollte im Rahmen von FRIBS auch die Einheitenverordnung überarbeitet werden, um in stärkerem Maße der zunehmenden Globalisierung Rechnung zu tragen. Die Erfassung solcher Globalisierungstatbestände erfordert neue Methoden der internationalen Statistikkoooperation, die viele rechtliche, technische und organisatorische Fragen aufwerfen. Gleichzeitig werden jedoch auch weiterhin nationale Ergebnisse benötigt. Da die Lösungsansätze noch nicht so weit vorangekommen waren, dass man sie unter dem Zeitplan von FRIBS hätte abschließen können, wurde die Einheitenverordnung aus FRIBS ausgeklammert, die Definitionen wurden also unverändert gelassen.

Die derzeit gültige EU-Einheitenverordnung wird von den Mitgliedstaaten allerdings nicht in vollem Umfang umgesetzt, was die Vergleichbarkeit der europäischen Unternehmensstatistiken und damit deren Kohärenz und Konsistenz beeinträchtigt. Dies gilt insbesondere für den Unternehmensbegriff, der in vielen Mitgliedstaaten – darunter auch in Deutschland – mit der rechtlichen Einheit gleichgesetzt wird. Deshalb drängt Eurostat nun mit Nachdruck auf die korrekte Anwendung der europäischen Unternehmensdefinition und fordert von den Mitgliedstaaten entsprechende Anpassungen.

Die unzureichende Umsetzung der Unternehmensdefinition durch die Mitgliedstaaten resultiert weniger aus einem inhaltlichen Dissens über die Definition selbst, als vielmehr aus der Schwierigkeit, die entsprechenden Kombinationen rechtlicher Einheiten, die organisatorische Einheiten bilden, zu erkennen und als Unternehmen zu behandeln. Im Zuge des MEETS-Programms

wurde hierzu die Methode des Profilings ausgearbeitet. Dabei handelt es sich um ein Verfahren, mit dem man – ausgehend von Informationen über Strukturen von Unternehmensgruppen – die relevanten organisatorischen Einheiten als sogenannte „statistische Unternehmen“ identifizieren kann (siehe Abschnitt „Profiling als Mittel zur Anwendung des EU-Unternehmensbegriffs“). In engem Zusammenhang mit der Anwendung dieser Methode ist ferner zu klären, inwieweit für die neu abgegrenzten Unternehmen auch die von der Unternehmensstatistik geforderten Daten verfügbar sind.

## 4

---

### Auswirkungen auf die deutschen Unternehmensstatistiken

---

FRIBS stellt auch die nationalen Statistiksysteme vor neue Herausforderungen. Im Allgemeinen legen die europäischen Rechtsgrundlagen der Statistik fest,

- › für welche statistischen Einheiten (zum Beispiel Unternehmen, örtliche Einheiten, fachliche Einheiten),
- › in welcher fachlichen (NACE Rev. 2) und regionalen (NUTS<sup>8</sup>) Gliederungstiefe,
- › für welche Variablen (zum Beispiel Umsatz, Beschäftigte, Löhne und Gehälter),
- › in welcher Periodizität (zum Beispiel monatlich, vierteljährlich, jährlich, mehrjährlich) und
- › in welcher Qualität

Daten an Eurostat zu übermitteln sind. Daran wird FRIBS nichts verändern. Die verbindlichen europäischen Lieferverpflichtungen sind mithilfe der nationalen Systeme der amtlichen Statistik zu erfüllen, die in der Regel historisch gewachsen sind und auf unterschiedlichen Rahmenbedingungen in den einzelnen Mitgliedstaaten basieren. Die europäische Vergleichbarkeit wird dabei über verschiedene Methoden der Output-Harmonisierung erreicht (Ehling/Linz/Minkel, 2004).

---

<sup>8</sup> NUTS = Systematik der Gebietseinheiten für die Statistik.

### 4.1 Status Quo

---

Im Folgenden wird zunächst das derzeitige System der Datengewinnung für die amtlichen Unternehmensstatistiken grob skizziert. Hierauf aufbauend zeigt der folgende Abschnitt die Anpassungen auf, die in Deutschland für die Umsetzung der oben beschriebenen Veränderungen der Unternehmensstatistiken auf europäischer Ebene notwendig sind.

#### Rechtliche und organisatorische Aspekte

Im Gegensatz zu den europäischen Statistikrechtsgrundlagen, die nur das Lieferprogramm der Mitgliedstaaten an Eurostat festlegen, basiert das nationale System amtlicher Statistiken in Deutschland auf Einzelgesetzen, die bestimmte Erhebungen rechtlich anordnen und unter anderem den Erhebungsbereich, die maximale Zahl der zu befragenden Einheiten, die Art und Anzahl der erhobenen Merkmale sowie die Auskunftspflicht regeln. Auch die Verwendung von Verwaltungsdaten für statistische Zwecke bedarf einer gesetzlichen Regelung. Deshalb führen Veränderungen der europäischen Datenanforderungen unter Umständen dazu, dass Anpassungen der nationalen Statistikgesetzgebung erforderlich werden. Dies trifft auch auf Änderungen zu, die durch europäische delegierte Rechtsakte oder Durchführungsrechtsakte zustande gekommen sind.

Darüber hinaus weisen die derzeitigen Unternehmensstatistiken in Deutschland folgende Besonderheiten auf, die im Zuge der Umsetzung von FRIBS zu beachten sind:

- › Sie sind nach Wirtschaftsbereichen wie dem produzierenden Gewerbe, dem Handel und Gastgewerbe sowie dem Dienstleistungsgewerbe organisiert.
- › Die jeweiligen Statistiken wurden zu unterschiedlichen Zeitpunkten und unter unterschiedlichen Rahmenbedingungen konzipiert und eingeführt.
- › Die Methoden zur Datengewinnung der einzelnen Bereiche unterscheiden sich voneinander.
- › Die Unternehmensstatistiken sind teils zentral und teils dezentral (föderal) organisiert.

Dies alles erschwert die Vergleichbarkeit beziehungsweise Kombinierbarkeit der Ergebnisse aus den verschiedenen Bereichen und die Umsetzung eines Systemansatzes in den deutschen Unternehmensstatistiken.

## Datengewinnung

Grafik 2 gibt einen Überblick über das derzeitige System der amtlichen Unternehmensstatistiken in Deutschland und differenziert dabei zwischen den Teilbereichen „Rahmengesetzgebung und Infrastruktur“, „Statistikproduktion“ sowie den zu erfüllenden „EU-Anforderungen an das nationale Statistiksistem“. [➤ Grafik 2](#)

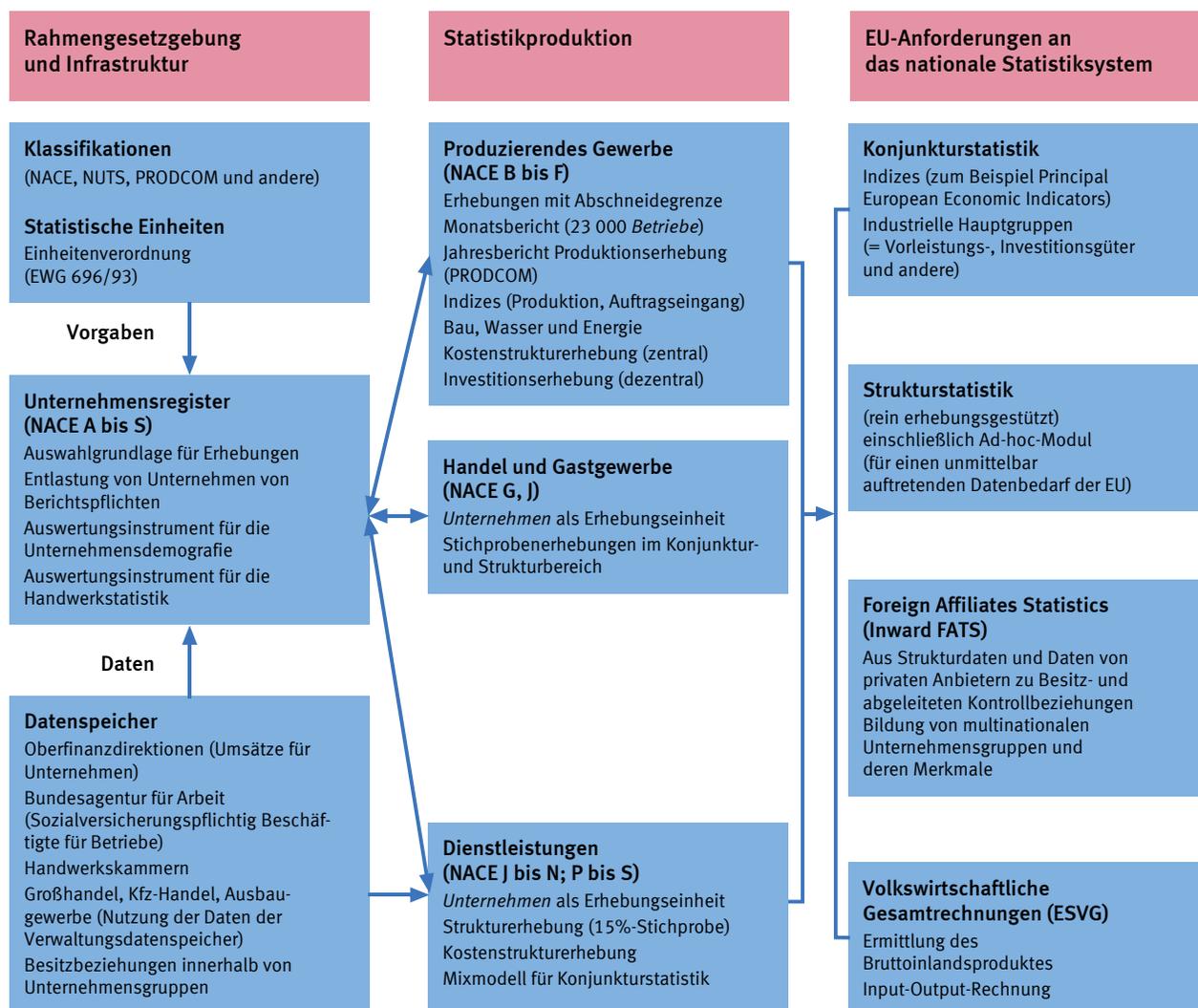
Die in den ersten beiden Blöcken im linken Teil der Grafik 2 dargestellten Rahmenbedingungen werden derzeit durch geltende EU-Verordnungen vorgegeben und legen Mindeststandards fest, um die Vergleichbarkeit der statistischen Ergebnisse auf europäischer Ebene zu

gewährleisten. Wesentlich für die Unternehmensstatistiken sind hierbei die Klassifikation der Wirtschaftszweige NACE Rev. 2 sowie die Klassifikation der Gebietsregionen NUTS. Die PRODCOM-Liste<sup>9</sup> regelt die Gliederungstiefe für die Erfassung der Güterproduktion.

In den Unternehmensstatistiken hat das Unternehmen als Einheit eine zentrale Bedeutung. Wie zuvor erläutert, entspricht dies in den deutschen Unternehmensstatistiken einer rechtlichen Einheit (also einer juristischen oder natürlichen Person), die aus handels- und/oder

<sup>9</sup> PRODCOM = Production Communautaire; Liste von Produkten für eine europäische Produktionsstatistik.

**Grafik 2**  
System der Unternehmensstatistiken in Deutschland



steuerrechtlichen Gründen Bücher führt. Erhebungen mit Auskunftspflicht in Deutschland richten sich an rechtliche Einheiten beziehungsweise örtliche Einheiten (Betriebe; zum Beispiel im Rahmen des Monatsberichts im Produzierenden Gewerbe). Berichtspflichtig sind in der Regel die Inhaber oder die Geschäftsführung von Unternehmen oder Betrieben. Als Darstellungseinheiten fungieren „Unternehmen“, „Örtliche Einheiten“ sowie „Fachliche Unternehmensteile“.

Die Berichtskreise für die Erhebungen der Unternehmensstatistiken werden aus dem Unternehmensregister für statistische Zwecke (URS) bestimmt. Das Unternehmensregister ist eine Datenbank aller wirtschaftlich aktiven Unternehmen und ihrer örtlichen Einheiten, die deren wichtigste Merkmale (Name, Adressen, Umsätze, Beschäftigte, Wirtschaftszweig, Kontrollbeziehungen und so weiter) enthält. Das Unternehmensregister erfüllt für die Unternehmensstatistiken drei wichtige Funktionen:

- a. Es ist das zentrale Infrastrukturelement. Hierzu liefert es Informationen zu Gesamtpopulationen in den jeweiligen Wirtschaftszweigen. Es dient insbesondere als Grundlage für Stichprobenziehungen für Erhebungen und entsprechend als Basis für Hochrechnungen. Im Gegenzug werden Erhebungsinformationen (zum Beispiel Umsätze oder tätige Personen oder eventuelle Änderungen der Wirtschaftszweige) aus Erhebungen in das Unternehmensregister zurück übermittelt. Dies verdeutlichen die Doppelpfeile in Grafik 2.
- b. Es gibt einen Überblick über die Belastung von Unternehmen beziehungsweise Betrieben mit statistischen Auskunftspflichten. Hierfür wird im Unternehmensregister vermerkt, welche Einheiten in welchem Zeitraum an welchen Erhebungen teilgenommen haben. Dadurch soll unter anderem sichergestellt werden, dass die Unternehmen nicht mehr als unbedingt notwendig durch statistische Berichtspflichten belastet werden. Dies kann zum Beispiel durch eine Stichprobenrotation gewährleistet werden.
- c. Es stellt ein eigenständiges Auswertungsinstrument dar, das Auswertungen zur Unternehmensstruktur und deren Entwicklung ermöglicht. Das Unternehmensregister spielt eine Schlüsselrolle bei der Erfüllung der europäischen Anforderungen zur Unternehmensdemografie beziehungsweise der Arbeitgeberdemografie (Entwicklung von Unternehmen mit

mindestens einem abhängig Beschäftigten). Hierdurch werden Datenanforderungen erfüllt, ohne dass dazu eine eigenständige Erhebung nötig ist (Rink/Seiwert/Opfermann, 2013).

Zur Pflege des Unternehmensregisters werden Daten externer (öffentlicher sowie privater) Institutionen an das Unternehmensregister geliefert und dessen Inhalte aktualisiert. Von wesentlicher Bedeutung für die Statistik sind dabei die Informationen aus den Oberfinanzdirektionen zu den steuerbaren Umsätzen der Unternehmen sowie die Informationen der Bundesagentur für Arbeit zu den Beschäftigten in den Niederlassungen („Betrieben“) von Unternehmen.

Der mittlere Bereich von Grafik 2 ist mit „Statistikproduktion“ überschrieben und soll den derzeitigen bereichsspezifischen Ansatz des Systems der Unternehmensstatistiken in Deutschland aufzeigen. Hier sind die wichtigsten Erhebungen für den Bereich Unternehmensstatistik aufgeführt. Die angewandten Datengewinnungsmethoden reichen von einer reinen Primärerhebung über eine Verwaltungsdatenverwendung bis zu sogenannten „Mixmodellen“.

#### ↳ Mixmodelle

„Mixmodelle“ sind eine Kombination aus Verwaltungsdatenverwendung und Primärerhebungen. Sie werden angewandt, um möglichst viele kleinere Unternehmen von Auskunftspflichten zu entlasten. So werden zum Beispiel im Rahmen der Konjunkturstatistik im Dienstleistungsbereich unterjährige Verwaltungsdaten über das Unternehmensregister unmittelbar zur Erstellung von Statistiken nutzbar gemacht. Die Befragung beschränkt sich auf Unternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten und/oder einem Jahresumsatz von mehr als 15 Millionen Euro. Die Informationen über kleinere Einheiten stammen aus Verwaltungsdaten (Fischer/Oertel, 2009, hier: Seite 235).

Im rechten Teil von Grafik 2 sind die derzeitigen Anforderungen der EU an die nationalen statistischen Systeme aufgeführt. Die europäische Konjunkturverordnung<sup>10</sup> erfasst dabei die wirtschaftlichen Tätigkeiten der Abschnitte B bis N der NACE Rev. 2 und ist in vier Anhänge (Industrie, Baugewerbe, Einzelhandel und Reparatur sowie andere Dienstleistungen) untergliedert. Informationen über konjunkturelle Entwicklungen sollen

<sup>10</sup> Verordnung (EG) Nr. 1165/98 des Rates vom 19. Mai 1998 über Konjunkturstatistiken (Amtsblatt der EU Nr. L 162, Seite 2).

vor allem möglichst frühzeitig zur Verfügung stehen (zum Beispiel  $t + 40$  Tage für das Produzierende Gewerbe), was möglicherweise Revisionen nach sich ziehen kann. Für die konjunkturelle Beobachtung stehen weniger die absoluten Werte im Mittelpunkt der Betrachtung, als vielmehr die Entwicklungen derselben, weshalb vor allem Indexzahlen von Bedeutung sind. Beispiele hierfür sind der Produktionsindex sowie der Umsatzindex.

Die europäische Strukturverordnung<sup>11</sup> bildet derzeit die wirtschaftlichen Tätigkeiten der Abschnitte B bis N und S95 der NACE Rev. 2 ab. Sie umfasst neun Anhänge (Module) sowie ein sogenanntes flexibles Modul für die Durchführung einer begrenzten Ad-hoc-Erhebung über Unternehmensmerkmale, falls von Seiten der EU-Kommission ein unmittelbarer Datenbedarf zu bestimmten Sachverhalten auftreten sollte.

### 4.2 Anpassungsbedarf

Die beschriebenen Entwicklungen auf europäischer Ebene werden zwangsläufig Auswirkungen auf das nationale System der Unternehmensstatistiken haben. Der Anpassungsbedarf kann inhaltlicher, methodischer und

organisatorischer Art sein. In einigen Punkten ist dies bereits jetzt in Umrissen erkennbar. Die gravierendsten Anpassungen erfordert die vollständige Anwendung der Unternehmensdefinition nach der Einheitenverordnung. Dies hat wiederum Folgen für das Unternehmensregister als zentrales Infrastrukturelement. Auch die Integration der Unternehmensstatistiken mit der Stärkung des Systemgedankens wird nicht ohne Folgen für die deutschen Unternehmensstatistiken bleiben ebenso wie die Einbeziehung neuer Wirtschaftsbereiche.

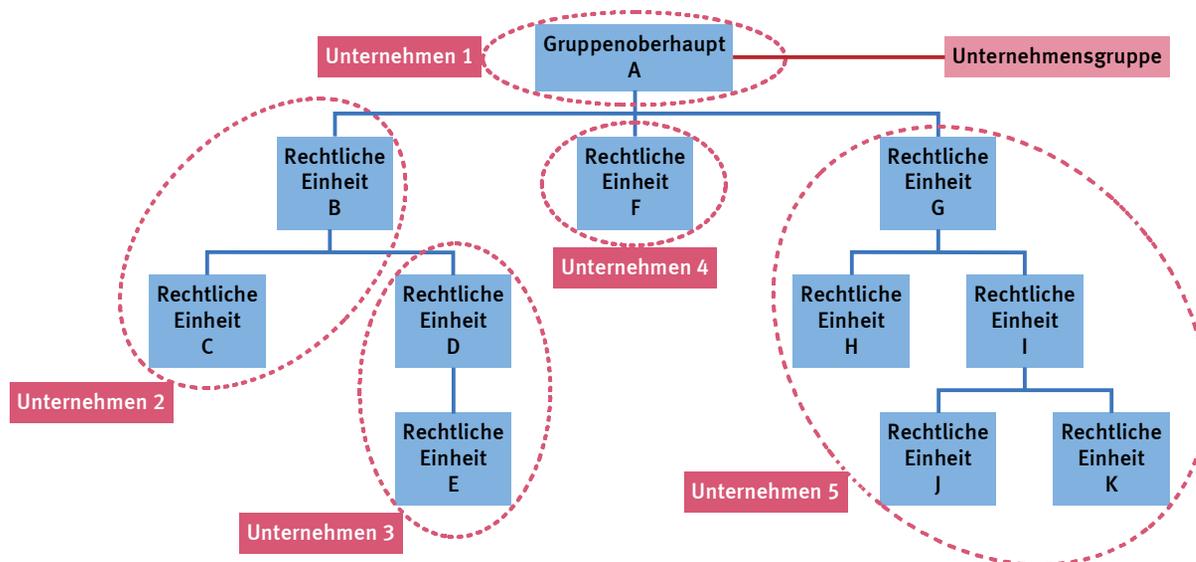
### Profiling als Mittel zur Anwendung des EU-Unternehmensbegriffs

Da die amtliche Statistik in Deutschland Ergebnisse für Unternehmen als rechtliche Einheiten nachweist, werden komplexere Strukturen von Unternehmen derzeit unzureichend berücksichtigt. Diese Strukturen sollen künftig durch „Profiling“ erkannt werden. Es handelt sich dabei um eine Methode, die es ermöglicht, innerhalb einer Unternehmensgruppe die Unternehmen im Sinne der europäischen Einheitenverordnung zu identifizieren und damit eine Ausgangsbasis für die Gewinnung von Daten für diese Einheit zu schaffen. Die Methode setzt bei Informationen über Unternehmensgruppen, über die ihnen zugehörigen rechtlichen Einheiten sowie über die Kontrollstrukturen an. [↘ Grafik 3](#)

11 Verordnung (EG) Nr. 295/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2008 über die strukturelle Unternehmensstatistik (Amtsblatt der EU Nr. L 97 Seite 13).

#### Grafik 3

Zusammenhänge zwischen Unternehmensgruppen, Unternehmen und rechtlichen Einheiten



2015 - 01 - 0598

Informationen über Unternehmensgruppen werden im statistischen Unternehmensregister nachgewiesen und jährlich aktualisiert (siehe Grafik 3). Zur Ermittlung und Darstellung von Unternehmensgruppen werden die Besitzstrukturen und daraus abgeleitete Kontrollstrukturen (dies bedeutet in der Praxis mehr als 50% Kapitalbeteiligung an einer rechtlichen Einheit) zwischen rechtlichen Einheiten verwendet. Dies erfolgt mithilfe von Informationen externer Datenanbieter. Hieraus ergibt sich eine statistische Unternehmensgruppe im Sinne der Einheitenverordnung. An der Spitze einer statistischen Unternehmensgruppe steht eine rechtliche Einheit, die von keiner anderen rechtlichen Einheit kontrolliert wird (= Gruppenoberhaupt). Alle unterhalb angesiedelten rechtlichen Einheiten in dieser Struktur kontrollieren andere rechtliche Einheiten beziehungsweise werden von diesen kontrolliert (Sturm/Tümmler/Opfermann, 2009).

Profiling kann in verschiedenen Umfängen durchgeführt werden. Für die bedeutendsten Unternehmensgruppen sieht das sogenannte "intensive profiling" vor, im direkten Kontakt mit den Leitungen der Unternehmensgruppen die Unternehmen innerhalb einer Unternehmensgruppe zu identifizieren und die Möglichkeit der Datengewinnung mit den betroffenen Auskunftgebenden zu erörtern und festzulegen. Weitere Varianten des Profiling sehen die Auswertung von Konzernabschlüssen und weiteren Informationen sowie automatisierte Verfahren zur Erkennung von engen Beziehungen zwischen rechtlichen Einheiten im Rahmen einer Unternehmensgruppe vor.

Als Ergebnis dieser Analyse kann sich ergeben, dass eine gesamte Unternehmensgruppe ein einziges Unternehmen bildet, dass innerhalb einer Unternehmensgruppe mehrere Unternehmen als Kombinationen rechtlicher Einheiten erkannt werden oder dass jede rechtliche Einheit ein Unternehmen darstellt. Relevantes Entscheidungskriterium ist hierbei der Marktbezug der rechtlichen Einheiten mit der Frage, welche Leistungen für wen innerhalb der Unternehmensgruppe oder auf dem Markt erbracht werden (Schmidt/Waldmüller, 2004). Zudem ist zu berücksichtigen, ob eine hinreichende Stabilität der Organisationsstrukturen eines Unternehmens im Zeitablauf vorliegt, wenn es zum Beispiel zu Neugründungen beziehungsweise Schließungen rechtlicher Einheiten kommt.

Die Anwendung des EU-Unternehmensbegriffs in den deutschen Unternehmensstatistiken erfordert die Ein-

führung von Profiling als einer neuen Aufgabe. Erste Überlegungen zur Anwendung dieser Methoden zeigen, dass sie hohe Ansprüche an die Qualifikation des Personals stellen und einen erhöhten Personaleinsatz erfordern.

Die Anwendung des Profiling ist jedoch nur der erste Schritt bei der Umsetzung der EU-Einheitenverordnung. Der zweite Schritt besteht in der Gewinnung von Daten für die so identifizierten Einheiten. Hier sind grundsätzlich zwei Varianten denkbar:

- › Eine Möglichkeit ist es, alle Daten für statistische Unternehmen direkt zu erfragen. Dies setzt voraus, dass man eine geeignete Stelle im Unternehmen identifiziert, die über die erforderlichen Informationen verfügt und die man zur Auskunft verpflichten kann.
- › Eine andere Möglichkeit wäre, dass die amtliche Statistik wie bisher nur die einzelnen rechtlichen Einheiten befragt und mithilfe zusätzlicher Informationen, zum Beispiel aus den rechtlichen Einheiten selbst und dem Unternehmensregister, die geforderten Ergebnisse über die statistischen Unternehmen selbst konsolidiert.

Die Machbarkeit und Qualität beider Varianten werden derzeit untersucht.

### **Das neue Unternehmensregister als zentrales Infrastruktur- und Steuerungsinstrument**

Das Unternehmensregister als zentrales Infrastruktur- und Steuerungsinstrument ist ebenfalls von den beschriebenen Entwicklungen betroffen. Zum einen müssen die „statistischen Unternehmen“ in das Unternehmensregister integriert werden. Eine Arbeitsgruppe befasst sich derzeit damit, in welcher Weise das in einem dezentral gepflegten Unternehmensregister umgesetzt werden kann, welche organisatorischen Anforderungen sich daraus ergeben und wie das Unternehmensregister in geeigneter Weise weiterentwickelt werden kann. Zum anderen müssen Vorkehrungen dafür getroffen werden, dass die Ergebnisse der Konjunkturstatistik für fachliche Einheiten aufbereitet werden können. Auch die systematische Integration der Unternehmensstatistiken stellt höhere organisatorische Anforderungen an das Unternehmensregister. Dies betrifft insbesondere die Verarbeitung der Informationen aus den Einzelstatistiken im

Hinblick auf die Sicherstellung konsistenter Ergebnisse. Mit der Inbetriebnahme des neuen Unternehmensregisters Mitte 2014 sind wichtige Voraussetzungen zur Erfüllung dieser Aufgaben geschaffen worden.

### Die Integration der Unternehmensstatistiken zu einem kohärenten System

Die Stärkung des Systemgedankens in den deutschen Unternehmensstatistiken erfordert eine engere methodische und organisatorische Abstimmung der im mittleren Bereich von Grafik 2 aufgeführten Statistikbereiche (Gnoss, 2010). Ziel ist dabei unter anderem der Aufbau einer Auswertungsdatenbank, in der alle Daten der Unternehmensstatistiken vorgehalten werden und deren Inhalte flexibel auswertbar sind (Statistisches Data-Warehouse). Dieses stellt höhere Anforderungen an die Kohärenz der Einzelstatistiken bezüglich der Methodiken. Neben einer einheitlichen Verwendung der statistischen Einheiten sind eine bereichsübergreifend einheitliche Definition gemeinsamer Variablen, eine Vereinheitlichung der Stichprobenziehung, der Hochrechnungsverfahren und der Darstellungsformen die Voraussetzungen für numerisch konsistente und bereichsübergreifende statistische Auswertungen. Ausgehend von den europäischen Vorgaben werden derzeit die Möglichkeiten einer verbesserten Abstimmung der historisch gewachsenen Bereichsstatistiken untersucht.

### Neue Bereiche und Sachverhalte

Wie bereits erwähnt wird FRIBS auch mit einer Ausweitung des Erfassungsbereichs vor allem im Dienstleistungsbereich verbunden sein (NACE-Bereiche P bis R und S96). Dies wird eine Anpassung der nationalen Rechtsgrundlage erfordern. Unter dem Gesichtspunkt der Qualität der Ergebnisse sind damit unter Umständen auch methodische Anpassungen (beispielsweise bei der Stichprobengröße, der Stichprobenplanung und der Hochrechnung) erforderlich. Die flächendeckende Umstellung der Umsatzindizes auf eine monatliche Periodizität sowie die geplante Verkürzung der Liefertermine werden ebenfalls methodische Anpassungen erfordern, die derzeit in der Entwicklung sind. Neu zu entwickeln ist die Statistik globaler Wertschöpfungsketten.

## 5

---

### Fazit und Ausblick

---

FRIBS und die Anwendung der EU-Unternehmensdefinition stellen die amtlichen Unternehmensstatistiken in Deutschland vor neue Herausforderungen. Diese sind nicht nur durch die geplante Ausdehnung des Erfassungsbereichs für die Statistiken bedingt. Die angestrebte Flexibilisierung bringt gleichzeitig Unsicherheiten für die langfristige Planung. So können Änderungen Folgen für die nationale Statistikgesetzgebung nach sich ziehen, die entsprechend umgesetzt werden müssen. Auch die Finanzierung häufiger Änderungen kann die Mitgliedstaaten vor Probleme stellen. Zwar wird das Ziel der Flexibilisierung allgemein anerkannt, es werden derzeit jedoch verschiedene Formen der Begrenzung solcher Änderungen diskutiert.

Ein positiver Aspekt ist die stärkere Betonung des Systemgedankens innerhalb der Unternehmensstatistiken. Durch die Verzahnung der einzelnen Unternehmensstatistiken in einem integrierten System sollen Ergebnisse besser vergleichbar sein, die Möglichkeiten zu bereichsübergreifenden Auswertungen verbessert und bestehende Datenbestände effektiver genutzt werden können. Auch dies stellt die historisch gewachsenen, bereichsspezifisch organisierten deutschen Unternehmensstatistiken vor neue Aufgaben.

Die größte Herausforderung ergibt sich jedoch aus der Notwendigkeit einer zügigen Anwendung der EU-Unternehmensdefinition aus der EU-Verordnung 693/93. Diese ist zwar formal von FRIBS entkoppelt, läuft jedoch zeitlich synchronisiert mit dem Zeitplan zu FRIBS. Die Zusammenführung von rechtlichen Einheiten zu statistischen Unternehmen erfordert neue Konzepte, die derzeit gerade entwickelt werden und das dezentrale System der Unternehmensstatistiken vor große Herausforderungen stellen. Dies gilt insbesondere für die Umsetzung der verschiedenen Methoden des Profiling, die den Einsatz zusätzlicher Ressourcen erfordern werden.

Der Zeitplan von FRIBS sieht vor, dass Ende 2016 ein Gesetzesentwurf zu FRIBS in das formelle Gesetzgebungsverfahren gebracht wird<sup>12</sup>, sodass die Verord-

---

12 Die Europäische Kommission beabsichtigt, den vollständigen Gesetzesentwurf für das Rahmengesetz (Basisrechtsakt) Anfang 2017 dem Rat und Parlament vorzulegen. Parallel dazu sollen die zugehörigen "implementing acts" formuliert werden.

nung Ende 2018 in Kraft treten kann. Parallel dazu wird die entsprechende sekundäre Gesetzgebung in Angriff genommen. Angesichts der möglicherweise weitreichenden Auswirkungen auf das deutsche System der Unternehmensstatistiken, die unter Umständen auch umfassende rechtliche Anpassungen nach sich ziehen können, ist das Statistische Bundesamt derzeit dabei, ein Umsetzungsprojekt in die Wege zu leiten, über dessen Ergebnisse zu einem späteren Zeitpunkt in dieser Zeitschrift berichtet werden wird. [!!!](#)

### LITERATURVERZEICHNIS

---

- Blanc, Michel/Radermacher, Walter/Körner, Thomas. *Qualität und Nutzer*. In: *Wirtschaft und Statistik*. Ausgabe 10/2001, Seite 799 ff.
- Ehling, Manfred/Linz, Stefan/Minkel, Hartmut. *Internationale Harmonisierung von Statistiken – Grundlagen und Beispiele aus dem Bereich der Haushaltsstatistiken*. In: *Wirtschaft und Statistik*. Ausgabe 1/2004, Seite 32 ff.
- Europäische Kommission. *Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat über die Methode zur Erstellung von EU-Statistiken: eine Vision für das nächste Jahrzehnt*. KOM (2009) 404, Ratsdokument Nr. 12732/09.
- Europäische Kommission. *The ESS Vision 2020* (Eurostat 2014a). [Zugriff am 21. August 2015]. Verfügbar unter: <http://ec.europa.eu/eurostat>
- European Commission. *Riga Memorandum - Towards better measurement of the globalised economy (As adopted by the ESSC on 26th September 2014)*. (Eurostat 2014b). [Zugriff am 24. August 2015]. Verfügbar unter: <http://ec.europa.eu/eurostat>
- Eurostat. *Code of Practice*. Luxemburg 2011. [Zugriff am 21. August 2015]. Verfügbar unter: <http://ec.europa.eu/eurostat>
- Fischer, Hanna/Oertel, Jutta. *Konjunkturindikatoren im Dienstleistungsbereich: Das Mixmodell in der Praxis*. In: *Wirtschaft und Statistik*. Ausgabe 3/2009, Seite 232 ff.
- Gnoss, Roland. *Reform der Unternehmensstatistik in Deutschland; Qualitätskonzept des Programms*. In: *AstA Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Archiv*. Ausgabe 4/2010, Seite 77 ff.
- Jung, Sandra/Nahm, Matthias/Söllner, René. *Unternehmen unter ausländischer Kontrolle*. In: *Wirtschaft und Statistik*. Ausgabe 12/2012, Seite 1100 ff.
- Krupp, Hans-Jürgen. *Zur Rolle der Statistik in der Informationsgesellschaft*. In: *Wirtschaft und Statistik*. Ausgabe 1/2003, Seite 75 ff.
- Radermacher, Walter/Weisbrod, Joachim/Asef, Dominik. *Bedarf, Qualität, Belastung: Optimierung als Interessenausgleich*. In: *Wirtschaft und Statistik*. Ausgabe 11/2004, Seite 1237 ff.
- Radermacher, Walter. *Zahlen zählen: Gedanken zur Zukunft der amtlichen Statistik in Europa*. In: *AstA Wirtschafts- und Sozialstatistisches Archiv*. Band 2. Ausgabe 4/2012, Seite 285 ff.
- Richter, Josef/Engelage, Christian/Thomas, Peter. *External study on detail evaluation of the legal acts in the areas of statistics which were identified by member states as areas to revision*. Europäische Kommission. Luxemburg 2010.

## LITERATURVERZEICHNIS

---

Rink, Anke/Seiwert, Ines/Opfermann, Rainer. *Unternehmensdemografie: methodischer Ansatz und Ergebnisse 2005 bis 2010*. In: *Wirtschaft und Statistik*. Ausgabe 6/2013, Seite 422 ff.

Schmidt, Peter/Waldmüller, Bernd. *Konzept und Ergebnisse der § 7-Erhebung zum Unternehmensbegriff in der Statistik*. In: *Wirtschaft und Statistik*. Ausgabe 2/2004, Seite 155 ff.

Statistische Ämter des Bundes und der Länder. *Reform der Unternehmensstatistik (Endbericht)*. 2012. [Zugriff am 24. August 2015]. Verfügbar unter: [www.statistik-berlin-brandenburg.de](http://www.statistik-berlin-brandenburg.de)

Statistisches Bundesamt. *Verhaltenskodex für europäische Statistiken*. Wiesbaden 2011. Verfügbar unter: [www.destatis.de](http://www.destatis.de)

Sturgeon, Timothy J. *Global Value Chains and Economic Globalization – Towards a new Measurement Framework*. Boston 2013. [Zugriff am 21. August 2015]. Verfügbar unter: <http://ec.europa.eu/eurostat>

Sturm, Roland/Tümmler, Thorsten/Opfermann, Rainer. *Unternehmensverflechtungen im statistischen Unternehmensregister*. In: *Wirtschaft und Statistik*. Ausgabe 8/2009, Seite 764 ff.

Weisbrod, Joachim/Witting, Björn/Weber, Mirjam. *Konsistenz der Variablen in der Unternehmensstatistik*. In: *Wirtschaft und Statistik*. Ausgabe 2/2014, Seite 83 ff.

Zwania, Jacek. *Verlagerung wirtschaftlicher Aktivitäten*. In: *Wirtschaft und Statistik*. Ausgabe 6/2008, Seite 477 ff.

# DIE REVIDIERTE GESUNDHEITS- AUSGABENRECHNUNG

Moritz Mannschreck

↘ **Schlüsselwörter:** Gesundheitsausgabenrechnung – System of Health Accounts – Gesundheitsausgaben – Laufende Gesundheitsausgaben – Gesundheit

## ZUSAMMENFASSUNG

Mit der Gesundheitsausgabenrechnung liegt eine konsistente Zeitreihe mit den in die Dimensionen Ausgabenträger, Leistungsarten und Einrichtungen gegliederten Gesundheitsausgaben für Deutschland vor. Der Beitrag erläutert, wie der Gesundheitsbereich in der Gesundheitsausgabenrechnung definiert wird. Die Berechnungsmethodik und Änderungen durch die revidierte Berechnung der Gesundheitsausgaben der privaten Haushalte zum Berichtsjahr 2013 sind weitere Themen des Aufsatzes, ebenso die wichtigsten Änderungen, die sich durch die Anpassung an den internationalen Rechenstandard System of Health Accounts 2011 ergeben haben. Die Ergebnisse der Gesundheitsausgabenrechnung für das Jahr 2013 zeigen die Analysemöglichkeiten des Rechenwerks auf.

↘ **Keywords:** *health accounts – System of Health Accounts – total health expenditure – current health expenditure – health*

## ABSTRACT

*The German health accounts report a consistent time series of health expenditure broken down by financing schemes, functions and providers. This paper explains how the health care boundary is defined in German health accounts. The calculation methodology and the changes due to the revised calculation of private health expenditure in reporting year 2013 are dealt with in the paper, and major modifications resulting from the implementation of the international accounting standard, the System of Health Accounts 2011. The 2013 results of health accounts show the analytical capacity of the accounting system.*



**Moritz Mannschreck**

schloss im Jahr 2013 sein Studium als Master of Science in Public Economics ab und arbeitet seitdem als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Referat „Gesundheitsbezogene Rechensysteme“ im Statistischen Bundesamt. Er ist dort verantwortlich für die Gesundheitsausgabenrechnung.

## 1

### Einleitung

---

Im Jahr 2013 wurden in Deutschland 314,9 Milliarden Euro für Gesundheit ausgegeben. Die Gesundheitsausgabenrechnung erfasst als einzige Datenquelle systematisch alle Gesundheitsausgaben und weist deren Verteilung auf Ausgabenträger, Einrichtungen und Leistungsarten aus. Die dreidimensionale Rechenstruktur ermöglicht dabei detaillierte Analysen der Ausgaben im Gesundheitswesen und ihrer Verteilung. Damit liefert die Gesundheitsausgabenrechnung wichtige Kennziffern für die politische Diskussion und ist eine vielgenutzte Informationsquelle für Politik, Wirtschaft und Wissenschaft.

Die Gesundheitsausgabenrechnung orientiert sich an den internationalen Vorgaben des System of Health Accounts 2011. Dieser von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), vom Statistischen Amt der Europäischen Union (Eurostat) und von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) veröffentlichte Rechenstandard stellt einheitliche Abgrenzungen und Klassifikationen bereit und ermöglicht so die international vergleichbare Berechnung von Gesundheitsausgaben. Ab dem Jahr 2016 wird die Lieferung von differenzierten Daten in hoher Qualität nach dem System of Health Accounts für Mitgliedstaaten der Europäischen Union verpflichtend sein. Bereits jetzt liefern einige Länder, darunter Deutschland, Daten zu den Gesundheitsausgaben freiwillig. Dadurch sind vergleichende Analysen der Gesundheitssysteme möglich.

## 2

### Methodik der Gesundheitsausgabenrechnung

---

#### 2.1 Abgrenzung des Gesundheitsbereichs

---

Mit der Abgrenzung des Gesundheitsbereichs wird festgelegt, welche Waren und Leistungen in die Berechnung der Gesundheitsausgaben einbezogen werden. Grundsätzlich kann der Gesundheitsbegriff sehr weit gefasst werden. Es ist theoretisch möglich, Umweltschutzmaßnahmen zur Luftreinhaltung in der Gesundheitsausgabenrechnung zu erfassen, da solche Maßnahmen

auch dazu dienen können, die Gesundheit der Bevölkerung zu verbessern. Ähnliche Abgrenzungen sind erforderlich in Bezug auf das Sozialwesen oder die Bereiche Wellness und Fitness. Um Überschneidungen mit anderen Rechenwerken, beispielsweise den Umweltökonomischen Gesamtrechnungen, zu vermeiden, ist eine enge und genaue Abgrenzung des Gesundheitsbereiches erforderlich.

Die Gesundheitsausgabenrechnung unterscheidet die sogenannten laufenden Gesundheitsausgaben, Investitionen und den erweiterten Leistungsbereich. Bei der Abgrenzung der laufenden Ausgaben und der Investitionen folgt die Gesundheitsausgabenrechnung den internationalen Vorgaben des System of Health Accounts. Im erweiterten Leistungsbereich geht die Rechnung über das System of Health Accounts hinaus.

Nach dem System of Health Accounts sind bei der Abgrenzung des Gesundheitsbereichs folgende, nach Wichtigkeit aufgeführte, Kriterien maßgeblich (OECD und andere, 2011):

1. Das vorrangige Ziel einer Maßnahme ist es, den Gesundheitsstatus von Individuen, von Teilen der Bevölkerung oder der gesamten Bevölkerung zu verbessern, zu erhalten oder die Verschlechterung des Gesundheitsstatus zu verhindern und die Folgen von Krankheiten zu mildern.
2. Die Ausübung der Maßnahme setzt medizinisches und pflegerisches Wissen oder die Aufsicht von Personen mit diesem Wissen voraus. Zudem können Leistungen der Verwaltung oder der Steuerung des Gesundheitswesens und dessen Finanzierung eingeschlossen sein.
3. Die Maßnahme dient dem Endverbrauch von Gesundheitsgütern und -leistungen der Einwohner.
4. Bei der Maßnahme werden Gesundheitsgüter oder -leistungen transferiert.

Bei der Abgrenzung des Gesundheitsbereichs ist damit das Ziel der Leistung entscheidend. Beispielsweise fallen reine Schönheitsoperationen nicht in den Gesundheitsbereich, auch wenn sie von medizinischem Fachpersonal vorgenommen werden. Ein Grenzfall sind Leistungen mit sozialem Hintergrund, die Menschen ein unabhängiges Leben im eigenen Haushalt ermöglichen sollen und Hilfe bei der Essenzubereitung oder beim Einkaufen umfassen. Diese Leistungen sind im erwei-

terten Gesundheitsbereich enthalten. In die laufenden Ausgaben fallen diese Leistungen nur, wenn sie zusammen mit medizinischen und pflegerischen Leistungen erbracht werden. In der Gesundheitsausgabenrechnung werden daher sämtliche Leistungen der Pflegestufen 1 bis 3 und der sogenannten Pflegestufe 0 in den laufenden Ausgaben berücksichtigt, auch wenn dabei soziale Leistungen erbracht werden. Bei Leistungen im Fitness- und Wellnessbereich ist entscheidend, dass sie von einem Arzt oder einer Ärztin verordnet werden und von einer medizinischen Fachkraft vorgenommen werden.

Zur Beurteilung des pflegerischen und medizinischen Wissens aus Kriterium 2 sollen die nationalen Standards zur Ausbildung und Zulassung von medizinischem und pflegerischem Personal herangezogen werden. Aus Kriterium 3 wird deutlich, dass in der Gesundheitsausgabenrechnung ausschließlich der Endverbrauch der Inländer, das heißt aller dauerhaft in Deutschland wohnenden Menschen, berücksichtigt wird. Exporte, also Leistungen an im Ausland wohnende und sich kurzzeitig in Deutschland aufhaltende Personen, werden nicht berücksichtigt. Hingegen sind Waren und Leistungen, die Inländer/-innen im Ausland beziehen, in den Gesundheitsausgaben als Importe enthalten. Da nur

der Endverbrauch von Gesundheitsleistungen erfasst werden soll, werden die Vorleistungen in der Gesundheitsausgabenrechnung nur indirekt erfasst und nicht gesondert ausgewiesen.

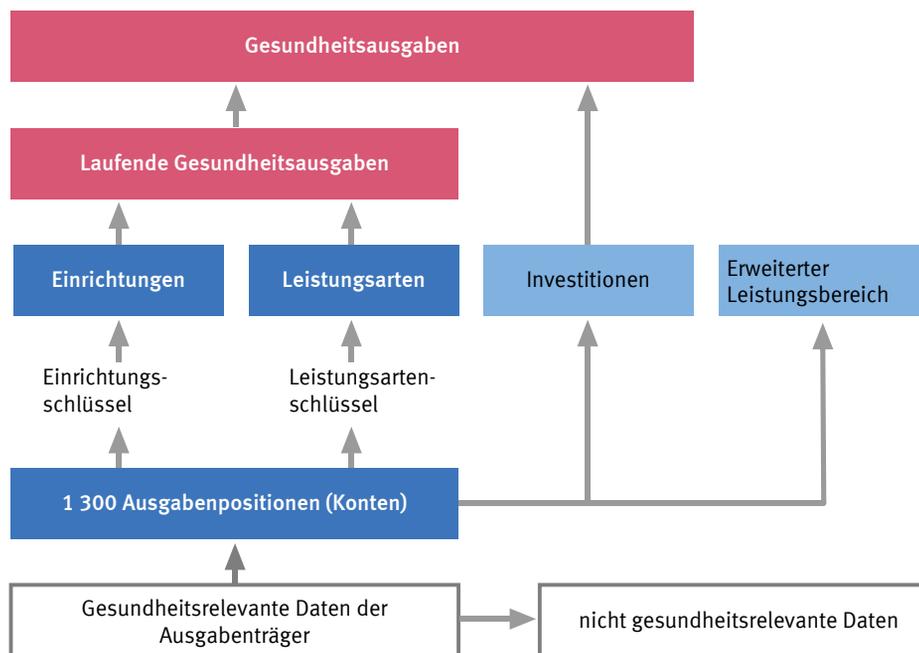
## 2.2 Berechnungsmethodik

Die dreidimensionale Rechenstruktur der Gesundheitsausgabenrechnung ermöglicht sehr detaillierte Analysen des Leistungsgeschehens im Gesundheitswesen. Damit solche Analysen vorgenommen werden können, muss jede Ausgabenposition einem Ausgabenträger, einer Leistungsart und einer Einrichtung zugeordnet werden. Dafür gibt es verschiedene Ansätze. Für die Gesundheitsausgabenrechnung wurde das Bottom-up-Verfahren gewählt, welches bei allen Ausgabenträgern mit Ausnahme des Ausgabenträgers private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck angewandt wird. Bei diesem kommt das Residualwertverfahren zur Anwendung.

### Bottom-up-Verfahren

Die Berechnungsmethodik nach dem Bottom-up-Verfahren ist in Grafik 1 dargestellt. Ausgangspunkt sind die

**Grafik 1**  
Berechnungsmethodik der Gesundheitsausgabenrechnung nach dem Bottom-up-Verfahren



2015 - 01 - 0592

Rechnungsergebnisse der verschiedenen Ausgaben-träger, beispielsweise die der gesetzlichen Kranken-versicherung. Zunächst werden aus den Statistiken der Ausgaben-träger die Ausgabenpositionen erfasst, die in den Gesundheitsbereich fallen. Diese werden dann zum Teil über Verteilungsschlüssel auf die Einrichtungen, Leistungsarten, die Investitionen und den erweiterten Leistungsbereich verteilt. Die Ausgaben in den Dimen-sionen Ausgaben-träger, Leistungsarten und Einrichtun-gen werden anschließend zu den laufenden Gesund-heitsausgaben aggregiert. Die Summe der laufenden Gesundheitsausgaben und der Investitionen ergibt die Gesundheitsausgaben. [↘ Grafik 1](#)

Bei der Verteilung auf Leistungsarten und Einrichtungen ist zu beachten, dass jede Ausgabenposition immer vollständig auf eine oder mehrere Leistungsarten und eine oder mehrere Einrichtungen verteilt werden muss. Dabei gibt es Konten, die so detailliert beschrieben sind, dass sie vollständig einer Leistungsart und einer Einrichtung zugewiesen werden können, aber auch Kon-ten, die nicht eindeutig zugewiesen werden können. Die Zuordnung zum Ausgaben-träger ist stets eindeutig, da die Konten den Statistiken der Ausgaben-träger entnom-men werden.

Übersicht 1 zeigt Beispiele einer eindeutigen Zuweisung und einer nicht eindeutigen Zuordnung. Die Zuordnung des Kontos KV430 ist eindeutig, das heißt der Konten-wert kann vollständig auf die Leistungsart Arzneimittel und die Einrichtung Apotheken verteilt werden. Bei Konto PK051 ist eine eindeutige Zuweisung auf Leistungsarten und Einrichtungsschlüssel aufgrund der allgemeinen Bezeichnung des Kontos nicht möglich. In diesem Fall wird der Kontenwert anhand von Verteilungsschlüsseln (Leistungsartenschlüssel und Einrichtungsschlüssel) auf die betreffenden Leistungsarten und Einrichtungen ver-teilt. Die Verteilungsschlüssel werden aus Sekundärsta-tistiken abgeleitet. Alle Verteilungsschlüssel addieren sich zu 100 %, sodass stets der Kontenwert vollständig auf die Leistungsarten und Einrichtungen verteilt wird. [↘ Übersicht 1](#)

**Übersicht 1**

**Aufteilung auf Leistungsarten und Einrichtungen**

Konto	Bezeichnung	Wert	Ausgaben-träger	Leistungsart	Einrichtung
KV430	Arzneimittel in Apotheken	33,54 Mrd. EUR	Gesetzliche Kranken-versicherung	Arzneimittel	Apotheken
PK051	Ambulante Leistungen: Arztbehandlung	5,7 Mrd. EUR	Private Krankenversicherung	Prävention/Gesundheits-schutz, Ärztliche Leistungen	Arztpraxen, Krankenhaus

Auch wenn die Dimensionen der Gesundheitsausgaben-rechnung grundsätzlich mit der internationalen Klas-sifikation des System of Health Accounts übereinstim-men, so unterscheiden sich die Klassifikationen und Merkmalsausprägungen der einzelnen Dimensionen. Neben den nationalen Klassifikationen müssen die Aus-gabenpositionen deshalb auch auf die internationalen Klassifikationen verteilt werden. Die Ausgaben-träger entsprechen den Health Care Financing Schemes, die Leistungsarten den Health Care Functions und die Ein-richtungen den Health Care Provider. Die Zuweisung der Ausgabenpositionen zu den Financing Schemes ist wie im Falle der Ausgaben-träger eindeutig. Bei der Zuweisung auf Functions und Provider gibt es eindeutige Zuweisun-gen und Zuweisungen durch Verteilungsschlüssel. Da es keine internationalen Verteilungsschlüssel gibt, weisen die oben erwähnten Verteilungsschlüssel die Ausga-benpositionen immer nationalen und internationalen Merkmalen zu. Analog zum nationalen Rechenstandard werden die Ausgaben über Functions und Provider zu Current Health Expenditure aggregiert. Da die Abgren-zung des Gesundheitsbereiches nach den Vorgaben des System of Health Accounts erfolgt ist, entsprechen die laufenden Gesundheitsausgaben der internationalen Vergleichsgröße Current Health Expenditure.

**Residualwertansatz**

In den Ausgaben des Ausgaben-trägers private Haus-halte und private Organisationen ohne Erwerbszweck sind die Zuzahlungen der gesetzlich Krankenversicher-ten, die Zuzahlungen und Eigenbehalte der Privatversi-icherten und die Direktkäufe enthalten. Vor der Revision des Berechnungsverfahrens wurde der Ausgaben-träger ebenfalls nach dem Bottom-up-Verfahren berechnet. Da es im Gegensatz zu den anderen Ausgaben-trägern keine Statistik gibt, die alle Ausgaben des Ausgaben-trägers private Haushalte und private Organisationen enthält, wurden die Ausgaben aus mehreren Daten-quellen errechnet. Die Datenlage ist hier jedoch sehr lückenhaft.

Zu den Zuzahlungen der gesetzlich Versicherten liegen in einigen Fällen geeignete Daten vor, beispielsweise zu den Zuzahlungen im stationären Bereich. Die Daten decken allerdings nur Zuzahlungen zu den von der gesetzlichen Krankenkasse übernommenen Leistungen ab. Zuzahlungen für Leistungen außerhalb des Leistungskatalogs, zum Beispiel für Chefarztbehandlungen, sind nicht erfasst. Zur Höhe der Zuzahlungen und Eigenbehalte der Privatversicherten liegen ebenfalls keine Daten vor. Für die Direktkäufe existieren einzelne Datenquellen, die aber lediglich die Ausgaben für einzelne Leistungen oder Einrichtungen erfassen, eine umfassende Datenquelle liegt auch hier nicht vor.

Im Berechnungsverfahren vor der Revision der Gesundheitsausgabenrechnung bildeten daher Expertenschätzungen die Grundlage für die Ermittlung der Zuzahlungen bei Privatversicherten. Für die Direktkäufe und Zuzahlungen der gesetzlich Versicherten wurden alle bekannten Datenquellen über Leistungsarten und Einrichtungen aggregiert. Da die Berechnung mithilfe von Expertenschätzungen anfällig für Schätzfehler ist, wurde zum Berichtsjahr 2013 auf das Residualwertverfahren umgestellt.

Ausgangspunkt der Berechnung nach dem Residualwertverfahren sind die Umsätze oder Produktionswerte der Einrichtungen des Gesundheitswesens. Von diesem Umsatzwert müssen zunächst alle Umsätze, die nicht in den Gesundheitsbereich fallen, sowie die Exporte abgezogen werden. Dieses Ergebnis wird anschließend um alle Ausgaben der übrigen Ausgabenträger verringert. Das Residuum ergibt die Gesundheitsausgaben der privaten Haushalte. Die über den Residualwertansatz ermittelten Ausgaben werden dann wie beim Bottom-up-Verfahren mit Verteilungsschlüsseln auf Leistungsarten und Einrichtungen beziehungsweise Functions und Provider verteilt.

Das Residualwertverfahren hat im Vergleich zum bisherigen Berechnungsverfahren zwei Vorteile. Zum einen sind Daten zum Umfang der Zuzahlungen und Eigenanteile der Privatversicherten nicht erforderlich. Zum anderen sind die Ausgaben der anderen Ausgabenträger bekannt und liegen aus dem Bottom-up-Verfahren bereits in Leistungsarten und Einrichtungen vor. Allerdings ist die Datenlage auch bei diesem Verfahren nicht ganz zufriedenstellend. In der Einrichtung Krankenhaus liegen keine geeigneten Daten zur Bestimmung von Umsatzwerten vor, daher werden die Ausgaben in die-

sem Fall noch nach dem bisherigen Verfahren berechnet. Die Höhe der Exporte ist zudem bei fast allen Einrichtungen unbekannt.

Trotz dieser Datenlücken sind die durch den Residualwertansatz ermittelten Ergebnisse verlässlicher als die mit Expertenschätzungen errechneten Ergebnisse, daher wird dieser Ansatz auch von der OECD empfohlen (Rannan-Eliya/Lorenzoni, 2010). Die Datenquellen aus dem alten Berechnungsverfahren werden weiterhin zur Plausibilisierung der Ergebnisse genutzt.

### 2.3 Anpassung an das System of Health Accounts 2011

---

Die Lieferung von Angaben zu den Gesundheitsausgaben in Deutschland an Eurostat, OECD und WHO erfolgte in den Berichtsjahren 1992 bis 2013 nach dem „alten“ Rechenstandard des System of Health Accounts 1.0. Parallel dazu wurden in den Berichtsjahren 2012 und 2013 Pilotdaten nach dem „neuen“ Rechenstandard des System of Health Accounts 2011 bereitgestellt. Ab dem Berichtsjahr 2014, für das Ergebnisse im Jahr 2016 zur Verfügung stehen werden, wird die Datenlieferung nach dem neuen Standard für EU-Mitgliedstaaten verpflichtend, die Datenlieferung nach dem alten Standard entfällt dann. Die nötigen Anpassungen der Gesundheitsausgabenrechnung an die Umstellung auf das System of Health Accounts 2011 sollen hier kurz erläutert werden.

Das System of Health Accounts 2011 baut auf dem alten Rechenstandard auf, daher blieb die Abgrenzung des Gesundheitsbereiches weitestgehend gleich und auch die Klassifikationen sind vergleichbar. Eine grundlegende Änderung gab es allerdings in der Dimension der Health Care Financing Schemes. Übersicht 2 stellt die Klassifikation der Financing Schemes im alten und neuen Rechenstandard dar. Nach dem System of Health Accounts 1.0 ist die Klassifikation in öffentliche Ausgabenträger, private Ausgabenträger und das Ausland unterteilt. Nach dem System of Health Accounts 2011 ist die Klassifikation hingegen in öffentliche und verpflichtende Ausgabenträger (HF.1), freiwillige Ausgabenträger (HF.2), die Ausgaben der privaten Haushalte (HF.3) und in das Ausland (HF.4) gegliedert. [↪ Übersicht 2](#)

Die Aufteilung in freiwillige und verpflichtende Versicherungen hat Auswirkung auf die Verbuchung der pri-

## Übersicht 2

### Klassifikationen der Financing Schemes

System of Health Accounts 1.0		System of Health Accounts 2011	
HF.1	General Government (Öffentliche Ausgabenträger)	HF.1	Government schemes and compulsory contributory schemes (Öffentliche und verpflichtende Ausgabenträger)
HF.2	Private Sector (Private Ausgabenträger)	HF.2	Voluntary health care payment schemes (Freiwillige Ausgabenträger)
HF.2.3	Private household out-of-pocket expenditure (Ausgaben der privaten Haushalte)	HF.3	Household out-of-pocket payment (Ausgaben der privaten Haushalte)
HF.3	Rest of the world (Ausland)	HF.4	Rest of the world financing schemes (Ausland)

vaten Krankenversicherung nach dem System of Health Accounts 2011. Nachdem in Deutschland ab 2009 mit Einführung des Basistarifs in der privaten Krankenversicherung Versicherungspflicht besteht, ist die private Krankenversicherung auch als verpflichtende Versicherung zu verstehen und folglich in HF.1 zu verbuchen. Vor dem Jahr 2009 wird die private Krankenversicherung unter HF.2 aufgeführt, da bis dahin keine Versicherungspflicht bestand. Die freiwilligen privaten Zusatzversicherungen gesetzlich Versicherter, beispielsweise für Zahnersatz, sind auch nach 2009 unter HF.2 einzuordnen. Unter dem System of Health Accounts 1.0 waren alle private Krankenversicherungen unter HF.2 zu verbuchen.

Tabelle 1 zeigt die laufenden Ausgaben der Financing Schemes nach dem neuen und dem alten Rechenstandard. Die Summe der laufenden Ausgaben ist unter beiden Standards gleich. Es zeigt sich, dass es durch die veränderte Verbuchung der Ausgaben der privaten Krankenkasse zu einer Verschiebung der Ausgaben von HF.2 alter Standard zu HF.1 im neuen Standard kommt. In HF.2 neuer Standard verbleiben unter anderem die Ausgaben der privaten Zusatzversicherungen, die Bedeutung dieses Ausgabenträgers hat dadurch stark abgenommen. ↘ Tabelle 1

**Tabelle 1**

#### Laufende Gesundheitsausgaben 2013

System of Health Accounts 1.0	Mrd. EUR	%	System of Health Accounts 2011	Mrd. EUR	%
Insgesamt	308,5	100	Insgesamt	308,5	100
HF.1 (Öffentliche Ausgabenträger)	235,4	76,3	HF.1 (Öffentliche und verpflichtende Ausgabenträger)	259,3	84,1
HF.2 (Private Ausgabenträger)	73,1	23,7	HF.2 (Freiwillige Ausgabenträger)	7,6	2,5
HF.2.3 (Ausgaben der privaten Haushalte)	41,6	13,5	HF.3 (Ausgaben der privaten Haushalte)	41,6	13,5

## 3

### Ergebnisse

In diesem Kapitel werden die Ergebnisse der Gesundheitsausgabenrechnung in den drei Dimensionen vorgestellt. Zudem werden ausgewählte zwei- und dreidimensionale Ergebnisse dargestellt, um das Analysepotenzial des Rechenwerks zu verdeutlichen.<sup>1</sup>

#### 3.1 Ausgabenträger, Leistungsarten und Einrichtungen

Das Gesetz zur Modernisierung der Gesetzlichen Krankenversicherung im Jahr 2004 verlagerte durch erhöhte Zuzahlungen der gesetzlich Versicherten und die Einführung der Praxisgebühr einen Teil des Finanzierungsvolumens von der gesetzlichen Krankenversicherung auf die privaten Haushalte. Dies führte zu einem überdurchschnittlichen Anstieg der Gesundheitsausgaben der privaten Haushalte seit 2000. Durch die Abschaffung der Praxisgebühr im Jahr 2013 sind deren Ausgaben gegenüber dem Jahr 2012 wieder zurückgegangen. Im Jahr 2013 stark gestiegen sind die Ausgaben der sozialen Pflegeversicherung, darauf wird im folgenden Abschnitt genauer eingegangen. ↘ Tabelle 2

Der starke Anstieg der Ausgaben der sozialen Pflegeversicherung im Jahr 2013 führte auch zu einem überdurchschnittlichen Anstieg der Ausgaben für pflegerische/therapeutische Leistungen. Ebenfalls überdurchschnittlich gestiegen sind die Ausgaben für ärztliche Leistungen, unter anderem durch die Anpassung der Arzthonorare.

<sup>1</sup> Die vollständigen Ergebnisse der Gesundheitsausgabenrechnung können im Informationssystem der Gesundheitsberichterstattung des Bundes abgerufen werden ([www.gbe-bund.de](http://www.gbe-bund.de)). Die internationalen Daten nach dem System of Health Accounts sind unter <http://stats.oecd.org/> [Zugriff am 17. August 2015] im Bereich „Health“ zu finden.

# Die revidierte Gesundheitsausgabenrechnung

**Tabelle 2**

**Ergebnisse der Gesundheitsausgabenrechnung**

	2000	2007	2013	Veränderung 2013 gegenüber 2012	Jahresdurchschnittliche Veränderung 2013 gegenüber 2000
	Mrd. EUR			%	
Gesundheitsausgaben insgesamt	213,8	255,9	314,9	+ 4,0	+ 3,0
Laufende Gesundheitsausgaben	207,7	250,2	308,5	+ 4,0	+ 3,1
Investitionen	6,2	5,6	6,5	+ 2,9	+ 0,4
nach Ausgabenträgern					
Öffentliche Haushalte	13,6	13,0	14,6	+ 1,6	+ 0,5
Gesetzliche Krankenversicherung	123,9	145,4	181,5	+ 5,3	+ 3,0
Soziale Pflegeversicherung	16,7	18,4	24,4	+ 6,1	+ 3,0
Gesetzliche Rentenversicherung	3,5	3,7	4,3	+ 0,1	+ 1,5
Gesetzliche Unfallversicherung	3,7	4,1	5,0	+ 2,2	+ 2,4
Private Krankenversicherung	17,6	23,5	28,9	+ 3,3	+ 3,9
Arbeitgeber	8,7	11,0	13,5	+ 4,9	+ 3,4
Private Haushalte/Private Organisationen ohne Erwerbszweck	26,1	36,9	42,9	- 0,6	+ 3,9
nach Leistungsarten					
Prävention/Gesundheitsschutz	7,5	10,1	10,9	+ 1,4	+ 3,0
Ärztliche Leistungen	58,2	69,8	87,6	+ 4,2	+ 3,2
Pflegerische/therapeutische Leistungen	52,4	60,7	79,5	+ 5,3	+ 3,3
Unterkunft und Verpflegung	18,6	21,7	25,6	+ 3,2	+ 2,5
Waren	56,3	70,4	83,5	+ 3,7	+ 3,1
Transporte	3,4	4,2	5,9	+ 7,3	+ 4,3
Verwaltungsleistungen	11,3	13,1	15,3	+ 0,7	+ 2,3
nach Einrichtungen					
Gesundheitsschutz	1,8	1,9	1,9	+ 0,0	+ 0,5
Ambulante Einrichtungen	102,4	127,6	155,5	+ 4,1	+ 3,3
Stationäre/teilstationäre Einrichtungen	80,7	94,9	118,7	+ 4,1	+ 3,0
Rettungsdienste	2,1	2,7	3,8	+ 8,7	+ 4,8
Verwaltung	12,6	14,6	17,2	+ 1,2	+ 2,4
Sonstige Einrichtungen und private Haushalte	7,4	7,4	9,8	+ 8,8	+ 2,1
Ausland	0,6	1,1	1,6	- 7,5	+ 7,4

Die Ausgaben im Bereich „Sonstige Einrichtungen und private Haushalte“ sind 2013 im Vergleich zum Vorjahr besonders stark gestiegen, verursacht insbesondere durch die höheren Ausgaben für die Pflege von Pflegebedürftigen durch Angehörige. Auch bei den ambulanten Einrichtungen und den stationären/teilstationären Einrichtungen waren überdurchschnittliche Zuwachsraten zu verzeichnen. In den ambulanten Einrichtungen war der Grund für die Kostensteigerung wiederum die angepasste Honorierung für Ärzte und Ärztinnen sowie Zahnärzte und Zahnärztinnen, der Anstieg in den stationären/teilstationären Einrichtungen wurde durch höhere Ausgaben in Krankenhäusern und stationären und teilstationären Pflegeeinrichtungen verursacht.

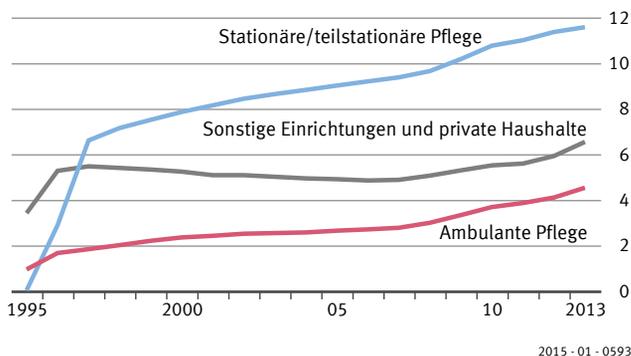
## 3.2 Soziale Pflegeversicherung

Die Ausgaben der sozialen Pflegeversicherung sind 2013 im Vergleich zu 2012 besonders stark gestiegen (siehe Tabelle 2). Grafik 2 zeigt die Verteilung der Ausgaben der sozialen Pflegeversicherung seit dem Jahr 1995 auf die Einrichtungen stationäre/teilstationäre Pflege, ambulante Pflege und sonstige Einrichtungen und private Haushalte.

In den ersten Jahren nach ihrer Einführung sind die Ausgaben der sozialen Pflegeversicherung in allen Einrichtungen zunächst sprunghaft angestiegen. Da ein Anspruch auf Leistungen der stationären und teil-

stationären Pflege erst seit dem 1. Juli 1996 bestand, nahmen die Leistungen dort erst mit kurzer Verzögerung zu. [↘ Grafik 2](#)

**Grafik 2**  
Gesundheitsausgaben der sozialen Pflegeversicherung  
Mrd. EUR



Die Zahl der Pflegebedürftigen in den stationären und teilstationären Einrichtungen ist nach der Einführungsphase kontinuierlich angestiegen, seit dem Jahr 2009 hat sich die Entwicklung etwas verlangsamt (Statistisches Bundesamt, 2015). Trotzdem kam es in den Jahren 2009 und 2010 zu einem Ausgabenzuwachs, da in diesen Jahren die stationären Vergütungszuschläge für Pflegebedürftige mit erheblichem allgemeinem Betreuungsbedarf besonders hoch waren.

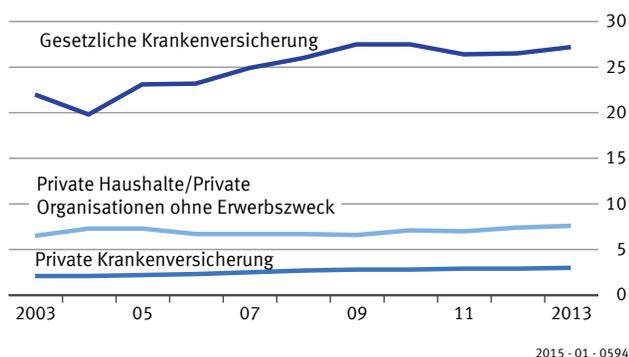
Die Anzahl der Personen, die durch Angehörige gepflegt werden, war bis zum Jahr 2005 leicht rückläufig, seitdem ist aber auch hier ein Zuwachs zu verzeichnen (Statistisches Bundesamt, 2015). Damit stiegen auch die Ausgaben in den „Sonstigen Einrichtungen und privaten Haushalten“, und zwar besonders stark im Jahr 2013 wegen der zum 1. Januar 2013 eingeführten höheren Pflegegeldsätze für Pflegebedürftige mit eingeschränkter Alltagskompetenz.

Die Zahl der in ambulanten Einrichtungen gepflegten Pflegebedürftigen hat seit Einführung der sozialen Pflegeversicherung ebenfalls kontinuierlich zugenommen. In den Jahren 2008 und 2009 stieg deren Zahl besonders stark (Statistisches Bundesamt, 2015), daher kam es zu einem höheren Ausgabenanstieg. Im Jahr 2013 nahmen die Ausgaben in dieser Einrichtung nochmals stark zu, auch hier wurden 2013 höhere Pflegesätze für Personen mit eingeschränkter Alltagskompetenz eingeführt.

### 3.3 Arzneimittel in Apotheken

Mit den Ergebnissen der Gesundheitsausgabenrechnung lassen sich die monetären Auswirkungen von Gesetzesvorhaben gut nachvollziehen. Besonders deutlich sind diese bei den Arzneimittelausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung zu erkennen. [↘ Grafik 3](#)

**Grafik 3**  
Ausgaben für Arzneimittel in Apotheken  
Mrd. EUR



Im Jahr 2004 war ein starker Rückgang der Arzneimittelausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung zu beobachten. In diesem Jahr trat das Gesetz zur Modernisierung der gesetzlichen Krankenversicherung in Kraft, wodurch höhere Zuzahlungen für Patienten eingeführt wurden. Zudem erstatten die Krankenkassen seit 2004 keine nicht verschreibungspflichtigen Medikamente mehr und der Herstellerabschlag wurde für dieses Jahr auf 16 % erhöht. Nachdem die Ausgaben in den Jahren 2007 bis 2009 wieder stärker gestiegen waren, blieben sie im Jahr 2010 nahezu unverändert. Ein Grund dafür war die Anhebung des Herstellerrabatts auf verschreibungspflichtige Arzneimittel ohne Festbetrag von 6 % auf 16 % zum 1. August 2010 und das Einfrieren der Preise dieser Arzneimittel bis zum Jahr 2013. Zudem stieg das Einsparvolumen aus den Rabattverträgen zwischen Krankenkassen und Herstellern deutlich an. Im Jahr 2011 gingen die Arzneimittelausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung erneut zurück. Das Volumen der Rabattverträge ist in diesem Jahr nochmals deutlich angestiegen, zudem trat zum 1. Januar 2011 das Gesetz zur Neuordnung des Arzneimittelmarktes in der gesetzlichen Krankenversicherung in Kraft. Dieses sah die Einführung einer Nutzenbewertung von neuen

Arzneimitteln vor, reduzierte die Vergütung der pharmazeutischen Großhändler und erhöhte den Rabatt, den Apotheken den gesetzlichen Krankenkassen bei Abgabe von verschreibungspflichtigen Medikamenten gewähren müssen.

Mit der Gesundheitsausgabenrechnung können auch die Arzneimittelausgaben anderer Ausgabenträger nachvollzogen und verglichen werden. Die private Krankenversicherung profitiert wie die gesetzliche Krankenversicherung vom Rabatt der Arzneimittelhersteller. Dadurch ergeben sich Parallelen zwischen der Ausgabenentwicklung beider Ausgabenträger. So stiegen die Ausgaben der privaten Kassen im Jahr 2004 nur leicht und die erneute Erhöhung des Herstellerrabatts zum 1. August 2010 zusammen mit dem Preismoratorium bis zum Jahr 2013 führte zu vergleichsweise geringen Ausgabenanstiegen in den Jahren 2010 bis 2012. In den Jahren 2007 bis 2009 stiegen die Ausgaben der privaten Krankenversicherung für Arzneimittel ebenfalls vergleichsweise stark an.

Die Ausgaben der privaten Haushalte und der privaten Haushalte ohne Erwerbzweck nahmen insbesondere in den Jahren 2004 und 2010 zu. In beiden Jahren stiegen die Zuzahlungen für Medikamente für gesetzlich Versicherte (Schwabe/Paffrath, 2014). Die Zuzahlungen waren in den Jahren 2006 bis 2009 leicht rückläufig beziehungsweise nahezu konstant, was auch den Rückgang der Ausgaben der privaten Haushalte in diesem Zeitraum erklärt (Schwabe/Paffrath, 2014).

## 4

---

### Fazit

---

Dieser Beitrag erläuterte die Methodik der Gesundheitsausgabenrechnung und nötige Anpassungen an den internationalen Rechenstandard des System of Health Accounts 2011. Mit der Gesundheitsausgabenrechnung sollen alle von Inländern in Deutschland getätigten Gesundheitsausgaben erfasst werden. Dazu werden die Ausgaben der Ausgabenträger auf Leistungsarten und Einrichtungen verteilt. Da die Abgrenzung des Gesundheitsbereiches nach internationalen Vorgaben erfolgt, ermöglichen die Ergebnisse auch internationale Vergleiche.

Die Ergebnisse der Gesundheitsausgabenrechnung zeigen wichtige Entwicklungen im Leistungsgeschehen des Gesundheitswesens. Seit dem Jahr 2000 hat die Bedeutung der privaten Haushalte für die Finanzierung von Gesundheitsleistungen zugenommen, während die der öffentlichen Haushalte zurückgegangen ist. Die gesetzliche Krankenversicherung ist der mit Abstand wichtigste Ausgabenträger im Gesundheitswesen. Im Vergleich zum Jahr 2012 sind die Ausgaben für stationäre und ambulante Pflegeleistungen sowie für die Pflege durch Angehörige deutlich gestiegen. Angesichts des demografischen Wandels werden diese Ausgaben vermutlich weiter steigen (Nöthen, 2011). In den vergangenen Jahren haben mehrere Gesetze die Preisbildung von Arzneimitteln für gesetzlich Versicherte beeinflusst. Die Auswirkungen dieser Gesetze auf die Arzneimittelausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung lassen sich mit den Ergebnissen der Gesundheitsausgabenrechnung gut nachvollziehen.

Das System of Health Accounts 2011 beschränkt sich nicht auf die Dimensionen Financing Schemes, Functions und Provider. Die weiteren Module zur Erfassung der Finanzierungsströme und zur Kapitalbildung im Gesundheitswesen sind noch nicht Teil der verpflichtenden internationalen Datenlieferung. Allerdings liefern beide Module wichtige Informationen zu Investitionen in den Einrichtungen des Gesundheitswesens und zur Finanzierung der Ausgabenträger. Zu beiden Modulen führt das Statistische Bundesamt Projektstudien durch, um eine Berechnung dieser Module im Rahmen der Gesundheitsausgabenrechnung zu prüfen. 

## LITERATURVERZEICHNIS

---

Nöthen, Manuela. *Hohe Kosten im Gesundheitswesen: Eine Frage des Alters?*  
In: *Wirtschaft und Statistik*. Ausgabe 7/2011, Seite 665 ff.

OECD/Eurostat/WHO. *A system of health accounts*. Paris 2011.

Rannan-Eliya, Ravi P./Lorenzoni, Luca. *Guidelines for Improving the Comparability and Availability of Private Health Expenditures Under the System of Health Accounts Framework*. In: *OECD Health Working Papers No. 52*. Paris 2010.

Schwabe, Ulrich/Paffrath, Dieter (Herausgeber). *Arzneiverordnungs-Report 2014*. Berlin 2014.

Statistisches Bundesamt (Herausgeber). *Pflegestatistik – Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung – Deutschlandergebnisse – 2013*. Wiesbaden 2015. Verfügbar unter [www.destatis.de](http://www.destatis.de)

# ENERGIEGESAMTRECHNUNGEN – KONZEPTE UND ANALYSEN

Helmut Mayer

➤ **Schlüsselwörter:** Umweltökonomische Gesamtrechnungen – ökologischer Fußabdruck – Energieverbrauch – Emissionen – Energiebilanz

## ZUSAMMENFASSUNG

Die Energiegesamtrechnungen sind ein wichtiger Baustein der Umweltökonomischen Gesamtrechnungen (UGR). Deren Methoden und Konzepte werden auf internationaler Ebene durch das 2012 von den Vereinten Nationen als internationaler Standard verabschiedete “System of Environmental-Economic Accounting” beschrieben. In der Europäischen Union wurde die Verordnung zur UGR 2014 um ein Energiemodul ergänzt. Dieses enthält ein Tabellenprogramm mit detaillierten Angaben zum physischen Energieaufkommen und zum Energieverbrauch der Volkswirtschaft. Die Energiegesamtrechnungen ermöglichen eine erweiterte Analyse des Energieverbrauchs durch die Kombination der Angaben zum Energieverbrauch mit sozio-ökonomischen Daten. Dabei werden auch Modellrechnungen, wie die erweiterte Input-Output-Analyse, durchgeführt, die den Energieverbrauch im Zusammenhang mit der Nachfrage nach Gütern bestimmen.

➤ **Keywords:** *environmental-economic accounting – ecological footprint – energy consumption – emissions – energy balance*

## ABSTRACT

*Energy accounts are an important element of environmental-economic accounting (EEA). At the international level, the methods and concepts used in these accounts are described in the System of Environmental-Economic Accounting. The United Nations adopted this manual as an international standard in 2012. In 2014 the existing European regulation on EEA was complemented by a module on energy accounts. It includes a transition program with detailed tables on the physical supply and use of energy in the national economy. Energy accounts allow an enhanced analysis of energy consumption by combining data on energy consumption with socio-economic variables. Model-based calculations such as an enlarged input-output analysis are additionally used to determine the relationship between energy consumption and the final use of goods.*



**Helmut Mayer**

ist Diplom-Volkswirt und seit 1981 im Statistischen Bundesamt tätig – zunächst in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, seit 2005 in den Umweltökonomischen Gesamtrechnungen. Er leitet das Referat „Gesamtrechnungen für Energie, Wasser und Emissionen, Nachhaltiger Konsum“.

## 1

### Einleitung

In diesem Aufsatz werden die Methoden und Anwendungsfelder der Energiegesamtrechnungen dargestellt. Die Energiegesamtrechnungen sind ein Teil der Umweltökonomischen Gesamtrechnungen (UGR) und bilden die physischen Energieflüsse der Volkswirtschaft ab. Durch eine enge Verknüpfung mit den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) erweitern sie die Analysemöglichkeiten. Insbesondere werden in den UGR damit deskriptive Analysen auf der Ebene der Produktionsbereiche und der privaten Haushalte durchgeführt. Diese thematisieren beispielsweise die Entwicklung der Energieintensität in den einzelnen Verbrauchsbereichen, die Einflussfaktoren auf den Energieverbrauch der Produktionsbereiche und der privaten Haushalte sowie den Energieverbrauch, den die inländischen Verbraucher durch die Einfuhr von Gütern weltweit verursachen – den sogenannten Fußabdruck der Nachfrage.

Im Folgenden werden die Konzepte der Energiegesamtrechnungen beschrieben und Beispiele für Analysen in drei Bereichen dargestellt: Im ersten Beispiel wird die Analyse des Energieverbrauchs und der Energieintensität der Produktionsbereiche vorgestellt. Das zweite Beispiel bezieht sich auf den Energieverbrauch der privaten Haushalte im Bereich „Wohnen“ und deren Kraftstoffverbrauch. Hier werden die bestimmenden Einflussfaktoren auf den Energieverbrauch aufgezeigt. Abschließend wird im dritten Beispiel der „Fußabdruck“ des Inlandsverbrauchs und des Exports von Gütern im Hinblick auf den damit verbundenen Energieverbrauch und die Verursachung von Kohlendioxid-Emissionen gezeigt.

Die Energiegesamtrechnungen werden nicht nur in Deutschland durchgeführt, sondern auch in anderen europäischen Ländern. Im dritten Kapitel dieses Aufsatzes werden die Empfehlungen für die Energierechnungen auf internationaler Ebene vorgestellt. Besondere Bedeutung für das Statistische Bundesamt erhalten diese durch die Einführung verbindlicher Berichtspflichten auf europäischer Ebene im Bereich der Energierechnungen ab dem Jahr 2017.

## 2

### Konzeptionelle Grundlagen

Die Energieflüsse werden traditionell in den nationalen Energiebilanzen in einer Bilanzform – in natürlichen Einheiten – und zu einheitlichen Heizwerten dargestellt.<sup>1</sup> Die Energiebilanz enthält Angaben zu Aufkommen und inländischem Verbrauch von Primärenergie (Primärenergiebilanz), zur Umwandlung von Primär- in Sekundärenergieträger (Umwandlungsbilanz) und zum Verbrauch von Endenergie nach Sektoren (Endenergiebilanz). Damit können wichtige Aggregate wie der „Primärenergieverbrauch“ der Volkswirtschaft und der „Endenergieverbrauch nach Sektoren“ (Verarbeitendes Gewerbe, Verkehr, Kleinverbraucher-Sektor<sup>2</sup> und private Haushalte) bestimmt werden. Diese Aggregate wiederum werden zur Berechnung wichtiger Kennziffern, wie der gesamtwirtschaftlichen Energieintensität oder – als Kehrwert – der Energieproduktivität, verwendet.

In den Energiegesamtrechnungen werden die Verwendung von Energie und der (Primär-)Energieverbrauch der Produktionsbereiche und privaten Haushalte in einer Abgrenzung und Gliederung dargestellt, die auf die Konzepte und Gliederungen der VGR abgestimmt ist. Insbesondere wird damit eine Kompatibilität mit den amtlichen Input-Output-Tabellen bezweckt. In diesen werden die Produktion, Einfuhr und Verwendung von Gütern nach etwa 70 Produktionsbereichen und Kategorien der Endverwendung von Gütern (Privater Konsum, öffentlicher Konsum, Investitionen, Ausfuhr) dargestellt. Außerdem enthalten die Input-Output-Tabellen Angaben zur Bruttowertschöpfung der Produktionsbereiche – einer wichtigen Ausgangsgröße für die Berechnung von Energieintensitäten auf Branchenebene. In den VGR werden die Aktivitäten der gebietsansässigen Wirtschaftseinheiten (Produzenten und Haushalte) abgebildet, und zwar unabhängig davon, ob sie diese Aktivitäten im In- oder Ausland ausüben. Die UGR folgen dieser Abgrenzung. Daher bezieht sich der Nachweis des Energieverbrauchs in den Energiegesamtrechnungen – im Unterschied zur Darstellung in den Energiebilanzen – nicht auf den Verbrauch innerhalb des nationalen Territoriums, sondern auf den Verbrauch der gebietsansässigen Einheiten im In- und Ausland.

1 Die nationale Energiebilanz wird von der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen (Berlin) erstellt und herausgegeben.

2 Gewerbe, Handel, Dienstleistungen.

## Analysen im Überblick

In den Input-Output-Tabellen werden das Aufkommen und die Verwendung von Energie in monetären Werten gezeigt. Diese Angaben ermöglichen es, wichtige Kennziffern wie beispielsweise die Energiekosten von Produktionsbereichen zu berechnen. In den Energiegesamtrechnungen wird dagegen der Energieverbrauch in physischen Einheiten (Heizwerten – Joules) dargestellt – in einer detaillierten Gliederung nach Energieträgern und Produktionsbereichen. Damit lassen sich beispielsweise Indikatoren zur „Energieintensität“ im

### Übersicht 1

Indikatoren und Analysen auf Basis der Energiebilanzen und der Energiegesamtrechnungen

Energiebilanz	
Energieversorgung	Primärenergieverbrauch nach Energieträgern
	Importanteil am Inlandsverbrauch
	Endenergieverbrauch nach Energieträgern
	Endenergieverbrauch nach Sektoren
	Bruttostromverbrauch
	Stromerzeugung nach Energieträgern
Energieeffizienz	Primär- und Endenergieproduktivität der Gesamtwirtschaft
	Endenergieproduktivität im Sektor
	› Verkehr
	› Gewerbe, Handel, Dienstleistungen
Erneuerbare Energien	Umwandlungsbereiche
	Wirkungsgrad der Kraftwerke
	Anteile am
	› Primärenergieverbrauch › Endenergieverbrauch › Bruttostromverbrauch
Energiegesamtrechnungen	
Energieeffizienz	(Primär-) Energieintensität der Produktionsbereiche
	Determinanten der Energieintensität
	Energieintensität der privaten Haushalte
	Determinanten der Energieintensität
Energiekosten	Energiekosten der Produktionsbereiche (in Relation zu Produktionswert/ Bruttowertschöpfung)
	Energiekosten der privaten Haushalte (Ausgabenanteile/Einkommensanteile)
Energieverbrauch	Energieverbrauch der privaten Haushalte nach Anwendungsbereichen
	Energieverbrauch im Verkehrsbereich
	Inländischer Energieverbrauch der Produktionsbereiche nach Verwendungskategorien (Konsum, Investition, Export)
	Indirekter Energieverbrauch: Verbrauch im Ausland zur Herstellung der deutschen Importgüter
Emissionsrelevanter Energieverbrauch	CO <sub>2</sub> -Emissionen nach Produktionsbereichen und privaten Haushalten – indirekte Emissionen

Bereich der Produktion, aber auch im Haushaltsbereich, berechnen. In weitergehenden Berechnungen werden für die privaten Haushalte die Angaben zum Energieverbrauch weiter nach Haushaltsgrößenklassen detailliert und mit Angaben zu den Wohnverhältnissen der Haushalte kombiniert. Dadurch können wichtige Einflussfaktoren auf den Energieverbrauch der Haushalte bestimmt werden (siehe den Abschnitt „Energieverbrauch im Bereich Wohnen“). [↘ Übersicht 1](#)

Die Angaben zum direkten Energieverbrauch ermöglichen auch weitergehende Berechnungen zu den dadurch verursachten Treibhausgasen – insbesondere zu den Kohlendioxid(CO<sub>2</sub>)-Emissionen. Durch eine Verknüpfung von Angaben zum Energieverbrauch und den (direkten) CO<sub>2</sub>-Emissionen der Produktionsbereiche mit den Input-Output-Tabellen können die (indirekten) Emissionen beziehungsweise der (indirekte) Energieverbrauch berechnet werden, die mit einer bestimmten Endnachfrage von Gütern verbunden sind. Dabei werden neben den Emissionen im Inland – unter Heranziehung weiterer Daten – auch die Emissionen im Ausland bestimmt, die bei der Herstellung der nach Deutschland importierten Güter entstehen (Statistisches Bundesamt, 2014a). Zusammen mit einer Abschätzung der mit der Herstellung von Exportgütern verbundenen inländischen Emissionen kann mithilfe dieser Angaben eine erweiterte „Außenhandelsbilanz“ für Energie und Emissionen erstellt werden, bei der die indirekten CO<sub>2</sub>-Emissionen der Importe und der Exporte gegenübergestellt werden (Statistisches Bundesamt, 2014b).

## 3

### Internationale Konzepte und rechtliche Vorgaben auf europäischer Ebene

Die Energiegesamtrechnungen sind auch Bestandteil des internationalen Systems der Umweltökonomischen Gesamtrechnungen (System of Environmental-Economic Accounting – SEEA)<sup>13</sup>. Das SEEA wurde 2012 von der Statistischen Kommission der Vereinten Nationen als

3 Der Abschnitt zu Energie wird ausführlicher auch in einem ergänzenden Dokument „SEEA-Energy“ dargestellt, das derzeit noch als Entwurf vorliegt. Die Abschlussarbeiten dazu werden von der Statistikabteilung der Vereinten Nationen (UNSD) betreut. [Zugriff am 13. August 2015]. Verfügbar unter: <http://unstats.un.org/unsd/envaccounting/seeae/>

internationaler Standard beschlossen. Es enthält in Bezug auf Energierechnungen Empfehlungen für die Darstellung der Flussgrößen und der Bestände an Energieressourcen. Die Darstellung der Flussgrößen ist eng an die Darstellung der ökonomischen Transaktionen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in Form von Aufkommens- und Verwendungstabellen angelehnt. Es wird empfohlen, Aufkommens- und Verwendungstabellen für Energieträger sowohl in monetären als auch in physischen Einheiten zu erstellen. Bei den Bestandsrechnungen sollen die Bestände an Energieressourcen, sowohl in physischen als auch in monetären Größen, erfasst werden. Daneben werden monetäre Rechnungen zum Anlagevermögen zur Förderung von fossilen Energieträgern, zur Gewinnung von Energie aus erneuerbaren Energien und zum Verteilnetz für Energie (Strom, Gas, Rohöl) empfohlen.

Auf europäischer Ebene wurden die Empfehlungen auf Ebene der Vereinten Nationen (UN) aufgegriffen und die Verordnung zu den Umweltökonomischen Gesamtrechnungen um ein Modul zu den Energierechnungen ergänzt.<sup>4</sup> Das Modul umfasst vier Berichtstabellen zu den physischen Energieflüssen. Tabellen mit monetären Angaben sind in dieser Verordnung nicht enthalten. Die Erstellung und Lieferung von monetären Aufkommens- und Verwendungstabellen – diese enthalten auch

<sup>4</sup> Verordnung (EU) Nr. 538/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 691/2011 über europäische umweltökonomische Gesamtrechnungen (Amtsblatt der EU Nr. L 158, Seite 113), hier: Artikel 1 Nr. 2 a) Unterpunkt f): Modul für Rechnungen über physische Energieflüsse.

Angaben zu den Energieströmen – sind bereits in der Verordnung zu den europäischen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen geregelt. Bestandsrechnungen zu den physischen und monetären Energieressourcen sind derzeit auf europäischer Ebene nicht vorgesehen.

Folgende Berichtstabellen sind zu erstellen:

- › Aufkommenstabelle
- › Verwendungstabelle
- › Tabelle über die emissionsrelevante Verwendung der Energieflüsse
- › Brückentabelle mit den Komponenten, die die Unterschiede zwischen den Energierechnungen und den Energiebilanzen erfasst

Mithilfe der Aufkommens- und Verwendungstabelle können wichtige Indikatoren zu Aufkommen und Verwendung von Energie berechnet werden. Diese werden in einer weiteren Liefertabelle aufgeführt.

Die Aufkommens- und Verwendungstabelle sind nach demselben Gliederungsschema aufgebaut. [↪ Tabelle 1](#)

Die Zeilen sind nach Energieträgern – Primärenergieträger und Energieerzeugnisse – gegliedert. Zusätzlich enthalten sie Angaben zu verschiedenen Residualgrößen (Energieresiduen). Die Spalten bezeichnen die Herkunft (Aufkommenstabelle) beziehungsweise den Verbleib (Verwendungstabelle) der Energieträger. Es werden Produktionsbereiche, private Haushalte, Bestandsveränderungen, die übrige Welt und die Umwelt unterschieden.

**Tabelle 1**

**Schema der Aufkommens- und Verwendungstabelle für Energieflüsse**

	Produktionsbereiche	Haushalte	Bestandsveränderungen	Übrige Welt	Umwelt	Insgesamt
<b>Primärenergieträger</b>						<b>Aufkommen / Verwendung</b>
Fossile Energieträger						
Nuklearenergie						
Erneuerbare Energien						
<b>Energieerzeugnisse</b>						
nach der Klassifikation der Energiestatistik						
<b>Energieresiduen</b>						
Abfälle						
Verluste						
Nicht energetischer Verbrauch						
Statistische Differenz						
<b>Insgesamt</b>	<b>Erzeugung / Einsatz</b>					

Die Produktionsbereiche sind entsprechend der in den europäischen VGR verwendeten Gliederung nach 64 Bereichen unterteilt. Die Verwendung derselben Gliederung soll eine direkte Kombination der Energierechnungen mit den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ermöglichen. Bei den Haushalten ist die Verwendung von Energie nach drei Anwendungsbereichen – Raumwärme, Transport, sonstige Verwendung – darzustellen. Dies ermöglicht weitergehende Analysen zu den Bestimmungsfaktoren des Energieverbrauchs (siehe Abschnitt „Energieverbrauch im Bereich Wohnen“).

In der Aufkommenstabelle werden die Entnahme von Primärenergieträgern aus der Umwelt, die Herstellung und der Import von Energieerzeugnissen, die Entnahme von Abfällen aus den Beständen und die Entstehung von Energieverlusten bei der Umwandlung, dem Transport und Einsatz von Brenn- und Kraftstoffen nachgewiesen.

Die Verwendungstabelle enthält Angaben zur Gewinnung von fossilen und nuklearen Primärenergieträgern durch bergbauliche Aktivitäten, zum Einsatz von erneuerbaren Energien in der Strom- und Wärme Gewinnung, zur inländischen Verwendung von Energieerzeugnissen für energetische Zwecke (Endenergie) und zur Ausfuhr von Energieerzeugnissen.

Bei den Energieresiduen werden die Verwendung von Abfällen zur Erzeugung von Strom und Wärme und die nicht energetische Verwendung von Energieträgern nachgewiesen. Die aufkommensseitig ermittelte Verlustenergie – überwiegend die Wärmeverluste bei der Verbrennung von Kraft- und Brennstoffen – wird hier als Abgabe an die Umwelt verbucht.

In den Aufkommens- und Verwendungstabellen sind sowohl die Zeilen- als auch die Spaltensummen der Produktionsbereiche und Haushalte identisch. Die Identität der Zeilensummen bedeutet die Übereinstimmung von Aufkommen und Verwendung der einzelnen Energieträger. Die Identität der Spaltensummen zeigt die Übereinstimmung des gesamten Energieeinsatzes (einschließlich des Umwandlungseinsatzes) mit der Erzeugung von Energie, einschließlich der bei der Nutzung der Energieträger verursachten Energieverluste, an.

Tabelle 2 veranschaulicht die Ableitung wichtiger Kennziffern zu Aufkommen und Verwendung von Energie anhand der Energiebilanz und zeigt den Zusammenhang zwischen den zentralen Kennziffern der Energiebilanz und der UGR. [↪ Tabelle 2](#)

**Tabelle 2**

**Aufkommen und Verwendung von Energie im Inland 2012**

	Energiebilanz	UGR
	Petajoule	
+ Gewinnung im Inland	4 124	4 124
+ Einfuhr	11 208	11 690
+ Bestandsentnahmen	74	X
= Energieaufkommen im Inland	15 405	X
+ Umwandlungsausstoß	8 000	8 000
= <b>Aufkommen</b>	<b>23 405</b>	<b>23 814</b>
- Ausfuhr	1 778	2 104
- Hochseebunker / Bunkerungen UGR <sup>1</sup>	106	262
- Bestandsaufstockungen	74	X
= Aufkommen im Inland	21 447	X
- Umwandlungsausstoß	8 000	8 000
= Primärenergieverbrauch im Inland	13 447	13 447
- Fackelverluste, statistische Differenzen	X	172
+ Bunkerungen Gebietsansässige	X	262
= Primärenergieverbrauch Gebietsansässige	X	13 538
- Umwandlungsverluste	2 858	2 858
- Eigenverbrauch der Energiebereiche	523	523
- Nicht energetischer Verbrauch	976	976
- Fackelverluste, statistische Differenzen	172	X
= <b>Endenergieverbrauch</b>	<b>8 919</b>	<b>9 181</b>
= Verwendung Produktionsbereiche und private Haushalte	X	21 538
+ Fackelverluste, statistische Differenzen	X	172
+ Ausfuhr	X	2 104
+ Vorratsveränderungen	X	1
= Verwendung / Aufkommen (UGR)	X	23 814
+ inländische Produktion	X	12 124
+ Einfuhr	X	11 691

UGR = Umweltökonomische Gesamtrechnungen

1 Bunkerungen UGR: Hochseebunkerungen zuzüglich Bunkerungssaldo.

Die Einfuhr- und Ausfuhrgrößen unterscheiden sich in den UGR vom Nachweis in der Energiebilanz wegen der in den VGR verwendeten erweiterten Abgrenzung der Außenhandelsgrößen. In den VGR werden zusätzliche Wareneinfuhren und -ausfuhren im Hinblick auf die „Bunkerungen“ gebietsansässiger Einheiten im Ausland (Verbuchung bei den Importen) beziehungsweise Gebietsfremder im Inland (Verbuchung bei den Ausfuhren) berücksichtigt. Diese Bunkerungen beziehen sich auf die Betankungen im Straßen-, Schiffs- und Luftverkehr. Beim Straßenverkehr sind dabei auch die Betankungen privater Halter zu berücksichtigen. Diese Bunkerungen erhöhen das Aufkommen nach den UGR, aber auch den (Primär-)Energieverbrauch der gebietsansässigen Einheiten.

Der Primärenergieverbrauch im Inland kann sowohl aufkommensseitig als auch verwendungsseitig bestimmt werden. Aufkommensseitig wird der Primärenergieverbrauch durch Abzug des Umwandlungsausstoßes vom Aufkommen im Inland berechnet. Verwendungsseitig ergibt sich der Primärenergieverbrauch im Inland als Summe von Endenergieverbrauch, nicht energetischem Verbrauch, Eigenverbrauch und Umwandlungsverlusten der Energiebereiche zuzüglich der Fackelverluste und statistischen Differenzen. Der in den UGR nachgewiesene Primärenergieverbrauch der Gebietsansässigen (Produktionsbereiche und private Haushalte 2012: 13 538 Petajoule) enthält – wie oben beschrieben – abweichend vom Nachweis in der Energiebilanz (2012: 13 447 Petajoule) die Bunkerungen der gebietsansässigen Einheiten (im In- und Ausland), jedoch nicht die Fackelverluste und statistischen Differenzen. Letztere können nicht direkt den Produktionsbereichen oder privaten Haushalten zugeordnet werden.

## 4

### Ergebnisse

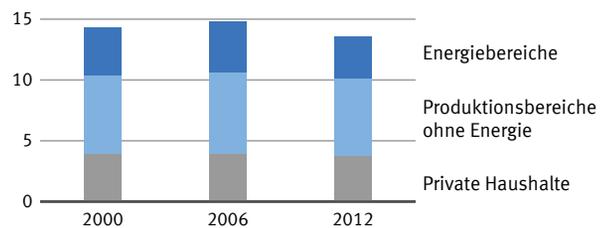
#### 4.1 Energieverbrauch der Produktionsbereiche und privaten Haushalte

Der Energieverbrauch der Produktionsbereiche und privaten Haushalte ist im Zeitraum 2000 bis 2012 um 5,2% von 14,3 Exajoule auf 13,5 Exajoule zurückgegangen. Der Energieverbrauch der Produktionsbereiche – einschließlich der Bereiche der Energiegewinnung und -umwandlung – sank um 5,8% von 10,4 Exajoule auf 9,8 Exajoule, ohne die Energiebereiche jedoch lediglich um 2,1% von 6,5 Exajoule auf 6,4 Exajoule. Der Verbrauchsrückgang bei den Energiebereichen war mit –11,9% – von 3,9 Exajoule auf 3,4 Exajoule – besonders stark.<sup>15</sup> Die privaten Haushalte reduzierten ihren Verbrauch um 3,7% von 3,9 Exajoule (2000) auf 3,8 Exajoule (2012). Beide Bereiche – sowohl die Produktionsbereiche als auch die privaten Haushalte – senkten ihren Verbrauch erst ab dem Jahr 2006. Bis zum Jahr 2006 stieg der Energieverbrauch noch in beiden Bereichen gegenüber dem Jahr 2000 an. [↘ Grafik 1](#)

5 Der Energieverbrauch der Energiebereiche wird hier „netto“ ausgewiesen und enthält lediglich die Verluste bei der Umwandlung und den Eigenverbrauch der Bereiche.

Grafik 1

Energieverbrauch in Deutschland  
1 000 Petajoule



Nach dem UGR-/VGR-Konzept.

2015 - 01 - 0587

#### 4.2 Energieverbrauch und Energieintensität der Produktionsbereiche

Die Energieintensität der Produktionsbereiche wird durch den Energieeinsatz je (reale) Wirtschaftsleistung bestimmt. Die reale Wirtschaftsleistung der Produktionsbereiche wird dabei durch die preisbereinigte Bruttowertschöpfung gemessen. Diese stieg im Zeitraum 2000 bis 2011 um 14,5%, der Energieverbrauch erhöhte sich leicht um 0,2%. Dadurch sank die durchschnittliche Energieintensität der Produktionsbereiche insgesamt um 12,5% (im Jahresdurchschnitt um 1,2%). Diese Absenkung war vor allem im Zeitraum 2006 bis 2011 zu beobachten (–9,0%, im Jahresdurchschnitt –1,9%); im Zeitraum 2000 bis 2006 stieg der Energieverbrauch dagegen noch um 3,2% an und die Energieintensität sank lediglich um 3,8%. [↘ Tabelle 3](#)

Tabelle 3

Energieverbrauch und Energieintensität der Produktionsbereiche (Gesamtwirtschaft<sup>1</sup>)

	2000	2006	2011	2011 gegenüber 2000
	Petajoule			%
Energieverbrauch	6 499	6 707	6 515	+ 0,2
	2000 = 100			%
Bruttowertschöpfung <sup>2</sup>	100	107,3	115,0	+ 14,5
	MJ/EUR			%
Energieintensität	3,27	3,15	2,86	– 12,5 <sup>3</sup>

1 Ohne Energiebereiche.  
2 Preisbereinigt, verkettet, Stand 2014.  
3 Jahresdurchschnitt: – 1,2%.

Die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Energieintensität der Produktionsbereiche wird zum einen von der Veränderung der Energieintensität auf der Ebene der Produktionsbereiche (Intensitätseffekt), zum anderen durch die Veränderung der Wirtschaftsstruktur (Struktureffekt) beeinflusst. Veränderungen innerhalb der einzelnen Branchen, wie zum Beispiel eine veränderte Zusammensetzung der hergestellten Produkte oder der angewandten Prozesse in den Produktionsbereichen, werden bei der hier durchgeführten Analyse dem Intensitätseffekt zugerechnet.

Die Energieintensitäten der einzelnen Produktionsbereiche sind sehr verschieden (siehe Tabelle 4). Auf der Abteilungsebene der Wirtschaftszweiggliederung weist der Verkehr den höchsten Energieverbrauch je Wirtschaftsleistung auf, gefolgt vom Verarbeitenden Gewerbe. Die energieintensiven Produktionsbereiche im Verarbeitenden Gewerbe – die Papierherstellung, Chemie, die Herstellung von Glaswaren und Keramikerzeugnissen und die Metallerzeugung und -bearbeitung – weisen jeweils einen sehr hohen absoluten Energieverbrauch und sehr hohe Energieintensitäten auf. [↪ Tabelle 4 und Tabelle 5](#)

Die Energieintensität der Produktionsbereiche ist zwischen 2000 und 2011 um 12,5 % gesunken. Überdurchschnittliche Rückgänge weisen der Handel und die sonstigen Dienstleistungsbereiche auf. Die Energieintensität im gesamten Verarbeitenden Gewerbe ist von 2000 bis 2011 um 10,4 % zurückgegangen. Die Energieintensität der energieintensiven Bereiche im Verarbeitenden Gewerbe ist dagegen leicht um 2,2 % gestiegen.

**Tabelle 4**  
Energieintensität der Produktionsbereiche

	2000	2006	2011	2011 gegenüber 2000
	Megajoule/EUR			%
<b>Produktionsbereiche<sup>1</sup></b>	3,27	3,15	2,86	- 12,5
Verarbeitendes Gewerbe	8,58	7,98	7,69	- 10,4
Energieintensive Bereiche <sup>2</sup>	36,56	37,37	37,37	+ 2,2
Handel	2,14	1,89	1,72	- 19,5
Verkehr	10,61	10,56	10,24	- 3,5
Sonstige Dienstleistungen	0,99	1,01	0,78	- 21,1
Sonstige Bereiche <sup>3</sup>	3,63	3,65	3,14	- 13,4

1 Ohne Energiebereiche.  
2 Papierherstellung, Glas und Keramik, Chemie und Metallerzeugung (WZ 17/20/23/24).  
3 Land- und Forstwirtschaft, Wasserversorgung, Entsorgung und Baugewerbe.

Zur weiteren Analyse der Energieintensität und der Bestimmung des Struktur- und des Energieintensitätseffekts wird die Veränderung der Wirtschaftsstruktur und des absoluten Energieverbrauchs betrachtet.

**Tabelle 5**  
Energieverbrauch und Wirtschaftsstruktur

	Bruttowertschöpfung, preisbereinigt <sup>1</sup>		Energieverbrauch	
	2000	2011	2000	2011
	Mrd. EUR		Petajoule	
<b>Produktionsbereiche<sup>2</sup></b>	1 987,6	2 276,4	6 499	6 515
Verarbeitendes Gewerbe	402,6	471,3	3 455	3 622
Energieintensive Bereiche	70,0	72,0	2 559	2 691
Handel	230,4	234,3	492	403
Verkehr	82,0	92,5	870	947
Sonstige Dienstleistungen	1 113,2	1 314,5	1 103	1 029
Sonstige Bereiche	159,5	163,8	579	515
	in %			
<b>Produktionsbereiche<sup>2</sup></b>	100	100	100	100
Verarbeitendes Gewerbe	20,3	20,7	53,2	55,6
Energieintensive Bereiche	3,5	3,2	39,4	41,3
Handel	11,6	10,3	7,6	6,2
Verkehr	4,1	4,1	13,4	14,5
Sonstige Dienstleistungen	56,0	57,7	17,0	15,8
Sonstige Bereiche	8,0	7,2	8,9	7,9

1 Verkettete Absolutwerte, Referenzjahr 2010.  
2 Ohne Energiebereiche.

Der Anteil der energieintensiven Bereiche im Verarbeitenden Gewerbe an der gesamten Bruttowertschöpfung ist zwischen 2000 und 2011 leicht um 0,3 Prozentpunkte zurückgegangen, dagegen haben weniger energieintensive Bereiche, wie die sonstigen Dienstleistungsbereiche, an Bedeutung gewonnen: Im Jahr 2000 betrug ihr Anteil an der preisbereinigten Bruttowertschöpfung noch 56,0 %, 2011 bereits 57,7 %. Eine Schlussfolgerung daraus ist, dass ein erheblicher Teil der Absenkung der durchschnittlichen Energieintensität auf den erhöhten Anteil von Dienstleistungsbereichen – mit unterdurchschnittlichen Energieintensitäten – zurückzuführen ist.

Mithilfe der Komponentenerlegung (Seibel, 2003) kann der Einfluss des wirtschaftlichen Wachstums, der Veränderung der Wirtschaftsstruktur und der Veränderung der Energieintensität auf der Ebene der einzelnen Produktionsbereiche auf den Energieverbrauch quantitativ bestimmt werden. [↪ Tabelle 6](#)

**Tabelle 6**

**Veränderungen des Energieverbrauchs der Produktionsbereiche<sup>1</sup>**

	2011 gegen- über 2000	2011 gegen- über 2006	2006 gegen- über 2000
Petajoule			
Energieverbrauch	+ 16	- 191	+ 207
Wirtschaftswachstum	+ 898	+ 437	+ 461
Wirtschaftsstruktur	- 531	- 467	- 64
Energieintensität	- 351	- 161	- 190
%			
Energieverbrauch	+ 0,2	- 2,9	+ 3,2
Wirtschaftswachstum	+ 13,8	+ 6,5	+ 7,1
Wirtschaftsstruktur	- 8,2	- 7,0	- 1,0
Energieintensität	- 5,4	- 2,4	- 2,9

Ergebnisse der Komponentenerlegung.

1 Ohne Energiebereiche.

Die Ergebnisse der Komponentenerlegung zeigen, dass der stärkste – verbrauchssteigernde – Einfluss auf den Energieverbrauch im Zeitraum 2000 bis 2011 vom Wirtschaftswachstum ausging. Dieses hätte ohne kompensierende Effekte zu einem Anstieg des Energieverbrauchs um knapp 900 Petajoule beziehungsweise von 13,8% geführt. Sowohl die Veränderung der Wirtschaftsstruktur als auch Minderungen bei der Energieintensität haben sich jedoch im gesamten Zeitraum – und auch in den beiden Teilzeiträumen (2000 bis 2006 sowie 2006 bis 2011) – verbrauchsreduzierend ausgewirkt. In der gesamten Periode 2000 bis 2011 war dabei der verbrauchsenkende Einfluss der veränderten Wirtschaftsstruktur stärker als die Minderungen aufgrund einer verbesserten Energieintensität. Die veränderte Wirtschaftsstruktur hätte den Energieverbrauch in diesem Zeitraum allein um 8,2% abgesenkt, die Energieintensität um lediglich 5,4%.

Besonders ausgeprägt war der Effekt der veränderten Wirtschaftsstruktur in der Teilperiode 2006 bis 2011 mit einem um 7,0% niedrigeren Energieverbrauch. Offensichtlich haben die Auswirkungen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise der Jahre 2008/2009 zu erhöhten strukturellen Veränderungen geführt. So haben Dienstleistungsbereiche, beispielsweise die Informations- und Kommunikationsdienstleistungen, die Grundstücksdienstleistungen und die Dienstleistungen der Erziehung, des Gesundheits- und Sozialwesens, ihre Wirtschaftsleistung zwischen 2006 und 2011 weit überdurchschnittlich gesteigert. Das Verarbeitende Gewerbe

konnte dagegen seine Wirtschaftsleistung – nach dem starken, krisenbedingten Rückgang im Jahr 2009 im Vergleich zu 2006 – nur unterdurchschnittlich ausweiten.

### 4.3 Energieverbrauch und Energieeffizienz der privaten Haushalte

Der Energieverbrauch der privaten Haushalte wird durch eine Reihe von Faktoren beeinflusst: zum einen von sozio-demografischen Faktoren wie der Bevölkerungszahl, der Anzahl und Größe der Haushalte und der Altersstruktur der Bevölkerung, zum anderen durch technische Merkmale wie dem Gebäude- und Wohnungsbestand und seiner Beschaffenheit und durch den Bestand an Fahrzeugen und Elektrogeräten. Die Haushalte selbst beeinflussen ebenfalls durch ihr Nutzungsverhalten den Verbrauch an Energie ganz erheblich. Im Bereich Wohnen hat zudem die Witterung einen maßgeblichen Einfluss auf den Umfang der verbrauchten Heizenergie.

#### Energieverbrauch im Bereich „Wohnen“

Um den Energieverbrauch der privaten Haushalte für Wohnzwecke über einen längeren Zeitraum hinweg genauer analysieren zu können, ist es erforderlich, den Witterungseinfluss auszuschalten. Dieser Einfluss wird im Berechnungsmodell der UGR anhand von monatlichen Temperaturmesswerten von neun repräsentativen Wetterstationen ermittelt. Mithilfe von Korrekturkoeffizienten auf Basis von Gradtagszahlen<sup>6</sup> wird der temperaturbereinigte Verbrauch im Bereich Raumwärme ermittelt.

Zwischen den Jahren 2000 und 2013 ist der temperaturbereinigte Energieverbrauch insgesamt um 11,7% gesunken. Die Originalwerte der nationalen Energiebilanz zeigen dagegen für diesen Zeitraum einen Anstieg des Energieverbrauchs um 2,1%. Dieses Ergebnis wird jedoch stark durch den Witterungseinfluss in den beiden Vergleichsjahren beeinflusst: 2013 war ein vergleichsweise „kaltes“ Jahr; das Jahr 2000 war dagegen im Vergleich zur langjährigen Durchschnittstemperatur relativ mild. [↘ Tabelle 7](#)

Der gesamte Energieverbrauch ist mit einem Rückgang um 2,7% im Zeitraum 2006 bis 2013 sehr viel schwächer gesunken als noch im Zeitraum 2000 bis 2006

<sup>6</sup> Gradtagszahlen geben den Temperaturunterschied der Außenlufttemperaturen und einer Innentemperatur von 20° C an Heiztagen an.

**Tabelle 7**

**Energieverbrauch der privaten Haushalte für Wohnen**

	2000	2006	2013 <sup>1</sup>	2013 gegenüber 2000
	Mrd. kWh			%
<b>Energieträger insgesamt</b>	768	697	678	- 11,7
Mineralöl	233	164	123	- 47,5
Gas	297	279	283	- 4,9
Strom	132	142	138	+ 4,0
Fernwärme	40	43	47	+ 18,5
Kohle	15	11	8	- 42,9
Sonstiges	50	58	79	+ 58,5
<b>Anwendungsbereiche insgesamt</b>	768	697	678	- 11,7
Raumwärme	591	507	476	- 19,5
Warmwasser	77	80	87	+ 13,1
Kochen, Trocknen, Bügeln, Waschen	36	41	42	+ 18,4
Haushaltsgeräte (einschließlich Unterhaltung, Kommunikation)	52	57	59	+ 14,5
Beleuchtung	12	13	13	+ 12,0
nachrichtlich: nicht temperaturbereinigt	700	714	715	+ 2,1
	kWh			%
<b>Energieverbrauch je Haushalt<sup>2</sup></b>	15 683	12 800	11 921	- 24,0

Eigene Berechnungen nach Angaben des Bundesverbandes für Energie und Wasserwirtschaft (BDEW), des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI) und der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen. Die Angaben aus der Energiebilanz wurden temperaturbereinigt. Bei leichtem Heizöl wurden Lagerbestandsänderungen herausgerechnet.

1 Vorläufige Angaben.

2 Angaben zu den Haushalten ab 2011 auf Basis des Zensus 2011. Angaben mit denen der Vorjahre nicht voll vergleichbar.

(-9,2%). Im Zeitraum 2000 bis 2006 war der Rückgang insbesondere bei der Heizenergie (Raumwärme) (-14,3%) sehr viel stärker ausgeprägt als im Zeitraum 2006 bis 2013 (-6,1%). Der anhaltende und starke Rückgang bei der Heizenergie kam im Jahr 2012 zum Stillstand. Im Jahr 2013 stieg der Verbrauch von Heizenergie um 4,6% gegenüber dem Vorjahr an. Dadurch erhöhte sich im Jahr 2013 auch der gesamte Energieverbrauch im Bereich Wohnen gegenüber dem Vorjahr um 3,9% und stieg damit auch erstmals seit dem Jahr 2005 wieder an (Statistisches Bundesamt, 2014c).

Während die privaten Haushalte ihren Energieverbrauch im Bereich „Raumwärme“ im Zeitraum 2000 bis 2013 erheblich reduzierten, stieg er in den anderen Anwendungsbereichen beträchtlich. Der Energieverbrauch für „Kochen, Trocknen, Bügeln, Waschen“ erhöhte sich um 18,4%, der für Haushaltsgeräte (einschließlich Unter-

haltung, Kommunikation) um 14,5%. Dadurch lag der Stromverbrauch im Jahr 2013 – trotz des stark verringerten Verbrauchs für Heizzwecke – um 4,0% über dem Verbrauch im Jahr 2000. Allerdings ist der Stromverbrauch zwischen 2006 und 2013 leicht um 2,9% gesunken. Im Bereich der Haushaltsgeräte wirkte der gestiegene Bestand an Elektrogeräten – beispielsweise im Bereich der Mobiltelefonie und Unterhaltung (PC, Fernsehgeräte mit Flachbildschirmen) – verbrauchssteigernd. Dies gilt auch für die in den letzten Jahren stark gestiegene Menge an E-Bikes.

Im Bereich der Raumwärme kann der Einfluss von verbrauchsbestimmenden Faktoren mithilfe der Komponentenzerlegung näher bestimmt werden. Ausgangspunkt für diese Analyse bilden die Berechnungen der Heizenergie nach Haushaltsgrößen und Gebäudetypen.

Das Berechnungsmodell enthält folgende Parameter:

- › die Anzahl der Wohnbevölkerung nach fünf Haushaltsgrößenklassen,
- › die Anzahl von Wohnungen nach drei Gebäudetypen,
- › die Wohnungsgröße der Haushalte in den Gebäudetypen,
- › den spezifischen Heizbedarf nach Gebäudetyp und Energieträger.

Die Eckdaten der Berechnung enthält die Tabelle 8 auf Seite 68. Sowohl die Zahl der Haushalte als auch die genutzte Wohnfläche haben sich im Zeitraum 2000 bis 2013 erheblich erhöht. Trotz dieser verbrauchssteigernden Faktoren ist der Energieverbrauch für Heizzwecke mit einem Rückgang um 19,5% erheblich gesunken. In Bezug auf die Wohnfläche reduzierte sich der (spezifische) Verbrauch mit einem Rückgang um 27,6% sogar noch stärker. [↪ Tabelle 8](#)

Folgende Faktoren werden bei der Komponentenzerlegung berücksichtigt:

- › die Bevölkerungsentwicklung,
- › die Veränderung der Haushaltsgröße,
- › die Veränderung der Wohnfläche je Haushalt und
- › die Veränderung der Energieintensität je Wohnfläche.

Dabei wird der Faktor „Energieintensität“ sowohl durch technische Parameter, wie die Effizienz der Heizungsan-

**Tabelle 8**  
Haushalte, Wohnfläche und Energieverbrauch für Heizzwecke

	2000	2006	2013	2013 gegenüber 2000
	in %			
Energieverbrauch für Raumwärme in Petajoule	2 129	1 826	1 714	- 19,5
Wohnbevölkerung in Haushalten <sup>1</sup> in 1 000	81 394	81 580	81 176	- 0,3
Haushalte <sup>2</sup> in 1 000	37 711	39 620	39 933	X
Energieverbrauch je Haushalt				
in Megajoule	56,5	46,1	42,9	- 24,0
in Kilowattstunden	15 683	12 800	11 921	- 24,0
Tatsächlich benutzte Wohnfläche <sup>3</sup> in Mill. m <sup>2</sup>	3 234	3 446	3 595	+ 11,2
Wohnfläche je Haushalt in m <sup>2</sup>	85,7	87,0	90,0	+ 5,0
Energieverbrauch je m <sup>2</sup> Wohnfläche in Megajoule	0,66	0,53	0,48	- 27,6

1 Daten der Bevölkerungsfortschreibung aus früheren Zählungen.  
2 Ab 2011 auf Basis des Zensus 2011. Dadurch ist die Vergleichbarkeit aktueller Angaben mit Angaben vor 2011 eingeschränkt.  
3 Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen.

lagen und den Grad der Wärmedämmung des Gebäudebestands, als auch durch verhaltensbedingte Parameter, wie die durchschnittliche Heiztemperatur und die Anzahl der beheizten Räume, beeinflusst.

Die Komponentenerlegung zeigt, dass die gesunkene Energieintensität – also der Energieverbrauch in Bezug auf die Wohnfläche – der Hauptfaktor für die Reduzierung des Energieverbrauchs war. Sie reduzierte den Energieverbrauch im Zeitraum 2000 bis 2013 um fast 29%. Dem entgegengesetzt gingen von der Zunahme der Wohnfläche und der höheren Zahl der Haushalte verbrauchssteigernde Impulse aus. Die Veränderung der Bevölkerungszahl hatte da-

gegen keinen signifikanten Einfluss auf den Energieverbrauch.

**Kraftstoffverbrauch der privaten Haushalte**

Der Kraftstoffverbrauch hatte im Jahr 2013 einen Anteil von 34,7% am gesamten Energieverbrauch der privaten Haushalte. Im Zeitraum 2000 bis 2013 ist der absolute Verbrauch (in Petajoule) um 1,3% gesunken. In den beiden Teilperioden 2000 bis 2006 und 2006 bis 2013 ist der Verbrauch um 0,7% beziehungsweise 0,6% zurückgegangen. [↪ Tabelle 9](#)

Der in Litern gemessene Kraftstoffverbrauch von Pkw der privaten Haushalte (ohne Erdgas- und Flüssiggas-Fahrzeuge) ist bei erhöhten Beständen und gesteigerter Fahrleistung (+ 5,0%) zwischen 2000 und 2013 um 6,3% gesunken, der entsprechende Energieverbrauch in Petajoule um 4,4% zurückgegangen. Ursachen für diese gegenläufige Veränderung von Fahrleistungen und Kraftstoffverbrauch sind die starke Verschiebung der Pkw-Bestände von Benzin- zu Dieselfahrzeugen und ein geringerer Durchschnittsverbrauch der Fahrzeuge – insbesondere von Fahrzeugen mit Ottomotor (Benziner). [↪ Tabelle 10](#)

Der Pkw-Bestand ist zwischen 2000 und 2013 um 13,2% gestiegen. Dabei hat sich der Bestand der Diesel-Pkw mehr als verdoppelt, während die Bestandszahl der Benzinern – vor allem zwischen 2007 und 2013 – sank. Der Anteil der Diesel-Pkw an den gesamten Beständen stieg von 11,6% (2000) auf 26,6% (2013). Die durchschnittliche Fahrleistung je Jahr ist sowohl bei den Diesel-Pkw als auch bei den Benzinern gesunken. Diese Entwick-

**Tabelle 9**  
Kraftstoffverbrauch der privaten Haushalte

	2000	2006	2013	Veränderung		
				2013		2006
				gegenüber 2000	gegenüber 2006	gegenüber 2000
	in %					
	Petajoule					
<b>Insgesamt</b>	3 904	3 949	3 940	+ 0,9	- 0,2	+ 1,2
Wohnen	2 520	2 575	2 573	+ 2,1	- 0,1	+ 2,2
Kraftstoffverbrauch	1 384	1 375	1 367	- 1,3	- 0,6	- 0,7
	Anteil an insgesamt in %					
	in Prozentpunkten					
Wohnen	64,5	65,2	65,3	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,6
Kraftstoffverbrauch	35,5	34,8	34,7	- 0,8	- 0,1	- 0,6

**Tabelle 10**  
Kraftstoffverbrauch von Pkw der privaten Haushalte

	2000	2013	2013 gegen- über 2000 <sup>1</sup>
	1 000		%
Pkw-Bestand <sup>2</sup>	38 520	38 903	+ 13,2
Diesel-Pkw	4 455	10 330	+ 110,5
Benziner-Pkw	34 065	28 572	- 3,4
	1 000 km		%
Durchschnittliche jährliche Fahrleistung <sup>3</sup>	12,2	12,7	- 8,3
Diesel-Pkw	17,2	18,2	- 4,1
Benziner-Pkw	11,5	10,7	- 18,7
	Mill. km		%
Fahrleistungen der Pkw <sup>3</sup>	469 555	493 209	+ 5,0
Diesel-Pkw	76 792	188 088	+ 144,9
Benziner-Pkw	392 763	305 121	- 22,3
	Liter je 100 km		%
Durchschnittsverbrauch	8,3	7,4	- 10,8
Diesel-Pkw	7,1	6,8	- 4,3
Benziner-Pkw	8,5	7,8	- 8,8
	Petajoule		%
Kraftstoffverbrauch	1 290	1 233	- 4,4
	Mill. Liter		%
Kraftstoffverbrauch	38 969	36 506	- 6,3
Diesel-Pkw	5 436	12 748	+ 134,5
Benziner-Pkw	33 533	23 757	- 29,2
	1 000 t		%
CO <sub>2</sub> -Emissionen	93 137	88 375	- 5,1

Inländerkonzept.

- 1 Bei Beständen und durchschnittlichen Fahrleistungen: Summe der Teilperioden 2006/2000 und 2013/2007.
- 2 Ab 2007 Bestände ohne vorübergehend stillgelegte Fahrzeuge. Dadurch sind die Bestandsdaten sowie die durchschnittlichen Verbräuche je Fahrzeug zwischen 2000 und 2013 nicht vollständig vergleichbar.
- 3 Fahrleistungen und Verbräuche mit Mietwagen werden nach dem Verbrauchskonzept den privaten Haushalten zugerechnet. Ohne Fahrleistungen und Verbräuche durch private Nutzung von Dienstfahrzeugen.

lung konnte aber den Anstieg bei den Bestandszahlen nicht vollständig ausgleichen, sodass sich die absoluten Fahrleistungen um insgesamt 5,0% erhöhten.

Der Durchschnittsverbrauch je 100 km sank bei den Diesel-Pkw im Zeitraum 2000 bis 2013 um 4,3%, bei den Benzinern um 8,8%. Wegen des gestiegenen Anteils der Diesel-Fahrzeuge ging der Durchschnittsverbrauch aller Pkw mit -10,8% noch stärker zurück. Der gesunkene Durchschnittsverbrauch konnte die gestiegenen Fahrleistungen mehr als ausgleichen: Im Jahr 2013 lag der gesamte Kraftstoffverbrauch – in Petajoule – um 4,4% niedriger als im Jahr 2000. Die CO<sub>2</sub>-Emissionen des Kraftstoffverbrauchs, einschließlich der Emissionen

aus dem Verbrauch von Biodiesel und Bio-Ethanol, sanken zwischen 2000 und 2013 um 5,1%.

## Input-Output-Analysen zum Energie- und CO<sub>2</sub>-Gehalt von Gütern

Die Input-Output-Analyse kann auch zur Ermittlung des Energiegehalts und des CO<sub>2</sub>-Gehalts von Gütern genutzt werden.<sup>17</sup> Dabei werden die mit der traditionellen Input-Output-Analyse ermittelten Produktionswerte der Produktionsbereiche in Verbindung mit der Endnachfrage mit Energie- beziehungsweise Emissionskoeffizienten multipliziert. Diese Koeffizienten geben den Primärenergieverbrauch beziehungsweise die CO<sub>2</sub>-Emissionen je Produktionswert an. Durch Aufsummierung der Energieverbrauchswerte/CO<sub>2</sub>-Emissionen der einzelnen Produktionsbereiche entlang der Produktionskette lässt sich dann der gesamte Energiegehalt (Emissionsgehalt) einer Endnachfragekategorie ermitteln.

## Primärenergieverbrauch und CO<sub>2</sub>-Emissionen nach Verbrauchskategorien

Der (Primär-)Energieverbrauch der inländischen Produktionsbereiche lag im Jahr 2010 bei 10 508 Petajoule, die CO<sub>2</sub>-Emissionen bei 748 Millionen Tonnen. Fast die Hälfte dieses Energieverbrauchs (4 921 Petajoule beziehungsweise 46,8%) fiel bei der Herstellung der Exportgüter an, 34,5% (3 628 Petajoule) bei der Herstellung der Konsumgüter für den Privaten Konsum.

### ▸ Tabelle 11

Der Energieverbrauch (Energiegehalt) der Verbrauchskategorien wird durch deren wertmäßige Höhe und gütermäßige Zusammensetzung bestimmt. Beispielsweise enthalten die Konsumausgaben der privaten Haushalte im Inland hohe Anteile für Dienstleistungen – wie beispielsweise Mietausgaben. Die Nachfrage nach Dienstleistungen verursacht im Vergleich zur Herstellung von Waren einen niedrigeren Energieverbrauch und geringere Emissionen. Deshalb liegt der Anteil der Konsumausgaben privater Haushalte beim Energieverbrauch niedriger als bei den wertmäßigen Ausgaben. Die Exporte enthalten dagegen anteilig überwiegend Waren und sehr viel weniger Dienstleistungen. Deshalb ist ihr Anteil beim Energieverbrauch (46,8%) und bei

7 Weitergehende methodische Erläuterungen siehe Statistisches Bundesamt, 2015.

**Tabelle 11**

**Energieverbrauch und CO<sub>2</sub>-Emissionen der inländischen Produktionsbereiche nach Verbrauchskategorien 2010**

	Ausgaben <sup>1</sup>		Energieverbrauch		CO <sub>2</sub> -Emissionen <sup>2</sup>	
	Mrd. EUR	%	Petajoule	%	Mill. t	%
<b>Insgesamt</b>	2 881,2	100	10 508	100	748	100
Konsum privater Haushalte	1 104,8	38,3	3 628	34,5	290	38,7
Konsum privater Organisationen	38,7	1,3	50	0,5	4	0,5
Staatskonsum	479,3	16,6	794	7,6	53	7,1
Ausrüstungen	191,9	6,7	430	4,1	28	3,7
Bauinvestitionen	198,1	6,9	614	5,8	47	6,2
Vorräte	- 36,0	- 1,2	71	0,7	13	1,8
Exporte	904,3	31,4	4 921	46,8	313	41,9

1 Zu Herstellungspreisen ohne Nettogütersteuern, Input-Output-Rechnung 2015.  
2 Einschließlich Emissionen von Biomasse.

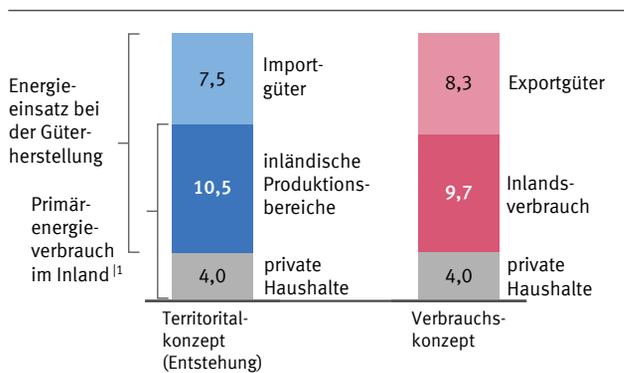
den CO<sub>2</sub>-Emissionen (41,9%) sehr viel höher als bei den Ausgaben (31,4%).

**Energiegehalt und CO<sub>2</sub>-Gehalt nach dem Verbrauchskonzept**

Der Energieverbrauch nach dem Territorial- und dem Verbrauchskonzept ist in Grafik 2 dargestellt. Entstehungsseitig wird hier auch der Energieverbrauch (7,5 Exajoule) nachgewiesen, der im Ausland zur Herstellung der nach Deutschland importierten Güter anfällt. Unter Einbeziehung des direkten Energieverbrauchs der inländischen Produktionsbereiche (10,5 Exajoule) und der privaten Haushalte (4,0 Exajoule) ergibt sich ein Aufkommen von 22,0 Exajoule. Dieses Energieaufkommen wird von

**Grafik 2**

**Energieverbrauch und Energieeinsatz bei der Herstellung von Gütern 2010 Exajoule**



1 Abgrenzung der VGR.

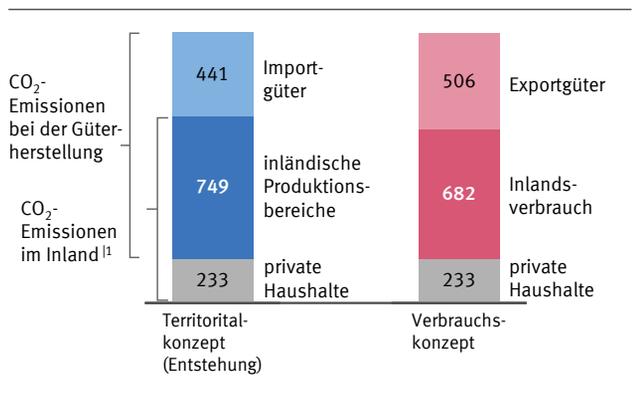
den privaten Haushalten direkt verbraucht (4,0 Exajoule) und von den Produktionsbereichen im Inland zur Herstellung von Gütern des Inlandsverbrauchs (Konsum, Investitionen; 9,7 Exajoule) und von Exportgütern (8,3 Exajoule) verwendet. Der Energieverbrauch bei der Herstellung von Exportgütern ist um 0,8 Exajoule höher als bei der Herstellung der Importe (7,5 Exajoule). Diese Differenz entspricht auch

der Differenz von direktem Energieverbrauch im Inland (14,5 Exajoule) zum gesamten Energieverbrauch für den Inlandsverbrauch (13,7 Exajoule). [➤ Grafik 2](#)

Analog zur Darstellung des Energieverbrauchs zeigt Grafik 3 einerseits die direkten CO<sub>2</sub>-Emissionen in Deutschland nach dem Territorialkonzept, andererseits die Emissionen nach dem Verbrauchskonzept, also einschließlich der Emissionen der nach Deutschland importierten Güter. [➤ Grafik 3](#)

**Grafik 3**

**Direkte und indirekte CO<sub>2</sub>-Emissionen in Deutschland 2010 Mill. t**



1 Abgrenzung der VGR, einschließlich Emissionen aus Biomasse.

Wie beim Energiegehalt sind die direkten CO<sub>2</sub>-Emissionen im Inland – nach dem Territorialkonzept – mit 981 Millionen Tonnen höher als die Emissionen, die auf den Inlandsverbrauch von Gütern (einschließlich der

direkten Emissionen der privaten Haushalte) entfallen (915 Millionen Tonnen). Während bei der Herstellung der Exportgüter Emissionen in Höhe von insgesamt 506 Millionen Tonnen anfallen, sind es bei der Herstellung der Importgüter 441 Millionen Tonnen. Knapp 42 % der gesamten Emissionen der inländischen Produktionsbereiche entstehen bei der Herstellung von Exportgütern. Ähnlich groß wie bei der Verursachung von Emissionen im Inland ist die Bedeutung der Exporte auch bei den Emissionen, die auf die Importe entfallen: 44 %

beziehungsweise 193 Millionen Tonnen der gesamten Emissionen der Importe entstehen bei der Herstellung von importierten Vorleistungsgütern, die im Inland bei der Produktion der Exportgüter verwendet werden.

## CO<sub>2</sub>-Emissionen der privaten Haushalte und CO<sub>2</sub>-Gehalt von Konsumgütern

Die direkten CO<sub>2</sub>-Emissionen der privaten Haushalte und der CO<sub>2</sub>-Gehalt der Konsumgüter für die Jahre 2000

und 2010 sind Tabelle 12 zu entnehmen. Im Jahr 2010 betrug die direkten Emissionen 232 Millionen Tonnen, die indirekten CO<sub>2</sub>-Emissionen durch die Produktion von Konsumgütern 437 Millionen Tonnen. Damit waren die CO<sub>2</sub>-Emissionen, die auf die Konsumausgaben der privaten Haushalte entfielen, fast doppelt so hoch wie die direkten CO<sub>2</sub>-Emissionen aus der Verbrennung von Brennstoffen und dem Verbrauch von Kraftstoffen mit den eigenen Kraftfahrzeugen. ↘ Tabelle 12

Gruppiert man die Emissionen nach Bedarfsfeldern, so zeigt sich, dass die höchsten Emissionen (266 Millionen Tonnen beziehungsweise 39,8 % der gesamten CO<sub>2</sub>-Emissionen) im Jahr 2010 im Bereich „Wohnen“ anfallen. Diese enthalten zum einen die direkten Emissionen aus der Verfeuerung von Brennstoffen (136 Millionen Tonnen), zum anderen die indirekten Emissionen, die – überwiegend durch den Bezug

**Tabelle 12**

Konsumausgaben und direkte CO<sub>2</sub>-Emissionen der privaten Haushalte, CO<sub>2</sub>-Gehalt der Konsumgüter

	Konsumausgaben <sup>1</sup>		CO <sub>2</sub> -Emissionen <sup>2</sup>			CO <sub>2</sub> -Gehalt
	2000	2010	2000	2010	2010 gegenüber 2000	2010
	Mill. EUR		Mill. Tonnen		%	Tonnen je Einwohner
<b>Insgesamt</b>	1 149,7	1 372,9	660	669	+ 1,3	8,18
Produkte	242,7	268,7	90	108	+ 19,3	1,32
Ernährung	190,7	197,5	75	73	- 3,2	0,89
Verkehr	150,7	170,4	163	159	- 2,0	1,95
darunter:						
Kfz-Käufe	59,6	64,8	27	24	- 12,6	0,29
Kraftstoffe (direkt)	40,8	49,1	100	96	- 3,9	1,18
Verkehrsleistungen	31,7	35,5	32	37	+ 16,0	0,45
Wohnen	256,3	328,9	255	266	+ 4,6	3,26
Energie (direkt)	38,7	66,7	136	136	+ 0,2	1,66
Energiegüter	-	-	119	130	+ 9,5	1,59
Dienstleistungen	309,2	407,3	77	63	- 19,2	0,77
Direkte Emissionen	X	X	236	232	- 1,5	2,84
Indirekte Emissionen <sup>3</sup>	X	X	424	437	+ 2,9	5,34
darunter: Importe	X	X	140	157	+ 12,3	1,93
	in % von insgesamt		in %-Punkten			%
Produkte	21,1	19,6	13,7	16,1	+ 2,4	16,1
Ernährung	16,6	14,4	11,4	10,9	- 0,5	10,9
Verkehr	13,1	12,4	24,6	23,8	- 0,8	23,8
darunter:						
Kfz-Käufe	5,2	4,7	4,1	3,5	- 0,6	3,5
Kraftstoffe (direkt)	3,5	3,6	15,2	14,4	- 0,8	14,4
Verkehrsleistungen	2,8	2,6	4,8	5,5	+ 0,7	5,5
Wohnen	22,3	24,0	38,6	39,8	+ 1,2	39,8
Energie (direkt)	3,4	4,9	20,6	20,3	- 0,2	20,3
Energiegüter	-	-	18,0	19,5	+ 1,5	19,5
Dienstleistungen	26,9	29,7	11,7	9,4	- 2,4	9,4
Direkte Emissionen	X	X	35,7	34,7	- 1,0	34,7
Indirekte Emissionen <sup>3</sup>	X	X	64,3	65,3	+ 1,0	65,3

1 Zu jeweiligen Anschaffungspreisen.

2 Einschließlich Emissionen von Biomasse.

3 Durch die Produktion von Konsumgütern.

von Elektrizität und Fernwärme – bei den Lieferanten von Haushaltsenergie anfallen. Die direkten Emissionen in Verbindung mit dem Brennstoffeinsatz werden auch durch witterungsbedingte Faktoren beeinflusst. Der zweitgrößte Emissionsbereich ist das Bedarfsfeld „Verkehr“ mit einem Anteil von 23,8%. Hier sind unter anderem die direkten Emissionen aus der Verbrennung der Kraftstoffe mit eigenen Kraftfahrzeugen, die Emissionen bei der Verbrennung von Kraftstoffen von genutzten Verkehrsmitteln Dritter (einschließlich der Emissionen bei der Bereitstellung von Fahrstrom) sowie die Emissionen bei der Herstellung von gekauften Kraftfahrzeugen enthalten. Ein weiteres bedeutendes Bedarfsfeld sind die Ernährungsgüter. Diese enthalten sämtliche Emissionen, die bei der Herstellung von Ernährungsgütern in der Landwirtschaft, im Ernährungsgewerbe und bei den Zulieferern entstehen.

Der zeitliche Vergleich der Emissionen zeigt, dass die direkten Emissionen zwischen 2000 und 2010 leicht um 1,5% von 236 Millionen Tonnen (2000) auf 232 Millionen Tonnen (2010) zurückgegangen sind. Dagegen haben die Emissionen der Konsumgüter um 2,9% von 424 Millionen Tonnen auf 437 Millionen Tonnen zugenommen. Der Anstieg entfällt zu einem großen Teil auf die Emissionen, die auf die (übrigen) Produkte entfallen.

## 5

---

### Fazit und Ausblick

---

Die Energiegesamtrechnungen sind eine wichtige Ergänzung zur Darstellung der Energieströme in Form von Energiebilanzen. Durch die Verknüpfung der Energiedaten mit sozio-ökonomischen Daten können die Einflussfaktoren auf den Energieverbrauch näher untersucht werden. Dadurch schaffen sie eine wichtige Datengrundlage für die Formulierung politischer Strategien und Maßnahmen, beispielsweise im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung oder der Politik der Energiewende.

Mit den Daten der Energiegesamtrechnungen kann auch der Energieverbrauch aus der Verbrauchersicht analysiert werden. Dabei liegt der Fokus nicht allein auf dem (direkten) inländischen Energieverbrauch, sondern auf dem Energieverbrauch, der im In- und Ausland mit dem

Inlandsverbrauch von Gütern und der Herstellung von Exportgütern – dem sogenannten Energie-Fußabdruck – verbunden ist. Durch eine Verknüpfung der Berechnungen mit Emissionsdaten zu den Kohlendioxid-Emissionen können weitere Erkenntnisse in Hinblick auf den Umfang und die Ursachen des CO<sub>2</sub>-Fußabdrucks gewonnen werden.

Diese mit dem „indirekten“ Energieverbrauch verbundenen Umweltbelastungen, insbesondere die weltweite Klimaveränderung, werden künftig noch stärker im Fokus der Umweltpolitik stehen. Ein Ansatzpunkt ist dabei die Ausarbeitung von Strategien, die den Konsum nachhaltiger machen. Die Energiegesamtrechnungen können dabei sowohl zur Identifikation wichtiger Belastungen als auch beim Monitoring von umweltpolitischen Maßnahmen genutzt werden. [\[1\]](#)

### LITERATURVERZEICHNIS

---

Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen e.V. *Energiebilanz der Bundesrepublik Deutschland*. [Zugriff am 18. August 2015]. Verfügbar unter: [www.ag-energiebilanzen.de](http://www.ag-energiebilanzen.de)

Seibel, Steffen. *Decomposition analysis of carbon dioxide-emission changes in Germany – Conceptual framework and empirical results*. In: Working Papers and Studies. Europäische Kommission. Luxemburg 2003.

Statistisches Bundesamt (Herausgeber). *Umweltökonomische Gesamtrechnungen – Direkte und indirekte CO<sub>2</sub>-Emissionen in Deutschland 2000 – 2010*. Wiesbaden 2014a. Verfügbar unter: [www.destatis.de](http://www.destatis.de), im Bereich Publikationen › Thematische Veröffentlichungen › Umwelt › Umweltökonomische Gesamtrechnungen › Veröffentlichungen für die Bereiche Material- und Energieflüsse.

Statistisches Bundesamt (Herausgeber). *Umweltökonomische Gesamtrechnungen – CO<sub>2</sub>-Gehalt von deutschen Import- und Exportgütern 2000 – 2010*. Wiesbaden 2014b. Verfügbar unter: [www.destatis.de](http://www.destatis.de), im Bereich Publikationen › Thematische Veröffentlichungen › Umwelt › Umweltökonomische Gesamtrechnungen › Veröffentlichungen für die Bereiche Material- und Energieflüsse

Statistisches Bundesamt. *Verbrauch von Haushaltsenergie erstmals seit 2005 gestiegen*. Pressemitteilung Nr. 396 vom 12. November 2014. Wiesbaden 2014c. Verfügbar unter: [www.destatis.de](http://www.destatis.de), im Bereich Presse & Service › Presse › Pressemitteilungen.

Statistisches Bundesamt (Herausgeber). *Umweltökonomische Analysen im Bereich der Energie und zu Kohlendioxidemissionen 2015*. Wiesbaden 2015. Verfügbar unter: [www.destatis.de](http://www.destatis.de), im Bereich Publikationen › Thematische Veröffentlichungen › Fachberichte nach Themen.



**Dr. Norbert R th**

ist promovierter Volkswirt und seit 1981 im Statistischen Bundesamt in verschiedenen Bereichen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen tätig. Er leitet die Gruppe „Inlandsprodukt, Input-Output-Rechnung“. Seine Schwerpunkte liegen in der Konjunkturbeobachtung und Fragen der Kohärenz des Statistiksystems.



**Albert Braakmann**

ist Diplom- konom und hat in verschiedenen Bereichen der VGR gearbeitet, sowohl im Statistischen Bundesamt als auch bei Eurostat. Aktuell leitet er die Gruppe „Nationaleinkommen, Sektorkonten, Erwerbstätigkeit“ und ist dort mit der administrativen Nutzung makroökonomischer Indikatoren befasst sowie der Verteilung, der Wohlfahrtsmessung und der Weiterentwicklung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

## BRUTTOINLANDSPRODUKT IN DER ERSTEN JAHRESHÄLFTE 2015

Dr. Norbert R th, Albert Braakmann

▾ **Schlüsselwörter:** Volkswirtschaft – Inlandsprodukt – Einkommen – Staat – private Haushalte

### ZUSAMMENFASSUNG

Anhand der Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ermöglicht dieser Artikel einen Überblick darüber, wie sich die deutsche Wirtschaft in der ersten Jahreshälfte 2015 entwickelt hat. Insgesamt war die wirtschaftliche Entwicklung in der ersten Jahreshälfte 2015 solide aufwärtsgerichtet. Positive Impulse kamen zuletzt vor allem von den Exporten, aber auch von den privaten und staatlichen Konsumausgaben. Die günstige Entwicklung am Arbeitsmarkt setzte sich mit gebremster Dynamik fort. Die Staatshaushalte waren weiter auf Konsolidierungskurs.

▾ **Keywords:** national economy – domestic product – income – general government – private households

### ABSTRACT

*Using national accounts results, this article gives an overview of how the German economy developed in the first six months of 2015. Overall, the economy was on a solid upward track in the first half of 2015. Most recently, positive contributions came mainly from exports of goods and services, but also from private and government final consumption expenditure. The favourable trends on the labour market continued, albeit at a slower pace. The government budgets remained on a course of consolidation.*

1

Einleitung

In diesem Aufsatz gibt das Statistische Bundesamt einen umfassenden Überblick über die vorläufigen Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) für die erste Jahreshälfte 2015. Die hier vorgelegten Berechnungen beruhen auf den bis Anfang August 2015 verfügbaren Daten aus kurzfristigen Wirtschaftsstatistiken. Wie jedes Jahr zu diesem Zeitpunkt wurden die Berechnungen für die zurückliegenden vier Jahre überprüft und anhand des neu angefallenen statistischen Ausgangsmaterials überarbeitet. Im Rahmen dieser turnusmäßigen Jahresrechnung wurden diesmal ausnahmsweise die Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für alle Zeitreihen ab 1991 aktualisiert. Diese Überarbeitung war erforderlich, weil nach Abschluss der VGR-Generalrevision 2014 noch wichtige Informationen angefallen sind, die seinerzeit nicht mehr berücksichtigt werden konnten. Durch diese Neuberechnungen kann es zu Änderungen in allen Zeitreihen kommen, die allerdings eher die detaillierten Untergliederungen und nicht das makroökonomische Gesamtbild betreffen. Für das Bruttoinlandsprodukt ergibt sich für die Vergangenheit (1991 bis 2010) lediglich eine geringfügige Niveauerhöhung um maximal 0,1 %, die Veränderungsraten bleiben davon in den meisten Fällen unberührt. [↘ Tabelle 1](#)

Änderungen für die aktuellen Jahre ergaben sich insbesondere durch die Einbeziehung der Ergebnisse der

jährlichen Umsatzsteuerstatistik für 2013, der jährlichen Unternehmens- und Kostenstrukturerhebungen im Verarbeitenden Gewerbe, Bergbau, Baugewerbe, in der Energiewirtschaft sowie in vielen Dienstleistungsbereichen für 2013, durch die Jahreserhebungen im Handel und im Gastgewerbe 2013, ferner durch die Statistik der Jahresabschlüsse öffentlicher Unternehmen für 2012. Weiterhin wurden bei den Neuberechnungen aktuellere Jahresabschlüsse der Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen sowie von Großunternehmen in anderen Wirtschaftsbereichen (zum Beispiel Eisenbahn, Nachrichtenübermittlung, Rundfunk- und Fernsehanstalten) berücksichtigt. Darüber hinaus wurden die verbesserten Informationen über den Staatssektor aus der Finanz- und Steuerstatistik und die von der Deutschen Bundesbank vorgenommenen Korrekturen der Zahlungsbilanz eingearbeitet. Änderungen bei den Vierteljahreswerten resultierten außerdem aus der Einbeziehung neuer oder überarbeiteter unterjähriger Datenquellen. Für die hier vorgelegten Ergebnisse ist weiterhin von Bedeutung, dass auch die Deflationierung zur Berechnung der preisbereinigten Aggregate gründlich überprüft und der neuen Struktur von Güteraufkommen und Güterverwendung angepasst wurde. Hierfür stand überarbeitetes Zahlenmaterial auf der Basis aktualisierter revidierter Ergebnisse der Input-Output-Rechnung zur Verfügung. Darüber hinaus wurden neue Preisangaben aus der Preisstatistik in die Rechenwerke der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen eingearbeitet.

Die Neuberechnungen ergaben beim preisbereinigten Bruttoinlandsprodukt (Ursprungswerte) Korrekturen der

jährlichen und vierteljährlichen Veränderungs-raten, die um bis zu 0,3 Prozentpunkte von den bisher veröffentlichten Ergebnissen abweichen. Insbesondere die Ergebnisse für das Berichtsjahr 2013, für das nun erstmals Ergebnisse jährlicher Basisstatistiken vorlagen, wurden überwiegend leicht nach oben korrigiert. Allerdings hat sich durch die Neuberechnung das konjunkturelle Gesamtbild nicht wesent-

**Tabelle 1**  
Bruttoinlandsprodukt

	In jeweiligen Preisen				Preisbereinigt			
	neues Ergebnis	bisheriges Ergebnis	Differenz		neues Ergebnis	bisheriges Ergebnis	neues Ergebnis	bisheriges Ergebnis
			(Sp. 1–2)	(Sp. 3:2)				
	1	2	3	4	5	6	7	8
2012	2 754,9	2 749,9	+ 5,0	+ 0,2	+ 1,9	+ 1,9	+ 0,4	+ 0,4
2013	2 820,8	2 809,5	+ 11,3	+ 0,4	+ 2,4	+ 2,2	+ 0,3	+ 0,1
2014	2 915,7	2 903,8	+ 11,9	+ 0,4	+ 3,4	+ 3,4	+ 1,6	+ 1,6
2014 1. Vj	715,9	713,5	+ 2,5	+ 0,3	+ 4,5	+ 4,5	+ 2,6	+ 2,6
2. Vj	716,9	714,0	+ 2,9	+ 0,4	+ 2,8	+ 2,8	+ 1,0	+ 1,0
3. Vj	742,5	739,3	+ 3,2	+ 0,4	+ 2,9	+ 2,9	+ 1,2	+ 1,2
4. Vj	740,4	737,1	+ 3,3	+ 0,4	+ 3,2	+ 3,2	+ 1,6	+ 1,6
2015 1. Vj	739,1	734,6	+ 4,5	+ 0,6	+ 3,2	+ 3,0	+ 1,2	+ 1,1
2. Vj	743,4	X	X	X	+ 3,7	X	+ 1,6	X

lich verändert. Die Änderungen am aktuellen Rand der Zeitreihe ergaben sich auch aufgrund von Korrekturen vorläufiger kurzfristiger Statistiken (Monatserhebungen) oder durch nachlaufende kurzfristige Indikatoren, die bei den ersten aktuellen Berechnungen des Bruttoinlandsprodukts noch nicht zur Verf ugung standen. Weitere Änderungen bei den saison- und kalenderbereinigten Veränderungsraten erfolgten durch Anpassungen der Saisonfaktoren an die überarbeiteten Zeitreihen. Diese Adjustierungen werden in der Regel einmal jährlich zu diesem Hauptberechnungstermin in Zusammenarbeit mit der Deutschen Bundesbank vorgenommen. Bei diesem Rechentermin werden zudem turnusm ssig die auf monatlichen Indikatorreihen basierenden Kalenderfaktoren der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen aufgrund neuer Erkenntnisse überarbeitet.

**Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt (Kettenindex)**  
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal in %

2014				2015	
1. Vj	2. Vj	3. Vj	4. Vj	1. Vj	2. Vj
+ 2,6	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,6	+ 1,2	+ 1,6

Diese regelmässigen Korrekturen der Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen liegen in der Art der Berechnungen: Um möglichst frühzeitig aktuelle Zahlen veröffentlichen zu können, werden die Ergebnisse auf unvollständiger Datengrundlage berechnet und zum Teil gesch tzt. Erst nach rund vier Jahren, wenn nahezu alle notwendigen Basisstatistiken vorliegen, gelten die Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen als „endgültig“ (zum jetzigen Termin also die Daten für 2011). Die regulären Revisionen des Bruttoinlandsprodukts liegen in einem der hohen Aktualität angemessenen und vertretbaren Rahmen und halten auch dem internationalen Vergleich Stand. Weitere Angaben zur Datenqualität enthält der Qualitätsbericht für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (Statistisches Bundesamt, 2015a). Internationale Vergleiche können einer Datenquelle der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) entnommen werden (OECD, 2015).

Im Rahmen der turnusm ssigen Überarbeitung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wurden auch die bisher veröffentlichten Erwerbstätigenzahlen der letzten vier Jahre überarbeitet. Dabei konnten zusätzliche erwerbsstatistische Informationen berücksichtigt wer-

den. Am aktuellen Rand verbesserte sich die Datenbasis insbesondere durch die aktualisierten Ergebnisse der Bundesagentur für Arbeit über sozialversicherungspflichtig und geringf ugig Beschäftigte. Eine Bedeutung für die Berechnung der Ergebnisse der Arbeitnehmer hatten ebenfalls die zur Verf ugung stehenden Verwaltungsdaten der Bundesagentur für Arbeit in Verbindung mit dem Unternehmensregister des Statistischen Bundesamtes. Für die Neuberechnung der Daten für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst konnten die Ergebnisse der Personalstandstatistik 2014 herangezogen werden. Weiterhin konnten für Selbstständige und mit-helfende Familienangehörige Auswertungen aus dem kontinuierlichen Mikrozensus und aus der Betriebsdatei der Bundesagentur für Arbeit verwendet werden. Aus der Überarbeitung der bisher veröffentlichten Quartals-ergebnisse resultierte auf gesamtwirtschaftlicher Ebene für die Zahl der Erwerbstätigen jedoch nur ein Änderungsbedarf von 0,1 Prozentpunkten nach oben beziehungsweise nach unten bezogen auf die bisher veröffentlichten Vorjahresver nderungsraten.

## 2

### Entstehung des Inlandsprodukts

Das Bruttoinlandsprodukt, der Wert der in Deutschland erwirtschafteten Leistung, hat sich nach aktueller Datenlage im zweiten Quartal 2015 preis-, saison- und kalenderbereinigt gegenüber dem Vorquartal um 0,4 % erhöht, nach + 0,3 % im ersten Quartal des Jahres.

**Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt**  
(saison- und kalenderbereinigte Werte)  
Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %

2014				2015	
1. Vj	2. Vj	3. Vj	4. Vj	1. Vj	2. Vj
+ 0,7	- 0,1	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,4

Die Entwicklung der deutschen Wirtschaft hat mit dem Ergebnis des zweiten Quartals 2015 wieder etwas an Dynamik gewonnen. Das positive Wirtschaftswachstum im aktuellen Berichtsquartal fügt sich ein in eine Phase teilweise steigender Auftragseingänge, nach wie vor niedriger Ölpreise und Zinsen; auch sogenannte weiche Indikatoren zu Geschäftsklima und Stimmung in der Wirtschaft entwickeln sich derzeit positiv. Allerdings ist

zu beachten, dass die kalte Witterung im ersten Quartal (vor allem im Januar 2015) die Wirtschaftsaktivität negativ beeinflusst hat, dagegen war das zweite Quartal infolgedessen auch durch leichte Nachholeffekte insbesondere bei der Bautätigkeit geprägt. Für das gesamte erste Halbjahr 2015 ergab sich ein preis-, saison- und kalenderbereinigtes Wirtschaftswachstum von +0,9% gegenüber dem zweiten Halbjahr 2014. Auf Halbjahres-sicht hat die deutsche Wirtschaft 2015 somit einen vergleichsweise deutlichen Anstieg gezeigt, nachdem das Bruttoinlandsprodukt im zweiten Halbjahr 2014 um 0,5% gestiegen war. Diese Entwicklung verdeutlicht, dass sich die deutsche Wirtschaft trotz aller weltweiten Risiken und Rückschläge insgesamt als sehr robust erwiesen hat und im europäischen Vergleich durchaus als Stabilitätsanker gesehen werden kann.

Bei der Interpretation der saison- und kalenderbereinigten Ergebnisse ist zu beachten, dass diese auch vom gewählten Saisonbereinigungsverfahren beeinflusst werden. Für die deutschen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden die Ergebnisse nach dem international am häufigsten verwendeten Verfahren Census X-12-ARIMA bei der Kommentierung in den Vordergrund gestellt. Allerdings werden daneben auch Ergebnisse nach dem Standardverfahren des Statistischen Bundesamtes (Berliner Verfahren, Version 4.1 – BV4.1) zur Verfügung gestellt (Statistisches Bundesamt, 2015c).

Im Vorjahresvergleich ist das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt in der ersten Jahreshälfte 2015 gegenüber dem entsprechenden Halbjahr des Vorjahres um

1,4% gestiegen. In der Quartalsbetrachtung und im Vergleich zum jeweiligen Vorjahresquartal hat sich das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im ersten Vierteljahr 2015 um 1,2% und im zweiten Vierteljahr um 1,6% erhöht. Nach rechnerischer Ausschaltung von Kalendereinflüssen betrug das kalenderbereinigte Ergebnis des Bruttoinlandsprodukts im Vorjahresvergleich +1,1% (im ersten Vierteljahr) und +1,6% (im zweiten Vierteljahr).

Die Wirtschaftsleistung im zweiten Quartal 2015 wurde von 42,8 Millionen Erwerbstätigen im Inland erbracht, 175 000 Personen oder 0,4% mehr als ein Jahr zuvor. Im ersten Quartal 2015 betrug die Veränderungsrate noch +0,6% und im vierten Quartal 2014 +0,8%. Damit hat sich die Dynamik am Arbeitsmarkt in den letzten Quartalen verlangsamt. Gegenüber dem ersten Quartal 2015 erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen um 373 000 Personen (+0,9%). Generell ist ein Wachstum der Erwerbstätigkeit im zweiten Quartal eines Jahres durch die allgemeine Belebung von Außenberufen im Frühjahr saisonal üblich. Saisonbereinigt, das heißt nach rechnerischer Ausschaltung dieser üblichen jahreszeitlich bedingten Schwankungen, ergab sich im zweiten Quartal 2015 ein Zuwachs gegenüber dem Vorquartal von 42 000 Personen (+0,1%). [↪ Tabelle 2](#)

Die positive Entwicklung des Arbeitsmarktes setzte sich auch bei den Erwerbslosen fort, die nach der Definition der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) erfasst werden. Nach den monatlichen Auswertungen der Arbeitskräfteerhebung gab es im zweiten Quartal 2015 in Deutschland knapp 1,96 Millionen Erwerbslose. Im

**Tabelle 2**  
Erwerbstätige

	Neues Ergebnis	Bisheriges Ergebnis	Differenz		Neues Ergebnis	Bisheriges Ergebnis
			(Sp. 1–2)	(Sp. 3:2)		
	1 000			%	Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %	
	1	2	3	4	5	6
2012	42 060	42 033	+ 27	+ 0,1	+ 1,2	+ 1,1
2013	42 328	42 281	+ 47	+ 0,1	+ 0,6	+ 0,6
2014	42 703	42 638	+ 65	+ 0,2	+ 0,9	+ 0,8
2014 1. Vj	42 226	42 140	+ 86	+ 0,2	+ 0,8	+ 0,7
2. Vj	42 667	42 582	+ 85	+ 0,2	+ 1,0	+ 0,9
3. Vj	42 903	42 834	+ 69	+ 0,2	+ 0,9	+ 0,8
4. Vj	43 016	42 994	+ 22	+ 0,1	+ 0,8	+ 0,9
2015 1. Vj	42 469	42 415	+ 54	+ 0,1	+ 0,6	+ 0,7
2. Vj	42 842	X	X	X	+ 0,4	X

Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum waren damit 91 000 Personen weniger erwerbslos, was einem R uckgang um 4,4 % entspricht. Die Erwerbslosenquote, die den Anteil der Erwerbslosen an der Gesamtzahl der Erwerbspersonen (Erwerbstatige im Inland plus Erwerbslose) ausdrückt, lag dementsprechend im zweiten Vierteljahr 2015 mit 4,4 % erneut niedriger als im Vorjahresquartal (4,7 %). Deutschland war damit im zweiten Quartal 2015 der Mitgliedstaat mit der niedrigsten Erwerbslosenquote in der Europaischen Union (EU).

Die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivitat, gemessen als preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstatigen, ist im zweiten Quartal 2015 um 1,2 % gegenüber dem zweiten Quartal 2014 gestiegen. Die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivitat je Erwerbstatigenstunde hat sich nach ersten vorlaufigen Berechnungen um 1,0 % erhöht, da jede erwerbstatige Person im Durchschnitt 0,2 % mehr gearbeitet hat als im Vorjahr. [Tabelle 3](#)

In den folgenden Abschnitten wird der Beitrag der einzelnen Wirtschaftsbereiche zum Bruttoinlandsprodukt beschrieben. Dargestellt wird die Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche, die nach den international harmonisierten Konzepten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zu Herstellungspreisen bewertet ist. Das bedeutet, dass die Bruttowertschöpfung (und der Produktionswert) der Wirtschaftsbereiche ohne die auf die Güter zu zahlenden Steuern (Gütersteuern), aber zuzuglich der empfangenen Gütersubventionen dargestellt werden. Gütersteuern und -subventionen sind solche monetaren Transaktionen, die mengen- oder wertabhangig von den produzierten Gütern sind (zum Beispiel Umsatzsteuer, Importabgaben, Verbrauchsteuern). Beim Übergang von der Bruttowertschöpfung (zu Herstellungspreisen) zum Bruttoinlandsprodukt (zu Marktpreisen) werden zum Ausgleich der unterschiedlichen Bewertungskonzepte zwischen Entstehungs- und Verwendungsseite die Nettogütersteuern (Saldo von Gütersteuern und Gütersubventionen) global hinzugefügt.

**Tabelle 3**  
Erwerbstatige, Erwerbslose und Produktivitat | <sup>1</sup>

	Erwerbstatige im Inland		Erwerbslose <sup>2</sup>	Geleistete Arbeitsstunden	Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt		
	insgesamt	darunter Arbeitnehmer			insgesamt, Kettenindex	je Erwerbstatigen	je geleistete Arbeitsstunde
	1 000			Mill. Std.	Index (2010 = 100)		
2012	42 060	37 500	2 224	57 845	104,08	101,50	102,58
2013	42 328	37 869	2 182	57 639	104,39	101,16	103,25
2014	42 703	38 306	2 090	58 349	106,06	101,88	103,63
2014 1. Vj	42 226	37 806	2 266	14 810	105,27	102,26	101,31
2. Vj	42 667	38 250	2 048	13 754	104,81	100,76	108,61
3. Vj	42 903	38 497	2 033	14 968	108,20	103,45	103,04
4. Vj	43 016	38 669	2 012	14 816	105,95	101,03	101,92
2015 1. Vj	42 469	38 133	2 101	14 889	106,55	102,92	102,00
2. Vj	42 842	38 521	1 957	13 843	106,50	101,97	109,66
Veranderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %							
2012	+ 1,2	+ 1,3	- 7,3	- 0,1	+ 0,4	- 0,8	+ 0,5
2013	+ 0,6	+ 1,0	- 1,9	- 0,4	+ 0,3	- 0,3	+ 0,7
2014	+ 0,9	+ 1,2	- 4,2	+ 1,2	+ 1,6	+ 0,7	+ 0,4
2014 1. Vj	+ 0,8	+ 1,1	- 4,6	+ 2,3	+ 2,6	+ 1,8	+ 0,3
2. Vj	+ 1,0	+ 1,3	- 5,4	+ 0,4	+ 1,0	- 0,0	+ 0,6
3. Vj	+ 0,9	+ 1,2	- 3,9	+ 0,8	+ 1,2	+ 0,3	+ 0,4
4. Vj	+ 0,8	+ 1,1	- 2,9	+ 1,4	+ 1,6	+ 0,8	+ 0,2
2015 1. Vj	+ 0,6	+ 0,9	- 7,3	+ 0,5	+ 1,2	+ 0,6	+ 0,7
2. Vj	+ 0,4	+ 0,7	- 4,4	+ 0,6	+ 1,6	+ 1,2	+ 1,0

1 Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100) je durchschnittlich Erwerbstatigen.

2 Ergebnisse der Arbeitskrafterhebung (Mikrozensus) gema Labour-Force-Konzept der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO); Personen in Privathaushalten im Alter von 15 bis 74 Jahren.

Die Ergebnisse der Entstehungsrechnung zeigen, dass sich in der ersten Jahreshälfte 2015 das gesamtwirtschaftliche Wachstum in Deutschland in einem schwierigen europäischen und weltwirtschaftlichen Umfeld als widerstandsfähig erwiesen hat. Nach einem Anstieg im ersten Quartal (+1,2%) hat das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im zweiten Quartal 2015 im Vorjahresvergleich sogar um 1,6% zugelegt. Dabei standen 2015 im ersten Quartal und im zweiten Quartal jeweils genauso viele Arbeitstage wie in den entsprechenden Zeiträumen des Vorjahres zur Verfügung. [↘ Tabelle 4](#)

**Tabelle 4**

### Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung

	Bruttoinlandsprodukt	Alle Wirtschaftsbereiche	
		Gütersteuern abzüglich Gütersubventionen	Bruttowertschöpfung
<b>in jeweiligen Preisen</b>			
Mrd. EUR			
2012	2 754,9	279,7	2 475,1
2013	2 820,8	284,0	2 536,9
2014	2 915,7	292,6	2 623,1
2014 1. Vj	715,9	72,9	643,0
2. Vj	716,9	71,7	645,1
3. Vj	742,5	73,0	669,5
4. Vj	740,4	74,9	665,5
2015 1. Vj	739,1	74,8	664,2
2. Vj	743,4	73,4	670,0
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %			
2012	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,9
2013	+ 2,4	+ 1,5	+ 2,5
2014	+ 3,4	+ 3,0	+ 3,4
2014 1. Vj	+ 4,5	+ 3,3	+ 4,7
2. Vj	+ 2,8	+ 2,6	+ 2,9
3. Vj	+ 2,9	+ 1,2	+ 3,1
4. Vj	+ 3,2	+ 5,0	+ 3,0
2015 1. Vj	+ 3,2	+ 2,6	+ 3,3
2. Vj	+ 3,7	+ 2,4	+ 3,9
<b>preisbereinigt</b>			
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %			
2012	+ 0,4	- 0,4	+ 0,5
2013	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3
2014	+ 1,6	+ 2,4	+ 1,5
2014 1. Vj	+ 2,6	+ 2,3	+ 2,6
2. Vj	+ 1,0	+ 1,7	+ 0,9
3. Vj	+ 1,2	+ 0,6	+ 1,3
4. Vj	+ 1,6	+ 4,8	+ 1,2
2015 1. Vj	+ 1,2	+ 2,2	+ 1,1
2. Vj	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,6

Gemessen an der preisbereinigten Bruttowertschöpfung stieg die wirtschaftliche Leistung im Produzierenden Gewerbe, zu dem das Verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe, die Energie- und Wasserversorgung sowie der Bergbau zählen, im ersten Quartal 2015 um 0,8% gegenüber dem Vorjahresquartal (siehe Tabelle 5 auf Seite 80); im zweiten Quartal 2015 war ein Plus von 2,0% zu verzeichnen. Zu dem Ergebnis im zweiten Quartal trug vor allem das Verarbeitende Gewerbe bei, dessen Bruttowertschöpfung um 2,1% über der zwischen April und Juni des vergangenen Jahres lag, nach 0,9% im ersten Quartal 2015. Für das erste Halbjahr 2015 zeigte sich im Verarbeitenden Gewerbe ein Anstieg um 1,5%. Das Auslandsgeschäft hat sich bei einer Exportquote (Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz) von knapp 50% als sehr stabil erwiesen. Gemessen am Volumenindex des Umsatzes der Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe stieg der gesamte Auslandsumsatz im ersten Halbjahr 2015 um 3,8% an. Der Inlandsumsatz erhöhte sich mit 0,2% deutlich geringer, sodass sich insgesamt ein „reales“ Plus von 2,0% gegenüber dem ersten Halbjahr 2014 ergab. Bei den Auftragseingängen waren die Inlandsaufträge um 0,9%, die Auslandsaufträge um 3,5% höher als ein Jahr zuvor (Volumenindex).

Die Energie- und Wasserversorgung ist nach einem Minus von 3,1% im Jahr 2014 deutlich stärker ins Jahr 2015 gestartet (erstes Quartal: +3,4%; zweites Quartal: +5,7%). Im erstmals „originär“ gerechneten Jahresergebnis 2013 ergab sich durch den Einbau der jährlichen Quellen eine ungewöhnlich starke Abwärtskorrektur gegenüber dem vorherigen Fortschreibungsergebnis, resultierend aus verschiedenen, in dieselbe Richtung wirkenden Angaben der Kostenstrukturstatistik.

Die Wirtschaftsleistung des Baugewerbes zeigte für die erste Jahreshälfte 2015 verglichen mit dem ersten Halbjahr 2014 – nicht zuletzt wegen der recht kalten Witterung im ersten Quartal 2015 – einen Rückgang, der auch als Basiseffekt aus dem äußerst milden und baufreundlichen Winter 2014 resultierte (erstes Vierteljahr 2014 gegenüber dem ersten Vierteljahr 2013: +11,6%). In der ersten Jahreshälfte 2015 sind die Quartalergebnisse mit -1,9% im ersten Vierteljahr und -0,1% im zweiten Vierteljahr im Vorjahresvergleich sehr unterschiedlich ausgefallen. [↘ Tabelle 5](#)

**Tabelle 5**

**Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen**

	Bruttowertschöpfung	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe			Dienstleistungsbereiche							
			zusammen	darunter		zusammen	Handel, Verkehr, Gastgewerbe	Information und Kommunikation	Finanz- und Versicherungsleistungen	Grundstücks- und Wohnungswesen	Unternehmensdienstleister	öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit	Sonstige Dienstleister
				Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe								
<b>in jeweiligen Preisen</b>													
Mrd. EUR													
2012	2 475,1	19,1	762,3	563,7	111,1	1 693,7	387,2	116,5	104,4	277,2	264,5	443,8	100,2
2013	2 536,9	20,0	768,9	572,6	113,3	1 748,0	396,3	122,9	104,7	283,6	276,4	460,6	103,5
2014	2 623,1	17,9	795,5	593,6	120,7	1 809,7	407,2	127,5	107,6	291,8	290,2	478,4	107,0
2014 1. Vj	643,0	5,0	191,8	145,5	24,6	446,2	95,2	32,4	26,7	73,6	72,6	118,8	26,8
2. Vj	645,1	5,1	197,8	148,6	30,0	442,2	102,6	30,6	26,9	72,4	69,0	114,9	25,7
3. Vj	669,5	4,2	203,7	152,2	32,6	461,6	104,8	32,8	27,1	74,6	75,8	119,0	27,6
4. Vj	665,5	3,6	202,2	147,3	33,6	459,7	104,5	31,7	26,9	71,2	72,7	125,7	26,9
2015 1. Vj	664,2	3,7	197,9	149,5	25,5	462,6	99,0	33,7	26,9	76,2	75,9	123,2	27,7
2. Vj	670,0	3,9	206,9	155,0	31,6	459,2	107,1	32,0	26,8	75,0	72,2	119,5	26,6
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %													
2012	+ 1,9	- 4,3	+ 2,7	+ 1,4	+ 4,3	+ 1,7	+ 0,0	+ 3,9	+ 2,7	- 1,6	+ 3,3	+ 3,5	+ 1,6
2013	+ 2,5	+ 4,9	+ 0,9	+ 1,6	+ 2,0	+ 3,2	+ 2,3	+ 5,5	+ 0,4	+ 2,3	+ 4,5	+ 3,8	+ 3,2
2014	+ 3,4	- 10,7	+ 3,5	+ 3,7	+ 6,5	+ 3,5	+ 2,8	+ 3,7	+ 2,7	+ 2,9	+ 5,0	+ 3,9	+ 3,4
2014 1. Vj	+ 4,7	- 5,2	+ 6,0	+ 5,7	+ 16,0	+ 4,2	+ 3,4	+ 4,1	+ 3,1	+ 2,9	+ 6,3	+ 4,5	+ 5,3
2. Vj	+ 2,9	- 4,2	+ 2,2	+ 2,4	+ 5,6	+ 3,2	+ 1,7	+ 4,1	+ 3,2	+ 2,7	+ 5,4	+ 3,5	+ 2,9
3. Vj	+ 3,1	- 8,9	+ 3,1	+ 4,0	+ 4,0	+ 3,2	+ 2,1	+ 3,7	+ 3,4	+ 2,8	+ 4,5	+ 3,6	+ 2,6
4. Vj	+ 3,0	- 25,5	+ 2,7	+ 2,7	+ 3,7	+ 3,5	+ 3,8	+ 3,0	+ 1,2	+ 3,2	+ 3,9	+ 3,8	+ 2,9
2015 1. Vj	+ 3,3	- 25,6	+ 3,2	+ 2,8	+ 3,8	+ 3,7	+ 4,0	+ 3,8	+ 0,7	+ 3,5	+ 4,5	+ 3,7	+ 3,4
2. Vj	+ 3,9	- 24,1	+ 4,6	+ 4,3	+ 5,1	+ 3,8	+ 4,4	+ 4,5	- 0,4	+ 3,5	+ 4,6	+ 4,1	+ 3,4
<b>preisbereinigt</b>													
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %													
2012	+ 0,5	+ 5,9	+ 0,2	- 1,5	- 1,2	+ 0,6	+ 2,4	+ 4,1	- 1,7	- 2,3	+ 1,0	+ 0,4	- 0,6
2013	+ 0,3	+ 4,3	+ 0,2	+ 0,9	- 1,2	+ 0,3	- 2,4	+ 6,0	+ 0,5	+ 1,4	+ 0,6	+ 0,6	- 0,9
2014	+ 1,5	+ 7,5	+ 1,8	+ 2,3	+ 2,6	+ 1,3	+ 1,3	+ 2,4	+ 0,6	+ 1,0	+ 2,4	+ 1,0	+ 0,1
2014 1. Vj	+ 2,6	+ 6,9	+ 4,3	+ 4,7	+ 11,6	+ 1,9	+ 2,5	+ 2,4	+ 0,6	+ 1,3	+ 3,0	+ 1,6	+ 0,9
2. Vj	+ 0,9	+ 7,7	+ 0,6	+ 1,0	+ 1,7	+ 1,0	+ 0,6	+ 2,2	+ 1,9	+ 0,9	+ 1,7	+ 0,6	- 0,4
3. Vj	+ 1,3	+ 8,3	+ 1,4	+ 2,3	+ 0,2	+ 1,1	+ 0,7	+ 2,5	- 0,0	+ 1,0	+ 2,6	+ 0,7	- 0,0
4. Vj	+ 1,2	+ 6,8	+ 0,9	+ 1,3	- 0,4	+ 1,4	+ 1,5	+ 2,4	+ 0,2	+ 0,9	+ 2,2	+ 1,2	+ 0,0
2015 1. Vj	+ 1,1	- 1,3	+ 0,8	+ 0,9	- 1,9	+ 1,3	+ 2,0	+ 2,1	+ 0,2	+ 0,8	+ 2,0	+ 0,8	- 0,1
2. Vj	+ 1,6	- 2,1	+ 2,0	+ 2,1	- 0,1	+ 1,5	+ 2,1	+ 2,8	- 1,0	+ 1,0	+ 2,4	+ 1,2	+ 0,1

Im zusammengefassten Wirtschaftsbereich Handel, Verkehr, Gastgewerbe stieg die Bruttowertschöpfung preisbereinigt im zweiten Quartal 2015 um 2,1 % nach 2,0 % im ersten Quartal. Zu diesem Ergebnis trugen der Handel (+ 2,4 % nach + 3,0 %) und das Gastgewerbe (+ 3,6 % nach + 2,9 %) bei. Im Verkehrsbereich dagegen verringerte sich auch im zweiten Quartal die Bruttowertschöpfung, und zwar um 1,8 % (nach - 3,2 % im ersten

Quartal 2015); dies könnte auch auf die Streiks im Luft- und Bahnverkehr zurückzuführen sein. Im Bereich Information und Kommunikation (hierzu gehören beispielsweise das Verlagswesen, die Herstellung von Filmen, die Herstellung und Ausstrahlung von Fernsehprogrammen, die Telekommunikation, Dienstleistungen der Informationstechnologie sowie sonstige Informationsdienstleistungen) stieg die Bruttowertschöpfung preisbereinigt im

zweiten Quartal 2015 um 2,8% nach + 2,1% im ersten Quartal. Bei den Finanz- und Versicherungsdienstleistern war im zweiten Vierteljahr 2015 ein Rückgang um 1,0% zu verzeichnen nach einem Plus von 0,2% im ersten Vierteljahr. Das Grundstücks- und Wohnungswesen erwies sich mit +1,0% im zweiten und +0,8% im ersten Quartal 2015 wiederum als relativ konjunkturunabhängig. Zu diesem zusammengefassten Wirtschaftsbereich gehört auch der funktional abgegrenzte Teilbereich Wohnungsvermietung, der die Nutzung des gesamten Wohnungsbestands (einschließlich der selbstbewohnten Eigentümerwohnungen) mit umfasst.

Die Unternehmensdienstleister, zu denen unter anderem Rechtsanwälte, Architekten, Werbeagenturen, Marktforscher, Fotografen und Veterinäre gehören, trugen sowohl von April bis Juni 2015 (+2,4%) als auch von Januar bis März 2015 (+2,0%) überdurchschnittlich zum gesamtwirtschaftlichen Ergebnis bei. Für den Wirtschaftsbereich „Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit“ ergaben sich in der ersten Jahreshälfte 2015 in den beiden Quartalen vierteljährliche Entwicklungen von +0,8% im ersten Quartal und +1,2% im zweiten Quartal. Bei den aktuellen Berechnungen wird in vielen Dienstleistungsbereichen mangels direkter Output-Angaben ersatzweise auf die Daten zu Erwerbstätigen und geleisteten Arbeitsstunden des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit zurückgegriffen. Mit diesen Informationen werden die Wertschöpfungsgrößen der betreffenden Dienstleistungsbereiche berechnet; dabei wird die aus der Zeitreihe geschätzte Produktivitätsentwicklung in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen als Zuschlag berücksichtigt. In die jetzigen aktuellen Berechnungen sind die neuen Erkenntnisse aus der Auswertung der Umsatzsteuerstatistik für das Jahr 2013 für den Produktionswert sowie der Strukturhebung in den Dienstleistungsbereichen für die Vorleistungen eingeflossen. Allerdings ergab sich daraus diesmal nur in wenigen Bereichen der Bedarf, die in der Fortschreibung zugrunde gelegten bisherigen Produktivitätsansätze anzupassen. Die Sonstigen Dienstleister zeigten im zweiten Quartal 2015 mit +0,1% ein etwas besseres Ergebnis als im ersten Quartal, in dem die wirtschaftliche Leistung um 0,1% zurückgegangen war. Zu diesem recht heterogenen Bereich gehören unter anderem Kunst, Unterhaltung und Erholung, Bibliotheken, Archive, Museen, botanische und zoologische Gärten, Spiel-, Wett- und Lotterier-

wesen, Dienstleister des Sports, der Unterhaltung und der Erholung sowie sonstige Dienstleister und Häusliche Dienste.

Die preisbereinigten Nettogütersteuern (Gütersteuern abzüglich Gütersubventionen) trugen im ersten Quartal 2015 mit einem Plus von 2,2% dazu bei, dass das Bruttoinlandsprodukt etwas stärker (um 0,1 Prozentpunkt) als die Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche (+1,1%) zunahm (siehe Tabelle 4). Im zweiten Quartal 2015 waren die Nettogütersteuern rechnerisch neutral in Bezug auf die Veränderungsrate des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts. Sowohl die Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche als auch das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt erhöhten sich um 1,6%.

Nach den Berechnungen in jeweiligen Preisen (siehe Tabelle 5) erhöhte sich die Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche insgesamt im zweiten Quartal 2015 um 3,9% gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum; im ersten Quartal hatte das Plus 3,3% betragen. In den nominalen Ergebnissen spiegeln sich neben der bereits beschriebenen preisbereinigten Wirtschaftsentwicklung die zurzeit zunehmend wieder leicht aufwärts gerichteten Preisbewegungen in den verschiedenen Branchen und Produktionsstufen wider (zum Beispiel im Großhandel und im Verarbeitenden Gewerbe).

### 3

## Verwendung des Inlandsprodukts

---

Die Verwendungsseite des (preisbereinigten) Bruttoinlandsprodukts zeigt für die erste Jahreshälfte 2015, dass das Wirtschaftswachstum sowohl von der inländischen Verwendung als auch vom Außenbeitrag getragen wird. Positive Impulse kamen vor allem von den privaten und staatlichen Konsumausgaben. Die außenwirtschaftlichen Vorgänge weisen export- und importseitig eine hohe Dynamik auf, wobei insbesondere im zweiten Vierteljahr ein starker Wachstumsbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt erzielt wurde, weil hier die Exportentwicklung deutlich höher als die Importentwicklung war. Auch für die Anlageinvestitionen ergibt sich insgesamt im Vorjahresvergleich eine positive Entwicklung, obwohl die Bauinvestitionen zum Jahresanfang wegen eines witterungsbedingten Basiseffekts aus dem Vorjahr schwächer ausgefallen sind. Der negative Wachstums-

beitrag der Vorratsveränderungen kann auch als Reflex auf die dynamische Exportentwicklung gesehen werden.  
 Grafik 1, Tabelle 6

Die positive Entwicklung des privaten Konsums hat sich in den beiden ersten Quartalen des Jahres 2015 weiter fortgesetzt. Im Vergleich zum jeweiligen Vorquartal stie-

**Grafik 1**

Wichtige volkswirtschaftliche Gr o en im Konjunkturverlauf preisbereinigt, Kettenindex (2010 = 100)



## Bruttoinlandsprodukt in der ersten Jahreshälfte 2015

gen die privaten Konsumausgaben preis-, saison- und kalenderbereinigt im ersten Quartal 2015 um 0,4 % und im zweiten Quartal 2015 um 0,2 %.

Im ersten Quartal 2015 erhöhten sich die privaten Konsumausgaben gegenüber dem Vorjahresquartal in jeweiligen Preisen um 2,7 % und preisbereinigt um

**Tabelle 6**

### Verwendung des Inlandsprodukts

Bruttoinlandsprodukt	Inländische Verwendung										Außenbeitrag (Exporte minus Importe)	Nachrichtlich:	
	insgesamt	Konsumausgaben				Bruttoinvestitionen						Exporte	Importe
		zusammen	private Konsumausgaben	Konsumausgaben des Staates	zusammen	Bruttoanlageinvestitionen			Vorratsveränderungen <sup>3</sup>				
						zusammen	Ausrüstungen <sup>1</sup>	Bauten		sonstige Anlagen <sup>2</sup>			

#### in jeweiligen Preisen

Mrd. EUR

2012	2 754,9	2 587,1	2 056,5	1 533,8	522,7	530,6	555,9	184,9	272,9	98,0	- 25,3	167,7	1 266,9	1 099,2
2013	2 820,8	2 651,4	2 104,6	1 562,7	541,9	546,8	557,3	181,3	277,2	98,8	- 10,5	169,4	1 283,1	1 113,7
2014	2 915,7	2 719,3	2 156,2	1 592,2	564,0	563,1	585,1	189,8	291,8	103,5	- 22,0	196,4	1 333,2	1 136,8
2014 1. Vj	715,9	668,3	516,8	380,4	136,5	151,5	134,0	43,3	65,7	24,9	+ 17,5	47,6	324,7	277,1
2. Vj	716,9	668,6	532,8	395,8	137,0	135,9	148,3	47,2	75,7	25,4	- 12,4	48,2	327,8	279,6
3. Vj	742,5	696,4	543,9	405,3	138,7	152,4	150,8	45,6	79,4	25,8	+ 1,7	46,1	336,7	290,5
4. Vj	740,4	686,0	562,7	410,8	151,9	123,3	152,1	53,7	70,9	27,5	- 28,8	54,4	344,0	289,6
2015 1. Vj	739,1	683,4	532,2	390,5	141,7	151,2	137,1	45,2	65,8	26,1	+ 14,1	55,7	341,8	286,1
2. Vj	743,4	681,9	548,4	406,4	142,0	133,6	152,9	48,7	77,6	26,6	- 19,3	61,5	355,5	294,0

#### Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum

in %

											in Mrd. EUR	in %		
2012	+ 1,9	+ 0,6	+ 2,8	+ 2,6	+ 3,4	- 6,9	+ 1,5	- 1,8	+ 3,3	+ 2,8	- 47,2	+ 35,6	+ 4,6	+ 1,8
2013	+ 2,4	+ 2,5	+ 2,3	+ 1,9	+ 3,7	+ 3,0	+ 0,3	- 2,0	+ 1,6	+ 0,9	+ 14,7	+ 1,7	+ 1,3	+ 1,3
2014	+ 3,4	+ 2,6	+ 2,5	+ 1,9	+ 4,1	+ 3,0	+ 5,0	+ 4,7	+ 5,2	+ 4,8	- 11,5	+ 27,0	+ 3,9	+ 2,1
2014 1. Vj	+ 4,5	+ 4,1	+ 2,5	+ 2,1	+ 3,8	+ 9,7	+ 10,8	+ 8,5	+ 15,6	+ 3,2	+ 0,3	+ 4,9	+ 3,8	+ 2,6
2. Vj	+ 2,8	+ 2,6	+ 2,4	+ 1,7	+ 4,5	+ 3,3	+ 3,9	+ 4,4	+ 3,3	+ 4,9	- 1,2	+ 3,1	+ 2,2	+ 1,5
3. Vj	+ 2,9	+ 1,3	+ 2,1	+ 1,5	+ 4,1	- 1,7	+ 3,1	+ 4,0	+ 1,8	+ 5,6	- 7,1	+ 12,2	+ 4,8	+ 1,1
4. Vj	+ 3,2	+ 2,4	+ 2,8	+ 2,3	+ 4,0	+ 0,9	+ 3,1	+ 2,6	+ 2,7	+ 5,4	- 3,5	+ 6,8	+ 4,7	+ 3,1
2015 1. Vj	+ 3,2	+ 2,3	+ 3,0	+ 2,7	+ 3,8	- 0,2	+ 2,3	+ 4,2	+ 0,2	+ 4,8	- 3,5	+ 8,1	+ 5,2	+ 3,2
2. Vj	+ 3,7	+ 2,0	+ 2,9	+ 2,7	+ 3,7	- 1,7	+ 3,1	+ 3,2	+ 2,5	+ 4,8	- 6,9	+ 13,3	+ 8,4	+ 5,2

#### preisbereinigt

#### Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum

in %

Wachstumsbeitrag<sup>4</sup> in %

2012	+ 0,4	- 1,0	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,3	- 8,2	- 0,4	- 2,6	+ 0,5	+ 1,3	- 1,6	+ 1,4	+ 2,8	- 0,3
2013	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,8	+ 1,5	- 1,3	- 2,3	- 1,1	- 0,3	+ 0,6	- 0,5	+ 1,6	+ 3,1
2014	+ 1,6	+ 1,3	+ 1,1	+ 0,9	+ 1,7	+ 2,0	+ 3,5	+ 4,5	+ 2,9	+ 3,1	- 0,3	+ 0,4	+ 4,0	+ 3,7
2014 1. Vj	+ 2,6	+ 2,6	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,1	+ 8,5	+ 8,9	+ 8,4	+ 12,3	+ 1,9	+ 0,2	+ 0,2	+ 4,4	+ 4,7
2. Vj	+ 1,0	+ 1,1	+ 0,9	+ 0,6	+ 1,9	+ 1,9	+ 2,2	+ 4,5	+ 0,5	+ 3,2	- 0,1	- 0,1	+ 2,7	+ 3,3
3. Vj	+ 1,2	+ 0,0	+ 0,8	+ 0,5	+ 1,8	- 2,6	+ 1,8	+ 3,8	- 0,0	+ 3,7	- 0,9	+ 1,1	+ 4,7	+ 2,4
4. Vj	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,6	+ 2,0	+ 0,3	+ 1,9	+ 2,3	+ 1,1	+ 3,7	- 0,3	+ 0,2	+ 4,4	+ 4,6
2015 1. Vj	+ 1,2	+ 1,5	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,3	- 1,3	+ 0,9	+ 3,9	- 1,7	+ 2,7	- 0,5	- 0,1	+ 4,5	+ 5,6
2. Vj	+ 1,6	+ 0,8	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,9	- 3,2	+ 1,8	+ 3,0	+ 0,8	+ 2,7	- 1,0	+ 0,9	+ 6,6	+ 5,6

1 Einschließlich militärischer Waffensysteme.

2 Geistiges Eigentum sowie Nutztiere und Nutzpflanzen.

3 Und Nettozugang an Wertsachen.

4 Wachstumsbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt in Prozentpunkten.

2,3%. Aufgrund von Preisr uckg ngen bei Kraftstoffen und Heiz ol betrug die Preissteigerung im ersten Quartal 2015 lediglich 0,4%. Den stärksten Zuwachs bei den Konsumausgaben der privaten Haushalte verzeichnete der Bereich „ ubrige Verwendungszwecke“. In jeweiligen Preisen konsumierten die privaten Haushalte hier 3,7% mehr als im Vorjahreszeitraum. Insbesondere die darin enthaltenen Konsumausgaben für Gastgewerbe und Gesundheitswesen erhöhten sich deutlich. Unterdurchschnittlich entwickelten sich hingegen die Konsumausgaben für Verkehr und Nachrichtenübermittlung. Aufgrund gesunkener Kraftstoffpreise nahmen die Konsumausgaben hier in jeweiligen Preisen um lediglich 1,5% zu. [Tabelle 7](#)

Die privaten Konsumausgaben stiegen im zweiten Quartal 2015 in jeweiligen Preisen ebenfalls um 2,7%. Preis-

bereinigt erhöhten sie sich um 1,8% bei einer Preissteigerung von 0,8%. Wie im ersten Quartal konsumierten die privaten Haushalte vor allem mehr Güter und Dienstleistungen im Bereich „ ubrige Verwendungszwecke“. In jeweiligen Preisen stieg der Konsum hier zum Vorjahresquartal um 3,5%. Grund für diese deutliche Zunahme sind ebenfalls die Teilbereiche Gastgewerbe und Gesundheitswesen. Die Konsumausgaben der privaten Haushalte für Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe erhöhten sich in jeweiligen Preisen hingegen nur um 1,8%. Hier wirkten sich die gesunkenen Preise für Heiz ol dämpfend aus.

Die Konsumausgaben des Staates hatten in beiden Quartalen des ersten Halbjahres 2015 positiven Einfluss auf die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts. Im Vergleich zum jeweiligen Vorquartal stiegen die Konsum-

**Tabelle 7**  
Private Konsumausgaben

	Insgesamt	Konsumausgaben der privaten Haushalte						Konsumausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck	Private Konsumausgaben je Einwohner	
		zusammen	darunter Käufe nach Verwendungszwecken <sup>1</sup>							
			Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	Verkehr, Nachrichtenübermittlung	Freizeit, Unterhaltung und Kultur	�ubrige Verwendungszwecke <sup>2</sup>			
<b>in jeweiligen Preisen</b>										
	Mrd. EUR								EUR	
2012	1 533,8	1 490,4	193,1	355,9	250,1	137,9	513,9	43,4	18 724	
2013	1 562,7	1 517,5	198,0	365,3	249,9	139,8	522,5	45,3	19 033	
2014	1 592,2	1 544,0	202,2	365,5	254,0	142,5	538,0	48,1	19 332	
2014	1. Vj	380,4	368,3	46,6	93,4	59,6	33,9	127,9	12,1	4 623
	2. Vj	395,8	383,8	51,8	88,8	65,7	35,0	133,0	12,0	4 808
	3. Vj	405,3	393,3	50,8	89,4	65,9	35,3	135,2	11,9	4 920
	4. Vj	410,8	398,7	53,1	93,9	62,7	38,4	141,9	12,1	4 980
2015	1. Vj	390,5	378,0	47,8	95,4	60,5	34,9	132,5	12,5	4 723
	2. Vj	406,4	393,9	52,8	90,4	67,3	35,9	137,8	12,5	4 908
<b>Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %</b>										
2012	+ 2,6	+ 2,5	+ 2,4	+ 2,7	+ 1,2	+ 0,8	+ 2,9	+ 4,5	+ 2,4	
2013	+ 1,9	+ 1,8	+ 2,6	+ 2,6	- 0,1	+ 1,3	+ 1,7	+ 4,2	+ 1,7	
2014	+ 1,9	+ 1,8	+ 2,1	+ 0,1	+ 1,6	+ 2,0	+ 3,0	+ 6,4	+ 1,6	
2014	1. Vj	+ 2,1	+ 1,9	+ 1,3	- 1,3	+ 3,3	+ 2,6	+ 3,7	+ 6,9	+ 1,7
	2. Vj	+ 1,7	+ 1,5	+ 4,3	- 0,4	- 0,3	+ 1,5	+ 2,5	+ 7,0	+ 1,3
	3. Vj	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,5	+ 2,4	+ 5,9	+ 1,2
	4. Vj	+ 2,3	+ 2,2	+ 1,6	+ 0,6	+ 2,5	+ 2,2	+ 3,3	+ 5,8	+ 2,0
2015	1. Vj	+ 2,7	+ 2,7	+ 2,6	+ 2,2	+ 1,5	+ 2,9	+ 3,7	+ 3,1	+ 2,2
	2. Vj	+ 2,7	+ 2,6	+ 1,9	+ 1,8	+ 2,4	+ 2,7	+ 3,5	+ 4,2	+ 2,1

1 Käufe der privaten Haushalte im Inland.

2 Bekleidung, Schuhe, Einrichtungsgegenstände, Geräte für den Haushalt, Beherbergung und Gastst ttendienstleistungen, Gesundheitspflege, Bildungswesen, Körperpflege, persönliche Gebrauchsgegenstände und Dienstleistungen.

# Bruttoinlandsprodukt in der ersten Jahreshälfte 2015

## Konsumausgaben des Staates

		Ursprungswerte		Saison- und kalenderbereinigte Werte <sup>1</sup>	
		in jeweiligen Preisen	preisbereinigt	preisbereinigt	Wachstumsbeiträge <sup>2</sup>
		Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal		Veränderung gegenüber dem Vorquartal	
		%		Prozentpunkte	
2014	1. Vj	+ 3,8	+ 1,1	+ 0,4	+ 0,1
	2. Vj	+ 4,5	+ 1,9	+ 0,6	+ 0,1
	3. Vj	+ 4,1	+ 1,8	+ 0,6	+ 0,1
	4. Vj	+ 4,0	+ 2,0	+ 0,5	+ 0,1
2015	1. Vj	+ 3,8	+ 2,3	+ 0,6	+ 0,1
	2. Vj	+ 3,7	+ 1,9	+ 0,3	+ 0,1

1 Nach Census X-12-ARIMA.  
2 Zum preisbereinigten Bruttoinlandsprodukt.

ausgaben des Staates preis-, saison- und kalenderbereinigt im ersten Quartal 2015 um 0,6% und im zweiten Quartal 2015 um 0,3%.

Grundlage dieser Ergebnisse sind die Berechnungen zu den Konsumausgaben des Staates in jeweiligen Preisen,

die im ersten Quartal 2015 um +3,8% und im zweiten Quartal um +3,7% im Vorjahresvergleich anstiegen. Nach Herausrechnung der Preisentwicklung ergibt sich ein preisbereinigter Anstieg der staatlichen Konsumausgaben im Vorjahresvergleich von +2,3% im ersten Quartal 2015 und +1,9% im zweiten Quartal 2015 (siehe Tabelle 6). Bei der Interpretation dieser preisbereinigten Angaben ist darauf hinzuweisen, dass im zweiten Quartal 2014 die Konsumausgaben überdurchschnittlich gestiegen waren (Basiseffekt). [↘ Tabelle 8](#)

Die Konsumausgaben des Staates in jeweiligen Preisen errechnen sich als Summe der Aufwendungen für soziale Sachleistungen (insbesondere Ausgaben für Arztleistungen, Krankenhausleistungen, Medikamente, Zahnersatz, Kuren, Unterbringung in Pflegeheimen) und der Aufwendungen für die Produktion staatlicher Leistungen im Rahmen der Nichtmarktproduktion des Staates (insbesondere Arbeitnehmerentgelt und Vorleistungen) abzüglich der Einnahmen aus den Verkäufen dieser Leistungen sowie der Produktion für die Eigenverwendung.

**Tabelle 8**

## Konsumausgaben des Staates

	Insgesamt (Sp. 2 + 3 – 5 – 6 + 7)	Vorleistungen	Bruttowertschöpfung <sup>1</sup>		Verkäufe von Waren und Dienstleistungen	Produktion für die Eigen- verwendung	Soziale Sachleistungen			
			zusammen	darunter: Arbeitnehmer- entgelt			zusammen	Gebiets- körperschaften	Sozialver- sicherungen	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	
Mrd. EUR										
2012	522,7	121,7	264,3	209,8	65,1	13,4	215,2	29,7	185,5	
2013	541,9	124,6	272,3	215,4	67,7	14,3	227,1	31,7	195,4	
2014	564,0	127,8	280,1	221,2	69,1	14,8	240,1	33,7	206,4	
2014	1. Vj	136,5	28,5	67,7	53,2	15,5	3,3	59,0	8,2	50,8
	2. Vj	137,0	29,9	67,9	53,2	16,6	3,5	59,3	8,0	51,3
	3. Vj	138,7	31,5	68,1	53,3	17,3	3,5	60,0	8,6	51,4
	4. Vj	151,9	38,0	76,4	61,6	19,7	4,4	61,7	8,9	52,8
2015	1. Vj	141,7	29,4	69,4	54,3	16,0	3,4	62,2	8,9	53,3
	2. Vj	142,0	30,8	69,8	54,7	17,4	3,6	62,4	8,5	53,9
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %										
2012	+ 3,4	+ 6,2	+ 2,5	+ 2,0	+ 1,5	+ 8,0	+ 2,6	+ 3,5	+ 2,5	
2013	+ 3,7	+ 2,3	+ 3,0	+ 2,7	+ 3,9	+ 6,5	+ 5,5	+ 6,7	+ 5,3	
2014	+ 4,1	+ 2,6	+ 2,9	+ 2,7	+ 2,1	+ 3,2	+ 5,7	+ 6,3	+ 5,6	
2014	1. Vj	+ 3,8	+ 2,3	+ 3,3	+ 3,2	+ 6,8	+ 0,9	+ 5,7	+ 6,0	+ 5,7
	2. Vj	+ 4,5	+ 1,7	+ 2,9	+ 2,7	- 2,6	+ 2,7	+ 5,4	+ 5,1	+ 5,5
	3. Vj	+ 4,1	+ 3,0	+ 2,7	+ 2,5	+ 1,2	+ 2,4	+ 5,3	+ 4,1	+ 5,5
	4. Vj	+ 4,0	+ 3,1	+ 2,5	+ 2,4	+ 3,5	+ 6,0	+ 6,4	+ 10,0	+ 5,8
2015	1. Vj	+ 3,8	+ 3,4	+ 2,5	+ 2,2	+ 3,1	+ 3,5	+ 5,5	+ 8,5	+ 5,0
	2. Vj	+ 3,7	+ 3,2	+ 2,8	+ 2,8	+ 5,0	+ 3,4	+ 5,2	+ 6,6	+ 5,0

1 Geleistetes Arbeitnehmerentgelt, Abschreibungen, geleistete sonstige Produktionsabgaben abzüglich empfangene sonstige Subventionen.

Im zweiten Quartal 2015 stellte der Staat den privaten Haushalten 5,2% mehr soziale Sachleistungen zur Verfugung, nach +5,5% im ersten Quartal 2015. Neben der Honorarerhohung fur niedergelassene Ärzte, die die Konsumausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung erhoheten, erweiterte die gesetzliche Pflegeversicherung aufgrund des ersten Pflegestarkungsgesetzes ab 1. Januar 2015 ihre Leistungen an Pflegebedurftige und ihre Angehorigen.

Fur die in der Nichtmarktproduktion des Staates eingesetzten Arbeitnehmer/-innen erhohete sich – vor allem aufgrund verschiedener Tarifierhohungen – das Arbeitnehmerentgelt, und zwar um 2,2% im ersten Quartal 2015 und um 2,8% im zweiten Quartal 2015. Zu nennen sind hier die Anhebung der Besoldung der Bundesbeamten um 2,2% und der Tarifentgelte bei Bund, Gemeinden und Sozialversicherung um 2,4% ab Marz 2015 sowie der Zuwachs der Entgelte der Arbeitnehmer/-innen der Lander um etwas uber 2,0% ab Marz 2015. Allerdings erfolgte die zeitnahe ubertragung des Tarifabschlusses auf die Besoldung jener Beamten, die bei Landern und Gemeinden beschaftigt sind, nur in wenigen Landern (Bayern, Rheinland-Pfalz, Sachsen). In den ubrigen Bundeslandern erfolgte sie entweder nur bis zu einer bestimmten Besoldungsstufe, nicht in voller Hohة, zeitverzogert oder gar nicht.

Spurbar gestiegen sind die Kaufe des Staates an Vorleistungsgutern fur die Nichtmarktproduktion, und zwar um 3,4% im ersten Quartal 2015 und um 3,2% im zweiten Quartal 2015. Dafur verantwortlich war unter anderem die Bereitstellung zusatzlicher Kapazitaten durch den Staat im Bildungswesen (Tageseinrichtungen fur Kinder, Hochschulen) infolge gesteigener Studierendenzahlen und des Rechtsanspruchs auf Kinderbetreuung ab dem vollendeten ersten Lebensjahr seit dem 1. August 2013. Die Verkaufe des Staates aus Nichtmarktproduktion stiegen mit 3,1% im ersten Quartal 2015 und 5,0% im zweiten Quartal 2015 kraftig an, die Produktion fur die Eigenverwendung, die vor allem aus selbsterstellter Forschung und Entwicklung besteht, erhohete sich mit 3,5% im ersten Quartal 2015 und 3,4% im zweiten Quartal 2015 merklich.

Die Bruttoanlageinvestitionen setzen sich aus den Ausrustungs- und den Bauinvestitionen zusammen sowie aus den sonstigen Anlagen, die uberwiegend aus Investitionen in geistiges Eigentum bestehen. Nachdem sie

bereits im Berichtsjahr 2014 um 5,0% in jeweiligen Preisen zugenommen hatten, entwickelten sich die Bruttoanlageinvestitionen auch im ersten Quartal 2015 mit +2,3% und mit +3,1% im zweiten Quartal 2015 positiv. Ursache dafur ist das stabile Investitionsengagement der nichtstaatlichen Sektoren (+2,7% im ersten Quartal 2015 und +3,7% im zweiten Quartal 2015), denn die Bruttoanlageinvestitionen des Staates gingen um 0,9% (erstes Quartal) und 1,9% (zweites Quartal) in beiden Vierteljahren 2015 zuruck. Allerdings ist der – durch die staatlichen Bauinvestitionen bestimmte – Ruckgang im ersten Quartal im Hinblick auf die außerordentlich hohen Zuwachse des Vorjahreszeitraums eher als Konsolidierung anzusehen und die Schwache im zweiten Quartal resultiert vorwiegend aus ausgepragten Schwankungen der staatlichen Investitionen in militarische Waffensysteme (im Rahmen der staatlichen Ausrustungsinvestitionen). Motor der Investitionsentwicklung waren vor allem im ersten Vierteljahr 2015 die nunmehr seit sieben Quartalen robust ansteigenden Ausrustungsinvestitionen. Das trifft auch zu, wenn die Preiserhohungen fur Investitionsguter aus den Wachstumsraten herausgerechnet werden, denn im Gegensatz zu den beiden Vorjahren waren im Berichtsjahr 2014 und in der ersten Halfte des Jahres 2015 auch die preisbereinigten Veranderungsraten der Bruttoanlageinvestitionen fur die Gesamtwirtschaft (sowie darunter fur die nichtstaatlichen Sektoren) positiv; im Jahr 2014 nahmen sie demnach gesamtwirtschaftlich um 3,5% und in den vorliegenden Quartalen 2015 um 0,9% (erstes Quartal) und 1,8% (zweites Quartal) zu. Dies ist nicht zuletzt auf den geringen Preisanstieg bei den Ausrustungsgutern zuruckzufuhren. Bei den Bauinvestitionen war hingegen ein sehr viel starkerer Preisauftrieb zu beobachten, durch den die preisbereinigte Veranderungsrate des ersten Quartals 2015 bei –1,7% liegt im Vergleich zum leichten Wachstum um 0,2% in jeweiligen Preisen.

#### ▸ Tabelle 9

Bei den Ausrustungsinvestitionen schließt sich an die uberwiegend rucklaufige Entwicklung in den Jahren 2012 und 2013 eine bis jetzt anhaltende Erholungsphase mit vierteljahrlichen Wachstumsraten zwischen 2,6% und 8,5% in jeweiligen Preisen an, die dazu fuhrte, dass in den ersten beiden Vierteljahren 2015 mit 45,2 Milliarden Euro (erstes Quartal) und 48,7 Milliarden Euro (zweites Quartal) das Niveau des zweitbesten Vorkrisenjahres 2007 erreicht wurde. Nur im ersten Halbjahr 2008

# Bruttoinlandsprodukt in der ersten Jahreshälfte 2015

**Tabelle 9**

## Bruttoanlageinvestitionen

	Bruttoanlageinvestitionen			Ausrüstungsinvestitionen			Bauinvestitionen			Sonstige Anlagen <sup>1</sup>		
	insgesamt	nicht staatliche Sektoren	Staat	zusammen <sup>2</sup>	nicht staatliche Sektoren	Staat <sup>2</sup>	zusammen	nicht staatliche Sektoren	Staat	zusammen	nicht staatliche Sektoren	Staat
<b>in jeweiligen Preisen</b>												
Mrd. EUR												
2012	555,9	493,8	62,0	184,9	172,0	13,0	272,9	239,6	33,4	98,0	82,3	15,7
2013	557,3	493,9	63,4	181,3	168,8	12,4	277,2	242,8	34,5	98,8	82,3	16,5
2014	585,1	521,7	63,4	189,8	179,6	10,2	291,8	255,7	36,0	103,5	86,4	17,2
2014 1. Vj	134,0	121,7	12,2	43,3	41,7	1,6	65,7	58,9	6,9	24,9	21,2	3,8
2. Vj	148,3	132,4	15,9	47,2	44,8	2,3	75,7	66,1	9,5	25,4	21,4	4,0
3. Vj	150,8	134,2	16,6	45,6	43,4	2,2	79,4	69,1	10,3	25,8	21,7	4,1
4. Vj	152,1	133,4	18,7	53,7	49,6	4,1	70,9	61,7	9,3	27,5	22,1	5,3
2015 1. Vj	137,1	125,0	12,1	45,2	43,5	1,7	65,8	59,3	6,6	26,1	22,2	3,9
2. Vj	152,9	137,3	15,6	48,7	46,8	1,9	77,6	68,0	9,5	26,6	22,5	4,1
<b>Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %</b>												
2012	+ 1,5	+ 1,5	+ 0,9	- 1,8	- 2,4	+ 6,9	+ 3,3	+ 4,4	- 3,8	+ 2,8	+ 2,1	+ 6,9
2013	+ 0,3	+ 0,0	+ 2,2	- 2,0	- 1,8	- 4,1	+ 1,6	+ 1,3	+ 3,2	+ 0,9	- 0,0	+ 5,4
2014	+ 5,0	+ 5,6	- 0,1	+ 4,7	+ 6,4	- 17,8	+ 5,2	+ 5,3	+ 4,5	+ 4,8	+ 5,0	+ 3,7
2014 1. Vj	+ 10,8	+ 10,4	+ 15,3	+ 8,5	+ 9,2	- 6,0	+ 15,6	+ 14,1	+ 30,5	+ 3,2	+ 3,2	+ 3,4
2. Vj	+ 3,9	+ 4,2	+ 1,6	+ 4,4	+ 4,7	- 0,7	+ 3,3	+ 3,5	+ 1,5	+ 4,9	+ 5,2	+ 3,0
3. Vj	+ 3,1	+ 4,6	- 7,3	+ 4,0	+ 7,4	- 36,4	+ 1,8	+ 2,3	- 1,5	+ 5,6	+ 6,2	+ 2,3
4. Vj	+ 3,1	+ 4,1	- 3,1	+ 2,6	+ 4,7	- 17,1	+ 2,7	+ 3,2	- 0,4	+ 5,4	+ 5,3	+ 5,6
2015 1. Vj	+ 2,3	+ 2,7	- 0,9	+ 4,2	+ 4,3	+ 3,3	+ 0,2	+ 0,7	- 4,0	+ 4,8	+ 5,1	+ 2,9
2. Vj	+ 3,1	+ 3,7	- 1,9	+ 3,2	+ 4,3	- 17,5	+ 2,5	+ 2,9	- 0,1	+ 4,8	+ 5,1	+ 3,0
<b>preisbereinigt</b>												
<b>Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %</b>												
2012	- 0,4	- 0,3	- 1,2	- 2,6	- 3,2	+ 5,8	+ 0,5	+ 1,6	- 6,6	+ 1,3	+ 0,4	+ 6,0
2013	- 1,3	- 1,6	+ 0,3	- 2,3	- 2,1	- 4,7	- 1,1	- 1,3	+ 0,8	- 0,3	- 1,1	+ 3,6
2014	+ 3,5	+ 4,1	- 1,6	+ 4,5	+ 6,2	- 18,1	+ 2,9	+ 2,9	+ 2,7	+ 3,1	+ 3,4	+ 1,8
2014 1. Vj	+ 8,9	+ 8,5	+ 13,1	+ 8,4	+ 9,1	- 6,5	+ 12,3	+ 10,7	+ 27,5	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,6
2. Vj	+ 2,2	+ 2,5	- 0,1	+ 4,5	+ 4,8	- 1,2	+ 0,5	+ 0,6	- 0,4	+ 3,2	+ 3,6	+ 1,2
3. Vj	+ 1,8	+ 3,3	- 8,7	+ 3,8	+ 7,2	- 36,7	- 0,0	+ 0,4	- 3,0	+ 3,7	+ 4,4	+ 0,3
4. Vj	+ 1,9	+ 2,8	- 4,5	+ 2,3	+ 4,3	- 17,4	+ 1,1	+ 1,5	- 1,7	+ 3,7	+ 3,6	+ 3,8
2015 1. Vj	+ 0,9	+ 1,2	- 2,1	+ 3,9	+ 3,9	+ 3,4	- 1,7	- 1,3	- 5,5	+ 2,7	+ 2,9	+ 1,5
2. Vj	+ 1,8	+ 2,4	- 3,1	+ 3,0	+ 4,0	- 17,6	+ 0,8	+ 1,2	- 1,6	+ 2,7	+ 2,9	+ 1,5

<sup>1</sup> Geistiges Eigentum sowie Nutztiere und Nutzpflanzen.

<sup>2</sup> Einschließlich militärischer Waffensysteme.

lagen die Ausrüstungsinvestitionen um 4,4 Milliarden Euro oder knapp 5 % höher. Das aktuelle Wachstum ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass nach bisherigem Kenntnisstand in der gut ausgelasteten deutschen Ausrüstungsgüterproduktion zwar in traditionell hohem Maße exportiert wurde, aber zugleich auch eine lebhaftere Importentwicklung bei den Ausrüstungsgütern vorlag. Zudem fielen gegenüber der starken Investitionstätigkeit der nichtstaatlichen Sektoren die deutlich fallenden staatlichen Ausrüstungskäufe kaum ins Gewicht, da der

Staatsanteil an den Ausrüstungsinvestitionen bei lediglich etwa 5 % liegt. Er enthält in hohem Anteil die Investitionen in militärische Waffensysteme.

Angesichts der derzeit stabilen Ausrüstungsgüterpreise unterscheiden sich die preisbereinigten Veränderungs-raten nur um Nuancen von den zuvor beschriebenen Werten, sodass auch preisbereinigt eine deutliche Zunahme der Ausrüstungsinvestitionen abzulesen ist, die erkennbar über den Veränderungs-raten des Brutto-

inlandsprodukts liegt. Betrachtet man die preis-, saison- und kalenderbereinigten Veränderungsraten gegenüber dem jeweiligen Vorquartal, so entwickeln sich die Ausrüstungsinvestitionen ebenfalls noch positiv: Im letzten Vierteljahr 2014 betrug der Anstieg 2,6% und in den beiden Quartalen des Berichtsjahres 2015 lagen die Veränderungsraten bei +1,9% und +0,1%. Es bleibt abzuwarten, ob diese Trendabschw chung in einen Abschwung mündet, der die Diskussion über eine „deutsche Investitionslücke“ erneut stimulieren könnte.

Die Bauinvestitionen sind seit dem zweiten Quartal 2013 mit Ausnahme einer Stagnation im dritten Quartal 2014 und einem Rückgang im ersten Quartal 2015 preisbereinigt im Vergleich zum Vorjahresquartal gewachsen. Der Rückgang im ersten Quartal 2015 um 1,7% gegenüber dem ersten Quartal 2014 vollzog sich über alle Bauarten und ist durch den außerordentlich milden Winter 2014 beeinflusst, der zu einer zweifelhaften Wachstumsrate der Bauinvestitionen im ersten Quartal 2014 geführt hatte. Am geringsten war der Rückgang im Wohnungsbau mit 0,7%, die Investitionen im öffentlichen Bau sanken um 6,3% am stärksten und die im gewerblichen Bau moderat um 2,3%. Bezieht man die Käufe und Verkäufe von gebrauchten Bauten mit ein, nahmen die Bauinvestitionen des Staates insgesamt um 5,5% und die der nichtstaatlichen Sektoren um 1,3% ab. Im zweiten Quartal 2015 konnten die Bauinvestitionen insgesamt wieder preisbereinigt um 0,8% gegenüber dem zweiten Quartal des Vorjahres zulegen. Das ist aber allein dem Wohnungsbau zu verdanken, der mit +2,9% wieder kräftig wuchs, während sowohl der öffentliche Bau als auch der gewerbliche Bau wiederum Rückgänge um 1,0% beziehungsweise 2,8% im Jahresvergleich zu verzeichnen hatten. Das reale Wachstum der Bauinvestitionen der nichtstaatlichen Sektoren um 1,2% im zweiten Quartal resultiert also allein aus dem Wohnungsbau. Alle anderen Bausparten, sowohl öffentliche als auch gewerbliche Hoch- und Tiefbauten, hatten preisbereinigt Rückgänge im Jahresvergleich in beiden Berichtsquartalen zu verzeichnen.

Die gegenüber dem Vorjahr leicht schlechtere, im langjährigen Vergleich aber relativ gute Witterungslage im ersten Quartal 2015 schlug sich auch auf die preis-, saison- und kalenderbereinigten Werte nieder. Im Vorquartalsvergleich sind die nach dem Standardverfahren Census X-12-ARIMA bereinigten Bauinvestitionen im ersten Quartal um 1,8% gestiegen und im zweiten

Quartal um 1,2% gesunken. Demgegenüber zeigt das stärker glättende Berliner Verfahren, Version 4.1 (BV4.1) die umgekehrte Tendenz an: Einen leichten Rückgang im ersten Quartal um 0,2% und ein Wachstum im zweiten Quartal um 0,6%. Eine solche entgegengesetzte Richtung der Entwicklung zeigten die beiden Verfahren in 6 der letzten 18 Quartale, das heißt in einem Drittel der F lle, für die stark witterungsabhängigen Bauinvestitionen an. Deshalb muss man bei der Interpretation der saison- und kalenderbereinigten, aber eben nicht speziell witterungsbereinigten Vorquartalsentwicklungen bei den Bauinvestitionen immer auch die spezifischen Witterungsbedingungen im Winter berücksichtigen. Mit Zuwachsraten von 2,0% (erstes Quartal) und 1,7% (zweites Quartal) gegenüber den entsprechenden Vorjahreszeitr umen stiegen die Baupreise in den ersten beiden Quartalen des Jahres 2015 weiter an, wenngleich der Anstieg moderater als in den Jahren 2013 und 2014 ausfiel.

Die Sonstigen Anlagen setzten sich nach den Schätzungen des Statistischen Bundesamtes im Jahr 2014 zu rund 72% aus Investitionen in Forschung und Entwicklung, zu etwa 23% aus Softwareinvestitionen und zu ungefähr 5% aus Investitionen in Urheberrechte zusammen; die ebenfalls hier einzubeziehenden Investitionen in Nutztiere und Nutzpflanzungen sowie in Suchbohrungen sind relativ unbedeutend. Knapp ein Fünftel der Investitionen in Sonstige Anlagen wird vom Staat getätigt.

 ber die unterjährige Entwicklung der Sonstigen Anlagen und die Ergebnisse am aktuellen Rand der Zeitreihe liegen keine statistisch abgesicherten Informationen vor; eine Interpretation der Berechnungsergebnisse sollte sich daher auf längere Zeiträume beziehen: Auf die stetigen Zuwächse der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre im 5%-Bereich und die konjunkturbedingte Stagnation in den Jahren 2002 und 2003 folgten bis zum Jahr 2008 Konsolidierungstendenzen mit positiven und auf die ehemalige Größenordnung zunehmenden Veränderungsraten. Im Krisenjahr 2009 gingen die Investitionen in Sonstige Anlagen nicht wie die übrigen Investitionskategorien zurück, sondern stiegen in jeweiligen Preisen schwach um 0,3% an, weil die staatliche Investitionsaktivit t unvermindert fortlief. Und bereits im Folgejahr 2010 wurde erneut ein insgesamt stabiler Wachstumspfad eingeschlagen; der höchste Anstieg war im Berichtsjahr 2011 mit +7,8% und der geringste im

## Bruttoinlandsprodukt in der ersten Jahreshälfte 2015

Jahr 2013 mit +0,9% in jeweiligen Preisen zu verzeichnen. Für das Jahr 2014 wird derzeit ein Zuwachs von 4,8% geschätzt. Preisbereinigt liegen die Veränderungsraten um 1 bis 2 Prozentpunkte unter jenen in jeweiligen Preisen, woraus für die Berichtsjahre 2012 und 2014 Zuwächse um 1,3% und 3,1% resultieren und sich für das Jahr 2013 ein leichter Rückgang um 0,3% ergibt, der den in diesem Jahr schwächeren nichtstaatlichen Investitionen in Forschung und Entwicklung geschuldet ist.

Der Außenbeitrag (Exporte abzüglich Importe von Waren und Dienstleistungen in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen) erhöhte sich im ersten Quartal 2015 gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum in jeweiligen Preisen um 8,1 Milliarden Euro auf 55,7 Milliarden Euro. Im zweiten Quartal 2015 wurden Güter im Wert von 61,5 Milliarden Euro mehr aus- als eingeführt, sodass der Außenbeitrag im Vorjahresvergleich um 13,3 Milliarden Euro anstieg. [↘ Tabelle 10](#)

**Tabelle 10**  
Exporte und Importe

	Exporte			Importe			Außenbeitrag (Exporte minus Importe)
	insgesamt	Waren	Dienstleistungen	insgesamt	Waren	Dienstleistungen	
<b>in jeweiligen Preisen</b>							
Mrd. EUR							
2012	1 266,9	1 071,0	196,0	1 099,2	871,0	228,2	167,7
2013	1 283,1	1 078,5	204,7	1 113,7	868,2	245,6	169,4
2014	1 333,2	1 118,5	214,7	1 136,8	888,4	248,4	196,4
2014 1. Vj	324,7	274,8	50,0	277,1	221,3	55,9	47,6
2. Vj	327,8	274,9	52,9	279,6	220,0	59,6	48,2
3. Vj	336,7	282,7	54,0	290,5	221,4	69,1	46,1
4. Vj	344,0	286,1	57,9	289,6	225,7	63,8	54,4
2015 1. Vj	341,8	288,5	53,3	286,1	228,1	58,0	55,7
2. Vj	355,5	298,6	56,9	294,0	230,6	63,4	61,5
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum							
in %							
2012	+ 4,6	+ 4,0	+ 8,0	+ 1,8	+ 0,5	+ 7,3	+ 35,6
2013	+ 1,3	+ 0,7	+ 4,4	+ 1,3	- 0,3	+ 7,6	+ 1,7
2014	+ 3,9	+ 3,7	+ 4,9	+ 2,1	+ 2,3	+ 1,2	+ 27,0
2014 1. Vj	+ 3,8	+ 3,2	+ 7,5	+ 2,6	+ 3,4	- 0,2	+ 4,9
2. Vj	+ 2,2	+ 1,6	+ 5,4	+ 1,5	+ 2,0	- 0,4	+ 3,1
3. Vj	+ 4,8	+ 5,2	+ 2,9	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,1	+ 12,2
4. Vj	+ 4,7	+ 4,8	+ 4,2	+ 3,1	+ 2,8	+ 4,0	+ 6,8
2015 1. Vj	+ 5,2	+ 5,0	+ 6,7	+ 3,2	+ 3,1	+ 3,8	+ 8,1
2. Vj	+ 8,4	+ 8,6	+ 7,7	+ 5,2	+ 4,8	+ 6,4	+ 13,3
<b>preisbereinigt</b>							
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum							
in %							
2012	+ 2,8	+ 2,4	+ 4,8	- 0,3	- 1,4	+ 4,0	+ 1,4
2013	+ 1,6	+ 1,3	+ 2,9	+ 3,1	+ 2,2	+ 6,4	- 0,5
2014	+ 4,0	+ 4,2	+ 3,1	+ 3,7	+ 4,7	+ 0,2	+ 0,4
2014 1. Vj	+ 4,4	+ 4,3	+ 5,3	+ 4,7	+ 6,3	- 1,1	+ 0,2
2. Vj	+ 2,7	+ 2,6	+ 3,5	+ 3,3	+ 4,7	- 1,5	- 0,1
3. Vj	+ 4,7	+ 5,3	+ 1,4	+ 2,4	+ 3,0	+ 0,1	+ 1,1
4. Vj	+ 4,4	+ 4,7	+ 2,6	+ 4,6	+ 5,0	+ 3,0	+ 0,2
2015 1. Vj	+ 4,5	+ 4,5	+ 4,3	+ 5,6	+ 6,6	+ 2,0	- 0,1
2. Vj	+ 6,6	+ 7,0	+ 4,5	+ 5,6	+ 5,8	+ 4,6	+ 0,9

1 Wachstumsbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt.

Die Exportentwicklung wies im ersten Quartal 2015 deutlich positive Veränderungsraten auf (nominal +5,2%, preisbereinigt +4,5%) und stieg im zweiten Quartal 2015 nochmals (nominal +8,4%, preisbereinigt +6,6%). Auch bei den Zuwachsraten der Importe konnte ein deutlicher Anstieg im ersten Quartal 2015 beobachtet werden (nominal +3,2%, preisbereinigt +5,6%), ebenso wie im zweiten Quartal 2015 (nominal +5,2%, preisbereinigt +5,6%). Da die Importpreise in beiden Quartalen 2015 zurückgingen (–2,3% im ersten Quartal, –0,4% im zweiten Quartal), und die Exportpreise anstiegen (+0,7% im ersten Quartal, +1,7% im zweiten Quartal), verbesserten sich die Terms of Trade, das heißt das Verhältnis der Entwicklung von Export- zu Importpreisen, im Vorjahresvergleich deutlich, und zwar um +3,1% im ersten Quartal 2015 und um +2,1% im zweiten Quartal 2015. Bei den Preisangaben ist zu beachten, dass es sich hier um konzeptionell modifizierte Ergebnisse im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen handelt und nicht um die originären Ergebnisse der Preisstatistiken (sogenannte Verpaaschung von Laspeyres-Indizes).

Der im grenzüberschreitenden Warenverkehr erwirtschaftete nominale Exportüberschuss stieg im ersten Quartal 2015 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 6,9 Milliarden Euro auf 60,4 Milliarden Euro. Im zweiten Quartal 2015 erhöhte er sich im Vorjahresvergleich deutlich um 13,0 Milliarden Euro auf 67,9 Milliarden Euro. Der nominale – traditionell negative – Saldo im grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehr verbesserte sich im ersten Quartal 2015 um 1,2 Milliarden Euro (im Vorjahresvergleich) auf –4,7 Milliarden Euro. Im zweiten Quartal verbesserte er sich im Vergleich mit dem Vorjahresquartal um 0,3 Milliarden Euro auf –6,5 Milliarden Euro.

**Exporte abzüglich Importe von Waren und Dienstleistungen in jeweiligen Preisen**

		Waren	Dienstleistungen	Zusammen	Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal
		Mrd. EUR			
2014	1. Vj	+ 53,5	– 5,9	+ 47,6	+ 4,9
	2. Vj	+ 55,0	– 6,7	+ 48,2	+ 3,1
	3. Vj	+ 61,3	– 15,2	+ 46,1	+ 12,2
	4. Vj	+ 60,3	– 5,9	+ 54,4	+ 6,8
2015	1. Vj	+ 60,4	– 4,7	+ 55,7	+ 8,1
	2. Vj	+ 67,9	– 6,5	+ 61,5	+ 13,3

Der Anstieg der preisbereinigten Exporte insgesamt im ersten Quartal 2015 um 4,5% beruhte auf dem Anstieg der Warenexporte um 4,5% und dem Anstieg der Dienstleistungsexporte um 4,3% (jeweils gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal). Im zweiten Quartal 2015 stiegen die Exporte preisbereinigt insgesamt mit 6,6% sehr kräftig an, wobei die Warenexporte um 7,0% und die Dienstleistungsexporte um 4,5% zunahmen (jeweils verglichen mit dem Vorjahresquartal). Die preisbereinigten Importe insgesamt erhöhten sich im ersten und im zweiten Quartal 2015 gleichermaßen um 5,6% (gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal). Dabei stiegen die Warenimporte im ersten Quartal 2015 im Vergleich zum Vorjahresquartal mit 6,6% deutlich stärker als die Dienstleistungsimporte mit +2,0%. Im zweiten Quartal 2015 war bei den Warenimporten eine Zunahme um 5,8% und bei den Dienstleistungsimporten eine Zunahme um 4,6% zu verzeichnen (verglichen mit dem entsprechenden Vorjahresquartal).

Eine regionale Untergliederung der Warenausfuhren und -einfuhren liefern die Ergebnisse der Außenhandelsstatistik (Spezialhandelsstatistik) für das erste Halbjahr 2015 in jeweiligen Preisen. Zu dem kräftigen Anstieg der Warenausfuhren im Zeitraum Januar bis Juni 2015 trugen sowohl die Warenausfuhren in die EU-Länder bei (mit +6,1%) als auch die Warenausfuhren in Drittländer (Länder außerhalb der EU), die mit +8,2% sogar noch stärker zugenommen haben. Der Anteil der Ausfuhren in Drittländer an den gesamten deutschen Warenausfuhren betrug knapp 42%.

Auch bei den Wareneinfuhren zeigt sich nach der Außenhandelsstatistik im ersten Halbjahr 2015 eine ähnliche Entwicklung bei regionaler Untergliederung: Die Wareneinfuhren aus Drittländern haben mit +3,8% einen stärkeren Anstieg zu verzeichnen als die Wareneinfuhren aus den Ländern der EU mit +2,6% (jeweils verglichen mit dem Zeitraum Januar bis Juni 2014). Der Anteil an den Wareneinfuhren aus den Ländern der EU beträgt fast 66% und ist damit ähnlich hoch wie bei den Warenausfuhren.

4

## Gesamtwirtschaftliche Einkommen und Vermögensbildung, Verteilung des Volkseinkommens

Im ersten Halbjahr 2015 hat sich das Bruttonational-einkommen in jeweiligen Preisen, das als umfassende gesamtwirtschaftliche Einkommensgröße angesehen wird, mit +3,3% gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum nicht ganz so stark erhöht wie das Bruttoinlandsprodukt (+3,5%). Die Ursache liegt in den per saldo empfangenen grenzüberschreitenden Primäreinkommen, die mit +22,0 Milliarden Euro etwas niedriger lagen als im ersten Halbjahr 2014 (+23,4 Milliarden Euro). [↘ Tabelle 11](#)

Wie die Übersicht „Grenzüberschreitende Primäreinkommen“ zeigt, werden Entwicklung und Niveau der grenzüberschreitenden Primäreinkommen von den Vermögenseinkommen geprägt. Im ersten Halbjahr 2015 sind die aus der übrigen Welt empfangenen Vermögenseinkommen im Vorjahresvergleich um 3,9% gestiegen. Die an die übrige Welt geleisteten Vermögenseinkommen sind mit +6,9% stärker angestiegen. Größte Einzelposition der grenzüberschreitenden Vermögenseinkommen sind die Zinsen. Sie stellen fast die Hälfte der grenzüberschreitenden Vermögenseinkommen. Die aus dem Ausland empfangenen Zinsen lagen im ersten Halbjahr um gut 2% unter dem Wert des Vorjahreszeitraumes, die an das Ausland gezahlten Zinsen reduzierten sich um 1,5%. Bei den Zinsströmen ist zu beachten, dass in den VGR die auf Kredite und Einlagen von Nichtbanken bei Banken gezahlten beziehungsweise empfangenen Zinsen um Finanzserviceleistungen der Banken bereinigt sind und somit nicht den tatsächlichen Zinsen entsprechen. Neben den Zinsen bestimmen die Ausschüttungen von Unternehmen im Besitz von Gebietsfremden an ihre Eigner Niveau und Entwicklung der grenzüberschreitenden Vermögenseinkommen. Während sich die aus dem Ausland empfangenen Ausschüttungen um 18% erhöh-

### Grenzüberschreitende Primäreinkommen

	1. Hj 2015	Veränderung gegenüber 1. Hj 2014
	Mrd. EUR	%
Primäreinkommen aus der übrigen Welt	97,5	+ 3,9
Arbeitnehmerentgelt	6,2	+ 4,2
Vermögenseinkommen	91,1	+ 3,9
Subventionen	0,1	+ 8,2
Primäreinkommen an die übrige Welt	75,4	+ 7,1
Arbeitnehmerentgelt	4,4	+ 4,8
Vermögenseinkommen	68,6	+ 6,9
Produktions- und Importabgaben	2,4	+ 17,7

überschreitenden Vermögenseinkommen. Die aus dem Ausland empfangenen Zinsen lagen im ersten Halbjahr um gut 2% unter dem Wert des Vorjahreszeitraumes, die an das Ausland gezahlten Zinsen reduzierten sich um 1,5%. Bei den Zinsströmen ist zu beachten, dass in den VGR die auf Kredite und Einlagen von Nichtbanken bei Banken gezahlten beziehungsweise empfangenen Zinsen um Finanzserviceleistungen der Banken bereinigt sind und somit nicht den tatsächlichen Zinsen entsprechen. Neben den Zinsen bestimmen die Ausschüttungen von Unternehmen im Besitz von Gebietsfremden an ihre Eigner Niveau und Entwicklung der grenzüberschreitenden Vermögenseinkommen. Während sich die aus dem Ausland empfangenen Ausschüttungen um 18% erhöh-

**Tabelle 11**  
Einkommen, Vermögensbildung, Transaktionen mit der übrigen Welt

	Bruttoinlandsprodukt	Primäreinkommen <sup>1</sup>	Bruttonationaleinkommen	Abschreibungen	Nettonationaleinkommen	Laufende Transfers <sup>1</sup>	Verfügbares Einkommen	Konsumausgaben	Sparen	Vermögens-transfers <sup>1</sup>	Nettoinvestitionen	Finanzierungs-saldo	Nachrichtlich: Außenbeitrag
Mrd. EUR													
2012	2 754,9	+ 65,5	2 820,4	492,2	2 328,2	- 35,4	2 292,8	2 056,5	236,2	+ 0,0	+ 38,4	197,9	+ 167,7
2013	2 820,8	+ 61,2	2 882,0	505,1	2 377,0	- 42,8	2 334,2	2 104,6	229,5	+ 0,3	+ 41,7	188,2	+ 169,4
2014	2 915,7	+ 66,8	2 982,4	517,8	2 464,7	- 37,0	2 427,7	2 156,2	271,5	+ 1,6	+ 45,3	227,8	+ 196,4
2014 1. Hj	1 432,8	+ 23,4	1 456,1	257,5	1 198,6	- 21,0	1 177,6	1 049,6	128,0	+ 1,3	+ 29,8	99,5	+ 95,8
2. Hj	1 482,9	+ 43,4	1 526,3	260,2	1 266,1	- 15,9	1 250,2	1 106,6	143,5	+ 0,2	+ 15,5	128,3	+ 100,5
2015 1. Hj	1 482,5	+ 22,0	1 504,5	264,3	1 240,3	- 23,4	1 216,9	1 080,6	136,3	- 0,8	+ 20,5	115,0	+ 117,2
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %													
2012	+ 1,9	X	+ 1,8	+ 3,5	+ 1,4	X	+ 1,3	+ 2,8	- 9,6	X	- 59,2	X	X
2013	+ 2,4	X	+ 2,2	+ 2,6	+ 2,1	X	+ 1,8	+ 2,3	- 2,8	X	+ 8,6	X	X
2014	+ 3,4	X	+ 3,5	+ 2,5	+ 3,7	X	+ 4,0	+ 2,5	+ 18,3	X	+ 8,7	X	X
2014 1. Hj	+ 3,7	X	+ 3,7	+ 2,8	+ 3,9	X	+ 4,1	+ 2,4	+ 20,1	X	+ 56,8	X	X
2. Hj	+ 3,1	X	+ 3,3	+ 2,3	+ 3,5	X	+ 3,9	+ 2,5	+ 16,8	X	- 31,7	X	X
2015 1. Hj	+ 3,5	X	+ 3,3	+ 2,6	+ 3,5	X	+ 3,3	+ 3,0	+ 6,5	X	- 31,4	X	X

1 Von der übrigen Welt (Saldo).

ten, haben sich die an das Ausland geleisteten Ausschüttungen nur wenig verändert (+ 2 %). Hinzu kommen sonstige Kapitalerträge, zu denen Kapitalerträge aus Versicherungen, von privaten Alterssicherungssystemen und aus Investmentfonds zählen, und die reinvestierten Gewinne, bei denen es sich um im Ausland direkt wieder angelegte Gewinne aus dortigen Investitionen handelt. Von den genannten Gr o en haben sich lediglich die reinvestierten Gewinne ausländischer Eigner von in Deutschland ansässigen Unternehmen, die im Vorjahresvergleich stark anstiegen, spürbar geändert. Gerade bei der Analyse der grenzüberschreitenden Vermögens-einkommen ist allerdings zu beachten, dass es sich um vorläufige Ergebnisse handelt. In der Vergangenheit kam es häufig zu deutlichen Korrekturen bei verbesserten Informationen der den Daten zugrunde liegenden Zahlungsbilanzstatistik.

Bei den grenzüberschreitenden Arbeitseinkommen der Ein- und Auspendler sowie den geleisteten Produktionsabgaben an die Institutionen der EU und den von dort empfangenen Subventionen kam es gleichfalls zu Veränderungen im Vorjahresvergleich. Aufgrund der quantitativ geringen Bedeutung dieser beiden Gr o en fallen deren Änderungen allerdings in der Gesamtgr o e grenzüberschreitende Primäreinkommen kaum ins Gewicht.

Das Nettonationaleinkommen, das dem Bruttonationaleinkommen minus der Abschreibungen entspricht, erhöhte sich um 3,5 % (siehe Tabelle 11). Die auf den in Wiederbeschaffungspreisen bewerteten Kapitalstock bezogenen Abschreibungen sind im ersten Halbjahr 2015 um 2,6 % im Vergleich zum ersten Halbjahr 2014 gestiegen. Der üblicherweise negative Saldo der laufenden Transfers gegenüber der übrigen Welt lag mit – 23,4 Milliarden Euro etwas mehr im Minus als in den ersten sechs Monaten des Vorjahres (– 21,0 Milliarden Euro). Im Ergebnis ergibt sich ein Anstieg des verfügbaren Einkommens der gesamten Volkswirtschaft um 3,3 % in der ersten Jahreshälfte. Ursachen für die per saldo an die übrige Welt geleisteten laufenden Transfers sind vor allem die an den Haushalt der EU gezahlten Eigenmittel auf der Grundlage des Bruttonationaleinkommens und des Mehrwertsteueraufkommens in Höhe von zusammen 17,6 Milliarden Euro. Hinzu kommen Heimat berweisungen und Unterstützungszahlungen privater Haushalte an das Ausland sowie per saldo geleistete monetäre Sozialleistungen an im Ausland lebende Deut-

sche und andere ehemals in Deutschland beschäftigte Personen.

Da sich die gesamtwirtschaftlichen Konsumausgaben (+ 3,0 %) etwas schwächer als das verfügbare Einkommen erhöhten, stieg das Sparen der gesamten Volkswirtschaft im ersten Halbjahr 2015 um 6,5 % auf 136,3 Milliarden Euro. Die Konsumausgaben der privaten Haushalte einschließlich der der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck nahmen um 2,7 % zu, die Konsumausgaben des Staates einschließlich der gesetzlichen Sozialversicherungen haben sich um 3,8 % erhöht.

Die Nettoinvestitionen, die sich aus den Bruttoinvestitionen abzüglich der Abschreibungen errechnen, lagen mit 20,5 Milliarden Euro unter dem Niveau der ersten Jahreshälfte des Vorjahres (29,8 Milliarden Euro). Der gesamtwirtschaftliche Finanzierungssaldo, der die Nettogeldverm gensbildung gegenüber dem Ausland anzeigt, ist im ersten Halbjahr 2015 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum von 99,5 Milliarden Euro auf jetzt 115,0 Milliarden Euro gestiegen. Bestimmt wird der gesamtwirtschaftliche Finanzierungssaldo von dem seit mehr als 20 Jahren einen  berschuss aufweisenden grenzüberschreitenden Waren- und Dienstleistungsverkehr (Außenbeitrag: + 117,2 Milliarden Euro im ersten Halbjahr 2015). Wie schon in den letzten Jahren lagen auch diesmal die per saldo empfangenen Primäreinkommen in der ersten Jahreshälfte im Plus (22,0 Milliarden Euro) und die per saldo empfangenen laufenden Transfers im Minus (– 23,4 Milliarden Euro). Die quantitativ weniger bedeutenden empfangenen abzüglich der geleisteten Vermögenstransfers wiesen einen leichten Rückgang auf (– 0,8 Milliarden Euro).

Mit + 3,6 % ist das Volkseinkommen, das der Summe der Erwerbs- und Vermögenseinkommen der inländischen Wirtschaftseinheiten entspricht, etwas stärker gestiegen als das Nettonationaleinkommen (+ 0,1 Prozentpunkt). Ursache hierfür ist der vergleichsweise geringe Anstieg der an den Staat geleisteten Produktions- und Importabgaben abzüglich der vom Staat gezahlten Subventionen im ersten Halbjahr 2015 (+ 2,3 %). Das Volkseinkommen ergibt sich aus dem Nettonationaleinkommen minus dem Saldo aus diesen Zahlungen. [↗ Tabelle 12](#)

Das Arbeitnehmerentgelt ist im ersten Halbjahr 2015 um 3,6 % auf 736,4 Milliarden Euro gestiegen. Die Zunahme

**Tabelle 12**  
Verteilung des Volkseinkommens

	Nettonational- einkommen	Produktions- und Import- abgaben abzüg- lich Subventio- nen <sup>1</sup>	Volkseinkommen			Nachrichtlich: Lohnquote (Spalte 4 in % von Spalte 3)
			insgesamt	Arbeitnehmer- entgelt (Inländer)	Unternehmens- und Vermögens- einkommen	
	1	2	3	4	5	6
Mrd. EUR						
2012	2 328,2	276,5	2 051,7	1 391,5	660,2	67,8
2013	2 377,0	280,3	2 096,6	1 430,8	665,8	68,2
2014	2 464,7	288,5	2 176,2	1 485,3	690,9	68,3
2014 1. Hj	1 198,6	142,6	1 056,0	710,7	345,3	67,3
2. Hj	1 266,1	145,9	1 120,2	774,5	345,6	69,1
2015 1. Hj	1 240,3	145,9	1 094,3	736,4	357,9	67,3
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %						
2012	+ 1,4	+ 3,3	+ 1,2	+ 3,9	- 4,1	X
2013	+ 2,1	+ 1,4	+ 2,2	+ 2,8	+ 0,9	X
2014	+ 3,7	+ 2,9	+ 3,8	+ 3,8	+ 3,8	X
2014 1. Hj	+ 3,9	+ 2,6	+ 4,1	+ 3,9	+ 4,6	X
2. Hj	+ 3,5	+ 3,2	+ 3,5	+ 3,7	+ 3,0	X
2015 1. Hj	+ 3,5	+ 2,3	+ 3,6	+ 3,6	+ 3,7	X

<sup>1</sup> Vom Staat empfangene Abgaben beziehungsweise vom Staat gezahlte Subventionen.

des Arbeitnehmerentgelts ist sowohl auf höhere Durchschnittslöhne als auch auf eine größere Arbeitnehmerzahl zurückzuführen und spiegelt die insgesamt gute Konjunktur- und Arbeitsmarktlage wider.

Die Lohnquote, die den Anteil des Arbeitnehmerentgelts am Volkseinkommen misst, lag in der ersten Jahreshälfte 2015 bei 67,3 % und damit auf dem gleichen Niveau wie im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres.

Die Unternehmens- und Vermögenseinkommen stiegen im ersten Halbjahr 2015 gegenüber dem ersten Halbjahr 2014 um 3,7 % auf 357,9 Milliarden Euro (siehe Tabelle 12). Die Unternehmens- und Vermögenseinkommen haben sich somit im ersten Halbjahr 2015 weitgehend ähnlich wie das Arbeitnehmerentgelt entwickelt, wie schon in der Gesamtbetrachtung des Jahres 2014. Bei der Interpretation der Unternehmens- und Vermögenseinkommen ist allerdings zu berücksichtigen, dass sie als Saldo aus dem Volkseinkommen und dem Arbeitnehmerentgelt berechnet werden und als Restgröße vielen unterschiedlichen Einflüssen unterliegen. Beachtet werden sollte auch, dass ein Teil der Vermögenseinkommen den privaten Haushalten zufließt.

Das Arbeitnehmerentgelt setzt sich aus den Bruttolöhnen und -gehältern und den Sozialbeiträgen der Arbeit-

geber zusammen. Tabelle 13 zeigt, dass die Bruttolöhne und -gehälter um rund 21,5 Milliarden Euro beziehungsweise 3,7 % höher waren als im ersten Halbjahr 2014. Die positive Entwicklung der Bruttolöhne und -gehälter in den zurückliegenden Halbjahren hat sich damit fortgesetzt und lag im ersten Halbjahr 2015 im Rahmen der Veränderungsrate des Vorjahres. Die Entwicklung der Lohnsumme in der ersten Hälfte des Jahres 2015 ist auf einen Anstieg der durchschnittlichen Bruttolöhne und -gehälter um 2,9 % und auf eine Zunahme der Arbeitnehmerzahl um rund 0,8 % zurückzuführen. Der Zuwachs der durchschnittlichen Bruttolöhne und -gehälter war mit +3,2 % im zweiten Quartal 2015 stärker als im ersten Quartal 2015, für das ein Plus von 2,6 % ermittelt wurde. Die Tariflöhne waren nach den bislang vorliegenden Informationen in der ersten Jahreshälfte 2015 um etwa 2,2 % höher als im Vorjahreszeitraum, sodass sich eine positive Lohndrift ergibt. [↘ Tabelle 13](#)

Den höchsten Anstieg der durchschnittlichen Bruttolöhne und -gehälter verzeichnete der Wirtschaftszweig Information und Kommunikation; die in diesem Bereich beschäftigten Arbeitnehmer/-innen erhielten im ersten Halbjahr 2015 im Durchschnitt 6,0 % höhere Löhne und Gehälter als im ersten Halbjahr 2014. Vergleichsweise hohe Einkommenszuwächse gab es auch

**Tabelle 13**

**Arbeitnehmerentgelt (Inländer)**

	Arbeitnehmerentgelt	Sozialbeiträge der Arbeitgeber <sup>1</sup>	Bruttolöhne und -gehälter	Abzüge der Arbeitnehmer insgesamt	Sozialbeiträge	Lohnsteuer <sup>2</sup>	Nettolöhne und -gehälter
Mrd. EUR							
2012	1 391,5	258,1	1 133,5	375,7	197,5	178,2	757,8
2013	1 430,8	262,5	1 168,3	388,6	201,7	186,9	779,7
2014	1 485,3	271,6	1 213,7	405,6	209,3	196,3	808,1
2014 1. Hj	710,7	131,6	579,2	197,0	101,4	95,5	382,2
2. Hj	774,5	140,0	634,5	208,6	107,9	100,7	425,9
2015 1. Hj	736,4	135,7	600,7	206,8	105,0	101,9	393,9
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %							
2012	+ 3,9	+ 2,8	+ 4,1	+ 4,6	+ 3,4	+ 5,9	+ 3,9
2013	+ 2,8	+ 1,7	+ 3,1	+ 3,4	+ 2,1	+ 4,9	+ 2,9
2014	+ 3,8	+ 3,5	+ 3,9	+ 4,4	+ 3,8	+ 5,0	+ 3,6
2014 1. Hj	+ 3,9	+ 3,5	+ 4,0	+ 4,4	+ 3,8	+ 5,1	+ 3,7
2. Hj	+ 3,7	+ 3,5	+ 3,8	+ 4,3	+ 3,7	+ 5,0	+ 3,6
2015 1. Hj	+ 3,6	+ 3,2	+ 3,7	+ 5,0	+ 3,5	+ 6,6	+ 3,1

1 Tatsächliche und unterstellte Sozialbeiträge. Zu den unterstellten Sozialbeiträgen gehören insbesondere Beiträge für die Altersversorgung der Beamten und ähnliches.

2 Ohne Lohnsteuer auf Pensionen.

für die Beschäftigten bei Unternehmensdienstleistern (+4,5 %) sowie für die Arbeitnehmer/-innen im Bereich Grundstücks- und Wohnungswesen mit +4,7 %. Im Produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) erhielten die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Durchschnitt 2,8 % mehr Lohn und Gehalt als im ersten Halbjahr 2014. In den übrigen Wirtschaftsbereichen lag die Zuwachsrate der durchschnittlichen Bruttolöhne und -gehälter zwischen 1,4 % im Bereich Finanz- und Versicherungsdienstleister und 3,3 % im Wirtschaftszweig Sonstige Dienstleistungen. In den meisten Wirtschaftsbereichen verlief die Entwicklung der durchschnittlichen Bruttolöhne und -gehälter im zweiten Quartal 2015 besser als im ersten Vierteljahr. Ausnahmen bildeten einzelne Dienstleistungsbereiche (Finanz- und Versicherungsdienstleister, Grundstücks- und Wohnungswesen sowie Unternehmensdienstleister), bei denen das erste Quartal 2015 höhere Zuwächse aufweist.

Die Zahl der im Inland beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist in den ersten sechs Monaten des Jahres 2015 um 0,8 % auf rund 38,3 Millionen Personen gestiegen. Einen signifikanten Zuwachs verzeichnete insbesondere der Bereich Unternehmensdienstleister (+2,4 %). In den übrigen Wirtschaftszweigen lag ein moderater Beschäftigungsaufbau gegenüber dem ersten Halbjahr 2014 vor, mit Veränderungsraten von

+0,1 % bei den Sonstigen Dienstleistern bis +1,0 % im Bereich Grundstücks- und Wohnungswesen. Zwei Bereiche wiesen einen Beschäftigungsrückgang auf, Information und Kommunikation (–2,1 %) und die Finanz- und Versicherungsdienstleister (–0,2 %).

Die Lohnstückkosten setzen das Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer beziehungsweise je Arbeitnehmerstunde in Relation zur Arbeitsproduktivität. Das gestiegene Arbeitnehmerentgelt sowohl je Arbeitnehmer (+2,5 %) als auch je Arbeitnehmerstunde (+2,4 %) hat trotz des Zuwachses in der Arbeitsproduktivität dazu geführt, dass im ersten Halbjahr 2015 die Lohnstückkosten nach dem Personenkonzept um +1,9 % und nach dem Stundenkonzept um +1,8 % gestiegen sind. Die Arbeitsproduktivität, die das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen beziehungsweise je geleisteter Erwerbstätigenstunde misst, ist im Vergleich zur ersten Jahreshälfte 2014 gestiegen, und zwar um jeweils 0,9 % je Erwerbstätigen beziehungsweise je Erwerbstätigenstunde.

Die Sozialbeiträge der Arbeitgeber waren in den ersten sechs Monaten des Jahres 2015 um +3,2 %, die Sozialbeiträge der Arbeitnehmer um +3,5 % höher als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum (siehe Tabelle 13). Die Zuwachsraten entsprechen etwa dem Niveau des Jahres 2014. Der Zuwachs der Sozialbeiträge hat sich

somit gegenüber der Veränderung im ersten Halbjahr 2014 etwas abgeschwächt, wie es schon bei der Veränderungsrate der Bruttolöhne und -gehälter zu beobachten war. Die Veränderungsraten für das erste Halbjahr 2015 liegen für die Sozialbeiträge der Arbeitgeber, die Sozialbeiträge der Arbeitnehmer sowie die Bruttolöhne und -gehälter um jeweils 0,3 Prozentpunkte niedriger als im ersten Halbjahr 2014. Die Änderung sozialversicherungsrechtlicher Regelungen zu den Beitragssätzen der Gesetzlichen Sozialversicherung hat im betrachteten Zeitraum kaum Auswirkungen gezeigt. So haben sich die Absenkung des Beitragssatzes zur Gesetzlichen Rentenversicherung von 18,9% auf 18,7% zum Jahresanfang 2015, die Änderungen bei der Gesetzlichen Krankenversicherung, deren durchschnittlicher Beitragssatz einschließlich Zusatzbeitrag um durchschnittlich 0,1% auf 15,4% zurückgegangen ist, und die Anhebung des Beitrags zur Gesetzlichen Pflegeversicherung um 0,3 Prozentpunkte weitgehend gegenseitig kompensiert.

Zieht man von den Bruttolöhnen und -gehältern die Sozialbeiträge der Arbeitnehmer und die Lohnsteuer der Arbeitnehmer ab – letztere war im Berichtszeitraum um 6,6% höher als im ersten Halbjahr 2014 –, so ergeben sich die Nettolöhne und -gehälter. Sie waren um 11,7 Milliarden Euro beziehungsweise 3,1% höher als im gleichen Vorjahreszeitraum, die Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer beziehungsweise je Arbeitnehmerin stiegen um 2,3%.

## 5

### Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte und dessen Verwendung

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte ist im ersten Halbjahr 2015 nominal um 2,9% gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum gestiegen. [↘ Tabelle 14 auf Seite 96](#) Wird berücksichtigt, dass der in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ermittelte Preisindex der privaten Konsumausgaben im ersten Halbjahr 2015 eine Preiserhöhung bei den privaten Konsumausgaben um lediglich 0,6% anzeigt, sind die realen Einkommen um 2,3% gestiegen. Zu beachten ist, dass zu den privaten Haushalten in der Abgrenzung der VGR auch private Organisationen ohne Erwerbszweck zählen, die privaten Haushalten Leistungen anbieten,

wie Sport- und Kulturvereine, kirchliche Einrichtungen, Parteien und Arbeitnehmervertretungen. Quantitativ sind diese bezogen auf das Aggregat verfügbares Einkommen jedoch von geringer Bedeutung.

Bei den einzelnen Komponenten des verfügbaren Einkommens erhöhten sich die Nettolöhne und -gehälter mit +3,1% im Vorjahresvergleich überdurchschnittlich. Die Einkommen aus unternehmerischer Tätigkeit einschließlich der per saldo empfangenen Vermögenseinkommen vor Abzug von Steuern sind um 2,8% gestiegen.

Die von den Haushalten empfangenen monetären Sozialleistungen lagen vor Abzug von Abgaben auf Sozialleistungen um 4,1% über dem Vorjahresniveau. Mit einem Anteil von 60% an den monetären Sozialleistungen sind die Geldleistungen der gesetzlichen Sozialversicherungen die größte Position. Im Vorjahresvergleich erhöhten sich die monetären Leistungen der gesetzlichen Sozialversicherungen insgesamt an private Haushalte um 4,3%. Die Zahlungen der gesetzlichen Rentenversicherung stellen mit einem Anteil von 84% die weitaus größte Position der monetären Leistungen aus den gesetzlichen Sozialversicherungen dar. Sie fielen im Vorjahresvergleich um 4,7% höher aus. Mit +8,2% sind die Krankengeldzahlungen der gesetzlichen Krankenkassen und die monetären Leistungen der gesetzlichen Pflegeversicherung vergleichsweise stark angestiegen. Die nichtmonetären Sozialleistungen der gesetzlichen Krankenkassen zählen nicht zum verfügbaren Einkommen privater Haushalte nach dem Ausgabenkonzept, sondern sind Bestandteil der sozialen Sachleistungen der Sozialversicherungen und so im Konsum des Staates enthalten (siehe hierzu auch Kapitel 3 zum Staatskonsum). Aufgrund sinkender Arbeitslosenzahlen haben sich die Auszahlungen der Arbeitslosenversicherung (ALG I) gegenüber dem Vorjahr reduziert (-2,4%).

Die anderen Sozialleistungen, die zusammen rund 40% der monetären Sozialleistungen ausmachten, lagen im ersten Halbjahr 2015 um rund 4% über dem Vorjahreswert. Zu den anderen Sozialleistungen gehören Sozialleistungen aus privaten Sicherungssystemen (+0,7%), öffentliche Pensionen und Beihilfen (+4,7%) und andere staatliche Sozialleistungen (+5,9%), wie Sozialhilfe, Grundsicherung für Arbeitsuchende, Kindergeld und Wohngeld.

Da sich im ersten Halbjahr 2015 die Abgaben auf Sozialleistungen mit +3,6% geringer erhöhten als die emp-

**Tabelle 14**

**Zusammensetzung und Verwendung des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte<sup>1</sup>**

	Nettolöhne und -gehälter	Betriebsüberschuss/Selbständigeneinkommen und Saldo der Vermögenseinkommen	Monetäre Sozialleistungen	Abzüglich		Verfügbares Einkommen	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	Private Konsumausgaben	Sparen (Sp. 6 + 7 – 8)	Nachrichtlich: Sparquote (Sp. 9 in % von Sp. 6 + 7)
				Abgaben auf Sozialleistungen <sup>2</sup>	Saldo der geleisteten und empfangenen sonstigen laufenden Transfers <sup>3</sup>					
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
	Mrd. EUR									%
2012	757,8	569,2	480,7	84,2	81,1	1 642,4	47,9	1 533,8	156,5	9,3
2013	779,7	570,7	492,1	86,3	84,5	1 671,8	48,1	1 562,7	157,1	9,1
2014	808,1	569,7	505,6	88,4	84,8	1 710,1	49,6	1 592,2	167,6	9,5
2014 1. Hj	382,2	297,8	251,9	43,5	41,3	847,1	24,5	776,1	95,5	11,0
2. Hj	425,9	271,9	253,7	44,9	43,5	863,0	25,1	816,0	72,1	8,1
2015 1. Hj	393,9	306,3	262,3	45,0	45,5	871,9	25,0	796,9	100,0	11,1
<b>Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum</b>										
	in %			in Mrd. EUR			in %			
2012	+ 3,9	+ 0,9	+ 1,3	+ 0,1	+ 5,8	+ 2,1	+ 5,5	+ 2,6	- 1,0	X
2013	+ 2,9	+ 0,3	+ 2,4	+ 2,1	+ 3,4	+ 1,8	+ 0,3	+ 1,9	+ 0,4	X
2014	+ 3,6	- 0,2	+ 2,7	+ 2,1	+ 0,3	+ 2,3	+ 3,3	+ 1,9	+ 6,7	X
2014 1. Hj	+ 3,7	- 0,3	+ 1,7	+ 0,3	- 1,5	+ 2,2	+ 3,3	+ 1,9	+ 5,2	X
2. Hj	+ 3,6	- 0,0	+ 3,8	+ 1,8	+ 1,9	+ 2,4	+ 3,3	+ 1,9	+ 8,6	X
2015 1. Hj	+ 3,1	+ 2,8	+ 4,1	+ 1,6	+ 4,2	+ 2,9	+ 1,9	+ 2,7	+ 4,7	X

1 Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

2 Dazu zählen Beiträge des Staates für Empfänger sozialer Leistungen, Eigenbeiträge der Empfänger sozialer Leistungen, Lohnsteuer auf Pensionen.

3 Dazu zählen veranlagte Einkommenssteuer, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag, Vermögenssteuer, geleistete Nettoprämien für Schadensversicherungen, Transfers an die übrige Welt; empfangene Schadensversicherungsleistungen, verbrauchsnahe Steuern und staatliche Gebühren.

fangenen Sozialleistungen vor Abzug von Steuern und Sozialbeiträgen (+ 4,1 %), sind die monetären Sozialleistungen nach Abzug dieser beiden Positionen um 4,2 % gestiegen. Zu den Abgaben auf Sozialleistungen zählen die Eigenbeiträge der Empfänger sozialer Leistungen – von großer Bedeutung sind hier die Beiträge zur Kranken- und zur Pflegeversicherung der Rentner – sowie die Lohnsteuer auf Pensionen. Die Abgaben auf Sozialleistungen umfassen ferner die Sozialbeiträge, die von den gesetzlichen Sozialversicherungen für Empfänger sozialer Leistungen abgeführt werden. Dazu gehören die Beiträge der Arbeitslosenversicherung für Arbeitslose und die Beiträge der Rentenversicherung für Rentner an die gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung.

Ebenfalls einkommensmindernd ist der Saldo der empfangenen minus der geleisteten sonstigen laufenden Transfers privater Haushalte. Diese per saldo geleisteten Zahlungen privater Haushalte waren im ersten Halbjahr 2015 mit 45,5 Milliarden Euro gut 4 Milliarden Euro höher als im entsprechenden Vorjahreszeitraum.

Zu ihnen zählen unter anderem die veranlagte Einkommensteuer, die Zinsabschlag- und Kapitalertragsteuer, Übertragungen privater Haushalte an das beziehungsweise aus dem Ausland sowie Gebührenzahlungen an den Staat. Der Anstieg resultiert vor allem aus höheren Zahlungen bei der veranlagten Einkommensteuer.

Die privaten Haushalte haben im ersten Halbjahr 2015 etwas weniger für ihren zusätzlichen Konsum (+ 2,7 %) ausgegeben, als ihnen an Einkommenszuwachs (+ 2,9 %) zur Verfügung stand. Rund 75 Milliarden Euro aus dem verfügbaren Einkommen wurden nicht für Konsumzwecke ausgegeben. In das Sparen privater Haushalte gehen neben der Differenz von verfügbarem Einkommen minus Konsum auch die Änderungen der betrieblichen Versorgungsansprüche ein. In der ersten Jahreshälfte 2015 erhöhten sich die Ansprüche gegenüber betrieblichen Alterssicherungssystemen um 25 Milliarden Euro. Somit ergab sich in den ersten sechs Monaten ein Sparen der privaten Haushalte in Höhe von 100 Milliarden Euro. Die Sparquote lag mit 11,1 % auf vergleichbarem Niveau wie

im ersten Halbjahr 2014 (11,0%). Bei der Interpretation der Sparquote ist zu beachten, dass die Sparquote privater Haushalte in der ersten Jahreshälfte im Allgemeinen deutlich über der in der zweiten Jahreshälfte liegt, was vor allem auf eine höhere Konsumneigung in der zweiten Jahreshälfte zurückzuführen ist. Daher können die Halbjahreswerte nur mit dem entsprechenden Vorjahreszeitraum verglichen werden.

## 6

### Einnahmen und Ausgaben des Staates

In den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen umfassen die Einnahmen des Staates vor allem die empfangenen Steuern und Sozialbeiträge, aber auch die Erlöse aus Verkäufen sowie die vom Staat empfangenen Subventionen, Vermögenseinkommen, sonstigen laufenden Transfers und Vermögenstransfers. Die Ausgaben des Staates setzen sich zusammen aus Vorleistungen, Arbeitnehmerentgelt, vom Staat geleisteten Produktionsabgaben, Vermögenseinkommen, Subventionen, sozialen Sachleistungen, monetären Sozialleistungen, sonstigen laufenden Transfers und Vermögenstransfers sowie aus Bruttoinvestitionen und dem Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgütern. Die deutschen Haushaltsmittel für die EU (ohne die auf dem Bruttonationaleinkommen und der Mehrwertsteuer basierenden Einnahmequellen) sowie die Direktsubventionen der EU zählen nicht zu den Einnahmen und Ausgaben des Staates,

sondern werden unmittelbar als Transfers zwischen der übrigen Welt und den jeweils leistenden/empfangenden inländischen Sektoren dargestellt. Als Saldo aus den Einnahmen und den Ausgaben errechnet sich der Finanzierungssaldo des Staates.

Die Einnahmen des Staates stiegen im ersten Halbjahr 2015 um 3,7% und damit stärker als noch im entsprechenden Vorjahreszeitraum (erstes Halbjahr 2014: +3,4%). [↘ Tabelle 15](#)

Die Haupteinnahmequelle des Staates sind die Steuern; sie stiegen im ersten Halbjahr 2015 mit +4,6% kräftig. Hohe Einnahmezunahmen ergaben sich auch bei den Sozialbeiträgen an den Staat (+3,9%) und bei den Verkäufen aus Markt- und Nichtmarktproduktion mit +3,8%. Die vom Staat empfangenen Vermögenstransfers erhöhten sich im ersten Halbjahr 2015 überdurch-

**Tabelle 15**  
Einnahmen und Ausgaben des Staates

	1. Hj 2014	2. Hj 2014	1. Hj 2015	Veränderungen 1. Hj 2015 gegenüber 1. Hj 2014
	Mrd. EUR			%
Verkäufe aus Markt- und Nichtmarktproduktion (einschließlich Produktion für die Eigenverwendung)	47,57	53,94	49,38	+ 3,8
+ sonstige Subventionen	0,13	0,16	0,10	- 20,0
+ Vermögenseinkommen	15,51	9,50	12,80	- 17,5
+ Steuern (ohne vermögenswirksame Steuern)	328,22	331,40	343,26	+ 4,6
+ Sozialbeiträge	233,63	248,32	242,81	+ 3,9
+ sonstige laufende Transfers	8,75	10,36	8,59	- 1,8
+ Vermögenstransfers	4,71	7,46	5,04	+ 7,0
<b>= Einnahmen</b>	<b>638,51</b>	<b>661,12</b>	<b>661,97</b>	<b>+ 3,7</b>
Vorleistungen	63,21	75,35	65,31	+ 3,3
+ Arbeitnehmerentgelt	107,98	116,64	110,68	+ 2,5
+ sonstige Produktionsabgaben	0,03	0,04	0,03	+ 0,0
+ Vermögenseinkommen	26,49	24,99	21,99	- 17,0
+ Subventionen	12,50	12,99	13,14	+ 5,1
+ soziale Sachleistungen	118,37	121,71	124,69	+ 5,3
+ monetäre Sozialleistungen	224,60	226,42	235,11	+ 4,7
+ sonstige laufende Transfers	35,84	25,76	36,28	+ 1,2
+ Vermögenstransfers	10,96	24,95	11,66	+ 6,4
+ Bruttoinvestitionen	28,06	35,19	27,72	- 1,2
+ Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgütern	- 0,60	- 0,75	- 5,71	X
<b>= Ausgaben</b>	<b>627,43</b>	<b>663,27</b>	<b>640,90</b>	<b>+ 2,1</b>
	Mrd. EUR			
Finanzierungssaldo	+ 11,09	- 2,16	+ 21,07	+ 9,98

schnittlich stark (+7,0%). Dagegen gingen die vom Staat empfangenen sonstigen laufenden Transfers im ersten Halbjahr 2015 leicht zurück (– 1,8%). Stark rückläufig waren die Einnahmen des Staates aus Zinsen und empfangenen Ausschüttungen (– 17,5%), vor allem, weil sich der im ersten Halbjahr 2015 ausgeschüttete Gewinn der Deutschen Bundesbank nahezu halbiert hat.

Die Steuereinnahmen einschließlich des EU-Anteils beliefen sich im ersten Halbjahr 2015 auf 345,7 Milliarden Euro und sind damit gegenüber dem ersten Halbjahr 2014 um 4,7% angestiegen. Hiervon entfielen 343,3 Milliarden Euro (+ 4,6%) auf Steuern an den Staat (ohne vermögenswirksame Steuern). Daneben wurden 2,4 Milliarden Euro (+ 17,7%) Steuern als Haushaltsmittel der EU vereinnahmt, die in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen direkt an die übrige Welt fließen und nicht in die Einnahmen des Staates eingerechnet werden.

Die Steuern (ohne vermögenswirksame Steuern) veränderten sich im ersten Halbjahr 2015 gegenüber dem ersten Halbjahr 2014 nach Steuerarten unterschiedlich:

**Steuern (ohne vermögenswirksame Steuern)**

	1. Hj 2015	Veränderung gegenüber 1. Hj 2014
	Mrd. EUR	%
Steuern (ohne vermögenswirksame Steuern)	345,7	+ 4,7
Steuern an den Staat	343,4	+ 4,6
Einkommen- und Vermögensteuern	184,2	+ 6,4
Lohnsteuer	105,5	+ 6,6
Veranlagte Einkommensteuer	25,2	+ 8,0
Körperschaftsteuer	12,0	+ 5,7
Gewerbesteuer	22,7	+ 0,6
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	9,8	+ 1,8
Abgeltungssteuer auf Zins- und Ver�uerungsertr�ge (einschließlich ehemaligen Zinsabschlag)	4,9	+ 40,4
Sonstige direkte Steuern	4,2	+ 9,4
Produktions- und Importabgaben	159,1	+ 2,5
Umsatzsteuer	103,4	+ 3,3
Verbrauchssteuern	30,7	– 1,5
darunter:		
Energiesteuer	18,8	– 3,2
Stromsteuer	3,2	– 2,2
Tabaksteuer	6,8	+ 2,9
Versicherungsteuer	7,4	– 4,3
�brige Produktions- und Importabgaben	17,5	+ 10,9
Steuern an die EU	2,4	+ 17,7

Die um 4,6% höheren Steuereinnahmen des Staates (ohne den EU-Anteil) im ersten Halbjahr 2015 stützten sich insbesondere auf die Entwicklung der Einkommen- und Vermögensteuern. Die Einnahmen daraus haben gegenüber dem ersten Halbjahr 2014 um 6,4% zugenommen, dabei lag der Zuwachs bei der Lohnsteuer im ersten Halbjahr 2015 bei + 6,6%. Zu beachten ist, dass in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen die Lohnsteuer brutto, das heißt einschließlich des über die steuerliche Freistellung des Existenzminimums von Kindern hinausgehenden Teils des Kindergeldes, dargestellt wird.

Die nicht veranlagten Steuern vom Ertrag nahmen mit + 1,8% leicht zu. Hierbei stieg die Abgeltungssteuer auf Zins- und Ver uerungsertr ge (einschließlich des ehemaligen Zinsabschlags) mit + 40,4% sehr stark. Dies ist vermutlich auf die Besteuerung von Veräußerungserlösen zurückzuführen, die entstanden sind, weil im Vergleich zum ersten Halbjahr 2014 Kapitalanleger mehr Kursgewinne an den Aktienmärkten realisieren konnten.

Nach wie vor kräftig entwickelten sich im ersten Halbjahr 2015 die Einnahmen aus Unternehmenssteuern. Dies war vor allem auf den starken Anstieg der veranlagten Einkommensteuer (+ 8,0%) und der Körperschaftsteuer (+ 5,7%) zurückzuführen. Die Einnahmen aus der Gewerbesteuer nahmen mit + 0,6% leicht zu.

Die Einnahmen aus Produktions- und Importabgaben lagen im ersten Halbjahr 2015 mit + 2,5% moderat über dem Niveau des ersten Halbjahres 2014, vor allem aufgrund eines spürbar höheren Aufkommens an Umsatzsteuer (+ 3,3%). Die Einnahmen bei den Verbrauchssteuern entwickelten sich mit – 1,5% hingegen leicht rückläufig, allerdings mit unterschiedlichen Entwicklungen bei den Steuerarten: Die Aufkommen an Energiesteuer (– 3,2%), Versicherungssteuer (– 4,3%) sowie Stromsteuer (– 2,2%) waren jeweils rückläufig. Dagegen nahmen – trotz einer weiteren Steuererh hungsrunde zum 1. Januar 2015 – die Einnahmen aus der Tabaksteuer mit + 2,9% merklich zu.

Die Sozialbeiträge, mit einem Anteil von knapp 40% die zweite große Einnahmequelle des Staates, übertrafen im ersten Halbjahr 2015 den Wert des entsprechenden Vorjahreszeitraumes um 3,9%. Die einzelnen Beitragsarten wiesen im Berichtshalbjahr die folgenden Veränderungsraten auf:

## Sozialbeiträge an den Staat

	1. Hj 2015	Veränderung gegenüber 1. Hj 2014
	Mrd. EUR	%
Sozialbeiträge an den Staat	242,8	+ 3,9
Tatsächliche Sozialbeiträge	226,0	+ 4,1
Arbeitgeberbeiträge	96,0	+ 4,1
Arbeitnehmerbeiträge	91,0	+ 3,9
Sonstige tatsächliche Sozialbeiträge	38,9	+ 4,7
Unterstellte Sozialbeiträge	16,8	+ 1,3

Die Änderungen sozialversicherungsrechtlicher Regelungen zu den Beitragssätzen der Gesetzlichen Sozialversicherung haben im betrachteten Zeitraum kaum Auswirkungen gezeigt, da sie sich zwischen den einzelnen davon betroffenen Sozialversicherungszweigen weitgehend gegenseitig kompensierten (siehe Kapitel 4). Die tatsächlichen Sozialbeiträge haben aufgrund der günstigen Entwicklung bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung und hoher Tarifabschlüsse mit +4,1% merklich zugenommen. Dabei stiegen die Beiträge der Arbeitgeber mit 4,1% etwas stärker als die Arbeitnehmerbeiträge mit 3,9%. Die sonstigen tatsächlichen Sozialbeiträge, zu denen vor allem die Beiträge des Staates für die Empfänger sozialer Leistungen, die Eigenbeiträge der Empfänger sozialer Leistungen und die Beiträge der Selbstständigen, Hausfrauen und weiterer Empfänger zählen, erhöhten sich sogar um 4,7%.

Die Ausgaben des Staates stiegen im ersten Halbjahr 2015, wie schon im ersten Halbjahr 2014, mit einer Wachstumsrate von 2,1%, wobei der Zuwachs durch einen Sondereffekt spürbar gebremst wurde: In den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sind die Erlöse aus der im Juni 2015 erfolgten Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen, die beim Sektor Staat zu einer Sondereinnahme in Höhe von 5,1 Milliarden Euro führte, gemäß einer Buchungsvorschrift aus dem ESVG 2010 als negative Ausgabe zu buchen und nicht als Einnahme.

Hohe Ausgabenzuwächse ergaben sich bei den monetären Sozialleistungen (+4,7%) und bei den sozialen Sachleistungen (+5,3%). Während sich bei den monetären Sozialleistungen das im Juni 2014 verabschiedete Rentenpaket und die Rentenerhöhungen auswirkten, waren bei den sozialen Sachleistungen die gestiegenen Ausgaben für medizinische Leistungen sowie die deutlich höheren Ausgaben der Gemeinden im Bereich

der Sozialhilfe/Jugendhilfe und bei den Leistungen für Asylbewerber maßgebend. Die Vorleistungen (+3,3%) stiegen spürbar an, während der Anstieg des Arbeitnehmerentgelts mit 2,5% vergleichsweise moderat war. Die sonstigen laufenden Transfers des Staates erhöhten sich kaum (+1,2%). Die Subventionen (+5,1%) und die geleisteten Vermögenstransfers (+6,4%) sind dagegen deutlich gestiegen. Andererseits entwickelten sich die Bruttoinvestitionen des Staates rückläufig (-1,2%), und wegen des weiterhin sehr niedrigen Zinsniveaus sind die Zinsausgaben auch im ersten Halbjahr 2015 stark zurückgegangen (-17,0%).

Die Transfers des Staates an andere Sektoren nahmen im Berichtszeitraum mit +4,3% gegenüber dem ersten Halbjahr 2014 deutlich zu. Zu beachten ist, dass die vom Staat an alle Marktproduzenten geleisteten Gütersubventionen (3,4 Milliarden Euro, +4,1%) – ebenso wie die Gütersubventionen der EU – im System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nicht auf die einzelnen empfangenden Sektoren aufgeteilt werden. Die übrigen vom Staat geleisteten Transfers werden dagegen nach empfangenden Sektoren dargestellt.

## An andere Sektoren geleistete Transfers des Staates

	1. Hj 2015	Veränderung gegenüber 1. Hj 2014
	Mrd. EUR	%
An andere Sektoren geleistete Transfers des Staates	296,1	+ 4,3
Gütersubventionen	3,4	+ 4,1
an Kapitalgesellschaften	16,7	+ 2,6
Sonstige Subventionen	8,8	+ 5,2
Sonstige laufende Transfers	1,1	- 10,3
Vermögenstransfers	6,8	+ 1,8
an private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck	249,4	+ 3,9
Sonstige Subventionen	0,8	+ 14,4
Monetäre Sozialleistungen	231,5	+ 4,6
Sonstige laufende Transfers	15,3	- 4,6
Vermögenstransfers	1,8	- 5,3
an die übrige Welt	26,5	+ 9,5
Monetäre Sozialleistungen	3,6	+ 9,4
Sonstige laufende Transfers	19,9	+ 7,1
Vermögenstransfers	3,1	+ 28,4
Nachrichtlich:		
Subventionen der EU	0,1	- 8,2
Gütersubventionen der EU	0,0	-
Sonstige Subventionen der EU	0,1	- 8,4

Die Kapitalgesellschaften empfangen im ersten Halbjahr 2015 vom Staat (ohne die nicht zurechenbaren Gütersubventionen) um 2,6% höhere Transfers als im ersten Halbjahr 2014. Dies lag neben dem merklichen Anstieg der sonstigen Subventionen (+ 5,2%) an der vergleichsweise moderaten Erhöhung der Vermögenstransfers (+1,8%). Dagegen gingen die sonstigen laufenden Transfers im ersten Halbjahr 2015 mit –10,3% kräftig zurück.

Ohne die nicht zurechenbaren Gütersubventionen erhöhten sich die Transfers an private Haushalte (einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck) mit 3,9% deutlich gegenüber dem ersten Halbjahr 2014. Das lag vor allem an den monetären Sozialleistungen, die kräftig um 4,6% zunahmen. Dagegen verringerten sich die sonstigen laufenden Transfers (–4,6%) und die Vermögenstransfers (–5,3%) merklich. Die von den privaten Haushalten empfangenen sonstigen Subventionen für die Produktion der privaten Haushalte (Einzelunternehmen aller Wirtschaftszweige von den Landwirten über Handwerker und Einzelhändler bis hin zu den Selbstständigen der Freien Berufe) waren im ersten Halbjahr 2015 um 14,4% höher (Erstattungen der Bundesagentur für Arbeit), allerdings auf niedrigem Niveau.

Die Transfers des Staates an die übrige Welt stiegen mit +9,5% kräftig an. Darin enthalten sind überwiegend die Zahlungen Deutschlands auf Grundlage des Bruttonationaleinkommens und der Mehrwertsteuer als Haushaltsmittel der EU.

Innerhalb der  bertragungen des Staates an private Haushalte haben die monetären Sozialleistungen den mit Abstand gröſsten Anteil. Sie stiegen im ersten Halbjahr 2015 um 4,7% und werden brutto nachgewiesen, enthalten also auch die Lohnsteuer auf Pensionen, die Beiträge des Staates für Empfänger sozialer Leistungen sowie die Eigenbeiträge dieser Personengruppen zur Sozialversicherung. Die von der Deutschen Rentenversicherung gezahlten Renten, die zusammen etwas mehr als die Hälfte der Sozialleistungen an inländische private Haushalte ausmachen, sind im ersten Halbjahr 2015 mit +4,8% kräftig gestiegen. Dort wirkte sich vor allem das im Juni 2014 verabschiedete Rentenpaket aus. Die Ausgaben für Pensionen stiegen um 5,2% – vor allem, weil sich die Zahl der Pensionärinnen und Pensionäre bei den Gebietskörperschaften zum Stichtag 1. Januar 2015 im Vorjahresvergleich um 4,8% erhöhte. Die Ausgaben

für gewährte Beihilfen lagen leicht unter dem Niveau der ersten Jahreshälfte 2014 (–2,5%).

Die nach wie vor gute Lage am Arbeitsmarkt führte zu einem leichten Rückgang bei den Geldleistungen der Bundesagentur für Arbeit (–2,4%). Dies lag vor allem an niedrigeren Arbeitnehmerzusch ssen für Berufsförderung (–1,2%) sowie an moderat rückläufigen Zahlungen für Arbeitslosengeld (–2,6%). Insgesamt beliefen sich die Ausgaben der Bundesagentur für Arbeit im ersten Halbjahr 2015 für Arbeitslosengeld auf 8,6 Milliarden Euro, für die Zuschüsse an Arbeitnehmer für Berufsförderung auf 2,1 Milliarden Euro, für Kurzarbeitergeld auf gut 0,4 Milliarden Euro und für Konkursausfallgeld auf lediglich knapp 0,3 Milliarden Euro.

#### Monetäre Sozialleistungen der Bundesagentur für Arbeit

	1. Hj 2015	Veränderung gegenüber 1. Hj 2014
	Mrd. EUR	%
Geldleistungen der Bundesagentur für Arbeit	11,5	– 2,4
Arbeitslosengeld	8,6	– 2,6
Konkursausfallgeld	0,3	– 17,8
Kurzarbeitergeld	0,4	+ 10,6
Zuschüsse an Arbeitnehmer für Berufsförderung	2,1	– 1,2

Die sonstigen sozialen Geldleistungen des Staates lagen im ersten Halbjahr 2015 merklich über denen des ersten Halbjahres 2014 (+5,9%). Dies lag vor allem an der Sozialhilfe (+9,0%) und an den übrigen sozialen Geldleistungen, die sich um 10,8% erhöhten – unter anderem, weil mehr Betreuungsgeld und Elterngeld in Anspruch genommen wurde. Die Zahlungen für das ALG II stiegen moderat an (+1,9%). Die Ausgaben für das gesetzliche Kindergeld nahmen hingegen im ersten Halbjahr 2015 leicht ab (–1,4%). Die Ausbildungsbeihilfen und die Ausgaben für das Wohngeld fielen deutlich unter das Niveau des ersten Halbjahrs 2014 (jeweils –4,4%).

Als Saldo aus Einnahmen und Ausgaben ergab sich für den Staat im ersten Halbjahr 2015 ein  berschuss in Höhe von 21,1 Milliarden Euro. Damit verbesserte sich der Finanzierungssaldo im ersten Halbjahr 2015 um rund 10,0 Milliarden Euro im Vergleich zum ersten Halbjahr 2014. Die Haushalte von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherung konnten damit von einer im

europäischen Vergleich weiterhin insgesamt günstigen Beschäftigungssituation und stabilen Wirtschaftsentwicklung im ersten Halbjahr 2015 profitieren.

Gemessen am Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen (1 482,5 Milliarden Euro) errechnet sich für das erste Halbjahr 2015 aus dem Finanzierungssaldo eine Überschussquote von 1,4%. Von der unterjährigen Quote für das erste Halbjahr können wegen des unterschiedlichen Verlaufs allerdings keine Rückschlüsse auf die zu erwartende Quote des Staates im Kalenderjahr 2015 und damit für das europäische Defizitverfahren gezogen werden.

Nach Staatsebenen unterteilt entfiel die Hälfte des gesamtstaatlichen Überschusses auf den Bund, der im ersten Halbjahr 2015 einen Überschuss von 10,5 Milliarden erzielen konnte. Wesentlichen Einfluss hatten dabei die Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen im Juni 2015, die beim Bund zu einer Sondereinnahme von 4,4 Milliarden Euro (nach Abzug des Länderanteils) geführt hat. Die Länder erzielten einen Überschuss von 2,6 Milliarden Euro. Im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum (-0,7 Milliarden Euro) hat sich damit die Situation in den Länderhaushalten in der ersten Jahreshälfte 2015 deutlich verbessert, unter anderem, weil Sondereinnahmen aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen in Höhe von 0,6 Milliarden Euro zuflossen. Der Überschuss der Gemeinden belief sich auf 4,2 Milliarden Euro und die Sozialversicherung hat das erste Halbjahr 2015 mit einem Einnahmenüberschuss von 3,7 Milliarden Euro abgeschlossen. Bei der Sozialversicherung hat sich das Ergebnis im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum (+ 6,5 Milliarden Euro) jedoch nahezu halbiert.

## Finanzierungssaldo des Staates

	1. Hj 2014	1. Hj 2015	Veränderung gegenüber 1. Hj 2014
	Mrd. EUR		
Staat	11,1	21,1	+ 10,0
Gebietskörperschaften	4,6	17,4	+ 12,8
Bund	1,7	10,5	+ 8,8
Länder	- 0,7	2,6	+ 3,3
Gemeinden	3,5	4,2	+ 0,7
Sozialversicherung	6,5	3,7	- 2,8

## 7

### Nationales Veröffentlichungsprogramm

Die Ergebnisse der amtlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden in einem regelmäßigen, sich von Jahr zu Jahr wiederholenden Turnus – abhängig unter anderem von den Lieferverpflichtungen an das Statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat) – in einer Vielzahl von Tabellen dargestellt und veröffentlicht (zum Beispiel in der Fachserie 18 „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“, in der Datenbank GENESIS-Online sowie in ausgewählten Tabellen auf der Themenseite der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes unter [www.destatis.de](http://www.destatis.de)).

Außerdem werden die wichtigsten Ergebnisse zu den jeweiligen Veröffentlichungsterminen in Pressemitteilungen bekannt gegeben. Das erste vorläufige Jahresergebnis für das abgelaufene Jahr wird bereits Mitte Januar veröffentlicht. Die Vierteljahresergebnisse für das Bruttoinlandsprodukt werden jeweils – auf europäischer Ebene weitgehend harmonisiert – etwa 45 Tage, die ausführlichen Ergebnisse etwa 55 Tage nach Ende des Berichtsquartals veröffentlicht, also jeweils Mitte Mai (erstes Quartal), Mitte August (zweites Quartal), Mitte November (drittes Quartal) und Mitte Februar (viertes Quartal). Zu diesen Terminen erfolgt bei Bedarf auch eine Überarbeitung der Ergebnisse vorangegangener Vierteljahre, zum Sommertermin der maximal vier zurückliegenden Jahre und entsprechenden Quartale (sogenannte laufende Revisionen).<sup>1</sup>

Die Fachserie 18 „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“ enthält das gewohnte Tabellenprogramm. Die in diesem Aufsatz dargestellten sowie tiefer untergliederte Ergebnisse finden sich in:

- › Reihe 1.2 „Vierteljahresergebnisse“ (Statistisches Bundesamt, 2015b)

<sup>1</sup> Die genauen Termine können dem Jahresveröffentlichungskalender des Statistischen Bundesamtes entnommen werden ([www.destatis.de](http://www.destatis.de), im Bereich Presse & Service › Presse › Terminvorschau). Die nächsten beiden Veröffentlichungstermine sind der 13. November (Schnellmeldung) und der 24. November (ausführliche Pressemitteilung), wenn die Ergebnisse für das dritte Quartal 2015 erstmals bekannt gegeben werden.

- › Reihe 1.3 „Saisonbereinigte Vierteljahresergebnisse nach Census X-12-ARIMA und BV4.1“ (Statistisches Bundesamt, 2015c)
- › Reihe 1.4 „Detaillierte Jahresergebnisse“ (Statistisches Bundesamt, 2015d)

Alle elektronischen Ausgaben der Fachserie sowie der überwiegende Teil aller Ver offentlichungen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sind auf der Webseite des Statistischen Bundesamtes im Bereich Publikationen oder über die Themenseite der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen erh altlich ([www.destatis.de](http://www.destatis.de)).

## 8

### Fazit

Wie immer zu diesem Zeitpunkt hat das Statistische Bundesamt einen umfassenden Überblick über die Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen f ur die erste H alfte des laufenden Jahres gegeben. Die Wirtschaftsleistung, gemessen am Bruttoinlandsprodukt in preis-, saison- und kalenderbereinigter Betrachtung, hat sich nach aktueller Datenlage in der Verlaufsbetrachtung (gegen uber dem jeweiligen Vorquartal) nach +0,3% im ersten Quartal 2015 im zweiten Quartal 2015 um 0,4% erh oht. Damit setzte sich die überwiegend positive Entwicklung seit April 2013 fort. Im Vorjahresvergleich ist das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt in der ersten Jahresh alfte 2015 gegen uber dem entsprechenden Halbjahr des Vorjahres um 1,4% gestiegen. In der Quartalsbetrachtung und im Vergleich zum jeweiligen Vorjahresquartal hat sich das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im zweiten Vierteljahr um 1,6% erh oht, nach 1,2% im ersten Vierteljahr 2015. Nach rechnerischer Ausschaltung von Kalendereinfl ussen betrug die Ver anderung des kalenderbereinigten Bruttoinlandsprodukts im Vorjahresvergleich +1,1% (im ersten Vierteljahr) und +1,6% (im zweiten Vierteljahr).

Die Wirtschaftsleistung im zweiten Quartal 2015 wurde nach vorl aufigen Berechnungen von 42,8 Millionen Erwerbst atigen im Inland erbracht, das waren 175 000 Personen oder 0,4% mehr als ein Jahr zuvor. Die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivit at, gemessen als preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbst atigen, ist im zweiten Quartal 2015 mit +1,2% dop-

pelt so stark gestiegen wie im ersten Quartal (+0,6%). Je Erwerbst atigenstunde gemessen lag der Anstieg im zweiten Quartal 2015 bei 1,0%, da je Erwerbst atigen im Durchschnitt 0,2% mehr gearbeitet wurde wie im entsprechenden Vorjahresquartal.

In jeweiligen Preisen berechnet waren im zweiten Quartal 2015 das Bruttoinlandsprodukt um 3,7% und das Bruttonationaleinkommen um 3,3% h oher als im zweiten Quartal 2014. Das Volkseinkommen, das sich aus dem Arbeitnehmerentgelt und den Unternehmens- und Verm ogenseinkommen zusammensetzt, nahm im zweiten Quartal 2015 insgesamt um 3,7% zu. Dabei stieg das Arbeitnehmerentgelt um 3,8%, w ahrend die Unternehmens- und Verm ogenseinkommen nach ersten vorl aufigen Berechnungen um 3,3% zunahmen. Das verf ugbare Einkommen der privaten Haushalte erh ohte sich im zweiten Vierteljahr 2015 gegen uber dem zweiten Vierteljahr 2014 um 2,9% und damit etwas mehr als die privaten Konsumausgaben in jeweiligen Preisen (+2,7%). Daraus errechnet sich f ur die Sparquote der privaten Haushalte im zweiten Quartal 2015 ein vorl aufiger Wert von 9,3%; das sind 0,2 Prozentpunkte mehr als im Vorjahresquartal. 

### LITERATURVERZEICHNIS

---

OECD. *Revisions of quarterly GDP in selected OECD Countries*. OECD Statistics Brief. Juli 2015 – No. 22. Verfügbar unter: [www.oecd.org](http://www.oecd.org)

Statistisches Bundesamt. *Qualitätsbericht Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen*. Wiesbaden 2015a. Verfügbar unter: [www.destatis.de](http://www.destatis.de)

Statistisches Bundesamt. *Fachserie 18 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.2 Inlandsproduktsberechnung – Vierteljahresergebnisse – 2. Vierteljahr 2015*. Wiesbaden 2015b. Verfügbar unter: [www.destatis.de](http://www.destatis.de)

Statistisches Bundesamt. *Fachserie 18 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.3 Inlandsproduktsberechnung – Saisonbereinigte Vierteljahresergebnisse nach Census X-12\_ARIMA und BV4.1 – 2. Vierteljahr 2015*. Wiesbaden 2015c. Verfügbar unter: [www.destatis.de](http://www.destatis.de)

Statistisches Bundesamt. *Fachserie 18 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.4 Inlandsproduktsberechnung – Detaillierte Jahresergebnisse 2014*. Wiesbaden 2015d. Verfügbar unter: [www.destatis.de](http://www.destatis.de)



**Petra Scheerbaum**

ist Diplom-Soziologin und seit 2010 als wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Gruppe Haushaltserhebungen tätig – seit 2012 im Bereich Methodik der nationalen freiwilligen Haushaltserhebungen. Dort war sie insbesondere für die Entwicklung des elektronischen Haushaltsbuches zuständig.

# DAS ELEKTRONISCHE HAUSHALTS- BUCH IN DEN LAUFENDEN WIRT- SCHAFTSRECHNUNGEN 2015

Petra Scheerbaum

📌 **Schlüsselwörter:** Elektronisches Haushaltsbuch – Laufende Wirtschaftsrechnungen – Web-Anwendung – Online-Befragung – Mixed Mode

## ZUSAMMENFASSUNG

Seit dem 1. Juli 2015 wird in den Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR) ergänzend zur Papierform ein elektronisches Haushaltsbuch angeboten. Die an den LWR teilnehmenden Haushalte haben damit die Möglichkeit, eine elektronische Variante für die Anschreibung ihrer Einnahmen und Ausgaben zu nutzen. Das elektronische Haushaltsbuch wurde in den Jahren 2013 und 2014 als Online-Anwendung entwickelt. Kernstück ist die eigenständige Kodierung der Ausgaben durch die Haushalte mithilfe einer eigens dafür entwickelten Suchfunktion. Im vorliegenden Aufsatz werden insbesondere die Spezifika der elektronischen Erhebungsunterlage und deren Vorteile sowohl für die Anwender als auch für die amtliche Statistik erörtert.

📌 **Keywords:** *electronic household book – continuous household budget survey – web survey – web data collection – mixed mode*

## ABSTRACT

*Since 1 July 2015, web data collection has been offered in addition to the paper questionnaire for the continuous household budget survey. The households taking part in the survey have now the option to use an electronic form of entering their income and expenditures. The electronic household book was developed in 2013 and 2014 as a web survey. The core piece is the coding of the expenditures which is conducted by the households with the help of a specially developed search function. This article discusses the specific characteristics of the web data collection tool and its advantages both for the users and for official statistics.*

## 1

### Einleitung

Die Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR) sind eine jährliche freiwillige Erhebung zu den Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte. Sie setzen sich zusammen aus einer Eingangsbefragung (Allgemeine Angaben) zu Beginn des Erhebungsjahres zu Haushaltsstruktur, Wohnsituation und Ausstattung mit Gebrauchsgütern sowie einer dreimonatigen Anschreibephase, in der die Haushalte ihre Einnahmen und Ausgaben detailliert notieren (Haushaltsbuch und Tägliche Ausgaben). Die Daten der LWR dienen insbesondere als Grundlage zur Ermittlung der Feinwägungsschemata des Verbraucherpreisindex. Ferner werden die Daten für die Messung von Kaufkraftparitäten in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen verwendet (Kühen, 2005).<sup>1</sup>

Für die Eingangsbefragung (Allgemeine Angaben) wird seit 2005 ein Online-Formular (IDEV<sup>2</sup>) eingesetzt. Die Umsetzung mit IDEV war aufgrund der Standardisierung der Antworten sowie der relativ kurzen Befragungsdauer gut möglich (Kuchler/Jannaschk, 2004 und Gerhardt/Jannaschk/Kuchler, 2005). Die Erfassung der komplexeren Erhebungsteile für die Einnahmen und Ausgaben (Haushaltsbuch und Tägliche Ausgaben) wurde weiterhin nur in Papierform angeboten, da es noch keine geeigneten elektronischen Umsetzungsmöglichkeiten für eine derartige Befragung gab. Das standardisierte IDEV-Formular konnte aufgrund der spezifischen Anforderungen der elektronischen Form der Anschreibung bei den LWR, insbesondere wegen der eigenständigen Kodierung der Ausgaben durch die Haushalte sowie des Einbindens einer speziell für die Kodierung entwickelten Suchfunktion, nicht eingesetzt werden.

Einige europäische Staaten, zum Beispiel Österreich, die Niederlande und Dänemark, sowie die Vereinigten Staaten und Kanada nutzen für ihre Haushaltsbudgeterhebungen (Household Budget Survey) bereits ein elektronisches Haushaltsbuch als zusätzlichen Melde-

weg.<sup>3</sup> Auch in Deutschland wurde bereits 2009 – parallel zu den LWR – eine Pilotstudie zum Einsatz eines Elektronischen Haushaltsbuches (eHB) durchgeführt. Das Ergebnis war, dass die elektronische Anschreibeform grundsätzlich realisierbar ist, da sie sowohl von den Haushalten als auch von der amtlichen Statistik akzeptiert wurde. Jedoch ergab der Vergleich mit den schriftlich erhobenen Daten Hinweise auf Untererfassungen, insbesondere bei Lebensmitteln. Die Vertreter der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder haben vereinbart, dass das eHB künftig konzeptionell weiterentwickelt werden soll, um die Untererfassungen möglichst auszuschließen sowie die Anwendung zu optimieren. Die noch bei der Pilotstudie 2009 verwendete Offline-Lösung war nicht mehr zeitgemäß, da im Jahr 2014 bereits 84 % der privaten Haushalte über einen Internetzugang verfügten.<sup>4</sup> Für die Weiterentwicklung hat man sich deshalb für eine webbasierte Anwendung insbesondere aufgrund der Orts- und Geräteunabhängigkeit für die Anwender entschieden.

Bei der Neuentwicklung von modernen Befragungsinstrumenten kommt der Nutzerfreundlichkeit der einzusetzenden Anwendung eine wesentliche Bedeutung zu. Nur bei einer entsprechenden Akzeptanz durch die Anwender sowie einer angemessenen Umsetzung der komplexen Befragungssachverhalte ist ein erfolgreicher Einsatz des Instruments wahrscheinlich. Um diese bestmöglich zu unterstützen, wurde im Rahmen der Softwareentwicklung ein zweistufiger qualitativer Pretest (das heißt in zwei Testwellen) durchgeführt. Die hierfür angeworbenen 14 Testpersonen (die potenziellen Befragten) haben das eHB jeweils eine Woche lang zu Hause selbstständig ausgefüllt und anschließend in kognitiven Interviews über ihre Erfahrungen mit der Software sowie ihre Probleme bei der Nutzung berichtet. Aus der ersten Pretestwelle ergaben sich Änderungsanforderungen, die nach der Umsetzung nochmals einem Test unterzogen werden sollten. Die Ergebnisse dieser Usability-Tests waren sehr hilfreich, um die Webanwendung noch nutzerfreundlicher zu gestalten, die Probleme der Anwender bei der Handhabung zu erkennen und diese möglichst zu minimieren.

Im Folgenden werden der Aufbau und die Spezifika der elektronischen Form der LWR skizziert. Ferner werden

1 Nähere Informationen zur Erhebung Laufende Wirtschaftsrechnungen enthält der Qualitätsbericht: [www.destatis.de](http://www.destatis.de)

2 IDEV = Internet Datenerhebung im Verbund. Dieses Online-Formular wird bei den „klassischen“ Befragungen – insbesondere den Unternehmensbefragungen – eingesetzt.

3 In den Niederlanden wird sogar ausschließlich die Online-Variante angeboten (Startseite des niederländischen elektronischen Haushaltsbuches: [www.budgetonderzoek.nl](http://www.budgetonderzoek.nl)).

4 Diese Daten stammen aus der jährlichen Erhebung zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT).

die Vorteile bei der Nutzung des eHB gegenüber den Papierbogen beschrieben. Zuletzt erfolgt ein kurzer Ausblick auf die Auswirkungen der Einführung des eHB in die Arbeitsabläufe der amtlichen Statistik.

## 2

### LWR in elektronischer Form

---

In der Papierversion der LWR gibt es für die Erfassung der Einnahmen und Ausgaben zwei separate Hefte als Erhebungsunterlagen: Haushaltsbuch und Tägliche Ausgaben. Im Haushaltsbuch werden haushaltsbezogene und personenbezogene Einnahmen nach vorgegebenen Kategorien angeschrieben. Des Weiteren werden die „festen“ Ausgaben, insbesondere für Wohnkosten, ebenfalls nach vorgegebenen Kategorien erfasst, sowie die Ausgaben für Daueraufträge, Kredite und Leasing frei angeschrieben. Diese Ausgaben fallen in der Regel regelmäßig (etwa monatlich, vierteljährlich) an. Hingegen werden die Täglichen Ausgaben als eine Art Tagebuch für die freie Anschreibung der „variablen“ Ausgaben genutzt. Tägliche Ausgaben sind alle Konsumausgaben, die täglich oder unregelmäßig (im Unterschied zu den „festen“ Ausgaben im Haushaltsbuch) anfallen, zum Beispiel Lebensmittel oder Bekleidung. Die freie Anschreibung bedeutet jeweils, dass die Einträge nicht in einer Tabelle mit fest vorgegebenen Kategorien aufgezeichnet werden. Diese Ausgaben sollen von den Befragten möglichst detailliert angegeben werden, da sie nachträglich gemäß der Systematik der Einnahmen und Ausgaben (SEA) 2013 (Statistisches Bundesamt, 2013) in den Statistischen Ämtern der Länder kodiert werden. Mit dieser Klassifikation können die Ausgaben sehr tief gegliedert dargestellt werden – so wie sie von den Nutzern (insbesondere von der Preisstatistik zur Ermittlung der Wägungsschemata des Verbraucherpreisindex) benötigt werden.

Mit dem eHB werden die zwei Erhebungsteile Haushaltsbuch und Tägliche Ausgaben zusammengeführt. Dabei wurde die Gliederung der einzelnen Abschnitte teilweise an die elektronische Form angepasst, um sie für die Nutzer verständlicher zu machen; sie weicht folglich von den schriftlichen Papierbogen ab. Für die Navigation durch das eHB gibt es zwei Möglichkeiten, entweder mithilfe des auf der linken Bildschirmseite platzierten Navigationsbaums, bei dem die einzelnen Unterpositionen auf

und zugeklappt werden können (siehe Grafik 1). Oder alternativ über die Schaltflächen „Weiter“ und „Zurück“, über die der Anwender von Seite zu Seite geleitet wird. Anders als in der Papierversion werden die Anwender in der elektronischen Version automatisch über Filter durch das Frageprogramm geführt, soweit dies methodisch möglich ist. Hierdurch können gezielt Abschnitte ausgeblendet werden, die für den einzelnen Haushalt nicht zutreffen. Zudem können Angaben der Haushalte verwendet werden, wie zum Beispiel Vornamen der Haushaltsmitglieder. Damit lässt sich die Nutzerbedienung vereinfachen und Fragen- und Fehlertexte innerhalb des Online-Formulars verständlich formulieren.

Die Benutzeroberfläche soll eine leichte Handhabung bieten. Um den Haushalten die Bedienung möglichst komfortabel zu machen, wurden im eHB viele Web-Modespezifische Funktionalitäten implementiert. Bereits erfasste Einträge können durch den Befragten jederzeit bearbeitet oder gelöscht werden. Bei der freien Anschreibung kann für die Angabe des Datums eine Kalenderfunktion genutzt werden. Dabei können die dort angeschriebenen Ausgaben sortiert werden. [↘ Grafik 1](#)

Während in der schriftlichen Form die frei angeschriebenen Ausgaben in den Statistischen Ämtern der Länder kodiert beziehungsweise einer Position der SEA 2013 zugeordnet werden, sollen mit dem eHB die Haushalte diese direkt bei der Erfassung der Ausgaben selbst kodieren. Die Haushalte werden – wie bei der schriftlichen Form – aufgefordert, die Ausgaben für Waren und Dienstleistungen möglichst genau im Klartext aufzuschreiben. Dabei sollen möglichst keine Marken-/Eigennamen verwendet werden. Anschließend wählen sie aus der angebotenen Trefferliste die passende Zuordnung aus. Für die spezifischen Zwecke der LWR musste hierfür eine Suchfunktion neu programmiert werden.

Die Suchfunktion basiert nicht auf einer alphabetischen oder Ähnlichkeitssuche, sondern auf der inhaltlichen Verknüpfung der eingegebenen Klartexte/Begriffe mit der SEA 2013. Es wurden zwei Leitdateien für die Suchfunktion erstellt und diese sind im eHB hinterlegt. Die erste Leitdatei (das Schlüsselwortverzeichnis) umfasst mehr als 50 000 „Suchbegriffe“, das heißt Schlagworte für Ausgaben, die die Haushalte im alltäglichen Gebrauch typischerweise verwenden, sowie die entsprechenden Codes aus der SEA 2013. Mithilfe einer zweiten Liste (SEA-Treffer), in der ebenfalls dieselben Codes

Grafik 1

## Elektronisches Haushaltsbuch

**Elektronisches Haushaltsbuch** In 20:52 Minuten werden Sie automatisch abgemeldet. [?]

**Übrige Ausgaben im Juli**

Zur Vereinfachung der Zuordnung Ihrer Ausgaben ist es hilfreich, diese einzeln und möglichst genau anzugeben: z.B. Damenrock aus Baumwolle, Benzin Super E10, Hose Mädchen.

Datum	Art der Ausgabe	Zuordnung	Betrag in Euro,Cent	Kauf im Ausland?
19.07.2015		Bitte zuordnen		Bitte Land wählen
18.07.2015	Zahnpasta	Zahnpasta	1,99	Bitte wählen
18.07.2015	Tageszeitung	Tageszeitung im Einzelverkauf	2,70	Bitte wählen
18.07.2015	Jungen-Sporthose	Sportbekleidung für Kinder	15,90	Bitte wählen
18.07.2015	Herrenhose	Lange Herrenhose aus Baumwolle	20,50	Bitte wählen
14.07.2015	Taxifahrt	Taxifahrt	8,00	USA / Vereinigte Sta.
13.07.2015	Flugticket	Europäischer Flug	125,00	Bitte wählen
13.07.2015	Zugticket	Tages-/Einzelfahrkarte für die Bahn (na	87,00	Bitte wählen
13.07.2015	Tapeten	Tapete	60,50	Bitte wählen
04.07.2015	Badezimmerschrank	Badschrank	450,50	Bitte wählen
02.07.2015	Benzin (Super)	Super E 10 (ROZ 95)	33,65	Belgien

Es werden pro Seite 10 Ausgaben angezeigt.

Navigation: Zurück, Bemerkungen, Passwort ändern, Weiter, Freigabe und Senden

sowie die entsprechenden Kategorienbezeichnungen enthalten sind, werden zu den durch den Anwender eingetragenen Schlagworten die passenden Treffer angezeigt. Der Anwender soll aus der angezeigten Trefferliste die passende Kategorie auswählen und somit seine Ausgaben zuordnen.

Wenn als Klartext der Suchbegriff „Tageszeitung“ eingetragen wird, werden vier Treffer gefunden: Tageszeitung im Einzelverkauf, Tageszeitung im Abonnement, Tageszeitung im Internetabonnement und Zuordnung nicht möglich. Der Anwender wählt dann zum Beispiel „Tageszeitung im Einzelverkauf“ aus. Es gibt immer auch die Möglichkeit, die Kategorie „Zuordnung nicht möglich“ anzugeben, wenn keine geeigneten Treffer angezeigt wurden. Sollte der eingegebene Suchbegriff nicht in der Liste hinterlegt sein, wird nur die Kategorie „Zuordnung nicht möglich“ angezeigt. Die nicht zugeordneten Ausgaben können nachträglich im Statistischen Amt kodiert werden, da die Klartexte der Anwender immer im Datensatz erhalten bleiben.

Die Suchfunktion ermöglicht nicht nur das Eintragen von Einzelbegriffen. Es können auch mehrere Suchbegriffe (Wortkombinationen) angegeben werden. Dabei wird zunächst nach der exakten Übereinstimmung gesucht, wobei die Reihenfolge unerheblich ist. Zum Beispiel wird bei „Reparatur der Waschmaschine“ ebenfalls nach „Waschmaschine Reparatur“ gesucht. Werden hierbei Treffer erzielt, werden diese direkt angeboten, ohne die Durchführung weiterer Suchschritte. Ergibt sich keine Übereinstimmung mit der vollständigen Wortkombination, werden die einzelnen Suchbegriffe als Einzelbegriffe separat betrachtet und eine Einzelwortsuche durchgeführt, zum Beispiel bei „Waschmaschine“ und „Reparatur“ würden sämtliche Ergebnisse für beide Suchbegriffe angezeigt. Falls die Wortkombination einen Begriff enthält, der nicht im Schlüsselwortverzeichnis enthalten ist (etwa Markennamen oder Zusatzbezeichnungen), wird dieser ignoriert und nach den restlichen Suchbegriffen gesucht.

Durch die eigenständige Kodierung der Haushalte werden die Ausgaben bereits im eHB kategorisiert. Somit ist es möglich, dem Anwender (zusammenfassende) Darstellungen über die Eintragungen anzubieten.

Aus den beschriebenen Unterschieden des eHB zum Papierfragebogen ergeben sich verschiedene Vorteile für die am eHB teilnehmenden Haushalte sowie Auswirkungen für die amtliche Statistik, auf die im Folgenden genauer eingegangen wird.

### 3

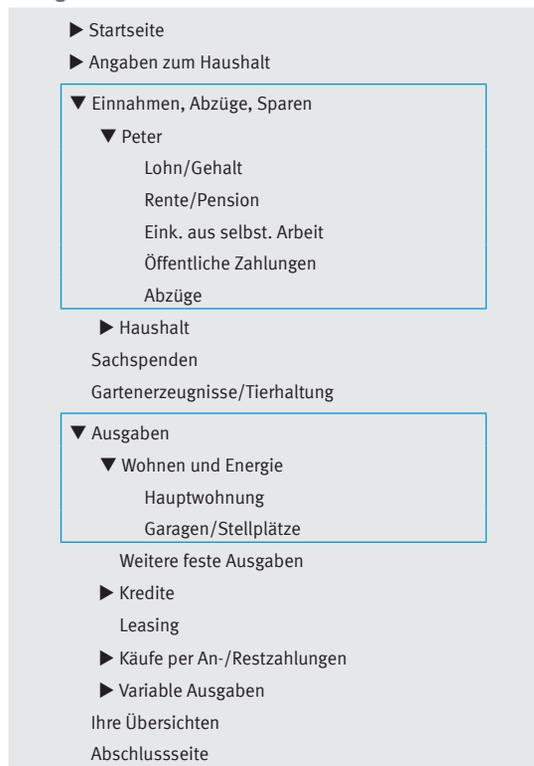
## Vorteile des elektronischen Meldeweges für die Haushalte

### 3.1 Navigation

Während in den schriftlichen Unterlagen zunächst der Abschnitt gesucht – und geblättert – werden muss, bevor auf der gewünschten Seite Angaben gemacht werden können, haben die Anwender des eHB die Möglich-

#### Übersicht 1

##### Navigationsbaum im elektronischen Haushaltsbuch



keit, die Stelle direkt im Navigationsbaum auszuwählen. Die einzelnen Positionen im Navigationsbaum können beliebig auf- und zugeklappt werden (alternativ können die Schaltflächen „Weiter“ und „Zurück“ genutzt werden). ➤ **Übersicht 1** Somit erhalten die Anwender eine bessere Übersicht über die gesamte Befragung und die Bedienung des Programms ist intuitiv. Dies wird anhand von zwei Beispielen verdeutlicht.

#### ➤ Beispiel 1:

Angaben des Haushaltes, die anfangs eingetragen wurden, werden im weiteren Verlauf genutzt. So werden die Vornamen aller zuvor eingetragenen Haushaltsmitglieder im Navigationsbaum angezeigt, beispielsweise „Peter“. Der zu erfassende Abschnitt (beziehungsweise die Seite) kann bei der jeweiligen Person per Mausklick ausgewählt werden. Bei der Aufzeichnung auf Papier müssen die Haushaltsmitglieder auf jeder Seite aufgeschrieben werden, damit klar ist, zu wem die einzelnen Angaben gehören.

#### ➤ Beispiel 2:

Während im schriftlichen Haushaltsbuch die Befragten blättern müssen, um zu der passenden Tabelle im Bereich „Wohnen und Energie“ zu gelangen, wird bei der Auswahl der Art der Wohnung (als Mieter, Eigentümer einer Wohnung oder Eigentümer eines Hauses) die passende Tabelle mit den zu beantwortenden Kategorien automatisch eingeblendet, während die anderen ausgeblendet bleiben. Dies erleichtert dem Anwender die Bedienung.

### 3.2 Haushaltsbuchführung

Während im schriftlichen Haushaltsbuch Erläuterungen in der Fußnote zu finden sind, wird diese Information im eHB direkt bei der betroffenen Frage in Form einer kontextsensitiven Hilfe als Info-Symbol hinterlegt. Das heißt, wenn der Anwender mit der PC-Maus über das Symbol fährt, erscheint jeweils oben rechts der Text beziehungsweise die Erläuterung zu der Frage.

Im eHB werden die Einträge entweder in „feste“ oder in „dynamische“ Tabellen eingetragen. Bei den festen Tabellen handelt es sich um diejenigen, die auch in der Papierversion vorgegebene Kategorien haben. Dynamische Tabellen werden für die freie Anschreibung eingesetzt.

## Feste Tabellen

Bei den (personen- und haushaltsbezogenen) Einnahmen orientieren sich die meisten Tabellen an dem schriftlichen Haushaltsbuch, dort werden Angaben bei den fest vorgegebenen Kategorien gemacht. Die Einträge können hierbei direkt bei der jeweiligen Kategorie im Eingabefeld eingetragen, aber auch jederzeit kopiert, bearbeitet oder gelöscht werden.

Zu einigen Kategorien können mehrere unterschiedliche Angaben erfasst werden. Dafür sind in der schriftlichen Form mehrere Zeilen fest vorgegeben. Das Einfügen neuer Zeilen steuert der Anwender im eHB selbst. Es können beliebig viele Zeilen eingefügt oder auch wieder gelöscht werden. Wenn die Anzahl der Zeilen die für den Exportdatensatz vorgegebene Anzahl an Feldern übersteigt, werden die Beträge beim Datenexport aufsummiert.

## Dynamische Tabellen

Die freie Anschreibung in den Papierunterlagen wird im eHB als dynamische Tabelle umgesetzt. Der Anwender trägt seine Angaben in die Eingabezeile ein und bestätigt diese. Hierdurch baut sich unterhalb der Eingabezeile eine Liste der bereits angegebenen Ausgaben/erfassten Einträge auf (siehe Grafik 2).

Die Liste der erfassten Einträge kann der Anwender jederzeit korrigieren beziehungsweise ändern; einzelne Zeilen können gelöscht oder in einen anderen Monat

verschoben werden. Bei einigen Tabellen ist es zudem möglich, Zeilen zu kopieren. Hierdurch wird dem Anwender das Eintragen der Ausgaben im Vergleich zur Papierversion erleichtert.

Des Weiteren können die Angaben in den Tabellen nach einer beliebigen Spalte (auf- oder absteigend) sortiert werden. Die Anwender können ihre monatlichen Ausgaben zum Beispiel nach Höhe des Betrags oder nach Datum sortieren und erhalten somit einen besseren Überblick über ihre Einträge, zum Beispiel auch bei nachträglichen Ergänzungen. [➤ Grafik 2](#)

Inhaltlich stellen die Ausgaben für Lebensmittel eine Besonderheit in den LWR dar, da hierbei keine detailliertere Differenzierung, sondern eine grobe Unterscheidung nach Ausgaben für Nahrungsmittel, alkoholfreie und alkoholische Getränke sowie Tabakwaren ausreichend ist. Aufgrund der in der Pilotstudie zum eHB festgestellten Untererfassung der Lebensmittel wurde hierbei eine Alternative zu den damals verwendeten Klartexten gesucht. Die Lebensmittel werden nun im neuen eHB mithilfe einer (fest vorgegebenen) Auswahlliste angeschrieben (siehe Grafik 2). Dies erspart den Haushalten das Beschreiben der Ausgabe in Form von Klartexten.

Bei den übrigen Ausgaben sollen dagegen detaillierte Angaben gemacht werden und diese möglichst einer Kategorie der SEA 2013 zugeordnet werden (zur Beschreibung der Suchfunktion siehe Kapitel 2).

### Grafik 2

Anschreibung der Ausgaben für Lebensmittel

#### Ausgaben für Lebensmittel im Juli

Sojamilch, Buttermilch oder Kakaogetränke tragen Sie bitte in der Kategorie "Nahrungsmittel, Milch und Milchgetränke" ein. Kaffee, Tee oder Kakaopulver sind bei den "Alkoholfreien Getränke" zu erfassen.

Datum ↕	Art der Ausgabe ↕	Betrag in Euro, Cent ↕	Kauf im Ausland? ↕
04.07.2015	Bitte wählen ➡ Eingabezeile		Bitte Land wählen
04.07.2015	Nahrungsmittel, Milch und Milchgetränke	16,40	Bitte Land wählen
05.07.2015	Tabakwaren	30,00	Belgien
06.07.2015	Alkoholfreie Getränke	6,00	Bitte Land wählen
08.07.2015	Alkoholische Getränke (einschl. alkoholfreies Bier, Sekt, We	1,60	Bitte Land wählen
09.07.2015	Nahrungsmittel, Milch und Milchgetränke	4,28	Bitte Land wählen

➡ erfasste Einträge

### 3.3 Übersichten mit Grafiken

Ein weiterer Vorteil der Nutzung des eHB ist die Möglichkeit, sich zusammenfassende Darstellungen über die eigenen Eintragungen „per Knopfdruck“ ausgeben zu lassen. Es können drei unterschiedliche Übersichten erstellt werden:

1. Einnahmen detailliert,
2. Ausgaben detailliert sowie
3. eine Einnahmen-Ausgaben-Übersicht mit einer größeren Aufgliederung.

Bei den Einnahmen entsprechen die Kategorien in der Übersicht den einzelnen Abschnitten im eHB.<sup>5</sup> Bei den Ausgaben orientiert sich die Aufteilung an den Kategorien der in der LWR genutzten SEA 2013, wobei diese teilweise für die Zwecke der Haushalte angepasst wurde. So werden zum Beispiel Abzahlungen von Krediten, Leasing und An-/Restzahlungen als eine Position separat dargestellt und nicht inhaltlich nach der Ausgabenart den anderen Positionen zugeordnet.

Alle diese Übersichten können für einzelne Monate sowie auch für das gesamte Berichtsquartal erstellt werden. Die Übersichten können als csv-Dateien gespeichert und weiterverarbeitet werden. Zusätzlich wird jeweils eine Grafik angezeigt, in der aus den Übersichten errechnete Anteile dargestellt werden. [↪ Grafik 3](#)

### 3.4 Herunterladen der vollständigen Angaben

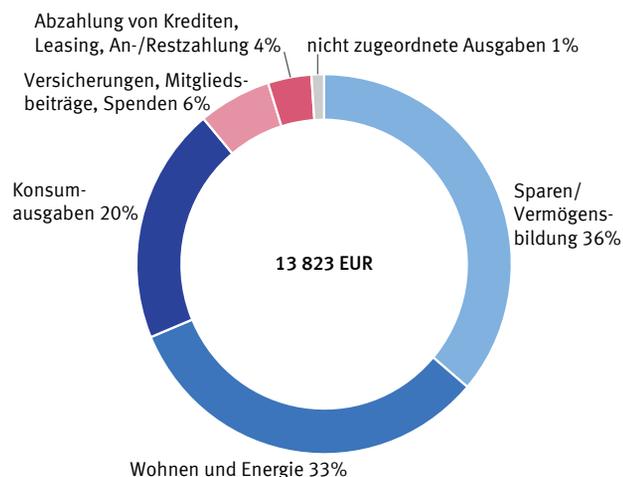
Neben den Übersichten können sich die Haushalte auch ihre sämtlichen Einträge aus dem eHB jeweils als eine csv-Datei exportieren. Damit können sie das Haushaltsbuch nach der dreimonatigen Anschreibephase für die LWR außerhalb der eHB-Anwendung für ihre eigenen Zwecke weiterführen. Das Herunterladen der csv-Dateien wird „per Knopfdruck“ angestoßen, die Anwender erhalten einen zip-Ordner mit sämtlichen Tabellen.

<sup>5</sup> Personenbezogene Einnahmen: Lohn/Gehalt, Rente/Pension, Einkommen aus selbstständiger Tätigkeit, öffentliche Zahlungen, Abzüge.  
Haushaltsbezogene Einnahmen: Ein-/Entnahmen aus Vermögen (darunter Vermietung und Verpachtung) sowie die weiteren Einnahmen.

Grafik 3

Ausgabenübersicht

	Juli	August	September	Gesamt
Wohnen und Energie	-1.500,00	-1.500,00	-1.500,00	-4.500,00
► Konsumausgaben	-958,63	-1.150,90	-676,00	-2.785,53
Abzahlung von Krediten, Leasing, An-/Restzahlungen	-115,00	-201,00	-201,00	-517,00
► Sparen/Vermögensbildung	0,00	-5.000,00	0,00	-5.000,00
Versicherungen, Mitgliedsbeiträge, Spenden	-230,00	-230,00	-410,00	-870,00
nicht zugeordnete Ausgaben	0,00	-150,00	0,00	-150,00
<b>Haushaltsausgaben insgesamt</b>	<b>-2.803,63</b>	<b>-8.231,90</b>	<b>-2.787,00</b>	<b>-13.822,53</b>



2015 - 01 - 0586

### 3.5 Hilfe für die Anwender

Die Haushalte können mit dem eHB deutlich besser unterstützt werden als mit den schriftlichen Unterlagen, bei denen sie bei inhaltlichen Fragen auf telefonische Hilfe (oder gegebenenfalls Anfragen per E-Mail) angewiesen sind. Im eHB wurde zusätzlich zu den Kontaktdaten (Telefon und E-Mail-Adresse) der für das jeweilige Bundesland zuständigen Ansprechpartner eine komplette Hilfeseite integriert. Insbesondere die insgesamt sechs Videoanleitungen (zu jedem Abschnitt) mit zahlreichen Beispielen bieten eine direkte Unterstützung bei der Nutzung des eHB. Zum Nachschlagen sind weiterhin eine Kurzanleitung, ein Benutzerhandbuch sowie „Häufig gestellte Fragen“ hinterlegt.

## 4

### Auswirkungen des elektronischen Meldeweges auf die amtliche Statistik

#### 4.1 Kodierung der Ausgaben

Ein Vorteil der elektronischen Anschreibung ist, dass die Haushalte zusätzlich zur Erfassung ihrer Ausgaben auch die Kodierung der frei angeschriebenen Ausgaben gemäß der SEA 2013 übernehmen, während die schriftlich erfassten Ausgaben gänzlich in den Statistischen Ämtern der Länder kodiert werden. Die aus dem eHB exportierten Daten enthalten also sowohl die Freitexte als auch – wenn durch die Anwender kodiert – bereits die Codes der SEA. Die Erfasser in den Statistischen Ämtern der Länder überprüfen die Zuordnung der Freitexte und können diese bei Bedarf korrigieren. Die nicht kodierten Freitexte werden – analog zu den schriftlichen Unterlagen – nachkodiert.

#### 4.2 Prüfung der Daten

Wenn bei der schriftlichen Form der LWR unplausible Angaben ohne die nötige Information für eine Korrektur vorliegen, muss der Haushalt telefonisch kontaktiert werden. Im eHB werden die Eintragungen der Haushalte auf Fehler überprüft. Dabei gibt es zwei unterschiedliche Zeitpunkte für die Prüfungen: entweder direkt bei der Eingabe oder zum Schluss vor der Datenübermittlung.

Direkt bei der Eingabe eines unzulässigen Wertes laufen die sogenannten Wertebereichsprüfungen. Eine Fehlermeldung erscheint etwa, wenn Buchstaben anstatt der Werte eingegeben werden (Tippfehler), oder wenn der zulässige Wertebereich nicht eingehalten wurde. Ein solcher unplausibler Wert muss direkt korrigiert werden, da eine unplausible Angabe nicht gespeichert wird.

Zum Schluss – vor der Datenübermittlung an das zuständige statistische Amt – werden inhaltliche Plausibilitätsprüfungen durchgeführt. Dabei handelt es sich um wenige zentrale Prüfungen, um die Haushalte mit der Bearbeitung nicht zu überfordern.<sup>6</sup> Nach Ablauf des Prüfungsvorgangs erscheint eine Liste mit Korrekturhinwei-

sen, die nacheinander abgearbeitet werden müssen. Die meisten Hinweise sind sogenannte weiche Prüfhinweise, welche auch unterdrückt und damit ignoriert werden können. Dabei handelt es sich um Vollständigkeitsprüfungen, zum Beispiel wenn im gesamten Zeitraum keine Angaben zum Bereich Wohnen und Energie gemacht wurden, oder wenn in einem Monat keine Ausgaben für Lebensmittel eingetragen wurden.

Andere Korrekturhinweise müssen bearbeitet werden. Insbesondere die Filterfragen sind zu beantworten, beispielsweise ob im Berichtsquartal Leasingraten oder Ähnliches gezahlt wurden oder nicht.

Mit der technischen Unterstützung beim Ausfüllen der Angaben und der Vorplausibilisierung der zu übermittelnden Daten sollen die Rückfragen bei den Haushalten reduziert werden. Um die Belastung der Befragten gering zu halten, werden komplexe Kombinationsprüfungen erst in den Statistischen Ämtern der Länder durchgeführt. Es wird weiterhin eine Nachprüfung durch geschulte Mitarbeiter sowie im Zweifel eine Rückfrage beim Haushalt erfolgen.

#### 4.3 Nachbereitung in den Landesämtern

Die Datenerfassung, die für die schriftlich ausgefüllten Unterlagen in den Statistischen Ämtern der Länder vorgenommen wird, entfällt für Haushalte, die das eHB genutzt haben. Es werden im Idealfall „nur noch“ die eingelesenen Daten überprüft und gegebenenfalls fehlende Zuordnungen nachkodiert. Mittelfristig ist daher eine gesteigerte Effizienz zu erwarten. Für die Übergangs-/Einführungsphase ist jedoch aufgrund der geänderten Arbeitsabläufe (zum Beispiel der Nutzung eines zusätzlichen Verwaltungsprogramms für die Online-Haushalte) und einer stärkeren Betreuung der teilnehmenden Haushalte vorübergehend von einem erhöhten Arbeitsaufwand auszugehen.

<sup>6</sup> Falls noch Fehler vorhanden sind, kann der Anwender die Daten nicht versenden.

#### 4.4 Einführung des eHB in den laufenden Betrieb

---

In fast allen Bundesländern wird das eHB seit dem dritten Quartal 2015 eingesetzt.<sup>17</sup> Angeworben wurden daher erstmals Haushalte des dritten Berichtsquartals, die sich bereits für die Teilnahme an den LWR bereit erklärt hatten. Von diesen insgesamt 1 908 Haushalten<sup>18</sup> entschieden sich 648 für die Nutzung des eHB anstelle der Papieranschreibung, dies entspricht etwa einem Drittel (34 %) der Haushalte. Wie viele von den teilnahmebereiten Haushalten tatsächlich in der Online-Anschreibung verbleiben, kann zurzeit noch nicht vorhergesehen werden. Die sogenannten Online-Abbrecher haben jederzeit die Möglichkeit, auf die Papierbogen umzusteigen. Damit wird vermieden, dass sich Haushalte ganz aus der Erhebung zurückziehen.

Echte technische Probleme, zum Beispiel Programm war nicht verfügbar, Fehler innerhalb der Funktionalitäten oder auf einzelnen Seiten und Ähnliches, sind bei der Einführung nicht in großem Ausmaß aufgetreten. Nach den ersten Rückmeldungen kamen die meisten Anwender mit dem Programm gut zurecht. Einige weniger technikaffine Anwender hatten zunächst Schwierigkeiten mit der generellen Handhabung des eHB. Dabei haben die Ansprechpartner der Statistischen Landesämter und bei Bedarf des Statistischen Bundesamtes zeitnah Unterstützung und Hilfe angeboten, sodass die Haushalte mit dem Ausfüllen schnell fortfahren konnten.

## 5

---

### Fazit und Ausblick

---

Das Haushaltsbuch in elektronischer Form wurde seit einigen Jahren von den an der LWR-Erhebung teilnehmenden Haushalten gewünscht. Das Konzept für das eHB wurde bis 2015 umgesetzt, wobei mithilfe einiger Statistischer Landesämter<sup>19</sup> zahlreiche Tests durchge-

führt wurden, um die Webanwendung hinsichtlich der geplanten Funktionalitäten fehlerfrei zu programmieren und hinsichtlich des Layouts möglichst nutzerfreundlich zu gestalten.

Welche Auswirkungen die elektronische Anschreibung mit dem eHB auf die Datenqualität hat, kann erst im kommenden Jahr analysiert werden, wenn die Erhebungsdaten aus dem dritten und vierten Quartal 2015 vorliegen.

Mit der Einführung soll das Instrument durch die Haushalte bewertet werden. Dafür ist zum Ende des dritten und vierten Berichtsquartals eine separate Online-Anwenderbefragung vorgesehen. Erfragt werden die Zufriedenheit mit dem Programm, eventuell aufgetretene Probleme sowie mögliche Verbesserungen für die Zukunft, um das eHB weiter zu optimieren. Die Ergebnisse der Anwenderbefragung werden 2016 vorliegen.

Das elektronische Haushaltsbuch wird auf der Grundlage der 2015 gewonnenen Erfahrungen, der Analysen der Erhebungsdaten und der Ergebnisse der Anwenderbefragung weiterentwickelt. Dabei müssen mittelfristig auch künftige Entwicklungen auf dem Feld der Informationstechnik berücksichtigt werden. Ein nächster Schritt sollte beispielsweise die Gewährleistung der Kompatibilität mit Tablet-PCs sein, die bisher noch nicht sichergestellt werden kann. Ferner wäre es denkbar, ausgewählte Teile der Erhebung, wie etwa die variablen Ausgaben, als Anwendungssoftware für Mobilgeräte (App) anzubieten. 

---

7 Lediglich Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg und Schleswig-Holstein starten mit dem eHB zu einem späteren Zeitpunkt (4. Quartal 2015 oder 1. Quartal 2016).

8 Ohne Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg und Schleswig-Holstein.

9 Für die Qualitätssicherung der Softwareentwicklung war der Landesbetrieb Information und Technik Nordrhein-Westfalen zuständig. An weiteren Tests beteiligten sich die Statistischen Landesämter Bayern, Baden-Württemberg, Berlin-Brandenburg und Sachsen.

### LITERATURVERZEICHNIS

---

Gerhardt, Anke/Jannaschk, Niler, Birgit. *Online-Fragebogen in der amtlichen Statistik*. In: *Wirtschaft und Statistik*. Ausgabe 3/2005, Seite 242 ff.

Kuchler, Birgit/Jannaschk, Nicole. *Online-Fragebogen in der amtlichen Sozialstatistik*. In: *Wirtschaft und Statistik*. Ausgabe 8/2004, Seite 897 ff.

Kühnen, Carola. *Die Umgestaltung der Laufenden Wirtschaftsrechnungen ab dem Jahr 2005*. In: *Wirtschaft und Statistik*. Ausgabe 4/2005, Seite 395 ff.

Statistisches Bundesamt (Herausgeber). *Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte, Systematisches Verzeichnis, Ausgabe 2013*. Wiesbaden 2013. Verfügbar unter: [www.destatis.de](http://www.destatis.de), im Bereich Methoden > Klassifikationen > Private Haushalte.

---

#### **Herausgeber**

Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

[www.destatis.de](http://www.destatis.de)

---

#### **Schriftleitung**

Dieter Sarreither, Präsident des Statistischen Bundesamtes

Redaktionsleitung: Kerstin Hänsel

Redaktion: Ellen Römer

---

#### **Ihr Kontakt zu uns**

[www.destatis.de/kontakt](http://www.destatis.de/kontakt)

---

#### **Erscheinungsfolge**

zweimonatlich, erschienen im Oktober 2015

Das Archiv aller Ausgaben ab Januar 2001 finden Sie unter [www.destatis.de/publikationen](http://www.destatis.de/publikationen)

---

#### **Print**

Einzelpreis: EUR 18,- (zzgl. Versand)

Jahresbezugspreis: EUR 108,- (zzgl. Versand)

Bestellnummer: 1010200-15005-1

ISSN 0043-6143

ISBN 978-3-8246-1034-1

---

#### **Download (PDF)**

Artikelnummer: 1010200-15005-4, ISSN 1619-2907

---

#### **Vertriebspartner**

IBRo Versandservice GmbH

Bereich Statistisches Bundesamt

Kastanienweg 1

D-18184 Roggentin

Telefon: +49 (0) 382 04 / 6 65 43

Telefax: +49 (0) 382 04 / 6 69 19

[destatis@ibro.de](mailto:destatis@ibro.de)

---

Papier: Metapaper Smooth, FSC-zertifiziert, klimaneutral, zu 61% aus regenerativen Energien

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2015

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.